Mittwoch, 18. Juli 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 165 - 29.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

EG-Memorandum: *Im Kern zielt die britische Regierungschefin mit ihrem Grundsatzpapier auf praktische Fortschritte im Gemeinsamen Markt und auf engere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, während sie das vom französischen Staatspräsidenten Mitterrand und Bundeskanzler Kohl propagierte Ziel der Europäischen Union mit keinem Wort erwähnt. (S. 4)

Demokraten-Parteitag: Noch immer bewerben sich neben Walter Mondale auch die beiden in den Vorwahlen abgeschlagenen Rivalen Hart und Jackson um die Spitzenkandidatur. (S. 8)

Flucht: Durch einen selbstgegrabenen Tunnel sind zwei Brüder aus der „DDR" nach Bayern geflohen. Sie gruben sich mit einem Klappspaten unter dem Todesstreifen hindurch. In einem dichtbesiedelten Wohngebiet in Berlin-Treptow haben „DDR"-Soldaten auf zwei junge Männer geschossen, die in den freien Teil der deutschen Hauptstadt flüchten wollten. (S. 5)

Untersuchungsausschuß: Drei Tage lang lag ein Aktenordner des „Flick-Ausschusses" mit vertraulichem Inhalt über den früheren Wirtschaftsminister Friderichs offen in einem Postfach eines Bundestagsabgeordneten – für jeden Besucher ungehindert einsehbar. (S. 5)

Terroristen: Der logistische Unterbau der terroristischen Vereinigung RAF ist offensichtlich breiter als gemeinhin angenommen wird. Aus Unterlagen des Bundeskriminalamtes (BKA) ergibt sich, daß die „Rote Armee Fraktion" noch über mindestens acht Depots verfügt. (S. 8)

Vermittlungsmonopol: Ende August wird sich das Bundeskabinett mit einem Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums befassen, nach dem es von Januar 1985 an erlaubt sein soll, daß sich neben der Bundesanstalt für Arbeit auch andere Organisationen mit der Vermitthung von Lehrstellen befassen. (S. 2 und 5)

Nuklearexport: Eine Reihe westlicher Staaten, darunter die USA, Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und Japan, wollen sich nach Angaben des US-Außenministeriums um eine Verschärfung der Richtlinien für Nuklearausfuhren bemühen. (S. 5)

Tempo-Streit: Die CDU, der ADAC, die Geschäftsführung des bedeutendsten Bremer Arbeitgebers Daimler-Benz und sogar der *Landesnachbar Niedersachsen* protestieren gegen die Beschränkung der Fahrgeschwindigkeit auf den Bundesautobahnen im Bereich Bremen. Man vermutet keine sachlichen sondern rein ideologische Gründe. (S. 4)

ZITAT DES TAGES

»Die Völker des Sowjetblocks ... werden gewaltsam gefangen- gehalten. Die häßlichen und düsteren Mauern dieses Systems verwehren den Millionen dahinter Festsitzenden die tiefsten Sehnsüchte des menschlichen Geistes«

Präsident Ronald Reagan gestern in einer Rede zur „Woche der gefangenen Nationen" FOTO: SVEN SIMNON

WIRTSCHAFT

Bundesbank: Die zu Jahresbeginn sehr günstige konjunkturelle Entwicklung wird sich nach Einschätzung der Bundesbank trotz erheblicher Produktionsausfälle im Gefolge des Arbeitskampfes weiter fortsetzen. Anlaß zu diesem Optimismus gibt vor allem die „im ganzen recht positive" Auftragslage der Unternehmen. (S. 9)

Neueinstellungen: Mehr als 1200 neue Arbeitskräfte werden voraussichtlich bei der Daimler Benz AG neu eingestellt, um die während des Arbeitskampfes ausgefallene Produktion wenigstens teilweise aufholen zu können.

Export wächst: Der Export werde im zweiten Halbjahr angesichts der hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und der Aufwärtsentwicklung der Weltkonjunktur „stark expandieren", glaubt das Bundeswirtschaftsministerium.

Börse: Am Aktienmarkt gaben die Kurse bei überwiegend kleinem Angebot wieder nach. WELT-Aktienindex 138,2 (139,6). Die Zinsunsicherheit führte am Rentenmarkt zu schwankenden Notierungen. Dollar-Mittelkurs 2,8420 (2,8204) Mark). Goldpreis je Feinunze 347,15 (350,10) Dollar.

KULTUR

Kein Geld für Jiddisch: Auf die Bitte von drei Europa-Abgeordneten um EG-Zuschüsse zur Gründung eines jiddischen Ensembles im Berliner Hebbel-Theater hat die EG-Kommission mitgeteilt, daß „für Gemeinschaftsaktionen auf kulturellem Gebiet leider nur äußerst bescheidene Mittel zur Verfügung stehen".

Reform der Reform: In allen Bundesländern hat man längst begonnen, die Berge von Papier nachdenklich zu sichten, die in den 70er Jahren durch die Reform der Lehrpläne entstanden sind. Als erstes hat Rheinland-Pfalz ein Ergebnis vorgelegt: 44 neue, gekürzte, gestraffte, inhaltlich überdachte Fach-Lehrpläne. (S. 15)

SPORT

Fußball: Der türkische Klub Glatasaray Istanbul gab gestern die Verpflichtung des ehemaligen deutschen Bundestrainers Jupp Derwall bekannt. Derwall wird heute in die Türkei fliegen. (S. 7)

Tennis: Das Comeback des fünfmaligen Wimbledon-Gewinners Björn Borg bei Grand-Prix-Turnieren ist gescheitert. In Stuttgart unterlag er dem Franzosen Henri Leconte 3:6, 1:6.

AUS ALLER WELT

Umwelt-Bus: Ein neuartiger Antrieb soll künftig Nahverkehrsbusse umweltfreundlicher und verschleißfester machen. Statt abgasfreudigem Dieselmotor bewegen Elektromotoren in der Radnabe die Omnibusse. (S. 16)

Höhenkrankheit: Nicht Abstürze sondern die Höhenkrankheit ist die größte Gefahr im Hochalpinismus. Der Südtiroler Reinhold Messner hat dennoch wieder zwei Achttausender im Karakorum bezwungen – und diesmal ohne Zwischenlager. (S. 16)

Wetter: Stark bewölkt; 19 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Honecker kann nur reisen, wenn Moskau es ihm erlaubt

Er hat die Vorgabe, den Ostblock mit dem Westen „sprachfähig" zu halten

HANS-R. KARUTZ, Berlin / Bonn

Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, hält es für möglich, daß weitere Kreditwünsche der „DDR" in den nächsten Jahren aktuell werden. *Als „nicht unwahrscheinlich"* bezeichnete der CSU-Politiker gestern die Berichte, daß Ost-Berlin bis 1986 über den jetzt zur Entscheidung anstehenden Milliarden-Kredit hinaus zusätzlich Darlehen in Höhe von insgesamt zwei Milliarden D-Mark aus der Bundesrepublik Deutschland erhalten möchte und als Gegenleistung dafür den Mindestumtausch von 25 auf 15 D-Mark senken, für Kinder zwischen sechs und 15 Jahren ganz aufheben und das West-Reisealter für Frauen auf 55 Jahre herabsetzen wolle. (WELT v. 17.07.)

Die Geldforderungen der „DDR" gegenüber der Bundesrepublik beliefen *sich etwa auf diese Summe, sagte* Lintner im Deutschlandfunk, und theoretisch könne Ost-Berlin soviel zur Absicherung weiterer Kredite abtreten.

Nach Analysen der Bundesregierung und von Deutschland-Politikern in Berlin nimmt der Spielraum der „DDR" im Zusammenhang mit dem angestrebten Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland in den kommenden Wochen eher ab. Wenn – wie offenbar zwischen Bonn und Ost-Berlin abgesprochen – der Besuchstermin spätestens Anfang September veröffentlicht wird, *muß zuvor der sowjetische Außenminister* Andrej Gromyko sein Einverständnis gegeben haben.

Er ist, so heißt es, in Moskau in erster Linie für die – vereisten – sowjetisch-amerikanischen Beziehungen verantwortlich. Die Reise Honeckers in den Westen wird nur stattfinden, wenn Moskau sicher sein kann, daß sich der SED-Chef bei seinen angekündigten friedenspolitischen Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl um eine ähnliche Einflußrolle bemüht wie bei der Anti-Raketen-Kampagne im Herbst 1983, die Bonn in Moskauer Auftrag unter Druck setzen sollte.

Das allgemeine, aber keineswegs auf deutsch-deutsche Einvernehmlichkeiten oder menschliche Erleichterungen gerichtete sowjetische Interesse an der Honecker-Visite speist sich aus mehreren Quellen:

– Ost-Berlin nimmt für Moskau auf dem schwierigen Terrain einer nach der erfolglosen und in sich zusammengebrochenen Anti-Raketen-Kampagne praktisch zum Stillstand gekommenen sowjetischen West-Politik eine wichtige Funktion wahr. Honecker hält mit seiner Besuchs-Diplomatie (Palme, Papandreou, Craxi) das östliche Lager gegenüber dem Westen *„sprachfähig"*.

– Diese Aufgabe kann nur der „DDR" als zweitwichtigster Wirtschaftsmacht des Warschauer Pakts zufallen. Ihre geopolitische Lage spielt eine weitere Rolle. Ost-Berlin setzt dabei weder auf die nationalkommunistische Karte Rumäniens noch kopiert es *die auf kommerzielle Über*einkünfte mit dem Westen gerichtete Politik Ungarns. Zweifellos steht Ost-Berlin heute jedoch dem „ungarischen Weg" innerhalb des Ostblocks näher als etwa dem starren Ideologie-Schema in Warschau oder Prag.

– Für die Sowjets ist es auch vor allem von ökonomischem Nutzen, daß Ost-Berlin in der Bundesrepublik Deutschland einen starken „Partner" besitzt, dem aus übergeordneten nationalen Gründen an weitgehenden Geld- und Wirtschaftsvorteilen für die „DDR" gelegen bleibt. Denn: Je gestärkter sich die „DDR" präsentiert, desto weniger muß Moskau auf

● Fortsetzung Seite 8

Volle Akteneinsicht für Flick-Ausschuß

Das Bundesverfassungsgericht betont Untersuchungsrecht des Parlaments

RÜDIGER MONIAC, Karlsruhe

Die Bundesregierung muß dem Flick-Ausschuß des Bundestages alle Akten des Verfahrens über den Steuernachlaß für die Firma Flick übergeben. Das Bundesverfassungsgericht folgte entsprechenden Anträgen der Fraktion der SPD und der Grünen des Bundestages in einem gestern ergangenen Urteil.

Der Zweite Senat des Karlsruher Gerichts stellte in dem einstimmig gefaßten Urteil fest, die Weigerung der Bundesregierung auf Herausgabe der Akten, die sie auf das Steuergeheimnis des Paragraphen 30 der Abgabenordnung stützte, verstoße gegen *Artikel 44 des Grundgesetzes*, der das Untersuchungsrecht des Parlaments gegenüber der Regierung begründet.

Die SPD-Fraktion hatte im April 1983 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, nachdem vorher in der Öffentlichkeit darüber spekuliert worden war, ein der Firma Flick gewährter Steuernachlaß von rund 1,5 Mrd. Mark nach dem Verkauf von Daimler-Benz-Aktien sei aufgrund von Schmiergeldern an Regierungsmitglieder, leitende Beamte und führende Politiker zustande gekommen. Auch die Bonner Staatsanwaltschaft erhob Anfang Dezember 1983 in diesem Zusammenhang unter anderem Anklage gegen den inzwischen zurückgetretenen Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff wegen passiver Bestechung.

Mit dem Urteil der Karlsruher Richter ist nun eine weitreichende Entscheidung über das Untersuchungsrecht des Bundestages gegenüber der Bundesregierung ergangen. Die Richter stellten fest, daß das Recht auf Einsicht in die Akten der Regierung zum „Wesenskern" des parlamentarischen *Untersuchungs*rechts gehöre. Nur dann könne das Parlament in Gestalt einer Untersuchung die Regierung wirksam kontrollieren, wenn es auch das nicht eigens im Grundgesetz erwähnte Recht auf Vorlage von Akten der Regierung habe.

Zum Verhältnis von Steuergeheimnis und parlamentarischem Untersuchungsrecht stellte das Bundesverfassungsgericht fest: Auch wenn das Recht auf Wahrung des Steuergeheimnisses nach Paragraph 30 der Abgabenordnung kein Grundrecht sei, könne die Geheimhaltung bestimmter steuerlicher Angaben und Verhältnisse insbesondere durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht und den Eigentumsschutz geboten sein. Im Konflikt zwischen parlamentarischem Untersuchungsrecht und der Geheimhaltung steuerlicher Angaben wie im Falle Flick müsse sichergestellt werden, „daß beide so weit wie möglich ihre Wirkung entfalten könnten".

Die Karlsruher Richter äußerten die Auffassung, daß angesichts der Bedeutung der Flick-Affäre und ihrer *politischen Implikationen die Bun*desregierung verpflichtet sei, sich vom Interesse an der vollständigen Aufklärung der Vorwürfe aktiver und passiver Bestechung leiten zu lassen. Deshalb müsse sie dem Untersuchungsausschuß die von ihm begehrten Akten herausgeben.

Dabei sei ein Weg zu finden, der es erlaube, geheimhaltungsbedürftige Informationen aus dem Verfahren zum Steuernachlaß für Flick auch tatsächlich zu schützen.

Am Kanal stauen sich die Lastzüge

Bei den Streiks der britischen Hafen- und Bergarbeiter ist noch keine Lösung in Sicht

FRITZ WIRTH, London

In den Seehäfen beiderseits des Kanals stauten sich am Dienstag rapide wachsende Schlangen von Lastwagen. Das größte Chaos wurde bisher aus Calais berichtet, wo Hunderte von Lastzügen die Hafenanlagen blockieren. Auf der englischen Seite des Kanals hat die Polizei fünf Kilometer Autobahn für parkende Lastwagen gesperrt.

Das sind die bisher sichtbarsten und schwersten Folgen des britischen Hafenarbeiterstreiks, der seit *einer Woche andauert und seit der* Schließung des Hafens von Dover für den Frachtverkehr vollständig ist. Auf mehreren Lastwagen mit verderblicher Ware entstand Totalverlust der Fracht. Doch ernste Versorgungsschwierigkeiten, das entscheidende Kriterium für die Ausrufung des Notstands und den Einsatz von Soldaten, sind bisher nicht entstanden.

Der Personenverkehr, der von den Streikaktionen ausgeklammert wurde, verläuft auf beiden Seiten des Kanals normal. Ernste Probleme werden auch in den nächsten Tagen nicht erwartet. Inzwischen laufen die Bemühungen der Schlichtungsbehörde zur Beilegung des Streiks weiter. Am Dienstag verhandelte die Behörde mit den Gewerkschaften. Sie hat die Absicht, beide Tarifpartner heute an einen Tisch zu bringen. Solange diese Verhandlungen laufen, wird die Regierung nicht direkt in das Streikgeschehen eingreifen.

Am Mittwoch werden auch die Verhandlungen zwischen der Bergarbeiterbehörde und den Gewerkschaften zur Beendigung des Bergarbeiterstreiks fortgesetzt, der sich nun in seiner 19. Woche befindet. Ian MacGregor, der Chef der Arbeitgeber, kündigte an, daß er mit einer neuen Formel für die von ihm geplanten Zechenstillegungen in die Gespräche gehen wolle. Bergarbeiterführer Arthur Scargill zeigt jedoch nach wie vor keine Neigung zum Kompromiß. Er ist seit dem Streik der Hafenarbeiter noch radikaler und selbstbewußter geworden.

Auch am Dienstag kam es in Nordengland wieder zu schweren Zusammenstößen zwischen Kumpeln und Polizisten. 28 Bergarbeiter wurden verhaftet. Damit hat sich die Zahl der in diesem Streik verhafteten Bergarbeiter seit dem 10. März auf 4755 erhöht. Den meisten von ihnen wird *Widerstand gegen* die Staatsgewalt vorgeworfen.

Insgesamt hat sich die Siegesstimmung bei den Gewerkschaften durch den Spruch eines Richters deutlich erhöht, der das Verbot der Mitgliedschaft bei Gewerkschaften für das Geheimdienstzentrum in Cheltenham für ungesetzlich erklärte. Doch will Frau Thatcher dagegen offenbar Berufung einlegen.

War Sir Roger doch Spion der Russen?

wth. London

War Sir Roger Hollis, der einstige Chef des britischen Geheimdienstes, in Wahrheit ein Agent der Sowjets? Diese Frage ist seit über 15 Jahren zum „Loch Ness" der britischen Geheimdienstszene geworden. In regelmäßigen Abständen tauchen immer wieder angebliche Beweise für diese Ungeheuerlichkeit auf, endgültige Gewißheit jedoch fehlt bis heute.

Am nächsten ist dieser Gewißheit nun ein Mann gekommen, der als sogenannter „Maulwurf-Jäger" 15 Jahre lang den britischen Geheimdienst nach sowjetischen Unterwanderern durchsuchte. Es ist der MI-5-Mann Peter Wright, der gestern in einer einstündigen Fernsehsendung behauptete: „Ich bin zu 99 Prozent sicher, daß Sir Roger Hollis ein russischer Spion war." Von 21 Geheimdienstbeamten, die diesen Fall untersucht hätten, seien 16 der Meinung gewesen, daß an der Spitze des MI-5 ein sowjetischer Agent sitze, und acht von ihnen seien sicher gewesen, daß es sich um *Hollis handelte*.

Sir Roger selbst, der vor elf Jahren gestorben ist, war dieser Verdacht bekannt. Er fragte 1965, kurz bevor er in den Ruhestand trat, den Agentenjäger Wright: „Warum hältst du mich für einen Spion?" Wright: „Weil du der bei weitem beste Verdächtige bist." Sir Roger entgegnete: „Peter, zwar hast du schon die Handschellen für mich bereit, aber ich kann dir nur versichern: Ich bin kein Spion."

Die Verdächtigungen gegen Hollis wurden zuletzt 1981 von Chapman Pincher, einem Autor von Büchern über Spionage, veröffentlicht, was Frau Thatcher veranlaßte, im Unterhaus dazu Stellung zu nehmen. Sie berief sich auf eine Untersuchung von Lord Trend, dem damaligen Kabinettsekretär, der 1974 zu dem Schluß kam, es gebe keine handfesten Beweise gegen Hollis, und dieser sei als unschuldig zu betrachten. Wright mußte jetzt zugeben, daß auch er *nur Indizienbeweise habe*. „Wir schöpften Verdacht gegen ihn, weil in den frühen sechziger Jahren alle unsere Unternehmen gegen die Russen, ob es Einsätze von Doppelagenten oder technische Operationen waren, schiefliefen."

Hollis war 26 Jahre lang Mitglied und von *1956 bis 1965 Generaldirek*tor des MI-5 und damit höchster britischer Geheimdienstbeamter. Seine Kritiker behaupten, daß er den sowjetischen Obersten Penkowski verraten habe, der bedeutende Militärgeheimnisse an den Westen weitergeleitet habe. Denn kurz nach seinem zweiten Besuch in London sei Penkowski in *Moskau* verhaftet worden. Die Ehefrau von Sir Roger Hollis und sein Sohn, der in Oxford lehrt, haben am Dienstag die Behauptungen von Peter Wright als „völlig unüberzeugend" zurückgewiesen.

DER KOMMENTAR

Das Urteil

MANFRED SCHELL

Das einstimmig gefaßte Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Bundesregierung zur vollständigen Herausgabe der Flick-Akten an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zwingt, ist nicht nur finanzrechtlich von großer Bedeutung. Es wird auch politische Folgen haben. Untersuchungsausschüsse, gleich von welcher Partei initiiert, sind immer auch politische Kampfinstrumente. Indiskretionen, geschickt gespielte Informationen aus vertraulichen Akten, gehören in Bonn und anderswo zum politischen Tageskampf.

Man braucht nicht viel prophetische Gabe um vorherzusagen, daß dies auch bei den Flick-Akten so sein wird. Die Karlsruher Richter haben diesen Schwachpunkt gesehen. Wie anders sollte man ihren Hinweis verstehen, Vertraulichkeit könne durch die Anwendung der Geheimschutzordnung des Parlaments sichergestellt werden. Diese Empfehlung klingt freilich für diejenigen, die sich in Bonn auskennen, blauäugig. Denn die Geheimschutzordnung ist in zurückliegenden Fällen nicht selten unterlaufen worden, und zwar schon bevor die Grünen auf den Abgeordnetenbänken Platz genommen hatten. Von der Gewährleistung des Steuergeheimnisses, etwa dadurch, daß Einzelheiten über die Finanz- und Geschäftspolitik nur in geheimverpflichteten Gremien ausgebreitet werden, kann also keine Rede sein.

So läßt sich nun auch das publizistische Umfeld schon abschätzen, in dem die demnächst beginnenden Strafverfahren ablaufen werden. Mit der Preisgabe von Aktenfragmenten aus der Justiz wurde dies ja schon vorexerziert: Eine Kulisse der Verdächtigungen wurde geschaffen, die es den Beschuldigten nicht gerade leichter macht, ihr Recht durchzusetzen.

Das Verfassungsgericht hat diese Gesichtspunkte hintangestellt und den Standpunkt vertreten, daß das Recht des Parlaments, „Gesetzlichkeit oder Lauterkeit von Regierungs- und Verwaltungsmaßnahmen" wirksam klären zu können, nicht geschmälert werden dürfe. Dies müßte dann aber wohl auch bewirken, daß die Staatsanwaltschaft ihre 30 Aktenordner zur Verfügung stellt. Überraschungen kann es also noch geben.

Das Urteil ist keine Niederlage für den Bundesfinanzminister, der zur Wahrung des Steuergeheimnisses Akten zurückgehalten hat. Stoltenberg hat sich nur so verhalten wie seine Amtsvorgänger. Und er stand damit außerdem im Einklang mit den SPD-Länderfinanzministern.

Frankreichs Regierung umgebildet

A. GRAF KAGENECK, Paris

Überraschend hat Präsident Mitterrand gestern abend seine Regierung umgebildet. Premierminister Mauroy reichte dem Staatschef eine Stunde nach dem ebenso überraschenden Rücktritt des Bildungsministers Alain Savary seinen eigenen Rücktritt und den seines Kabinetts ein. Mitterrand ernannte unmittelbar anschließend den 37jährigen bisherigen Industrieminister Laurent Fabius zum neuen Regierungschef. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts wird im Laufe des heutigen Mitt*wochs bekanntgegeben werden.*

Der Zusammenbruch des seit Juni 1983 amtierenden Kabinetts Mauroy, dem auch vier kommunistische Minister angehörten, ist die direkte Folge des monatelangen Streits in Frankreich um die Schulreform. Eine klare Mehrheit der Franzosen hat sich zuletzt in Massendemonstrationen nie gekannten Ausmaßes gegen den Plan des Bildungsministers gerichtet, 12 000 privat-religiöse Schulen in einen staats-öffentlichen Sektor *zu* überführen.

Dieser Widerstand veranlaßte den Staatschef, in der Vorwoche eine Verfassungsänderung zum Zwecke der Ausweitung des Anwendungsbereichs des Volksentscheids auf Fragen der Grundfreiheit anzukündigen. Damit löste er die Lawine aus.

Das entsprechende Gesetz sollte ursprünglich von der alten Regierung beschlossen werden. Den Gesetzentwurf Savarys zur Schulreform hatte Mitterrand bis zu einem Volksentscheid über Verfassungsänderung im September zurückgezogen.

Seite 4: Gegner irritiert

Reagan klagt Verfolgung der Sacharows an

DW./rtr/AP, Washington

US-Präsident Reagan hat an die Sowjetunion appelliert, die Weltöffentlichkeit über den Verbleib und den Gesundheitszustand des sowjetischen Regimekritikers Andrej Sacharow und dessen Frau Jelena Bonner aufzuklären. Reagan erklärte, das Ehepaar Sacharow erleide in der Sowjetunion eine regelrechte „Verfolgung". Nichts sei tragischer als das, was mit Sacharow und seiner Frau geschehe.

Bei der Unterzeichnung einer Proklamation für eine Woche der „gefangenen Nationen" verurteilte der US-Präsident die Afghanistan-Invasion mit den Worten: „Der Sache des Friedens kann nur gedient werden, wenn die sowjetischen Truppen abziehen und Afghanistan wieder dem afghanischen Volk gehört."

Vor Vertretern osteuropäischer, südostasiatischer und kubanischer Gruppen äußerte der Präsident, es gebe „keinen Unterschied zwischen den Waffen, die benutzt wurden, um die Menschen von Laos und der Tschechoslowakei zu unterdrücken, und jenen, die Nicaragua geschickt werden, damit es sein eigenes Volk terrorisiert und den Frieden seiner Nachbarn bedroht". Die Amerikaner sollten auf die demokratischen Bestrebungen des nicaraguanischen Volkes reagieren und die antisandinistischen „Freiheitskämpfer" unterstützen. Die „häßlichen, düsteren Mauern" des kommunistischen Systems verwehrten den „Millionen dahinter Festsitzenden, die tiefsten Sehnsüchte des menschlichen Geistes zu verwirklichen".

Walesa: Amnestie löst nicht die Probleme Polens

Der Arbeiterführer fordert ein pluralistisches System

DW. Warschau/Paris

Arbeiterführer Lech Walesa hat klargemacht, daß ein Inkrafttreten der seit Wochen diskutierten Amnestie die tatsächlichen Probleme Polens *keinesfalls lösen könne. In einem* von der Pariser Zeitung „Le Monde" veröffentlichten Interview vertrat Walesa die Ansicht, daß selbst eine Generalamnestie „nicht genug" wäre. Begründung: Die Gefängnisse würden sich sofort wieder füllen, weil sich die Regierung in Warschau weiterhin der Einführung eines pluralistischen *Systems widersetze*. Walesa sieht in der Schaffung einer pluralistischen Ordnung in seiner Heimat die einzige Möglichkeit, um eine Verschlimmerung der Lage und schließlich eine polnische Tragödie abzuwenden.

In dem Interview deutete der Arbeiterführer eine Neuorientierung der Opposition nach der zum 22. Juli erwarteten Amnestie an. Walesa: „Danach müssen wir andere Dinge auf andere Weise tun. Manche Leute sitzen schon zu lange im Gefängnis. Wenn sich die Dinge nicht ändern, müssen wir uns nach einem anderen Weg umsehen." Im Westen habe man vielleicht den Eindruck, daß die polnische Opposition inaktiv geworden sei, weil es keine Streiks und keine größeren Demonstrationen mehr gebe. „Wir wollen kein Afghanistan werden", wurde Walesa von der Pariser Zeitung zitiert. „Unser wirklicher Kampf ist interessanter." Über seine Rolle wollte sich Walesa nicht konkret äußern. Er sagte, viele seiner Freunde meinten, es genüge, daß es ihn überhaupt gebe und das er als Zement wirke, der verhüte, daß alles auseinanderfalle.

In einer seit langem nicht gekannten Schärfe hat die Wochenzeitung „Argumenty" den polnischen Episkopat angegriffen. Das Blatt beschuldigt die Bischöfe, sich in dem Kommuniqué ihrer jüngsten Konferenz für die politischen Gefangenen eingesetzt zu haben, ohne zu erwähnen, daß die betreffenden Personen „gegen das Gesetz verstoßen" hätten. „Argumenty" gilt als Sprachrohr des dogmatischen Flügels der polnischen Kommunisten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Justiz im Polizeistaat

Von Carl Gustaf Ströhm

Daß Polizisten in einem Polizeistaat bestraft werden, gehört zu den Ausnahmefällen. So kann der Freispruch für die beiden polnischen Polizeibeamten, die angeklagt waren, den 19jährigen Abiturienten Grzegorz Przemyk gewaltsam zu Tode gebracht zu haben, zwar empören, aber nicht verwundern. Statt der Polizei, die den jungen Mann „in Gewahrsam" hatte, wurden nun zwei Ärzte und zwei Krankenpfleger schuldig gesprochen. Die beiden letzteren verurteilte man sogar zu einer Gefängnisstrafe.

Nun mag sein, daß die Mediziner und die Sanitäter den Zustand des jungen Mannes nicht richtig erkannt, daß sie sich sogar nachlässig verhalten haben. Sicher dürfte allerdings sein, daß nicht sie ihm die schweren inneren Verletzungen zufügten, an denen er dann gestorben ist. Wenn aber die Justiz nicht feststellen kann (wie die Behörden behaupteten), welche Polizisten an jenem Abend Dienst taten – soll man etwa glauben, daß der Polizeistaat keine Kontrolle über seine Polizei hat?

In der Tat. Man darf, ganz im Gegenteil, davon ausgehen, daß die Polizei die Kontrolle über den Polizeistaat hat. Das Urteil von Warschau belegt folglich (erneut), daß die polnische Polizei im gegenwärtigen politischen System einen Staat im Staate darstellt.

Damit wirft der Freispruch ein Schlaglicht auf den Zustand des gesamten kommunistischen Systems in Polen. Nicht die Partei, nicht einmal die Armee – die Polizei stellt die eigentliche Stütze des Regimes dar. Würde ein Polizist in dieser Situation verurteilt, so wäre nicht nur die Autorität, sondern auch die Einsatzfreude und die Verläßlichkeit des gesamten Zwangsapparats dahin.

So wenig wie zu erwarten ist, daß ein polnisches Gericht einen polnischen Polizisten verurteilt, der bei der Verfolgung von „Staatsfeinden" zu weit gegangen ist – so wenig steht andererseits zu hoffen, daß die Angeklagten des KOR-Prozesses, vor allem Kuron und Michnik, gerechte Richter finden werden. Nicht Recht, sondern Repression stehen auf Jaruzelskis Programm.

Stumpf an der Spitze

Von Thomas Kielinger

Amerikas Demokratische Partei hat kein Glück mit ihren Spitzenkandidaten. 1980 sah sich Jimmy Carter als Präsident fast hilflos der Herausforderung durch Edward Kennedy ausgesetzt. In diesem Jahr fällt es seinem ehemaligen Vize, Walter Mondale, ebenso schwer, Autorität zu gewinnen.

Die Zustimmung im Saal der fünftausend Delegierten wird zwischen knirschenden Zähnen hervorgepreßt. Und die Rivalen Gary Hart und Jesse Jackson, allen Auftritten der Parteieintracht zum Trotz, bestehen auf ihren abweichenden Positionen, wobei Hart sich sogar vorgenommen hat, bis heute abend genügend Abgeordnete auf seine Seite zu ziehen, um die Nominierung doch noch zu gewinnen. Eintracht – ein Sommermärchen.

Das Problem beginnt und endet mit der Person des Spitzenkandidaten selber, mit Walter „Fritz" Mondale. Ein braver Bursche ohne Durchschlagskraft – das zündet nicht Enthusiasmus, sondern Mitleid. Dabei liegen Themen in der Luft, die, wenn sie nur so griffig dargeboten werden, wie Gouverneur Cuomo es mit seiner Rede am Montagabend tat, die Republikaner und ihren Präsidenten in eine lebhafte Herausforderung verstricken könnten.

Den Demokraten fehlt es nicht einmal an Köpfen und durchsetzungsfähigen Persönlichkeiten. Gouverneur Cuomo fällt auf, aber auch die Frauen – Dianne Feinstein etwa, die Bürgermeisterin von San Francisco, oder Martha Layne Collins, Gouverneurin des Bundesstaates Kentucky. Selbst Geraldine Ferraro sprüht im Vergleich zu der Nummer eins neben ihr geradezu vor Persönlichkeit. Gary Hart prägte über sie und Mondale in San Francisco einen Satz, der in den ewigen Schatz politischer Zitate einzuziehen verdient: Über die Ferraro herrsche in der Partei ja Einigkeit, „die einzige Frage auf diesem Parteitag ist, welcher Kandidat die beste Chance hat, sie gewählt zu kriegen" (the best chance of getting her elected).

So steht Walter Mondale da wie eine politische Ware zweiter Wahl. Wenn das schon nicht den eigenen Parteitag überzeugt, wie soll es im November das Land gewinnen?

Zu kurz gesprungen

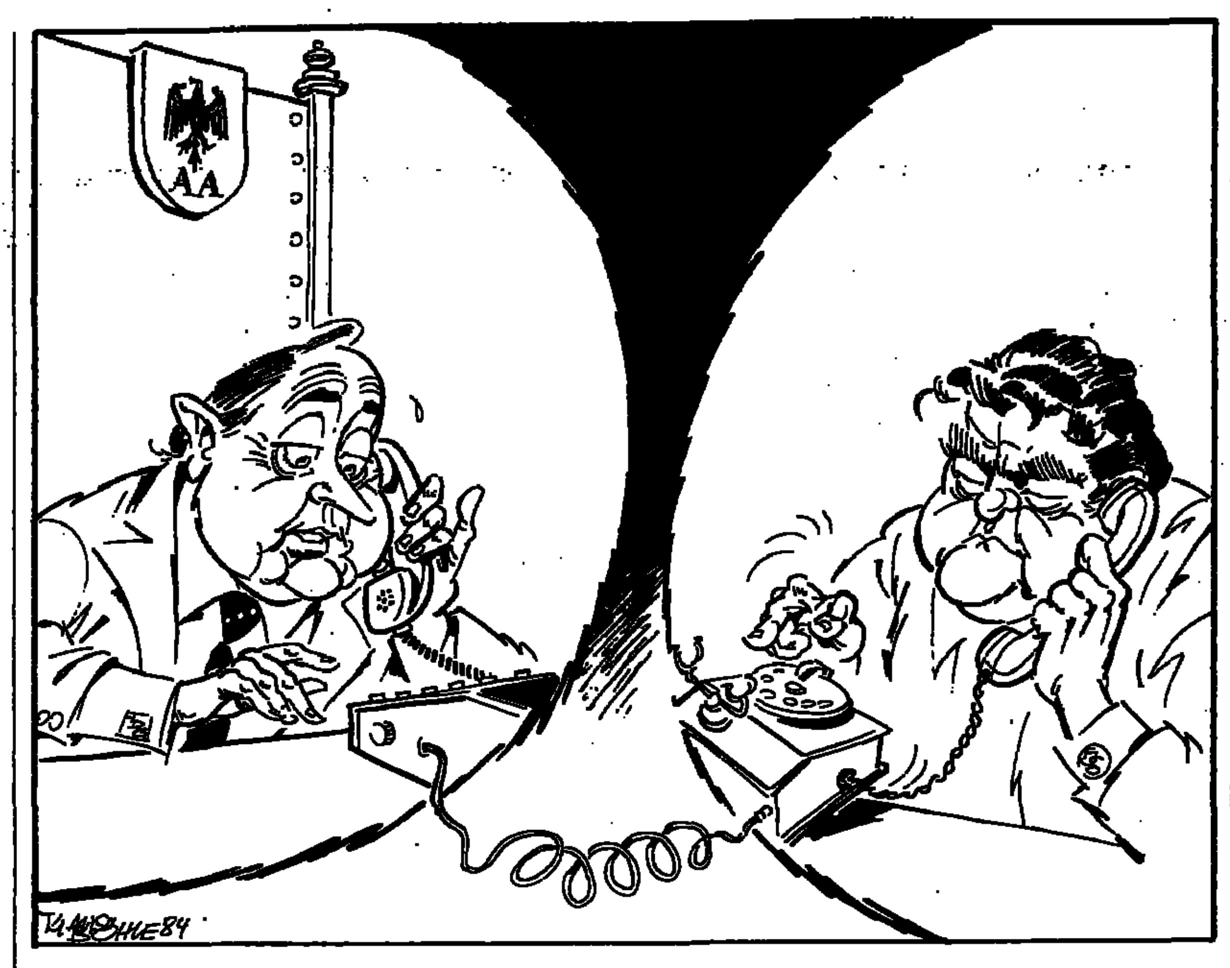
Von Günther Bading

Ende Juni seien 19 Prozent mehr unvermittelte Lehrstellenbewerber registriert worden als im Jahr zuvor, hat die Nürnberger BUndesanstalt für Arbeit gestern mitgeteilt. Ihr Präsident Heinrich Franke nahm die Schreckensmeldung zum Anlaß, an die „besondere Verantwortung" derjenigen Betriebe zu appellieren, die, obwohl zur Ausbildung berechtigt, keine Lehrlinge aufnehmen. Mehr kann Franke nicht tun. Er kann appellieren – und hoffen.

Der Appell des Chefs der alleinvermittelnden Anstalt in Nürnberg wäre sinnlos, wenn Franke nicht auch davon überzeugt wäre, daß es außerhalb der Karteien seiner Arbeitsämter noch Lehrstellen gibt. Nur – an die kommen seine Beamten nicht heran. Da ist eine gewisse Meldemüdigkeit gerade kleinerer Betriebe, die nicht noch mehr Papierkrieg führen wollen, und da mag es eine Menge ausbildungsberechtigter Mittelständler geben, die einfach keinen Fremden im eigenen Betrieb herum „schnüffeln" lassen wollen. Denn mit einer vom Arbeitsamt vermittelten Lehrstelle kommt die Kontrolle ins Haus, ob denn auch alle Sonder-Bestimmungen (so sonderlich sie auch sein mögen) peinlichst genau befolgt werden. Nicht, daß man etwas zu verbergen hätte. Aber man scheut halt den allzu innigen Kontakt zu Ämtern.

Da könnte der neue Entwurf aus dem Hause Blüm schon etwas helfen, der zur Behebung regionaler Engpässe zeitlich befristet das Nürnberger Monopol aussetzen und die Vermittlung von Lehrstellen auch durch „sozial engagierte" Einrichtungen und Personen zulassen will. An Pfarrer und an Politiker denke man dabei, heißt es. Unbestritten mag der Herr Pfarrer in seiner Gemeinde da und dort einzelne Schulabsolventen in eine Lehrstelle bringen können. Mehr als Hilfe im Härtefall aber kann auch das nicht sein.

Die Arbeitsvermittlung der Nürnberger Anstalt und ihrer Dependancen ist gewiß segensreich. Oft aber steht sie sich mit ihrem Vorschriften-Wust selber im Weg. Das Vermittlungs-Monopol der Bundesanstalt ist so sinnvoll, wie es das Monopol der Zündholz-Hersteller war. Es muß ganz fallen, wenn der Arbeitsmarkt wirklich mit allen seinen Nischen ausgeschöpft werden soll.



„Mein Amt ist noch besetzt – aber bleiben Sie bitte in der Leitung!" KLAUS BÖHLE

Pro extinctione

Von Manfred Schell

Die Bundesregierung wird den Abtreibungsparagraphen 218 nicht aufkündigen und nicht einmal verändern. Enttäuschung darüber macht sich breit. Sie war nicht nur auf dem Katholikentag in München zu hören; sie reicht weit bis in die Reihen der beiden Bonner Regierungsparteien, die das „C" im Namen haben.

Die Gruppenanträge von Abgeordneten sind Beweise für diese Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regelung. Aber eine Veränderung des Paragraphen 218 ist schon aufgrund der politischen Konstellationen nicht möglich, selbst wenn sie die Union in ihrer Gesamtheit wollte, was zu bezweifeln ist. Die FDP jedenfalls würde hierzu kein „Mehrheitsbeschaffer" sein. Die Diskussion, die Bundesfamilienminister Heiner Geißler mit seinen Angriffen auf die Beratungsstellen von Pro Familia entfacht hat, zielt deshalb auch in eine andere Richtung: Der Paragraph 218 soll nicht länger durch Bagatellisierung der Abtreibung ausgehöhlt werden.

Diese Bagatellisierung hat inzwischen in den Augen vieler Bürger eine Abtreibung – also Tötung ungeborenen Lebens – zu einem „Routinevorgang" werden lassen. Die Demoskopie (Allensbach) hat hierzu erschütterndes Zahlenmaterial zusammengetragen. 77 Prozent der Bevölkerung empören sich über Tierquälereien, 76 Prozent über Umweltverschmutzung und 47 Prozent über die Tötung der Robbenbabys in Kanada. Aber nur 34 Prozent empfinden es als „ungeheuerlich", wenn eine „gesunde Frau einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen läßt".

Die Gegenüberstellung „Robben ja – Kinder nein" ist sicher unzulässig, schon deshalb, weil den Bürgern keine so plakative Frage gestellt worden ist. Dennoch ist sie geeignet, das Unbehagen zu artikulieren. Es wird höchste Zeit, daß Wahrheit in die Begriffe einkehrt und die Hintergründe vollständig aufgehellt werden.

Im vergangenen Jahr wurden in der Bundesrepublik Deutschland an die 90 000 Abtreibungen vorgenommen, 77 Prozent davon auf der Basis der „sozialen Indikation". Hinter diesem Wort verbirgt sich nichts anderes, als daß die Abtreibungen aus vorrangig wirtschaftlichen Überlegungen vorgenommen worden sind. Natürlich gibt es wirkliche Notlagen in Einzelfällen, aber nicht en masse.

Die ZDF-Sendung am Montag, bei der Geißler und andere ihre Positionen erläuterten, hat gezeigt, welche „Kriterien" entscheidend sein können, ob ein Kind geboren oder getötet wird. In einem Fall erklärte eine junge Frau, sie habe abgetrieben, weil die Geburt des Kindes ihren Examensabschluß verhindert hätte. Das habe sie dem Kind „nicht zumuten" wollen, denn sie – die Mutter – hätte ihm dies „ewig" vorgeworfen. Eine andere junge Frau sagte, sie habe abgetrieben, weil sie keine Zukunftschancen für ihr Kind gesehen habe. In diesem Zusammenhang fiel gar das Wort Dioxin.

Auch diese Abtreibungen sind vorgenommen und mit „sozialer Indikation" begründet worden. Erschüttert hat gerade der beinahe schnoddrige Egoismus, der diese Abtreibungen wie selbstverständliche Vorgänge schildern ließ – wenn ich mir einrede, ich gedenke, mein Kind zu hassen, oder wenn ich mir einrede, mein Kind habe eh keine Zukunft, darf ich es umbringen. Aus dieser Gefühlskälte heraus ist der Ruf „Mein Bauch gehört mir" entstanden. Nichts hat die „sozialen Gerechtigkeit" gegenüber dem Schwächeren, dem ungeborenen Leben, so zurückgeworfen wie dieser widerwärtige Slogan.



Wenn Kinder dem Examen geopfert werden: Geißler FOTO: SVEN SIMON

Der Streit zwischen Geißler und Pro Familia hat also einen tieferen Sinn. Der Minister fordert, die Beratungsstelle habe vom Gesetzgeber her den Auftrag, die ratsuchenden Frauen über die gesamte Palette der Hilfsmöglichkeiten zu informieren, mit dem Ziel, daß die Schwangerschaft fortgesetzt und das Kind geboren werden kann. Pro Familia aber habe sich geweigert, auf die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens" aufmerksam zu machen. Fünfzig Millionen Mark sind dafür zunächst bereitgestellt. Nun mag die Kritik an Pro Familia pauschal klingen – auch bei dieser Organisation gibt es zwischen Bremen und Stuttgart ein großes Gefälle, es kommt auf die Personen „vor Ort" an; wenn aber ein Arzt in einem Zimmer berät und gleich nebenan schon die Apparaturen für die Abtreibung bereitstehen, muß das schon zu denken geben.

Vor allem aber macht der offizielle Ton die Musik. Wer die Vorsitzende von Pro Familia, Melitta Walter, im ZDF vom Selbstbestimmungsrecht der Frau, von Sexualität und Offenheit reden hörte, der fragte sich, was das mit dem Recht der Ungeborenen auf Leben zu tun hat. Aber von den Kindern sprach sie nicht. Und ist es nicht auch vermessen, in einer Zeit zunehmend knapper werdenden Geldes fünfzig Millionen Mark als „Almosen" zu diffamieren? So stellt Pro Familia sich dar.

Die Sprecherin des Caritasverbandes hat eingewendet, es gehe nicht nur – wie bei Pro Familia – darum, „zu informieren", sondern „auch einen Weg zur Vermittlung von Hilfen zu finden". Aber das ist wahrlich nur das Allermindeste. Gewiß müssen Frauen in Zweifelssituationen, nicht selten von ihren Männern im Stich gelassen, Beistand und Zuwendung von dieser Gesellschaft spüren. Vor allem aber muß das Gesamtbewußtsein sich neu, zugunsten der Kinder und darüber hinaus zugunsten des Sittengesetzes orientieren. Es muß klar werden, daß Menschenleben nicht beliebig verfügbar ist.

IM GESPRÄCH Josef Holik

Auf Großvaters Spuren

Von Evi Keil

Wenn die schwierigen Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa es zulassen, wird Botschafter Josef Holik in Wien sich auch den Spuren seiner Vorfahren zuwenden. Der neue Leiter der deutschen MBFR-Delegation in Wien will die Parlamentsarchive durchforsten nach der Politik seines Großvaters Josef Luksch, von 1903 bis 1918 Mitglied des alten österreichischen Parlaments und Agrarspezialist.



Daten und wie man sie überprüft: Botschafter Holik FOTO: DIE WELT

Josef Holik, 1931 in Tetschen im Sudetenland geboren, kam mit der Familie erst 1946 über Österreich in das bayerische Franken. Sein Vater war dort in der Zuckerindustrie tätig. Der Sohn, promovierter Jurist, begann nach seinem Eintritt in das Auswärtige Amt 1961 mit einem interessanten Auslandsposten: Er war 1962/63 an der deutschen Botschaft in Moskau unter Botschafter Hans Kroll tätig. „Es waren Fragen der Methoden, nicht der Substanz in der Ostpolitik, wenn Kroll damals Schwierigkeiten mit dem Auswärtigen Amt bekam", sagt Holik rückblickend.

Nach einer weiteren Tätigkeit am Konsulat in Madras wurde Holik 1967 zur NATO-Botschaft nach Brüssel versetzt und blieb bis 1971. Anschließend bis 1974 war er Botschafter in Somalia. Seitdem arbeitet er wieder in der Zentrale. Holik wurde stellvertretender Leiter des NATO-Referates und Leiter des Referates Sicherheit und Rüstungskontrolle in Europa, zuletzt war er Stellvertreter des Abrüstungsbeauftragen der Bundesregierung, Botschafter Friedrich Ruth.

Die ungewöhnlich langen Jahre in der Zentrale „haben auch etwas damit zu tun, daß meine Frau Kollegin ist". Während der Ausbildung hatte sich das Ehepaar kennengelernt; 1965 wurde geheiratet. Wiltrud Holik wurde mit nach Brüssel versetzt und arbeitete damals bei der deutschen Vertretung der Europäischen Gemeinschaft. Aber noch gilt im Amt die Regel, daß ein Diplomaten-Ehepaar nicht zusammen in der gleichen Botschaft beschäftigt sein sollte. Wiltrud Holik, heute in der Kulturabteilung des AA, wird ihren Mann dennoch beruflich nach Wien begleiten: Die Botschaftsrätin übernimmt in Wien in der deutschen Botschaft die Pressearbeit.

Über seine zukünftigen Aufgaben bei den schon so viele Jahre dauernden MBFR-Verhandlungen in Wien über Truppenreduzierung in Europa sagt Holik: „Der Kern dieses Problems, die konventionelle Überlegenheit des Ostens, da liegt meine Verhandlungsaufgabe. Wir haben im April dieses Jahres, nicht zuletzt auf Initiative der Bundesregierung, einen neuen Vorstoß unternommen in der sogenannten Datenfrage. Wir haben da Flexibilität gezeigt und hoffen, obwohl der Osten bisher sehr kritisch auf diesen Vorschlag reagiert hat, daß wir vielleicht doch aus dieser Sackgasse kommen, damit eine Einigkeit über die relevanten Streitkräftestärken erzielt wird. Das erfordert aber auch Flexibilität des Ostens in der zweiten wichtigen offenen Kernfrage, der Überprüfbarkeit. Leider ist die gegenwärtige Phase der Ost-West-Beziehungen nicht dazu angetan, fruchtbare Verhandlungen zu fördern. Aber das kann sich schnell ändern."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

MÜNSTERSCHE ZEITUNG

Über die Kabinettsdiskussion heißt es hier:

So schnell wie die FDP ihren Vorsitzenden hat verfallen lassen, so fix wird er auch als Außenminister auf Null gebracht. Wenn Genscher mit dem Parteiamt auch der Koalitionswert genommen ist, dann wird dieser Mann im zweitwichtigsten Regierungsamt nicht mehr haltbar.

Die Presse

Zur Streiklage in Großbritannien meint die österreichische Tageszeitung:

Der britische Ausstand ist im Zusammenhang mit den Arbeitskämpfen in der Bundesrepublik zu sehen. Dort hatte der Stahlarbeiterstreik, vor allem aber jener der Drucker zuletzt nur mehr den Eindruck eines Festhaltens an Prestigestandpunkten erweckt; gemessen am Inhalt der jeweiligen Kompromißeinigungen hat sich das Porzellan nicht ausgezahlt, das da zerschlagen worden ist. Nur die Briten versuchen zur Zeit, die Deutschen diesbezüglich noch zu übertreffen. Ihre Gewerkschaften agieren selbstzerstörerisch, in ihrem gnadenlosen Kampf gegen die Regierung Thatcher bleibt nicht nur das Wohlbefinden der Bevölkerung, sondern auch die Existenzgrundlage der Arbeiter auf der Strecke.

LA SUISSE

Die Genfer Zeitung sucht unter der Überschrift „Die deutsche Falle" Moskaus Motive im Zusammenhang mit dem Bonner Kredit zu deuten:

Indem sie der DDR rät, Ballast abzuwerfen, will die Sowjetunion Bonn klarmachen, daß sich eine neutralistischere Haltung bezahlt machen würde. In diese regelrechte Falle sind bereits die Pazifisten, die Grünen und ein guter Teil der Sozialisten gefallen. Sie sind bereit, ihre Zugehörigkeit zum Westen für einige Konzessionen zu opfern, die immer in Frage gestellt werden können, aber ihren „Brüdern" im Osten gewiß nicht die Freiheit bringen würden.

DAILY EXPRESS

Die britische Boulevardzeitung meint, daß Mondale seine Wahlchancen verspielt hat:

Armer Walter Mondale. Neben ihm sieht Jimmy Carter wie John Wayne aus. Denn mit Mondale im Weißen Haus würde Amerika nicht einmal die Nerven haben, sich gegen das Großherzogtum Luxemburg zur Wehr zu setzen – geschweige denn gegen die Sowjetunion. Mondale hat nämlich einen Kotau vor den lärmenden Interessengruppen gemacht, in die seine Partei zerfallen ist. Die Benennung der höchst unerfahrenen Geraldine Ferraro als Mitkandidatin wurde teilweise von seiner Furcht vor den schrillen Schreien der Feministinnen-Lobby diktiert. Nun hat Mondale sogar die Pferde von Küste zu Küste zum Wiehern gebracht, indem er eine wahre Glanzleistung vollbrachte. Kurz nachdem er den unfähigen Parteivorsitzenden entließ, setzte Mondale ihn nach scharfen Protesten wieder ein. Mehr noch: Das Spektakel wurde ausgelöst durch *Mondales Willen, Bert Lance* ins Wahlkampfteam zu heben – eine in Verruf geratene Figur aus der Zeit von Jimmy Carter. Bye-bye, Walter.

Allmählich scheint der Golfkrieg sich totzulaufen

Die Mullahs müssen auf die Basaris Rücksicht nehmen / Von Peter M. Ranke

Nach fast vier Jahren scheint sich der Golfkrieg totzulaufen. Zum ersten Mal gibt nun auch das Mullah-Regime in Teheran zu erkennen, daß man zumindest den Krieg gegen die Tanker-Schiffahrt im Golf beenden wolle. Denn dieser Krieg schnürt die Devisen-Einnahmen ab. Damit aber versiegen die Mittel zum Überleben.

Es wird sicher keine direkten Verhandlungen zwischen Teheran und Bagdad geben. Aber immerhin hat Iran nun eine Regionalkonferenz mit fünf arabischen Golfstaaten ohne Irak vorgeschlagen. Sie soll in Damaskus oder Algier stattfinden. Der persische Unterstaatssekretär Lavassani war letzte Woche in Saudi-Arabien und in Qatar, wo er darum bat, den Krieg nicht weiter eskalieren zu lassen. Bestimmt hißt Teheran nicht die weiße Flagge, doch scheint sich in Regierungskreisen und vor allem in der Armee die Ansicht durchzusetzen, daß Irak militärisch nicht mehr besiegt werden kann. Das proklamierte Kriegsziel, die sozialistisch-militärische Diktatur des Präsidenten Saddam Hussein zu stürzen und eine islamische Republik zu errichten, liegt zur Zeit außer Reichweite der Militärs und Politiker in Teheran.

Die Mullahs drohen seit zwei Monaten mit einer neuen Großoffensive gegen Basra. Aber die Armee-Führung warnt davor, die letzten Reserven in die Schlacht zu werfen. Sie hat in Staatspräsident Ali Khamenei wohl einen Befürworter ihrer Argumente gefunden. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Armee diesen sinnlosen Krieg nicht mehr fortsetzen will, ist angesichts der Aufrüstung Iraks durch den Westen und die Sowjets gewachsen. Die Mullahs in Teheran scheuen keine Menschenopfer und können viel riskieren, aber nicht einen Putsch, oder auch nur den störrischen Widerstand der Militärs.

Ayatollah Khomeini kann in der heiligen Stadt Qom beten oder predigen; er bleibt der respektierte Revolutionsführer. Aber die tatsächliche Macht in der Hauptstadt Teheran beruht auf dem Bündnis zwischen den Mullahs und dem Basar, das von der Armee geduldet und bisher mitgetragen wird. Dieses Bündnis ist aber in Gefahr, wenn der Handel der Basaris nicht mehr funktioniert, weil die Deviseneinnahmen fehlen. Und sie fehlen tatsächlich. Seitdem die Iraker den Krieg gegen die Tanker eröffnet haben, ist der Rohölexport Irans über die Insel Kharg von 1,5 Millionen Barrel pro Tag auf unter 500 000 Barrel gesunken. Das heißt: Die Einnahmen reichen nicht mehr zur Versorgung der Bevölkerung aus.

Während Irak die gewaltige Finanzkraft der arabischen Ölstaaten zur Verfügung steht und Bagdad auch einen Zwei-Milliarden-Dollar-Kredit von Moskau erhielt, lebt Teheran jetzt von den Reserven. Das Regime ist weltpolitisch isoliert, Moskau und Washington sind in seltener Einmütigkeit seine Feinde. Die mehrheitlich sunnitische arabische Welt gönnt den Schiiten in Iran keinen Triumph, die Religionsgeschichte des Islam darf nicht neu geschrieben werden.

Gegenwärtig wird Kuwait von den Sowjets mit Luftabwehr-Systemen ausgerüstet. Der Waffen-Nachschub für Irak läuft über Jordanien und Saudi-Arabien ungestört. Zudem hat Irak die Chance, in zwei Jahren durch neugebaute Pipelines den Rohöl-Export wieder zu steigern. Der große Aufstand der Schiiten oder der Kurden gegen das Baath-Regime in Bagdad ist ausgeblieben. Und Moskau hat sein Veto gegen weitere Waffen-Lieferungen aus Nordkorea nach Teheran eingelegt. Obendrein entsendet die Sowjetunion, eine Folge des Golfkrieges, nun Berater nach Kuwait. Zum erstenmal stehen sowjetische Militärs am Golf. Das haben die Mullahs sicher nicht gewollt.

Nachteilig für Iran wirkt sich auch aus, daß der einzige Verbündete im arabischen Lager, Syrien, keine wirkliche Hilfe ist. Damaskus tauscht zwar Sowjetwaffen gegen persisches Öl, aber die Instabilität des Regimes in Syrien verhindert ein Vorgehen gegen Irak. Der von Teheran beabsichtigte Zwei-Fronten-Krieg gegen Bagdad findet nicht statt. Die syrische Armee ist in Libanon gebunden und mit Machtkämpfen beschäftigt. Wenn aber nun der Krieg im Golf „versickern" sollte, sind Rückwirkungen in Teheran zunächst kaum zu erwarten. Das Mullah-Regime wird sich einigeln, die Armee wird in Stellung bleiben und damit weit von der Hauptstadt sein. Wenn der Erdöl-Export und damit die Devisen-Einnahmen wieder gesichert sind, ist der Basar zufrieden. Der Religionskrieg gegen Irak wird in den Untergrund und in Terroraktionen verlagert.

Wie jeder Herrscher in der arabischen Welt hat auch das Mullah-Regime in Teheran vor allem ein Ziel: Es will an der Macht bleiben. Dafür bricht man notfalls auch den Golfkrieg ab, den man ja nicht begonnen hatte. Das ist auch religiös zu begründen und zu verantworten. Denn der Islam kennt gegenüber Ungläubigen keinen offiziellen Friedensschluß, sondern höchstens einen zeitweisen Waffenstillstand. Das gilt auch für Ketzer. Nur wird das erschöpfte Land sich nicht sobald wieder in einen Krieg einlassen.

„Heiligkeit, Sie schwingen auf Skiern wie eine Schwalbe“

In den Annalen des Heiligen Stuhls wird man ähnliches kaum finden: Johannes Paul II. (64) lud den italienischen Präsidenten Pertini (87) zur Skifahrt auf den Adamello – eine perfekt abgeschirmte Geheimoperation. „Wahrscheinlich wird jetzt mancher in Skandalrufe ausbrechen“, mutmaßt der Papst.

Von F. MEICHSNER

Begonnen hatte es am vergangenen Freitag nachmittag mit einem Telefongespräch. Aus seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo in den Albaner Bergen meldete sich der polnische Papst im römischen Quirinalspalast. Er verlangte den 87jährigen sozialistischen Staatspräsidenten Sandro Pertini zu sprechen. „Guten Tag, Präsident, wollen Sie nicht mit mir in den nächsten Tagen zum Skilaufen kommen?“ fiel er dem Vernehmen nach sofort mit der Tür ins Haus.

Am anderen Ende des Drahtes herrschte zunächst einen Augenblick lang betretenes Schweigen. Dann kam, etwas verlegen, die Antwort: „Tut mir leid, ich kann aber nicht Ski laufen.“ Carol Wojtyla zeigte sich jedoch alles andere als entmutigt: „Macht nichts! Kommen Sie trotzdem“, ermunterte er den ebenso rüstigen wie *unternehmungslustigen* Endachtziger. Etwas frische Luft wird Ihnen guttun. Lassen Sie uns zusammen zu Mittag essen!“ Damit war die Sache abgemacht.

Am Samstag und Sonntag rotierten daraufhin die Sicherheitsbeamten. Pertini hatte die Parole ausgegeben: „Absolute Geheimhaltung!“ Carabiniere, Finanzpolizei, Feuerwehr und Verkehrspolizei arbeiteten einen minutiösen Einsatzplan zur totalen Isolierung des für den Ausflug ausgewählten Adamello-Massivs im Trentino aus. Binnen weniger Stunden wurden die ersten Einsatzbefehle ausgegeben. Alle Zugänge zu der in 3647 Meter Höhe gelegenen „Schutzhütte der Gefallenen des Adamello“ wurden abgesperrt. Der gesamte private Flugverkehr über dem westlich *von Madonna di Campiglio liegenden* Gletschermassiv wurden untersagt. In Pinzolo rätselte man, was da wohl oben, auf der Schutzhütte der Lobbia Alta, vorgehe. *Die meisten tippten auf* hohen Manöverbesuch.

Inzwischen waren auch in Rom und auf dem Veroneser Flugplatz Villafranca alle Vorbereitungen getroffen. Am Montagmorgen verließ Pertini in aller Frühe seine Privatwohnung an der Fontana di Trevi. Im blauen Anzug bestieg er seinen „Maserati Biturbo“. Das Fahrziel war diesmal jedoch nicht, wie üblich, der *nahegelegene* Quirinalspalast. *Auf* Umwegen ging es zum Flugplatz von Ciampino. Begleiten ließ sich der Präsident nur vom Leiter seines Pres*seamtes, dem Gesandten Michelange*lo Jacobucci. In Ciampino stand die Präsidenten-DC 9 auf einer Nebenpiste des Militärgeländes startbereit. Kurz nach dem Präsidenten traf gegen 7.30 Uhr aus Castel Gandolfo auch der schwarze Mercedes mit dem Papst und dessen Privatsekretär, dem polnischen Monsignore Stanislav Dziwis, ein. Johannes Paul II. trug seinen weißen Talar mit goldenem Brustkreuz.

Als die DC 9 anderthalb Stunden später in Verona-Villafranca aufsetzte, hatte der eine der beiden illustren „Ausreißer“ schon die Kleidung gewechselt. Pertini kam die Rolltreppe in Bergschuhen herunter, angetan *mit einem rot- und blaudurchwirkten* weißen Skipullover und dunklen Berghosen. Der Papst zog sich dann erst nach dem anschließenden einstündigen Hubschrauberflug zur Schutzhütte um. Er legte blaue Skihosen, *einen graugrünen Pullover,* wie ihn die Alpini tragen, und einen Anorak an. Auf dem Kopf trug er eine Pudelmütze.

Von der Schutzhütte ging es auf der Schneekatze weiter auf die 3350 Meter hoch gelegenen Gletscherfelder, wo acht stämmige Leibwächter in perfekter Skiausrüstung auf die hohen Gäste warteten. Während es sich Pertini, die Pfeife im Mund, auf der Schneekatze bequem machte, schnallten der 64jährige „Pontifex maximus“ und Hüttenwirt Martino Zani ihre Skier an.

Fast drei Stunden lang führte der Papst dann, von Zani begleitet – dem begeisterten Präsidenten Schußfahrten und Slalomläufe vor. Der Zuschauer sparte nicht mit Komplimenten. „Bravo! Phantastisch!“ rief er dem Läufer immer wieder zu. „Heiligkeit, Sie sind ein wirklicher Maestro. *Sie schwingen auf Skiern wie* eine Schwalbe. Welch ein Jammer, daß ich in meiner Jugend nicht Skilaufen gelernt habe.“

Der „Fachmann“ Zani war in seinem Kommentar, den er am nächsten Tag einem Reporterteam des italienischen Rundfunks gab, etwas zurückhaltender: „Der Papst begnügte sich mit kleinen, einfachen Abfahrten. Er fuhr sehr langsam, aber sicher. Man merkte, daß er keine Übung mehr hatte, aber gestürzt ist er nie.“ Unterhalten habe man sich über den Schnee und über das einzigartige Panorama.

Vorbei an den alten Bergstellungen aus dem Ersten Weltkrieg ging es danach zurück zur Schutzhütte, wo die Frau des Hüttenwirts das Mittagessen vorbereitet hatte: Salami und Schinken als Vorgericht, dann Spinatnokkerln, die man im Trentinischen „Strangolaprete“ (Priesterwürger) nennt, und Risotto alla Milanese, Roastbeef mit Salat, Waldbeeren und „Crostata“. Der Papst trank dazu einen weißen Tokaier, Pertini sein gewohntes Bier. Den abschließenden Grappa *nahmen* beide und brachten mit ihm die Trinksprüche aus.



Gipfeltreffen in 3350 Metern Höhe: Johannes Paul II. und Sandro Pertini auf dem Adamello FOTO: AP

Johannes Paul II. machte dabei *keinen Hehl aus seiner Zufriedenheit* über die gelungene Blitztour: „So etwas hat es zwischen einem italienischen Präsidenten und einem Papst noch nie gegeben. Ich glaube, es ist auch ohne Präzedenzfall in den Annalen des Heiligen Stuhls. Wahrscheinlich wird jetzt mancher in Skandalrufe ausbrechen. Aber es ist kein Skandal, wenn uns wahre Freundschaft und ein echtes menschliches Gefühl bewegen. *Zum ersten Mal bin ich im* Juli Ski gelaufen.“ Pertini gab, sichtlich bewegt, zurück: „Heiligkeit, Ihre Freundschaft ist für mich von großem Trost, von großer Hilfe. Sie gibt mir Stärke und Klarheit in meiner täglichen Arbeit.“

Nach dem Essen verabschiedeten sich Papst und Präsident mit einer Umarmung. Johannes Paul II. gab seinem Ausflugsgefährten noch ein Kompliment mit auf den Rückweg nach Rom: „Präsident, die Italiener können sich glücklich preisen, ein *Staatsoberhaupt wie sie zu haben.*“ Wieder zurück im Quirinal, zeigte sich der 87jährige zufrieden wie selten zuvor: „Es war dies ein wunderschöner, erhebender Tag mit meinem Freund Wojtyla“, schwärmte er.

Erst nach seiner Rückkehr wurde *das Geheimnis der „Operation Adamello“* gelüftet. Die Pressestelle des Quirinals teilte es in einem Kommuniqué mit: „Der Präsident der Republik hat heute mit großer Freude die Einladung seiner Heiligkeit Johannes Paul II. zu einem gemeinsamen Früh*stück auf dem Adamello angenom*men.“ In Rom und auch im Vatikan fiel man aus allen Wolken. Der Direktor des vatikanischen Pressesaals, Pater Romeo Panciroli, beschränkte sich in seiner Mitteilung auf wenige Worte: „Es war ein streng privates Ereignis. Alles war so verabredet, daß die Presse nichts davon erfuhr.“

Im Gegensatz zu Pertini blieb der Papst die Nacht über auf der Berghütte und zelebrierte am Morgen in der neben der Hütte gelegenen, den Gefallenen des Ersten Weltkrieges ge*weihten Kapelle eine Messe.* Daß Carol Wojtyla dann vor der Rückkehr nach Castel Gandolfo noch einmal die Skier unterschnallte, wirkte fast schon wie eine normale Nachricht.

Der „heiße Draht“ wird zum flinken Fernkopierer

Von ADALBERT BÄRWOLF

Der amerikanische Sergeant Fred Takuski hämmerte im August vor 21 Jahren den Standard-Testtext der US-Fernschreibtechniker in die Tasten der russischen Telex-Maschine aus der „DDR“. Die Impulse der Fernschreibmaschine im Pentagon jagten lichtgeschwind von Washington durch ein unterirdisches Kabel nach New York, von dort nach Neu-Schottland, wo das Kabel bis England unter Wasser tauchte, *dann weiter nach* Kopenhagen, Helsinki, Leningrad und Moskau.

Im Kreml stand die amerikanische Gegenmaschine, *Model 28* der Teletype Corporation of Chicago. Und auf der per Luftfracht mitgelieferten Papierrolle erschien im selben Augenblick, in dem Sergeant Takuski in Washington auf die Tasten drückte, der Testspruch „The quick brown fox jumped over the lazy dog's back“, was in der Sprache der Bundespost-Telex-Tester heißt: „Kaufen sie jede Woche vier gute und bequeme Pelze x y.“ Bei diesen Testsätzen *fallen alle* Tasten.

Die russischen Techniker vor den Maschinen aus Chicago in Moskau *verstanden kein Wort,* was auch nicht notwendig war. Hauptsache, daß die richtigen Tasten fielen, auf denen die kyrillischen Buchstaben friedlich neben den lateinischen gezeichnet waren. Nur der Dolmetscher in Moskau konnte das Fachchinesisch der US-Telex-Tester verstehen. Am 30. August 1963 war die „hot line“, der „heiße Draht“ zwischen Washington und Moskau mit dem Testspruch des Ser*geanten Fred Takuski eröffnet wor*den.

Die „hot line“ hat sich im Laufe der Jahrzehnte an den technologischen Weltstandard angepaßt. Die Fernschreiber aus Chicago und der „DDR“ (sie standen aus technischen Gründen auf der jeweiligen Gegenseite) konnten nur 66 Anschläge in der Minute senden. Und der langsame „heiße Draht“ verlief durch Kabel*schächte, in denen Teenager* zum Spaß Feuer machen konnten. Dann kam der drahtlose „heiße Draht“, der 36 000 Kilometer nach oben zu scheinbar stillstehenden Kunststernen, von dort wieder hinunter in die Zentrale des anderen ideologischen Lagers führt. Jetzt soll die Faksimile-Kommunikation kommen, die es Ronald Reagan und Konstantin Tschernenko ermöglicht, sich per Fernkopierer in sekundenschnelle ganze Schreibmaschinenseiten, bedruckt oder bebildert, zuzuspielen.

Dieser „heiße Draht“ bedient sich der Satelliten-Brücken Washington–Moskau, die seit Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens im Jahre 1971 bestehen. Bei Ft. Detrick, rund 70 Kilometer vom Weißen Haus entfernt, steht eine Station zum Empfang der Signale, die die sowjetischen Fernmelde-Satelliten Molnija ausstrahlen. Und bei Moskau steht eine Station, die die Impulse der amerikanischen Satelliten empfängt.

Nach Installation der Fernkopierer im Weißen Haus und im Kreml würde bei einer Krisensituation beispielsweise eine Zeichnung, die Tschernenko Präsident Reagan in Eile zukommen lassen möchte, über dieselbe Leitung geschickt, über die heute die Signale der Funkfernschreiber laufen. Die Impulse, die die Zeichnung ausmachen, werden am Ausgang des Telekopierers verschlüsselt, laufen über eine Landleitung zu der Molnija-Bodenantenne, die die Satelliten anpeilt, von dort zu den 12-Meter-Parabolreflektoren in Ft. Detrick und weiter über Landleitung durch den Entschlüssler in die Fernkopierer im Weißen Haus.

Das Gesundheitssystem ist krank, die Therapie schlägt nicht an

Die Krankenhäuser werden immer größer, die Ärzte immer zahlreicher, die Apparate immer moderner – und die Gesundheitspflege immer teurer, doch kaum besser. Eine Fehlentwicklung, die wegen *politischer Halbherzigkeiten* offenbar kaum gestoppt werden kann.

Von PETER JENTSCH

Gut zehn Jahre ist es her, da wurde den Krankenhäusern vorgeworfen, Patienten menschenunwürdig auf Fluren, ja sogar in Badewannen unterzubringen.

Gut zehn Jahre ist es her, da machte das Wort von der „Drei-Minuten-Medizin“ die Runde. Der Patient – nur ein Fall, eine Nummer: Überfüllte Wartezimmer, drei *Minuten* ärztliche Behandlung, der nächste bitte.

Gut zehn Jahre ist es her, da rechnete der damalige rheinland-pfälzische Sozialminister Heiner Geißler dem Medizinbetrieb für die 80er Jahre Ausgaben in Höhe von 100 Milliarden Mark hoch. Die Marge ist inzwischen erreicht: Knapp 100 Milliarden Mark wendete die gesetzliche Krankenversicherung im vergangenen Jahr *für ihre Mitglieder auf.*

Ist dadurch die medizinische Versorgung besser geworden? Sind die Deutschen gesünder geworden? Ist die Kritik verstummt?

Mitnichten. Seit der ersten lauten Kritik am Medizinbetrieb und seinen Kosten ist kaum etwas geschehen. Eine offensive Gesundheitspolitik hat nicht stattgefunden, allenfalls eine Ärztepolitik, eine Krankenkassenpolitik, eine Pharmapolitik oder eine Zahntechnikerpolitik.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) trat mit dem Anspruch an, Ordnung zu schaffen. Er baute auf die Kräfte der Selbstverwaltung des Medizinbetriebs, im Rahmen der vorgegebenen Gesetze, die Effektivität, also die gesundheitliche Wirksamkeit, und die Effizienz, das Verhältnis von Kosten zu Nutzen im Gesundheitswesen, zu verbessern. *Zugleich* kündigte er im Mai vergangenen Jahres an, endlich die Reform der Krankenhaus-Finanzierung auf den Weg zu bringen. Blüm im Mai 1983: „Als nächstes Werkstück wird das Krankenhaus angepackt.“ Doch diese Re*form, durch die der mit jährlichen* Kosten von 30,8 Milliarden Mark (für die Krankenkassen) teuerste Brocken im Gesundheitswesen finanzierbar gemacht werden soll, droht – wie so viele zuvor – zu verwässern.

Wird also weiter nur am System *herumgedoktort? Wird die Medizin* immer teurer, aber nicht besser? Müssen wir uns an beharrlich steigende Zwangsbeiträge zur Krankenversicherung gewöhnen – gedanken*los* begründet: im Namen der Solidarität, zugunsten der Gesundheit?

Geht es so weiter wie *1970, muß* man diese Fragen wohl mit ja beantworten. 1972 wurde das als „Jahrhundertwerk“ gefeierte Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG), zwei Jahre später die Bundespflegesatzverordnung verabschiedet. Beide Initiativen sicherten die Mischfinanzierung der Krankenhäuser, nämlich die Bezahlung der Investitionskosten durch den Staat und die Bezahlung der Pflegekosten durch die Krankenversicherung.

In der Folge des Gesetzes entstanden *Mammutkliniken,* Betonburgen *mit beinahe inhumaner Atmosphäre.* Gleichzeitig wurden kleine Kliniken mit bis zu 200 Betten, die für die stationäre Durchschnittsversorgung gute Dienste taten, von der staatlichen Förderung ausgenommen – Exitus für viele private und gemeinnützige Spitäler. Es gab immer weniger Kliniken, aber immer mehr Betten. Und die wurden bald unbezahlbar.

Im Bereich der kassenärztlichen Versorgung setzte gleichzeitig ein enormer technischer Fortschritt ein. Immer effektivere und verfeinerte Untersuchungsmethoden – zum Beispiel der Endoskopie, Katheterdiagnostik, Organbiopsie, Angiographie, Computerradiographie – lieferten zwar einerseits immer schlüssigere diagnostische Informationen, verführten aber andererseits durch die Attraktivität des Neuen oder durch den Zwang zur Amortisation zum Einsatz ohne strenge Indikation.

Jedes Jahr kommen 12 000 Ärzte von der Uni

Hinzu kam die ständig wachsende Zahl der Medizinstudenten. 12 000 verlassen zur Zeit jährlich die Universitäten als approbierte Ärzte. Fragt man, was die deutsche Ärzteschaft pädagogisch und praktisch zur Reduzierung des ärztlichen Überangebots getan hat, so lautet die Antwort: nicht genug. Sie hat sich nicht früh und nachdrücklich genug auseinandergesetzt mit der Gefahr einer unter dem Zwang des technischen Fortschritts entstehenden Umprogrammierung des Arztes von einer auf den Patienten orientierten zu einer auf Apparate *orientierten Medizin.*

Die Spitzenverbände der Ärzte haben versäumt, den Politikern eine Approbationsordnung an die Hand zu geben, über die die Zahl der Studenten besser zu steuern gewesen wäre. Was geschieht mit dem Strom von Jungmedizinern, die schon jetzt in ihrer Ausbildung als überzählig gelten, aber doch anwenden wollen, was sie gelernt haben? Von der Bevölkerung zu erwarten, daß sie dafür den „erforderlichen Krankheitspegel“ bereithält, wäre grotesk.

Schon heute wächst durch die hohe *Arztdichte* die Zahl ihrer Leistungen. Und so nimmt es nicht Wunder, daß neben den Krankenhauskosten *die Aufwendungen für die ambulante* ärztliche Behandlung (rund 16 Milliarden Mark) den zweitstärksten Ausgabenbrocken der Kassen bilden.

Zwar haben die Ende der 70er Jahre verabschiedeten „K-Gesetze“ zur Kostendämpfung in der Krankenversicherung zu einer Kostenberuhigung geführt. Dazu trug sicher auch die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen bei, in der sich die Spitzenver*bände des Medizinbetriebs,* der Bundesarbeitsminister, die Ländervertreter und die Sozialpartner über die Zuwachsraten für die Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung verständigen.

Blüm will jetzt mit der Reform der Krankenhausfinanzierung (WELT vom 17. Juli) *nicht* nur den teuersten Ausgabensektor in den Griff bekommen. Er will damit zugleich den Ärzten und anderen „Gesundheitsanbietern“ die Möglichkeit beschneiden, unter Hinweis auf die keiner Preisregelung unterworfenen Krankenhäuser *selbst kräftig in die Taschen der* Krankenkassen zu greifen.

Immerhin lagen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für die Krankenhauspflege 1982 um eine Milliarde Mark und 1983 um 500 Millionen Mark über dem Beitragsaufkommen. Folge der ständig steigenden Pflegesätze, die inzwischen durchschnittlich bei 230 Mark pro Tag liegen und in Mammutkliniken *auch 800 Mark* erreichen. So stiegen denn die Ausgaben der Kassen von 11,7 Milliarden 1973 über 19,3 Milliarden 1976 auf 30,8 Milliarden im vergangenen Jahr.

Mißstände in Kliniken schleppen sich dahin

Andererseits kommen aber Bund und Länder ihren gesetzlich vorgeschriebenen Verpflichtungen nicht nach, die Krankenhausinvestitionen zu bezahlen. Die jährlich dafür angesetzten Haushaltsmittel (1983: 4,3 Milliarden Mark) reichen bei weitem nicht aus. In den Kliniken zwischen *Flensburg und Rosenheim* warten dringend notwendige Reparaturen in einer finanziellen Größenordnung von acht Milliarden Mark auf ihre Erledigung. Investitionen von weiteren fünf Milliarden Mark sind bei den Ländern angemeldet.

Mit diesen Mißständen will der Arbeitsminister durch die Neuordnung der Krankenhausfinanzierung aufräumen. Dabei geht es vornehmlich darum, die Bedarfsplanung, das Finanzierungssystem und die Pflegesatzgestaltung zu verbessern. Blüms Referentenentwurf sieht hier auch *entsprechende gesetzliche Regelun*gen vor. Da er sich aber im Vorfeld des Gesetzgebungsprozesses nicht mit den Ländern einigen konnte – sie befürchten einen Eingriff in die Eigenverantwortlichkeit und die Budgethoheit ihrer Parlamente – werden die Länder dem Bundesrat einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen. Der sich abzeichnende Kompromiß wird wesentliche Teile verwässern.

Kernpunkt von Blüms Entwurf ist die Aufhebung der Mischfinanzierung, aus der sich der Bund ganz zurückziehen wird. Dafür wird den Ländern ein Ausgleich von 972 Millionen Mark gezahlt.

Darüberhinaus sieht der Referentenentwurf eine stärkere Mitbestimmung der Krankenkassen bei der Krankenhausbedarfsplanung vor, um *örtliche Fehlplanungen,* Bettenüberangebote, Fehlinvestitionen und eine unzureichende Berücksichtigung der Folgekosten zu vermeiden. Die Kassen sollen auch ermächtigt werden, kleinere, notwendige Investitionen, die sich schnell amortisieren und damit die Pflegekosten senken, selbst zu bezahlen.

Schließlich sollen durch eine neue Gestaltung der Pflegesätze den Spitälern Anreize zu wirtschaftlicher Betriebsführung gegeben werden, etwa durch die Zulassung von Gewinn- und Verlustmöglichkeiten. Der heute geltende vollpauschalierte Pflegesatz soll durch differenziertere, leistungsbezogene Preise ersetzt werden.

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße *mit Abmahnungen vorzu*gehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

- **Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.**
- **Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahn- und klagebefugt ist.**
- **Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.**

Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber *hinaus „Grundsätze* für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Bitte senden Sie mir die Informationen über Abmahnungen an folgende Anschrift

Name: ____________

Straße: ____________

PLZ/Ort: ____________



Zentralausschuß der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Auf weichem Grund droht dem Fährhafen Mukran ein Debakel

Übergabetermin des Prestige-Projekts durch mangelhafte Bodenerkundung gefährdet?

T.W. KRAUEL, Bonn

Es erscheint mehr als zweifelhaft, ob der Eisenbahn-Fährhafen Mukran auf der Insel Rügen fristgerecht zum Oktober 1986 fertiggestellt werden kann. Ein kürzlich im „Neuen Deutschland" zur Halbzeit des Projekts erschienener Bericht über die neben der „Reichsbahn"-Elektrifizierung gegenwärtig größten Infrastruktur-Baustelle der „DDR" deutet in optimistisch verbrämter Form schwer*wiegende Probleme mit dem Baugrund* an.

Die Dimensionen der Baustelle sind beeindruckend: Fast eineinhalb Kilometer messen die Außenmolen des Hafens, auf dessen rund 40 Kilometer Eisenbahngleise aus jeder der insgesamt sechs 12 000 Tonnen großen Fähren über 100 Güterwaggons ausgeschifft und umgesetzt oder umgeladen werden. Bis zum Ende des Jahrzehnts ist zunächst eine Umschlagskapazität von 5,3 Millionen Tonnen Gütern vorgesehen. Doch das ist noch Zukunftsmusik.

Obwohl ein Teil der Mole und der Dienstgebäude schon stehen und auch die Gleise partiell bereits verlegt sind, sprach jetzt nämlich das Parteiorgan in einer für die „DDR" sehr ungewöhnlichen Verfahrensweise die Probleme am Bau öffentlich an. Es beschrieb auf einer ganzen Seite den die Probleme der 2200 Mukraner Bauarbeiter im Kampf mit dem technisch offenbar sehr problematischen Baugrund.

Die Baubrigaden fanden nach den Schilderungen des Baustellenchefs mächtige Kreideschichten vor. In zeitraubender Arbeit bekamen die Hafengebäude für solche Boden-beschaffenheit geeignete Fundamente angepaßt. Der größte Teil der Kreide aber mußten ausgebaggert und mit Kies aufgefüllt werden. Deswegen habe sich eine winzige Kiesgrube im benachbarten Dubnitz, so die Parteizeitung mit dem gebotenen Optimismus, *„inzwischen zu einem wahren Tagebau gemausert".* Zudem sei der Dubnitzer Kies nach den Worten eines Experten der „DDR"-Reichsbahn „nicht ideal" und werde nur verwendet, weil sein Abbau gegenüber anderen Materialien um „Millionen Mark" weniger koste. Im Klartext: Die Auffüllung des weichen Baugrunds selbst mit minderwertigem Material kostet die „DDR" mindestens zweistellige Millionensummen.

Dabei hatte das bei der Planung federführende Verkehrsministerium den Standort Mukran mit schlüssig klingenden Argumenten vertreten, nachdem der nach Auskunft von Ortskundigen früher favorisierte Standort Glowe zwischen Saßnitz und dem Kap Arkona endgültig ausgeschieden war: Der Ostseegrund falle dort steil ab, so daß eine Fahrrinne weder ausgebaggert noch instand gehalten werden müsse; ein Bahnanschluß an das Netz der „Reichsbahn" sei bereits vorhanden; und schließlich gebe es wegen des *steinigen* Strandes wenig Feriengäste.

Aber wurde der Baugrund dort genügend untersucht? Es scheint in Ost-Berlin Kreise zu geben, die daran zweifeln und denen an einer Publikation der Folgen solcher Vorgehensweise sehr viel liegt. Kaum war die kritische Bau-Reportage erschienen, da lobten die beiden ranghöchsten „DDR"-Militärs, Verteidigungsminister Hoffmann und sein Stellvertreter Heinz Keßler, ausgerechnet auf der „Großbaustelle der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft" die Leistungen der „Bausoldaten" zum ersten Mal seit ihrer Schaffung im Jahre *1964. Etwa 160 Mann* jener waffenlosen Bau-Einheiten aus Wehrdienstverweigerern sind in Mukran an der Arbeit. Selbst dieser quasi-Sträflings-Einheit wurde durch höchsten Rang Lob bei der Erfüllung ihrer Bauaufgaben gezollt. Es mögen auch andere Gründe für diesen Schritt mitbestimmend gewesen sein - Zufall war die Ortswahl sicher nicht.

Abgesehen von den technischen Problemen wurde dem Hafen eine der letzten noch unberührt verbliebenen Abschnitte der deutschen Ostseeküste geopfert. Dort gediehen wilde Orchideen, und direkt im Baustellenbereich befand sich eine in der ganzen Welt einmalige Naturschönheit: Ein ausgedehntes Geröllsteinsfeld aus reinem Feuerstein. Auch diese Rarität ist endgültig dahin.

Es wäre nicht das erste Mal im Sozialismus, daß ein Großprojekt an unzureichenden Vorarbeiten Schaden leidet. In China wurde ein supermodernes Stahlwerk bei Shanghai auf sumpfigem Boden errichtet und mußte mitfür Millionen Dollar importierten Stahlträger gestützt werden. Der zuständige Minister wurde versetzt. In der Sowjetunion traf eine ähnliche Schlamperei die propagandistisch herausgestellte Atomkraftwerk-Fabrik „Atommasch", und der zuständige Minister wurde gefeuert.

Kohl verspricht Duarte Hilfe für El Salvador

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern, wie zuvor schon Bundespräsident Richard von Weizsäcker, gegenüber dem Präsidenten von El Salvador, José Napoleón Duarte, die Bereitschaft Bonns zu Hilfe und Zusammenarbeit unterstrichen. Beide Politiker stimmten darin überein, daß die *freundschaftlichen Beziehungen* zwischen der Bundesrepublik und El Salvador vertieft und ausgebaut werden sollen.

Der Kanzler sagte, er hoffe, daß die Wahl Duartes zum Präsidenten der Gewalttätigkeit von rechts und links den Boden entziehe. Er begrüßte die Absicht seines Gastes, durch Dialog zwischen den Bürgerkriegsparteien den Frieden zu erreichen, durch soziale *Reformen* die Demokratie zu festigen und durch Achtung der Menschenrechte der Willkür ein Ende zu bereiten.

Zuvor hatte Duarte bei einem Gespräch mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe Bonns für El Salvador *gewürdigt*. Die Bundesregierung stellt dem mittelamerikanischen Land im Rahmen der finanziellen und technischen Zusammenarbeit insgesamt 50,6 Millionen Mark zur Verfügung.

Neue Regierung für Ägypten

AFP, Kairo

Mit der Bildung einer neuen Regierung durch seinen bisherigen Außenminister Kamal Hassan Ali hat der ägyptische Präsident Hosni Mubarak vor allem innenpolitische Akzente gesetzt. *Die größte Überraschung und* die bemerkenswerteste Veränderung bildete bei der Bekanntgabe der neuen Kabinettsliste die Ablösung an der Spitze des Innenministeriums durch Polizeigeneral Ahmed Rochdi. In der Schaffung zweier neuer Ministerien für Erziehung und Wohnungsbau sehen politische Kreise den Ausdruck verstärkter sozialer Bemühungen des Regimes. Neu traten neun Mitglieder in das Kabinett ein.

Der bisherige Außenminister und neue Regierungschef Kamal Hassan Ali (62), leitete seit dem unerwarteten Herbst von Fuad Mohieddin bereits seit 5. Juni interimistisch die Regierungsgeschäfte. Sein Kabinett ist die dritte Regierung, seit Mubarak im Oktober 1981 die Nachfolge des ermordeten Präsidenten Sadat antrat.

Polen verwehrt PEN die Einreise

AP, Berlin

Zahlreiche deutsche Schriftsteller unter der Federführung von Günther Grass haben sich bislang vergeblich bemüht, als Prozeßbeobachter an dem sogenannten „KOR-Prozeß" teilzunehmen, der am vergangenen Freitag in Warschau begann. Wie die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz gestern vor Journalisten in Berlin mitteilte, ist es dem Internationalen Schriftstellerverband PEN bislang nicht einmal gelungen, eine Einreiseerlaubnis nach Polen zu erhalten.

Vor einem Warschauer Militärgericht müssen sich vier KOR-Mitglieder des 1976 gegründeten Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung verantworten. Ihnen wird vorgeworfen, durch ihre Aktivitäten im In- und Ausland den gewaltsamen Umsturz der Gesellschaftsordnung und die Schwächung der Verteidigungskraft des Landes durch Lösung des Bündnisses mit der UdSSR vorbereitet zu haben.

Sandinisten verunsichert: Bonns Distanz könnte Schule machen

Ortegas „Beschimpfungen" der Regierung Kohl / Es geht um die Entwicklungshilfe

WERNER THOMAS, Managua

Jeden Freitagabend sendet das sandinistische Fernsehen das populäre Politprogramm „De cara al pueblo" (etwa: Begegnung mit dem Volk). Im Mittelpunkt steht meist Nicaraguas Junta-Chef Daniel Ortega, der in irgendeinem Wohnviertel Fragen der Bevölkerung zu aktuellen Entwicklungen beantwortet. Vor zwei Wochen war der Comandante in der Colonia Nicarao aufgetreten, einem Stadtteil Managuas, und hatte vor der Fragen- und Antwortrunde eine kurze Erklärung gegeben. Seitdem liegt ein Schatten über dem Verhältnis zwischen Nicaragua und der Bundesrepublik.

Ortegas „Beschimpfungen" (Kanzler Kohl), die Bonner Regierung sei „ein Komplize der kriminellen Reagan-Politik in Mittelamerika", gehören noch heute zu den meistdiskutierten Themen in Managua. Man rätselt, warum der Comandante die Bundesrepublik plötzlich zum Prügelknaben stempelt.

Ein prominenter Vertreter der Opposition meint: „Die Bundesrepublik, die einflußreichste Nation Westeuropas in dieser Region, fällte einige Entscheidungen, die den Sandinisten nicht gefallen. Sie befürchten, daß andere Länder davon beeinflußt werden könnten." Diplomatische Kreise teilen diese Einschätzung.

Seit der Wahl des Christdemokraten José Napoleón Duarte Anfang Mai zum neuen Präsidenten El Salvadors verfolgen die Comandantes in Managua beunruhigt die Reaktionen Bonns. Während in El Salvador die Entwicklungshilfe wieder aufgenommen wird, soll das Engagement Bonns in Nicaragua auf ein Mindestmaß reduziert werden. Die Regierung Kohl will laufende Verträge einhalten, die Verlängerung jedoch von einigen Bedingungen abhängig machen, so dem Ende des Revolutionsexportes und der Garantie pluralistischer Strukturen. Seit zwei Jahren warten die Sandinisten auf eine versprochene Kapitalhilfe von 40 Millionen Mark. Es wäre denkbar, daß Bonn in drei Jahren keine Entwicklungshilfe mehr gewährt. Die Zahl der entsandten Experten hat sich seit der Bonner Wende von 70 auf 45 reduziert.

In den ersten zwei Jahren der sandinistischen Herrschaft ist Bonn der großzügigste Helfer Westeuropas gewesen: 130 Millionen Mark (Kredite und Projektfinanzierungen) flossen seit 1979 nach Nicaragua. Jürgen Sudhoff, der stellvertretende Regierungssprecher, erinnerte letzte Woche: „Wir waren die Helfer der ersten Stunde." In den ersten Wochen nach der Machtübernahme der Sandinisten (19. Juli 1979) ermöglichte die Bundesrepublik sogar die Veröffentlichung des Sprachrohrs „Barricada", indem sie Druckmaterial zur Verfügung stellte.

Die Comandantes beklagen sich über die Adenauer-Stiftung, die ihre Kontakte zu oppositionellen Kreisen verstärkte und von der auch in linken Publikationen behauptet worden war, dem bewaffneten Widerstand zu helfen. In Managua werden die Verhältnisse in Bonn nicht differenziert genug gesehen: Viele Sandinisten setzen die *Aktivitäten der Stiftung mit* der Politik der Regierung gleich.

Die Männer in Managua sind aber nicht nur über die christlich-liberale Regierung in Bonn verärgert, sondern auch über die deutschen Sozialdemokraten. SPD-Vertreter verfolgen den Marsch in Richtung Marxismus kritischer als sie öffentlich einräumen wollen. Der Bonn-Besuch des Comandante Bayardo Arce im Juni, einem Vertreter des „andinistischen Politbüros „Nationales Direktorium", soll enttäuschend verlaufen sein, besonders sein Gespräch mit Hans-Jürgen Wischnewski. Wischnewski, in der Vergangenheit als zuverlässiger Sandinisten-Freund geschätzt, wird heute nicht an den Feiern zum fünften Jahrestag der Revolution teilnehmen. Der Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt vertritt die Sozialdemokraten.

Ortega, mit großer Wahrscheinlichkeit nach den Wahlen Anfang November neuer Präsident Nicaraguas, hatte die Bundesregierung vor seinem Fernsehauftritt Anfang Juni schon ähnlich attackiert - in einem Interview der belgischen Zeitung „Le Soir". Keine Nachrichtenagentur verbreitete damals diese Vorwürfe.

Es mag Zufall gewesen sein oder nicht: Als Ortega zu Hause seine Beschuldigungen wiederholte, weilte gerade Margot Honecker in Nicaragua, die Frau des SED-Chefs und „DDR"-Erziehungsministerin. In der gleichen Ausgabe, in der die Zeitung „El Nuevo Diario" über Ortegas Attacken gegen Bonn berichtete, erschienen zwei Fotos; die Margot Honecker bei einem Empfang des Junta-Chefs und der Verleihung der Ehrendoktorwürde der nationalen Universität zeigten.

Mittlerweile wartet in Managua ein Diplomat auf einen Besuchstermin bei Ortega: Bonns Botschafter muß eine Protestnote überreichen. (SAD)

Heute tauen Stuttgarts Abgeordnete ihre „eingefrorenen" Diäten auf

Sie folgen dem Beispiel ihrer Kollegen in vier Bundesländern / Bayern liegt vorn

Von XING-HU KUO

Der neugewählte Landtag von Baden-Württemberg wird heute eine kräftige Diätenerhöhung für seine 126 Abgeordneten beschließen. Da nur die Grünen gegen einen entsprechenden Entwurf *stimmen* werden, gibt es keinen Zweifel am Ausgang der 3. Lesung in dieser Frage. Damit folgt der Stuttgarter Landtag ähnlichen Beschlüssen in Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bremen.

Am „wohlhabendsten" sind bundesweit dabei die Bayern: Seit dem 1. Januar dieses Jahres erhält dort ein Landtagsabgeordneter 7038 DM monatlich, allerdings zu versteuern. Auch hier erfolgte die Erhöhung nach sechs Jahren Enthaltsamkeit. Die Abgeordneten in Hannover können seit Anfang dieses Jahres 6600 DM statt bisher 6300 DM Diäten kassieren, ihre Kollegen in Rheinland-Pfalz genehmigten sich ab 1. April dieses Jahres eine Erhöhung von 5150 auf 5400 DM. Die Bremer Bürgerschaft wiederum will die Diäten ab 1. Juli dieses Jahres von bescheidenen 3190 (seit dem 1. Januar 1981) auf 3316 DM erhöhen. Der formelle Beschluß hierzu wurde am 20. Juni gefällt.

In Baden-Württemberg sieht der von Landtagspräsident Erich Schneider (CDU) an die vier Fraktionen des Parlaments (CDU, SPD, Grüne und FDP) übermittelte Vorschlag eine Erhöhung der Grunddiäten von 4800 auf 5300 DM vor. Übrigens werden die Abgeordneten dieses wirtschaftsstärksten Bundeslandes äußerst sparsam dotiert. Unter den Flächenstaaten zahlt nur Schleswig-Holstein solch niedrige Grundbezüge für die Landtagsabgeordneten. Sogar das Saarland stellt seinen Abgeordneten monatlich 5025 DM zur Verfügung.

Ferner sollen die Stuttgarter Parlamentarier künftig eine zehnprozentige Erhöhung ihrer Reisekostenpauschale bekommen. Die Höchstgrenze für die Erstattung von Übernachtungskosten, bisher 100 DM, soll abgeschafft werden. Bis zu 1000 DM monatlich darf künftig, so der Plan Schneiders, der Abgeordnete auf Staatskosten für Schreibarbeiten ausgeben. Die steuerfreie Unkostenpauschale von 1500 DM soll allerdings

Landesbericht Baden-Württemberg

nicht erhöht werden. Alles in allem würde das Paket Schneiders eine effektive Erhöhung der Abgeordnetenbezüge von rund 18 Prozent oder 1,6 Millionen DM im Jahr bedeuten.

Während die drei etablierten Parteien, CDU, SPD und FDP, prinzipiell dem Gedanken einer Diätenerhöhung positiv gegenüberstehen, signalisieren Grüne und der Beamtenbund Baden-Württembergs Widerstand gegen das Vorhaben. Der grüne Landtagsabgeordnete Schlauch sprach von einer „politischen Geschmacklosigkeit". Landesvorsitzender des Beamtenbundes Martin Wurm hält den Vorschlag Schneiders für eine „Maßnahme im ungünstigsten Zeitpunkt". Der einzige Punkt, über den die neue grüne Fraktion eventuell mit sich reden lasse, sei die Frage der Bezahlung einer Halbtags-Schreibkraft. Bei den Mehrheitsverhältnissen im Stuttgarter Landtag (CDU 68, SPD 41, Grüne 9 und FDP 8 Abgeordnete) dürfte die heutige Entscheidung über die Diätenerhöhung aber wie gesagt nur noch eine Formsache sein.

Während nach der Diätenerhöhung in Baden-Württemberg insgesamt fünf der elf Länderparlamente eine Erhöhung noch für dieses Jahr beschlossen haben bzw. in Kürze formell beschließen werden, hält man sich in den anderen Bundesländern noch weitestgehend zurück, nicht zuletzt im Hinblick auf Wahltermine. Konkret ist eine Diätenerhöhung für den 1. 1. 1985 nur in Schleswig-Holstein vorgesehen, und zwar von 4800 auf 5100 DM. Als einziger Landtag hat Kiel ferner bereits eine weitere Erhöhung der Diäten vorgesehen, ab 1. 1. 1987 sollen die Abgeordneten 5250 DM im Monat erhalten. Dieses Beispiel mag der Stuttgarter Landtagspräsident vor Augen gehabt haben, als er in Zusammenhang mit der geplanten Erhöhung der Stuttgarter Bezüge für einen „gewissen Automatismus" plädierte.

In Nordrhein-Westfalen, Saarland, Berlin sind vorerst keine Diätenerhöhungen geplant. In Hessen wird diese Frage möglicherweise im Herbst erörtert, jedoch ist dies keineswegs sicher. Hamburg, mit dem letzten Freizeitparlament der Bundesrepublik, plant nicht nur keine Erhöhung der bescheidenen Aufwandsentschädigung von 1500 DM monatlich, vielmehr wurde diese Summe 1982 von 1650 um 150 DM herabgesetzt...

„Referendum über das Referendum" irritiert Mitterrands Gegner

Aber er kann mit dem Wohlwollen des Volkes rechnen / Gesetz wird heute vorgelegt

A. GRAF KAGENECK, Paris

Das von Präsident Mitterrand angekündigte „Gesetz über die Änderung des Paragraphen 11 der Verfassung", das den Anwendungsbereich des Volksentscheids auf „Fragen der *öffentlichen Freiheiten*" erweitern soll, wird heute im Ministerrat beschlossen und anschließend beiden Häusern des Parlaments zur Abstimmung vorgelegt. Wird es, was noch nicht sicher ist, von beiden Kammern angenommen, so sollen die Franzosen am 15. September diesen Beschluß in einem Volksentscheid bestätigen.

Es wäre das vierte Mal seit Bestehen der 5. Republik, daß das Volk direkt zu einer Entscheidung der Exekutive Stellung nimmt. 1962 ließ sich General de Gaulle die Direktwahl des Präsidenten durch das Volk bestätigen, 1969 endete seine Karriere mit einem gescheiterten Referendum über die Regions-Reform, und 1972 holte sich Georges Pompidou in einem Volksentscheid die Zustimmung der Franzosen zu einem Vertrag, der den EG-Beitritt Großbritanniens regelte.

Um die überraschende Entscheidung des Staatschefs gehen die Wogen in Frankreich von Tag zu Tag höher. Ohne Zweifel hat der „Coup" des routinierten Politikers „gesessen". Mitterrand kämpfte seit den Europawahlen des 17. Juni und den Massendemonstrationen des 24. Juni für die freien Privatschulen mit dem Rücken zur Wand. An den Wahlurnen eindeutig in seiner Regierungsmehrheit desavouiert, zeigte der Riesenaufmarsch der Anhänger der Privatschulen acht Tage später der Welt, daß seine Politik der sozialistischen *Gleichmacherei* von einer *Mehrheit* des Volkes entschieden abgelehnt wurde.

Um aus der Sackgasse herauszukommen, in die seine Partei-Ideologen ihn manövriert hatten, blieb ihm nur der Ausweg, den Spieß umzudrehen: Seine Gegner beschuldigten ihn, die Freiheiten in Frankreich abzuwürgen. Nun, er werde ihnen zeigen, wer der wirkliche Sachwalter der Freiheiten der Franzosen ist. Aber die Opposition hat ihm die Falle gewittert, in die Mitterrand sie laufen lassen will. Natürlich werden die Franzosen der Verfassungsänderung ihres Präsidenten massiv zustimmen.

Mitterrand hat die „grundsätzlichen öffentlichen Freiheiten" bisher noch nichtdefiniert. Er hat bisher nicht einmal versprochen, das Gesetz über die gleichmacherische Schulreform einem Volksentscheid zu unterwerfen. Der Präsident deutete lediglich an, daß es in seiner bisherigen, parlamentarisch noch nicht abgeschlossenen Form „zurückgezogen und neu vorgelegt" werden soll, sobald die beiden Kammern dem Gesetz über die Verfassungsänderung zugestimmt haben. Die Opposition besteht also mit Recht darauf, daß hier volle Klarheit geschaffen wird, bevor die beiden Kammern über die Ausweitung des Paragraphen 11 abstimmen.

Es gibt einen zweiten Aspekt der Mitterrandschen Taktik, der Giscardisten und Gaullisten äußerst unangenehm ist: Dem „Referendum über das Referendum" würde, da es unzweifelhaft populär ist, ein stark plebiszitärer Charakter zukommen. Mitterrand *könnte sich als „Champion der Freiheit"* feiern lassen, als der Mann, der den Franzosen statt mehr Maulkorb mehr Mitspracherecht einräumte, als der Sozialist, der seine Mehrheit nicht nutzt, um etwas aufzuzwingen, sondern sich dem Urteil des Volkes unterwirft, wenn dieses sich in seinen Grundrechten verletzt fühlt.

Das politische Manöver wird hier allzu durchsichtig. In zwei Jahren wird ein neues Parlament, in vier Jahren ein neuer Präsident gewählt. Zusammen mit einer fühlbaren Besserung der wirtschaftlichen Lage, mit einer Steuersenkung für 1985, die den Kaufkraftverlust der Franzosen der beiden letzten Jahre mehr als wieder wettmachen wird, ist Mitterrands Vorgehen geeignet, sein Image erheblich zu verbessern und ihm kaum mehr möglich geglaubte Aufstiegschancen aus der Talsohle zu ermöglichen.

Der Opposition bleibt nur eine Möglichkeit, das *Manöver* zu überspielen: ein „Nein" des Senats zur Verfassungsänderung. Im Falle von Gesetzen, die das Grundgesetz betreffen, ist die legislative Priorität der Nationalversammlung über den Senat aufgehoben. Der Senat hat eine bürgerliche Mehrheit. Seine Oppositionsführer, der Gaullist Charles Pasqua und der Giscardist Etienne Dailly, wissen um ihre Machtposition. Werden sie sie gebrauchen können? Schließlich war es der Senat, der ein Referendum über die Schule forderte. Kann es sich das Hohe Haus leisten, durch ein „Nein" sein Prestige bei den Franzosen zu verspielen?

Mit Tempo 120 eine neue Geldquelle?

Entscheidung des Bremer Senats für Tempolimit auf Autobahn weiter umstritten

W. WESSENDORF, Bremen

Fünf Tage vor Beginn der großen Ferien in Bremen hat Innensenator Volker Kröning (SPD) gegen heftige Kritik vorerst seinen Willen durchgedrückt auf der stadtbremischen Autobahn (A 27) zwischen Bremer Kreuz und Ihlpohl Richtung Bremerhaven Tempolimit 120 km pro Stunde eingeführt. Seit Monaten sorgte diese verkehrspolitische Maßnahme über die Grenzen die Hansestadt hinaus für Wirbel.

„Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 120 km/h stellt einen Kompromiß zwischen den Zielen einer weitest möglichen Reduzierung der Unfälle durch Homogenisierung des Verkehrsflusses und einer Verminderung der Lärmbelästigung zumindest durch den Abbau der Lärmspitzenpegel dar," untermauerte der Innensenator das Behördenziel dieses Versuchs. In zwei Jahren soll ein Erfahrungsbericht vorgelegt werden, während dieser Zeit wird das gesamte Unfallgeschehen auf allen Autobahnabschnitten *um die Hansestadt* herum intensiv beobachtet und ausgewertet werden.

Kröning mußte sich auf einen Kompromiß einlassen, weil seine Ankündigung im Frühjahr auf erbitterten Widerstand stieß und noch immer stößt. Die größte Oppositionspartei CDU, der ADAC, die Geschäftsführung des bedeutendsten Bremer Arbeitgebers Daimler-Benz und sogar der Landesnachbar Niedersachsen legten heftigen Protest ein. Sie alle konnten keine sachlichen Gesichtspunkte für die Geschwindigkeitsbegrenzung erkennen sondern nur ideologische.

„Es geht hier offenbar um die Erschließung einer neuen Geldquelle für den maroden bremischen Staatssäckel," kritisierte der innenpolitische Sprecher der CDU, Ralf Borttscheller. Der ins Kreuzfeuer geratene Senator hat *denn auch strikte Geschwindigkeitskontrollen angesagt.* „Die Unfälle sind aus unserer Sicht nicht auf hohe Geschwindigkeit zurückzuführen," meint der ADAC. Der größte Automobilclub habe bei Unfalluntersuchungen herausgefunden, daß meistens technische Mängel und Lkws die Ursachen auf Autobahnen seien. Zudem führten auch Baustellen in erheblichem Maße zu Autounfällen auf der Autobahn.

Kröning hat die Kritik an der Aufstellung von 43 Verkehrsschildern mit der Zahl „120" auf dem 24 km langen Autobahnabschnitt freilich zurückgewiesen; der Vorwurf, die Maßnahme sei aus ideologischen Gründen vorgenommen worden, lenke von eigenen Interessen ab und falle auf die Urheber zurück. Insbesondere sei diese Autobahn keineswegs sicherer als Inner- und Außerortsstraßen. Außerdem bestreite der Senator negative Auswirkungen auf die deutsche Automobilindustrie, denn Bremen spiele in diesem Fall keine Vorreiterrolle.

Die Grünen in Bremen betrachten den Vorstoß allerdings als halbherzig. Sie fordern sogar ein Tempolimit von 100 Stundenkilometern auf den Autobahnen. Das diene der Vorbeugung gegen Unfälle, dem Lärmschutz und setze vor allem *die Schadstoffbelastung* der Luft erheblich - wenn auch noch immer nicht ausreichend - herab.

Kröning stützt sich nicht auf Statistiken seiner *Verkehrsbehörde,* nach denen die Zahl der Verkehrsunfälle und Verletzten auf den 36 Kilometer Bremer Autobahnen seit drei Jahren stetig ansteige. Daß eine angemessene Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen zu einer Reduzierung der Unfallzahlen führe, habe eine Untersuchung der Bundesanstalt für das Straßenwesen ergeben. Hohe unterschiedliche Geschwindigkeiten bildeten dabei das größte Sicherheitsrisiko. Ein gleichförmiges Tempo wirke dagegen unfallvermindernd.

Rumänien: Not deutscher Lehrer

dpa, Frankfurt

Aus Rumänien in die Bundesrepublik Deutschland gereiste Familien haben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) von der Notlage deutscher Lehrer berichtet, die einen Ausreiseantrag gestellt haben. Ausreisewillige Lehrer in Rumänien müssen mit Entlassungen aus dem Schuldienst ohne reguläre Hilfe, Räumung der Dienstwohnungen und „bedrückenden existentiellen Nöten" rechnen. Gute Aussichten auf eine Ausreisegenehmigung habe nur derjenige, dessen Angehörige in der Bundesrepublik in der Lage seien, zusätzliche Summen *zu zahlen, heißt es nach Mitteilung* der IGfM. Die lokalen Paßbehörden verweigerten seit einiger Zeit Auskünfte über Ausreiseanträge. Von 52 deutschen Lehrern aus Siebenbürgen, die sich Ende 1983 in einem offenen *Brief um Hilfe an die* Bundesregierung und den Bundestag gewandt hatten, reisten bisher elf mit ihren Familien aus Rumänien aus.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Praktische EG-Politik angestrebt

Zusammenarbeit von Umweltschutz bis Außenpolitik / Memorandum Frau Thatchers

BERNT CONRAD, Bonn

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher will sich in der Europa-Politik nicht abhängen lassen. Nach der vor drei Wochen erzielten Einigung über die britischen EG-Beiträge propagiert sie jetzt eine „größere Vision der Rolle der Gemeinschaft", einen Blick über die „trivialen Tagesprobleme" zu „ferneren Horizonten", wie sie vor einigen Tagen in einer Tischrede in London formulierte.

Was die bisher im europäischen Bereich fast ganz von Streit um das britische Geld absorbierte „Eiserne Lady" konkret unter ihrer „Vision" versteht, haben die anderen EG-Regierungschefs einem Memorandum entnehmen können, das ihnen Frau Thatcher auf dem Europa-Gipfel in Fontainebleau überreicht hat. Zuvor schon war es Bundeskanzler Helmut Kohl am Rande des Londoner Weltwirtschaftsgipfels zugänglich gemacht worden.

Im Kern zielt die Britin darin auf praktische Fortschritte bei der Fortentwicklung des Gemeinsamen Marktes und eine engere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, während sie das vom französischen Staatspräsidenten François Mitterrand und Bundeskanzler Kohl propagierte Ziel der Europäischen Union mit keinem Wort erwähnt.

Wegen dieser unterschiedlichen Akzente hat man auf die britischen Thesen im Bonner Auswärtigen Amt mit einer „vorsichtig positiven Einschätzung" reagiert, ohne insgesamt übermäßig begeistert zu sein. Als begrüßenswert bewerten es deutsche Diplomaten, daß Frau Thatcher Schwerpunkte, beispielsweise zur Entwicklung einer gemeinsamen Technologiepolitik, entwickelt habe, für die auch Bonn eintrete. Offensichtlich stehe dahinter das Interesse Londons, bei der gegenwärtigen europäischen Diskussion nicht ins Hintertreffen zu geraten. Andererseits bringe das Memorandum im Zusammenhang mit den grundsätzlichen Bemühungen Kohls und Mitterrands nicht viel.

In der Frage der Mehrheitsentscheidungen stelle Frau Thatcher weiterhin „sehr wichtige nationale Interessen" in den Vordergrund. Im Einzelnen erstrebt die britische Regierung die Verwirklichung, wie aus dem der WELT vorliegenden Memorandum hervorgeht, folgende EG-Maßnahmen:

- Aufbau eines „echten gemeinsamen Marktes für Waren und Dienstleistungen" als Reaktion auf die technologische Herausforderung der USA und Japans. Dazu gehören die Harmonisierung von Normen, schnellere Zollabfertigungs-Verfahren, die gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen, eine Liberalisierung des Dienstleistungs- und Flugverkehrs.
- Bessere Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung. Förderung von Gemeinschaftsprogrammen im Fernmeldewesen und in der Biotechnologie.
- Kooperation beim Umweltschutz, vor allem schnellstmögliche Beschlüsse über die Einführung von bleifreiem Benzin, sowie ein Forschungsprogramm zur Lösung der durch den sauren Regen verursachten Probleme.
- Schrittweise Erarbeitung einer gemeinsamen Außenpolitik. Dazu soll eine Koordinierung des Ostbundes gehören.
- Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO und Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit bei der Verteidigung.
- Eine jährliche kurze und prägnante Prioritätenliste mit spezifischen Terminen für den Europäischen Rat, der nur nicht öfter als zwei Mal jährlich zusammentreten und nicht die Rolle eines Appellationsgerichts übernehmen soll.

Auch bei den Versicherungen Regelung über Vorruhestand

DW, Düsseldorf/Frankfurt

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft und die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen *haben sich mit ihrer Forderung nach* einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit zunächst nicht durchsetzen können. Als Ergebnis der Tarifrunde wurde gestern in Frankfurt eine Erhöhung der Gehälter für die rund 200 000 Angestellten des privaten Versicherungsgewerbes rückwirkend zum 1. April 1984 um 3,5 Prozent vereinbart. 1986 soll über weitere Formen der Arbeitszeitverkürzung verhandelt werden.

Vereinbart wurde ferner eine Vorruhestandsregelung, die ab 1985 von Männern ab 60. Lebensjahr, von 1986 vom vollendeten 59. und Frauen ab vollendetem 58. Lebensjahr bei mindestens zehnjähriger Betriebszugehörigkeit in Anspruch genommen werden kann. Das Vorruhestandsgeld beträgt 75 Prozent des letzten Bruttogehalts und erhöht sich bei mindestens 20jähriger Betriebszugehörigkeit auf 80 Prozent.

Für die rund 170 000 Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Osnabrück soll ab 1. Oktober 1984 die 38-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit gelten. Darauf einigten sich Gewerkschaft und Arbeitgeber gestern in Krefeld.

Bei der Wochenarbeitszeitregelung in diesem Industriebereich, die noch über die Vereinbarungen des Ludwigsburger Kompromisses für die Metallindustrie Nordwürttemberg/-Nordbadens hinausgeht, sollen allerdings sogenannte Freischichten mit angerechnet werden.

Lohnerhöhungen sind für 1984 nicht vorgesehen. Erst ab Anfang 1985 sollen die Löhne und Gehälter um 3,3 Prozent und vom 1. Juli 1986 an nochmals um zwei Prozent ansteigen.

„Das ist ja fast schon wie im Krimi“

Ermittlungsakten gegen Friderichs ungeschützt im Regal

STEFAN HEYDECK, Bonn

Dem Bundestagsbediensteten verschlug es fast die Sprache. Als er Post und Unterlagen aus einem Regal im *Bonner Parlament holen wollte*, stolperte er förmlich über eine dicke Akte mit brisantem Inhalt: In einem der Fächer für die Volksvertreter lag unübersehbar, selbst für Besucher praktisch jederzeit erreichbar – und damit auch entwendbar – ein umfangreicher Ordner, prall gefüllt mit im Rahmen des Flick-Ermittlungsverfahrens gewonnenen Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft über den früheren Bundeswirtschaftsminister und jetzigen Chef der Dresdner Bank, Hans Friderichs (FDP).

Das vertrauliche Dokument mit der Drucksachen-Nummer 164 lag drei Tage unbeaufsichtigt in dem Fach, bis es von einem Bediensteten weggeschlossen wurde. Es stammte aus den Beständen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Flick-Affäre, der inzwischen weit über 80 Akten mit mehr als 30 000 Blatt zu sichten hat. Es war unverschlossen, offensichtlich nicht einmal mit einem Umschlag vor neugierigen Blicken geschützt, von einem Bundestagsboten in das frei zugängige Postfach des Abgeordneten Hermann-Otto Solms gelegt worden, der neben Gerhart Rudolf Baum für die FDP in dem elfköpfigen Gremium sitzt. „Das ist ja fast schon wie in einem Krimi“, erregte sich der *Parlamentsangestellte*. Schließlich hatte es in der Vergangenheit auch im Untersuchungsausschuß immer wieder Empörung darüber gegeben, daß entgegen den gesetzlichen Vorschriften vertrauliche Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft publik gemacht wurden. Weil die Bundesregierung unter Berufung auf das Steuergeheimnis selbst dem Ausschuß Flick-Unterlagen vorenthalten oder teilweise nur unvollständig zugeleitet hatte, war sie sogar von SPD und Grünen beim Bundesverfassungsgericht auf Herausgabe der oder „wenigstens Einsicht in geeigneter Weise“ *verklagt worden*.

Jetzt scheint es aber so auszusehen, daß – zumindest – beim Umgang mit der Friderichs-Akte im Untersuchungsausschuß nicht die gebotene Sorgfalt vorgeherrscht hat. Der Persönlichkeitsschutz des FDP-Politikers hätte in Gefahr geraten können, wenn der praktisch „auf dem offenen Markt“ herumliegende Ordner in falsche Hände geraten wäre. Denn in dem 215-Seiten-Papier und der zwölfseitigen Anlage hatten die Staatsanwaltschaften in Bad Kreuznach unter dem Aktenzeichen Js 11711/83 und in Bonn neben Vernehmungsprotokollen und Kontoauszügen mit Akribie privateste Details aus dem Leben Friderichs' zusammengetragen. So waren in Fotokopien unter anderem ein Strafregisterauszug und Verdienstbescheinigungen zusammengestellt worden. Darüber hinaus enthält die Akte sogar Angaben aus der Flensburger „Verkehrssünderkartei“.

Der Ordner war dem Parlamentsgremium erst am 5. Juli vom Justizministerium in Rheinland-Pfalz zugestellt worden. Ausschußvorsitzender Manfred Langner (CDU) hatte ihn am 8. Juni angefordert. Zuvor waren die Ermittlungen gegen Friderichs wegen Urkundenunterdrückung und Strafvereitelung eingestellt worden. Sie waren eingeleitet worden, weil gegen ihn zunächst der Vorwurf erhoben worden war, Buchungsunterlagen und Aufzeichnungen im Zusammenhang mit der Flick-Affäre aus der Geschäftsstelle des früher von ihm geführten FDP-Bezirksverbands Eifel/Hunsrück rechtswidrig entfernt zu haben. Unter anderem zu diesen Vorgängen war Friderichs vom Untersuchungsausschuß vernommen worden.

Abweichungen vom Monopol der Bundesanstalt für Arbeit

GISELA REINERS, Bonn

Noch Ende August wird sich das Bundeskabinett mit einem Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums befassen, nach dem es von Januar 1985 an erlaubt sein soll, daß sich neben der Bundesanstalt für Arbeit auch andere Organisationen mit der Vermittlung von Lehrstellen befassen. Diese Vorschrift soll Teil des Beschäftigungsförderungsgesetzes werden, das rund 30 Artikel enthält, die von der Abgeltung von Überstunden durch Freizeit bis zur Zulässigkeit von Zeitarbeitsverträgen reichen.

Künftig soll es auch „sozial engagierten Einrichtungen und Personen“ gestattet sein, unentgeltlich Lehrstellen zu vermitteln. Das Arbeitsamt muß jedoch die Aktion genehmigen und kann Auflagen an die Vermittler machen. Der Vermittlungsauftrag der Bundesanstalt soll im Maximalfall für ein Jahr gelten. Soll die Aktion zeitlich befristet sein wie zum Beispiel bei Lehrstellenbörsen von Kammern, Zeitungen, Wirtschaftsverbänden etc., dann kann der Präsident die Initiative ohne Anhörung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände selbständig genehmigen.

Seit dem Inkrafttreten des Arbeitsförderungsgesetzes 1969 ist ausschließlich die Bundesanstalt für Arbeit befugt, Jugendliche in Ausbildungsplätze zu vermitteln. Das Monopol wird begründet mit der Verpflichtung der Arbeitsverwaltung, die jungen Leute in „fachlich, gesundheitlich und erziehrisch einwandfreie Ausbildungsstellen “ zu vermitteln. Das Arbeitsamt wacht auch darüber, ob die Firmen zur Ausbildung geeignet sind, ob Jugendschutz und Ausbildungsordnung befolgt werden. Verstößt jemand gegen die Vorschriften, kann ein Bußgeld verhängt werden. Dies war bisher einmal der Fall.

Karlsruhe: Wörner gegen grüne Thesen

Mündliche Verhandlung über die Stationierungs-Klage

R. MONIAC/DW. Karlsruhe

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat vor dem Bundesverfassungsgericht die These der *Grünen zurückgewiesen, daß mit der* Raketenstationierung im Herbst 1983 ein Teil der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland preisgegeben und an den Präsidenten der USA abgetreten worden sei. Vor dem Zweiten Senat des obersten Gerichts wurde gestern mündlich über den Antrag der Bundestagsfraktion der Grünen verhandelt, die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden als verfassungswidrig zu erklären.

Wörner argumentierte: „Unsere Souveränität wird nicht dadurch bedroht, daß der amerikanische Präsident die Entscheidungsgewalt über die Einsatzfreigabe dieser neuen Waffensysteme hat. Unsere Souveränität, daß heißt, unsere Freiheit zu politischem Handeln nach unseren Interessen, war (vor der Stationierung, die Red.) vielmehr durch das einseitige Bedrohungsmonopol der Sowjetunion mit der latenten Drohung der nuklearen Erpressung gefährdet.“ Der Stationierungsbeschluß entspreche „unserem Verfassungsauftrag“ zur Verteidigung. Damit erfülle die Stationierung das Verfassungsgebot, den Frieden zu sichern. Die Grünen aber bekämpften mit ihrem Antrag in Karlsruhe die Verteidungspolitik der Regierung allgemein.

In dem „Organstreit“ zwischen der Fraktion der Grünen und der Bundesregierung wirft die parlamentarische Gruppierung, die sich gestern durch ihren Abgeordneten Otto Schily vertreten ließ, der Exekutive vor, sie habe die Rechte der Legislative verletzt, weil versäumt worden sei, vor der Stationierung der neuen Waffen die – nach Ansicht der Grünen – erforderliche Ermächtigung durch ein Gesetz des Bundestages einzuholen. Die Bundesregierung hatte von sich aus an der Verwirklichung des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses, der nach erfolglosen Abrüstungs*verhandlungen die Aufstellung von* Mittelstreckenwaffen in Westeuropa vorsah, mitgewirkt. In einem im November 1983 mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP angenommenen Entschließung war vom Bundestag nochmals die Schlüssigkeit der Politik der Regierung bekräftigt worden.

Die Grünen und deren Prozeßbevollmächtigter, der Bremer Professor *Ulrich Preuß, argumentierten: Das* Grundgesetz begründe zwischen Regierung und Bundestag vor allem in auswärtigen Angelegenheiten des Staates eine „gesamthänderische Verantwortung“. Ein Zusammenwirken beider Seiten sei deshalb zwingend geboten. Preuß sprach von einer inzwischen herrschenden Verfassungsrechtslehre. Schily ergänzte in diesem Zusammenhang, die Regierung habe staatliche Souveränität aufgegeben, weil sie zwar die Aufstellung amerikanischer Nuklearwaffen erlaube, aber auf deren Einsatz keinen wirklichen Einfluß habe.

Als einer der Prozeßbevollmächtigten der Bundesregierung erklärte Professor Peter Lerche (München), die Grünen versuchten eine im Kern politische Auseinandersetzung über die Aufgabe der Waffen der Friedenserhaltung vor die Schranken des Gerichts zu bringen. Dafür habe dieses keine verfassungsrechtlichen Maßstäbe. Zur These der Grünen, zwischen Regierung und Parlament gebe es eine „gesamthänderische Verantwortung“ in auswärtigen Angelegenheiten, meinte Lerche, in einem solchen Fall wäre bei jedem außenpolitischen Handeln der Regierung ohne gesetzliche Grundlage jedesmal ein Organstreit in Karlsruhe nötig.

Nuklearexport: Westen für schärfere Kontrollen

AP, Washington

Eine Reihe westlicher Staaten, die Kerntechnologieanlagen und das entsprechende Know-how exportieren, wollen sich um eine Verschärfung der Richtlinien für Nuklearausfuhren bemühen. Vertreter von 13 Ländern, darunter die USA, Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und Japan, haben nach Angaben des US-Außenministeriums in der vergangenen Woche bei einer offiziell nicht angekündigten Tagung in Luxemburg einheitlich die Meinung vertreten, daß die *gegenwärtigen Sicherungsvorkehrungen* für den Export von atomaren Anlagen nicht ausreichten, um eine Weiterverbreitung von Kernwaffen zu verhindern. Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, sagte, es seien Fortschritte in Richtung auf konkrete Exportbeschränkungen erzielt worden. Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden.

Die „New York Times“ hatte zuvor *unter Berufung auf US-Regierungs*kreise berichtet, man sei übereingekommen, die Sicherheitsbestimmungen für bereits bestehende Atomkraftwerke zu verschärfen und den Transfer von Kernbrennstoffen und Kraftwerken besser zu kontrollieren. Darüber hinaus sollten noch mehr Lieferanten entsprechender Anlagen zu einer vorsichtigen Exportpolitik bewegt werden.

Die beteiligten Staaten planen nach Angaben des amerikanischen Außenministeriums, ihre Haltung bei der für 1985 in Genf angesetzten Konferenz zur Überprüfung des Abkommens über die Nichtweitergabe von Kernwaffen sowie bei der für 1986 angesetzten UNO-Konferenz über friedliche Nutzung der Kernenergie zu koordinieren. Zu einem späteren Zeitpunkt wolle man auch mit Moskau sprechen, sagte er.

Franke: Schwieriger Lehrstellen-Markt Arbeitgeber: Die Wirklichkeit ist besser

Die Wirtschaft wurde aufgefordert, ihr Angebot an Ausbildungsplätzen weiter zu steigern

GISELA REINERS, Bonn

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Heinrich Franke, hat die Lage auf dem Lehrstellenmarkt als „nicht befriedigend“ bezeichnet. Nach dem bisherigen Verlauf des Berufsbildungsjahres, das jeweils am 1. Oktober beginnt, ist gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Verschlechterung zu erkennen. Die Zahl der Bewerber sei im Vergleich zu 1983 um *neun Prozent gestiegen*, die Zahl der Ausbildungsplätze habe jedoch um ein Prozent abgenommen.

In der Zeit von Oktober 1983 bis Ende Juni dieses Jahres wurden bei den Arbeitsämtern 591 400 Bewerber registriert, aber nur 407 800 offene Stellen. Allein im Juni kamen 40 200 Bewerber um einen Ausbildungsplatz hinzu – 19 Prozent mehr als im Juni 1983. Ihnen standen 15 000 offene Plätze gegenüber; im Vorjahr waren es noch 19 100 gewesen. Insgesamt standen 251 300 Bewerbern Ende Juni 50 600 Plätze gegenüber. Nach Ansicht von Experten muß noch „eine gewaltige Menge“ an Angeboten kommen, wenn die Nachfrage annähernd gedeckt werden soll, besonders wenn man bedenkt, daß in mehreren Bundesländern schon im August die Ferien zu Ende gingen.

Präsident Franke sagte gestern in Hannover, diese „Zwischenbilanz muß nicht das Endergebnis sein, wenn Wirtschaft und Verwaltung in den verbleibenden Wochen nochmals ihr Angebot steigern“. Er appellierte vor allem an die Betriebe, Lehrlinge einzustellen, die bisher nicht ausgebildet hätten, dazu aber befähigt seien. Er wies darauf hin, daß üblicherweise nicht alle Lehrstellen der Arbeitsverwaltung gemeldet, sondern nach Anfragen von jungen Leuten direkt besetzt werden. Darauf wies auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hin. Sie kommentierte, die Wirklichkeit sei besser als die Statistik.

Die anhaltend „schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt“, so BA-Präsident Franke, spreche aber dafür, daß sich in diesem Jahr wiederum mehr *Jugendliche über die Arbeitsämter* um eine Stelle bewerben. Engpässe zeigten sich vor allem bei Dienstleistungsberufen. Hier übersteige die Nachfrage das Angebot spürbar, obwohl das Angebot schon gestiegen sei.

Die größten Defizite an Ausbildungsplätzen bestehen in den Arbeitsamtsbezirken Niedersachsen-Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz/Saar und Hessen. Eine vergleichsweise günstige Entwicklung verzeichnen Nordbayern und Schleswig-Holstein/Hamburg. Hier nahmen, zwar von niedrigem Niveau ausgehend, die Lehrstellenangebote um 6,5 und 5,6 Prozent zu, während sie in Baden-Württemberg und Südbayern um 4,3 und 4 Prozent abnahmen. Den höchsten Zuwachs an Bewerbern verzeichnete Niedersachsen-Bremen mit plus 13,9 und Nordrhein-Westfalen mit plus 11,8 Prozent.

Der Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen, Olaf Sund, teilte mit, daß nur jeder siebte Bewerber in seinem Bezirk Aussicht auf eine Lehrstelle habe. Trotz qualifizierten Schulabschlusses gingen viele leer aus. Nur sechs Prozent der noch nicht Vermittelten hätten keinen Hauptschulabschluß, 15 Prozent dagegen die Hochschul- oder Fachhochschulreife. Dieser Anteil habe sich um 30 Prozent erhöht.

Problematisch wird die Lehrstellenlücke unter dem Gesichtspunkt, daß von 1987 an wieder geburtenschwache Jahrgänge an den Arbeitsmarkt kommen, so daß der Facharbeiterbedarf kaum allein von Deutschen gedeckt werden kann.

„Charta 77“ warnt die Pazifisten

DW. Wien

Die tschechoslowakische *Menschenrechtsbewegung* „Charta 77“ hat sich scharf von einem Pazifismus abgegrenzt, der einen „Frieden um jeden Preis“ propagiert. „Wir sind der Meinung, daß dieser auf solche Weise degenerierte Pazifismus schädlich ist, weil er die Friedensbewegung ihres geistigen und demokratischen Gehalts beraubt und dadurch zum Hindernis für die Formierung eines breiten und wirksamen Bündnisses aller *Menschen guten Willens wird*“, heißt es in dem in Wien veröffentlichten Brief der Charta an die in Perugia (Italien) stattfindende „Dritte Konferenz für atomare Abrüstung in Europa“.

In dem Brief wird der Abzug amerikanischer und sowjetischer Truppen gefordert, aber zugleich auf den Aspekt der Spaltung Europas hingewiesen. „Die Überwindung dieser Spaltung *und die* Erreichung einer neuen inneren Einheit, die vom Geist einer demokratischen Politik der moralischen Stärke getragen wird, das entspräche unseren Vorstellungen von den geistigen Grundlagen einer Politik, die zur Formierung des breitesten demokratischen Friedensbündnisses führen könnte“, schreiben die Verfasser.

Der Brief mit der Warnung vor einem „kurzsichtigen Pazifismus“ ist unter anderem von dem früheren tschechoslowakischen Außenminister Jiri Hajek und dem Autor Vaclav Havel unterzeichnet.

Brüder gruben Tunnel aus „DDR“ nach Bayern

DW. München/Berlin

Durch einen selbst gegrabenen Tunnel ist zwei Brüdern aus der „DDR“ in der Nacht zum Dienstag die Flucht nach Bayern gelungen. Mit einem Klappspaten gruben sie sich unter dem Grenzzaun hindurch, der mit Selbstschußanlagen gesichert ist. Der Schlankere schlüpfte zuerst durch den Tunnel, mußte aber von westlicher Seite nachgraben, damit sein dickerer Bruder auch durchkam. Die beiden – ein 28jähriger Elektriker und ein 19jähriger Schlosser – hatten unbemerkt die Sperranlagen bis zu dem letzten, 3,20 Meter hohen Grenzzaun überwunden. Die „DDR“-Grenztruppen bemerkten die Flucht der jungen Männer nicht, für die sie als Grund „mangelnde Freizügigkeit“ angaben.

In Berlin haben Grenzposten der „Volksarmee“ mitten in einem dichtbesiedelten *Wohngebiet* von Berlin-Treptow an der Sektorengrenze von der Schußwaffe Gebrauch gemacht und zwei junge Männer an der Flucht nach West-Berlin gehindert. In den frühen Morgenstunden des Dienstag gaben die Posten gegenüber dem Westberliner Stadtteil Neukölln mindestens einen Warnschuß ab. Alarmierte Anwohner sahen, wie sechs NVA-Soldaten zwei Männer mit erhobenen Händen zu einem Armeewagen führten und ins Innere Ost-Berlins abtransportierten. Sie trugen Zivilkleidung und hatten offenbar keine Verletzungen erlitten.

SED: Freundschaft mit Rumänien hoch bewertet

hrk. Berlin

Die „DDR“ hat nachdrücklich auf ihre guten Beziehungen zu Rumänien aufmerksam gemacht, das innerhalb des Ostblocks seine Eigenständigkeit betont. Ost-Berlins Außenminister Oskar Fischer wies in einer Unterredung mit Präsident Nicolae Ceausescu auf die „große Bedeutung“ hin, die „Partei- und Staatsführung der DDR den engen Beziehungen der Zusammenarbeit und Freundschaft mit Rumänien beimißt“.

Von früheren Begegnungen zwischen Ceausescu und Honecker seien stets „kräftige Impulse“ für ihre Weiterentwicklung und allseitige Vertiefung ausgegangen, lobte Fischer. Der Bericht über das Treffen in Neptun am Schwarzen Meer wurde gestern im SED-Organ „Neues Deutschland“ an hervorgehobener Stelle auf dem Titelblatt präsentiert.

Außenminister Fischer, der westlichen Gesprächspartner nur außerordentlich vorsichtig gegenübertritt, machte in dem Gespräch mit dem rumänischen Staatschef eine aufschlußreiche Bemerkung. Sie beweist, daß sich auch die Schritte der „DDR“ gegenüber der Bundesrepublik offenbar in ein im Kreml beschlossenes Rahmenkonzept einordnen.

Fischer habe, so schreibt ADN, seinen Gastgeber „über den Beitrag der DDR zur Verwirklichung der gemeinsam konzipierten und abgestimmten sozialistischen Friedensstrategie“ informiert.

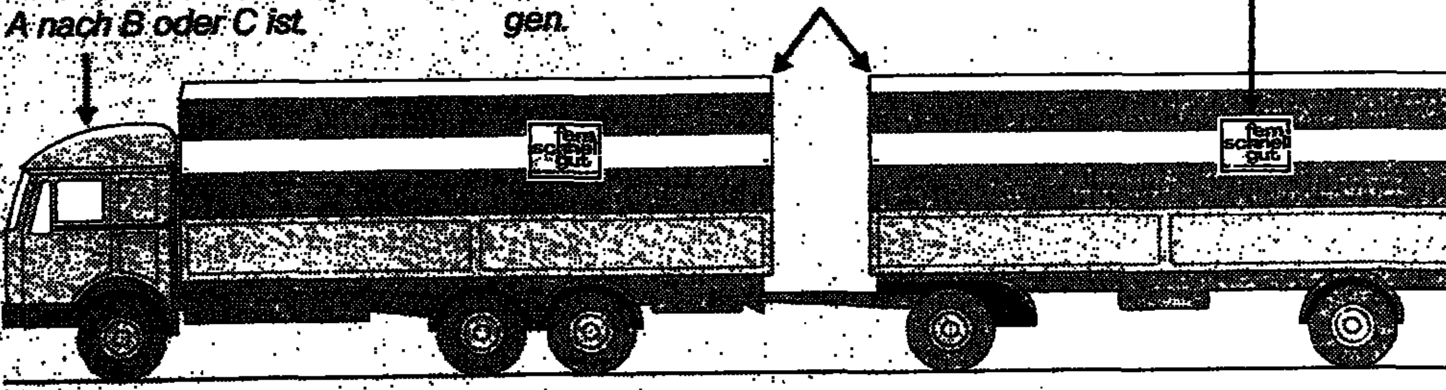
BDF 4/84

Brummi: Der moderne Güterzug, der überall hinkommt.

1 Hier sitzt der Brummi-Kapitän als Zugführer, ein erfahrener Profi, der weiß, was gut für die Fracht und richtig für deren sicheren Transport von A nach B oder C ist.

2 Brummi hat viel Frachtraum für Güter aller Art, vom Mini- bis zum Maxivolumen, von Pillenschachteln bis zu kompletten Computer-Anlagen.

3 „fern-schnell-gut“ ist das spezielle Leistungszeichen für die Profis im gewerblichen Güterfernverkehr.



4 Brummi ist jede Strecke recht, selbst wenn sie in den abgelegensten Landeswinkel führt.

5 Brummi bedient jeden Kunden gleich gut, weil er keinen Unterschied zwischen Neben- und Hauptstrecken kennt.

6 Brummi paßt sich jedem Auftrag an. Im Aufbau, in der technischen Ausstattung. Er ist die optimale Lösung für die unterschiedlichsten Transportaufgaben.

7 Brummi fährt im Gleichanschluß ebenso selbstverständlich an jede Firmen-Laderampe oder bis in die Fertigungshalle, wie er weiter gesteckte Ziele in Italien, Spanien oder sonstwo ansteuert.

8 Brummi entlastet Unternehmen mit eigenen Fuhrparks. Er fährt die „Spitzen“ weg und macht sich überall da nützlich, wo es Kosten zu reduzieren gilt.

9 Brummi dient der Wirtschaft, versorgt die Bevölkerung, ist unersetzlicher Partner der Bahn und die vernünftige Alternative zur schrittweisen Rationalisierung firmeneigener Fuhrparks.

Brummi ist der einfallsreiche Partner für alle Leute, die Transportprobleme haben.



Die selbständigen Transportunternehmer und Kraftwagenspediteure im gewerblichen Güterfernverkehr (BDF)

Des Kremls heimlicher Herrscher wird 75

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Konstantin Tschernenko ist der fünfte Parteichef, für den Andrej Gromyko außenpolitisch tätig ist, denn schon unter Stalin wurde er 1943 als sowjetischer Botschafter zum amerikanischen Bündnispartner geschickt. Heute, an seinem 75. Geburtstag, kann er sich als heimlicher Herrscher des Kreml betrachten, obwohl er immer noch, wie seit 27 Jahren, eigentlich nur „der Außenminister" ist.

Die Amtsbezeichnung läßt das wirkliche politische Gewicht Gromykos nicht erkennen. Selbst die Mitgliedschaft im Politbüro, dem zwölfköpfigen *Führungskreis der Partei*, und seine Regierungsposition als einer von drei „ersten" stellvertretenden Ministerpräsidenten, die ihm voriges Jahr unter Andropow zuteil wurde, sagen darüber nicht genügend aus. Erst die offenkundige Unerfahrenheit von Parteichef Tschernenko *im Verhältnis zur Außenwelt, ließ* Gromyko zum außenpolitischen Alleinherrscher werden.

Er hat sich nicht danach gedrängt und war immer loyal einer seit Chruschtschow mehr oder weniger „kollektiven" Führung gefolgt. Nie scheint er für sich selbst politische Ziele verfolgt zu haben, aber sein Einfluß wuchs wie die Krone eines stattlichen alten Baumes. Und stünde nicht als knorrige Eiche der fast gleichaltrige Verteidigungsminister Ustinov neben ihm, der politisch im selben stalinistischen Erdreich wurzelt, wäre er eine einsame Erscheinung.

Das Gefälle von Gromyko zu Tschernenko ist bei den vielen Gelegenheiten ihres gemeinsamen Auftretens gegenüber auswärtigen Besuchern deutlich geworden, die sich keiner von beiden nehmen ließ: Tschernenko machte dabei seinen Anspruch geltend, Gromyko seine Kompetenz.

In Gromyko einen Anwärter auf die höchsten Kremlwürden zu sehen, wäre trotzdem verfehlt. Obwohl er in jungen Jahren durch Studium und *Lehramt auf wirtschaftspolitische* Wege geriet, den Titel Dr. oec. habil. führt und als Autor mehrerer Fachbücher zur „politischen Ökonomie" auftrat, zeigte er sich innenpolitisch nie interessiert. „Parteilich" zwar im besten leninschen Sinne, ist er auch nicht ein Mann der Partei geworden. Das und die damit verbundenen Machtkämpfe überläßt er anderen.

Seine Sache ist der stetige Ausbau von Macht und Einfluß des Sowjetstaates im Weltmaßstab, wofür die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitiker der Partei ebenso wie die Sicherheitsleute die inneren Voraussetzungen schaffen sollen.

Zäh und beständig hat er für die Weltposition Moskaus stets am großen Gegenspieler Washington, dem



Andrej Gromyko

heimlichen Vorbild, Maß genommen. Die USA waren schon das Thema seiner frühen wirtschaftspolitischen Schriften, sie blieben es auch später, als er sich polemisch mit den Machenschaften des „amerikanischen Kapitals" auseinandersetzte. Durch Molotow, den Premier und Außenminister, der als 94jähriger Pensionär soeben wieder in die Partei aufgenommen wurde, gelangte er schon mit 27 Jahren (1936), an die Spitze der Amerika-Abteilung des Moskauer Volkskommissariats für Auswärtiges. Die Lehrjahre als Botschafter in den USA und danach als Sowjetvertreter im UNO-Sicherheitsrat, die Teilnahme an den Kriegskonferenzen und ein kurzes Zwischenspiel als Botschafter in London haben ihn für immer geprägt.

Für den Strategen Gromyko blieb der Ruf nach „voller Parität" bis zum heutigen Tage das taktische Hauptmittel, um Washington zu zähmen. Seit Präsident Reagan im Amt ist, pokert der sowjetische Außenminister, der persönlich längst hinter den Kremlmauern residiert, mit höchstem Einsatz. Moskau erstrebe keine militärische Überlegenheit, also dürften auch USA und NATO sie nicht erlangen. Doch hinter diesem diplomatischen Grundsatz steht sein ideologisches Bekenntnis: „Der Sozialismus wird jeden Tag stärker." Daran sei, wegen der „objektiven Gesetze der Weltentwicklung", ohnehin nichts zu ändern.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ostdeutsche

Wir werden auch weiterhin unsere deutschen Landsleute in den von Polen verwalteten Gebieten wie Ost- und Westpreußen, Danzig, Pommern, Schlesien, selbst in der Zone mit Textil- und Lebensmittelpaketen von Privat an Privat versorgen.

Durch die Aufrufe zur Kleiderspende war es uns bisher nicht möglich, die Pakete mit Lebensmitteln aufzufüllen. Ohne finanzielle Unterstützung der Bundesbürger ist dies jedoch bei den leider hoch zu Buch schlagenden Portokosten nicht möglich, laufend Pakete zu senden.

Damit aber keine Verzögerung im Paketeversand eintritt, bitten wir um Spenden für das Sozialwerk der Pommern e. V., Konto Kreissparkasse Eckernförde 102 087. Spendenquittungen werden unaufgefordert zugestellt.

Sozialwerk der Pommern e. V.
Prinzenstraße 74,
2330 Eckernförde

Zahl der Opfer

„Leserbrief: Widerspruch"; WELT vom 5. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Zahl von 1,5 Millionen im Unabhängigkeitskampf gegen Frankreich umgekommenen Algerier, die ich in meinem dpa-Feature (WELT vom 15. Juni) in Zusammenhang mit dem Märtyrer-Denkmal von Algier erwähnt hatte, ist von Ihrem Leser F. O. Miksche widersprochen worden. Indes werden diese Ziffern in allen algerischen Publikationen zu diesem Thema genannt.

Auf Anfrage bestätigte die algerische Botschaft in Bonn der dpa erneut, daß es sich hierbei nicht etwa um sämtliche Opfer der Kolonialzeit seit 1830 handele, sondern ausschließlich um die des Befreiungskrieges (1954–1962). Die Botschaft betonte außerdem, daß diese Zahl auch von offizieller französischer Seite anerkannt und nicht bestritten werde, auch wenn einzelne französische Autoren zu wesentlich niedrigeren Ergebnissen gekommen sein wollen.

Karl-Hans Sattler,
Deutsche Presse-Agentur (dpa)
Hamburg 13

Wort des Tages

„Wie der Organismus des Menschen eine Skizze ist von dem Bauplan der ganzen Welt, so sind auch die einzelnen Familien die wahren Vorbilder für die Republiken und Staaten. Wer sein Haus nicht in Ordnung halten kann, ist unfähig, Ordnung in einem Staat zu halten."

Armand-Jean Richelieu; franz. Staatsmann (1585–1642)

Bundesweite CSU

Sehr geehrte Damen und Herren,

ohne eine leistungsfähige dritte Partei erleidet unsere Demokratie Not, bekommen wir hessische Verhältnisse. Die FDP bereitet ihre eigene Bestattung vor. Wie Bangemann seine Partei zu neuen Höhen führen soll, weiß er offenbar selber nicht.

Die Grünen sind ein Wildkraut, keine Partei. Die absolute Mehrheit kann die zwischen Ultralinks und linker Mitte schlingernde SPD jetzt gar nicht und die CDU/CSU wohl kaum erreichen. Die Liberalen wählen die Union wegen FJS nicht, die Konservativen versagen sich wegen Geißler und Blüm. Viele Wähler bleiben zu Hause, die fehlnden Prozente werden an die FDP vergeudet. Ohne dritte Partei geht nichts.

Es gibt nur einen Ausweg: die bundesweite CSU (natürlich auch CDU)! Die CSU kann alle sammeln, denen die ganze Richtung nicht paßt. Die *CDU wird wählbar für alle, die FJS* nicht mögen. Es wird wieder eine Regierung jenseits der roten, grünen und blauen (noch mehr Freiheit ist Anarchie) Utopisten geben können, eine Regierung der Vernunft, der sozialen Marktwirtschaft, der Anerkennung der Leistung.

Mit freundlichen Grüßen
J. Koenigk,
Krefeld 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAGE

Der Mitbegründer und Ehrenpräsident des Zentralausschusses der Werbewirtschaft (ZAW) Dr. **Wilhelm Tigges** feierte seinen 90. Geburtstag. Tigges gehört nicht nur zu den Initiatoren des ZAW, sondern ist auch Mitbegründer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Ausstellungs- und Messeausschusses der deutschen *Wirtschaft*. Von 1953 bis 1973 war er Präsident des ZAW. Dem Markenverband hat Tigges von 1948 bis 1974 als Vorstandsmitglied angehört.

*

Der emeritierte Ordinarius für Vor- und Frühgeschichte an der Marburger Philipps-Universität, Professor Dr. **Wolfgang Dehn**, feierte seinen 75. Geburtstag. Dehn, der Nestor der deutschen Vor- und Frühgeschichte erwarb sich vor allem um die internationale Diskussion in seinem Fachgebiet große Verdienste. Sein besonderes Forschungsinteresse galt viele Jahrzehnte lang der Kulturentwicklung im Mosel-Nahe-Raum sowie der Welt der Kelten. Er war von 1949 bis zu seiner Emeritierung 1975 an der Marburger Universität tätig.

AUSZEICHNUNGEN

Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, **Hans Schwier**, überreichte Professor **Herbert Frommberger** aus Dortmund das Bundesverdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Frommberger war über zehn Jahre als Beigeordneter der Stadt Dortmund für das Schulwesen tätig. Wesentliche Verdienste hat er sich in Lehre und Forschung im Fach Erziehungswissenschaften an der ehemaligen Pädagogischen Hochschule Ruhr, die heute mit der Universität Dortmund zusammengeführt ist, erworben.

*

Der amtierende Rektor der Stuttgarter Kunstakademie, Professor Dr. **Wolfgang Kermer**, ist für seine Verdienste, die er sich um die Ausbildung *bildender Künstler in Stuttgart* erworben hat, mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Kermer, 1935 in Neunkirchen geboren, studierte Kunstgeschichte und promovierte 1966 in Tübingen. Seit dem 1. April 1966 lehrt er Kunstgeschichte und Kunstbetrachtung an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste in Stuttgart. Hier wurde er 1970 zum Dozenten und 1972 zum Professor ernannt. Seit 1971 ist Kermer Rektor der Staatlichen Kunstakademie. Mit Ablauf des Sommersemesters dieses Jahres emeritiert er.

BALLETT

Bei dem 1. Internationalen Ballett-Wettbewerb in Helsinki waren die von der Heinz-Bosl-Stiftung geförderten Münchner Studentinnen erfolgreich. Gegen die Konkurrenz aus der Sowjetunion, Japan und Rumänien gewann **Caroline Campe** die Goldmedaille und **Kirstin Lammersen** die Silbermedaille in der Junioren-Klasse. An dem Wettbewerb nahmen fast 70 Tänzerinnen und Tänzer aus 20 Ländern teil.

LITERATUR

Für seinen im Frühjahr 1985 im Ullstein-Verlag erscheinenden Roman „Mannesraeuschlein" erhält der Husumer Schriftsteller **Udo Steinke** vom Kultusminister Schleswig-Holsteins, **Peter Bendixen**, ein Förderstipendium in Höhe von 6000 Mark. „Mannesraeuschlein" ist eine Vokabel, die im 17. Jahrhundert offizielles Amtsdeutsch für „Geliebte" war.

VERÄNDERUNGEN

Der Landtag in München verabschiedete gestern Sozialminister **Fritz Pirkl**, der ins Europaparlament nach Straßburg umzieht, und vereidigte seinen Nachfolger, den bisherigen Innenstaatssekretär **Franz Neubauer**. Pirkl hat seine politische Laufbahn als Stadtrat in Nürnberg begonnen, ist seit 26 Jahren Mitglied des Landtags, gehört seit 20 Jahren dem Ministerrat an und leitet seit 18 Jahren das Sozialministerium. Bei einem Abschiedsempfang in der Münchner Residenz würdigte Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** Pirkls Wirken als „das Ergebnis eines gradlinigen politischen Lebensweges". Als Europapolitiker benötigt er nun die Eigenschaften eines Jägers, *wozu ein scharfes Auge, ein gu*tes Gespür, eine ruhige Hand und eine gut ausgesuchte Waffe gehören, sagte Strauß und überreichte dem scheidenden Minister einen Stutzen. Pirkls bisheriger Staatssekretär **Heinz Rosenbauer** wechselte gestern als Nachfolger Neubauers ins Innenministerium, neuer Sozialstaatssekretär wurde der bisherige CSU-Fraktions-Vize **Gebhard Glück**.

*

Nachdem der bayerische CSU-Fraktionschef **Gerold Tandler** „bis auf weiteres" – so Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** – Generalsekretär bleibt, wurde zu seiner Unterstützung eine neue Spitzenposition in der Münchner Parteizentrale geschaffen. Strauß verkündete jetzt offiziell, was die WELT bereits am 22. Juni gemeldet hat: **Wolfgang Heid**, früherer Leiter des Ministerpräsidenten-Büros in der Staatskanzlei und seit sechs Monaten Chef in der dortigen Rechtsabteilung, übernimmt in der CSU-Landesleitung die neue Abteilung „Politik und Grundsatzfragen". Der promovierte Jurist untersteht dabei nach Worten von Strauß nur dem Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär, als dessen „persönlicher Beauftragter" Heid fungieren wird. Die Position des CSU-Landesgeschäftsführers **Manfred Baumgärtel** bleibt von dieser Neubesetzung unberührt. Tandler hat auf Bitten von Strauß das Amt des Generalsekretärs wieder übernommen, nachdem sich **Otto Wiesheu** wegen eines Verkehrsunfalls unter Alkoholeinfluß beurlauben lassen mußte.

GEWÄHLT

Der 42jährige CSU-Europaabgeordneter **Ingo Friedrich**, wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Partei im Europaparlament, wurde von der deutschen Sektion der *Europäischen Mittelstandsunion (EMSU)* in geheimer Wahl zum designierten neuen Präsidenten des Exekutiv-Büros der EMSU bestimmt. Friedrich übernimmt das Amt von der CDU-Bundestagsabgeordneten **Ingeborg Hoffmann**, die diese Funktion seit 1982 ausübte, nachdem ihr Vorgänger, **Christian Schwarz-Schilling**, als Minister in das Bundeskabinett berufen wurde. Die EMSU wurde 1979 gegründet und hat u. a. in allen EG-Ländern Tochterverbände.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Wolfgang Lück** (46) von der Technischen Universität Berlin hat einen Ruf als ordentlicher Professor auf die neueingerichtete C 4-Professur für Betriebswirtschaftslehre/Wirtschaftprüfung an der Universität Marburg angenommen.

Wir trauern um Herrn

Altlandtagspräsident

Dr. Franz Gurk

Träger des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
des Großen Silbernen Ehrenzeichens der Bundesrepublik Österreich
des Großkreuzes des päpstlichen Gregorius-Ordens
der Konrads-Plakette des Erzbistums Freiburg

der am 12. Juli 1984 im 87. Lebensjahr von uns gegangen ist.

Herr Dr. Gurk gehörte von 1964 bis 1972 dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft an und war von 1969 bis 1972 dessen Vorsitzender.

Wir verdanken ihm viel. Sein Wirken für unser Unternehmen war geprägt von seiner starken Persönlichkeit, seinen reichen Erfahrungen und der Geradlinigkeit seines Wesens. Er stand uns immer mit Rat und Tat zur Seite. Wir werden seiner stets in großer Dankbarkeit gedenken.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter

Badenia Bausparkasse Aktiengesellschaft

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Brig-Wallis-Schweiz
Villa
zu verkaufen in einmalig schöner Lage, gr. Gartenanlage, 10 Zimmer, Doppelgarage. KP: sfr 960 000,–.
Tel. 00 41 / 28 23 58 85

Ferienwohnung
in Horumersiel, ca. 35 m², komplett eingerichtet, zu verkaufen.
Tel. 05331/7 32 40 od. 0531/35 31 01

Sylt/Wenningstedt
2½-Zi.-Ferienwohnung, 58 m², im Friesenstil. Ideale Lage in kleiner Wohnanlage – 300 m zum Strand, für
DM 298 000,–
zu verkaufen.
Hohe Steuervorteile bei Vermietung (MwSt.-Option).
GVW
Schloßgarten 6, 2300 Kiel
Tel. 04 31 / 55 30 64

Cala Fornells – Pedro Otzoup – Mallorca
Kauf-Info: Peter K. Hertz, 2 Hbg. 13, Tel. 0 40 / 4 20 13 13
Golf · Tennis · Surfen · Sonnenbaden
Zuschr. u. Y 7841 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Gelegenheit, Amsterdam
4 nebeneinanderliegende Reihenhäuser, Mieteinnahmen ca. 60 000,– im Jahr, Hypothek von 200 000,– kann gestellt werden, für DM 400 000,– an schnellentschlossenen Käufer abzugeben.
Tel. 0 21 53 / 35 46 (Verkäufer)

Schweizer Darlehen
● Hypotheken ● Gewerbekredite
● Industriekredite
● Neubaufinanzierungen ● Umschuldungen
100% Auszahlung
Darlehen bis 5 Jahre ab 4,5 % bis 5,5 % mit Bankaval
Darlehen bis 5 Jahre ab 6,5 % bis 6,75 % ohne Bankaval
Die Zinssätze berechnen sich nach Laufzeiten und Banken.
CREDIT-FINANZ DIRK FISCHER
Vermittlung von Schweizer Darlehen
120,– DM Aufwendungsersatz bei Darlehensantrag
2,28 % Courtage bei Darlehensauszahlung
Bradfordstraße 49, 4700 Hamm 1, Tel. 0 23 81 / 5 75 69

Friesenhaus auf Föhr
Reetdach, teilmod., Ausbaumöglichk. f. 2. Whg., 500 m² Grdst., i. idyll. Dorfl., DM 275 000,–.
Zuschr. u. L 8076 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Liebhaberobjekt!
1-bis 2-Familien-Haus
mit ca. 1850 m² parkähnlich, herrlich angelegtem Grundstück, Zierteich u. Bachlauf, altem Baumbestand, mitten im Wald, 1 km von der B 260 (Bäderstraße/Taunus), 25 km von Wiesbaden/Mainz. DM 590 000,–, keine Provision.
Tel. 0 61 31 / 67 42 03
ZOREICH GmbH
Frauenlobstr. 69, 65 Mainz

Moulins-Montucon
Im Herzen der Bourbonnaise wurde auf einem 9342-m²-Grundstück diese Villa 1978 mit Komfortausstattung fertiggestellt. 185 m² Wohnfläche, zzgl. Billardzimmer, 2 Garagen und üblichen Nebenräumen.
Kaufpreis DM 600 000,–
Seenplatte, größter Eichenholzwald Frankreichs, Golfplatz und Reitzentrum in unmittelbarer Nähe.
Nordküste Bretagne in Carantec
Villa mit 367 m² Wfl., direkt am Meer (keine Straße zwischen dem Meer und Haus) gelegenen 3300 m² Grundstück
Kaufpreis DM 700 000,–
GbR E. Liesegang / R. Höskes
Harnischstraße 8, 4048 Grevenbroich 1
Tel. 0 21 81 / 50 05

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Sardinien/Porto Cervo
in einzigartiger Lage, wenige Schritte von der Piazzetta, mit Aussicht auf den Hafen und Cala Romantica, „IL GABBIANO 81" S.r.l. verkauft
Reihenvillen
aus Stein, luxuriöse Verschönerung des Handwerkes, Kamine, Terrassen, Privatgärten in geschütztem Park.
Auskünfte erteilt gerne:
„IL GABBIANO 81"
Via Aracoeli 3, I-00186 Roma
Tel. 06 / 678.1916-6 79 62 09

IRLAND
5 km NW. DUNMANWAY, (Co. CORK): neues Landhaus (2 Etagen), teilmöbliert, gr. Garage, 2000 m² Gr (nahe Fischsee) m. 5 Zi., Küche, Badezi., Zhzg., Tel., FS, Waschmasch., Gardinen, Teppich usw. DM 113 500,–. A. van der Veldt, Osborne House, Coolkelhure (post Dunmanway). Tel. Irland 00353/23.45316

Grundschulddarlehen
auch bei Zwangsmaßnahmen, Negativauskünften, Darlehenskündigungen.
Kaufheld-Kapital-Vermittlung
Steinstr. 28, 4900 Herford
Tel. 0 52 21 / 5 86 88

GEWERBLICHE IMMOBILIEN
MAINZ, 3×500 m²
Etagenweise zu vermieten, Neubau, 57 Pkw-Parkplätze am Haus, Rheinallee 74–86, 1 km vom AB-Kreuz Schiersteiner Brücke, 500 m zur City.
Büro Wahlich
Tel. 06 11 / 8 40 34 01 und ab 17 Uhr 06 11 / 8 40 36 01

Partner gesucht / Kassel
Auslieferungslager frei für Nordhessen und Süd-Niedersachsen. Büroservice u. Lagerkapazität, eig. Fahrzeuge. Für sämtl. Branchen geeign. Interessenten schreiben bitte u. H 8030 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Humanmedizin

1. vorklinisches Semester

von	nach
1 FU Berlin	Göttingen
2 FU Berlin	Hamburg
3 FU Berlin	Tübingen
4 Erlangen	Heidelberg
5 Gießen	Freiburg
6 Gießen	Heidelberg
7 Gießen	Tübingen
8 Heidelberg	Freiburg
9 Heidelberg	Göttingen
10 Heidelberg	Uni München
11 Marburg	Freiburg
12 Marburg	Würzburg
13 Münster	Lübeck
14 Würzburg	TU München
15 Würzburg	Uni München

Humanmedizin

2. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Freiburg
2 Aachen	Heidelberg
3 Aachen	Münster
4 Bochum	Bonn
5 Bochum	Frankfurt
6 Bochum	Freiburg
7 Bochum	Gießen
8 Bochum	Heidelberg
9 Bochum	Köln
10 Bochum	Marburg
11 Bochum	Tübingen
12 Bochum	Ulm
13 Frankfurt	Göttingen
14 Göttingen	Hannover
15 Göttingen	Münster
16 Hamburg	TU München
17 Hamburg	Uni München
18 Köln	Heidelberg
19 Köln	Mainz
20 TU München	Uni München
21 Mainz	Uni München
22 Saarbrücken	Freiburg
23 Saarbrücken	Uni München
24 Saarbrücken	Regensburg
25 Saarbrücken	Tübingen
26 Saarbrücken	Ulm
27 Ulm	Mainz
28 Ulm	Tübingen
29 Würzburg	Frankfurt

Humanmedizin

4. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	Erlangen
3 Aachen	Göttingen
4 Aachen	Lübeck
5 Aachen	Köln
6 Aachen	Münster
7 Aachen	Ulm
8 Aachen	Würzburg
9 Essen	FU Berlin
10 Frankfurt	Freiburg
11 Frankfurt	Gießen
12 Frankfurt	Saarbrücken
13 Frankfurt	Tübingen
14 Gießen	Heidelberg
15 Gießen	Münster
16 Göttingen	TU München
17 Göttingen	Uni München
18 Köln	Freiburg
19 Köln	Heidelberg
20 Köln	TU München
21 Köln	Uni München
22 Köln	Würzburg
23 Marburg	Lübeck
24 Marburg	Tübingen
25 Mainz	Frankfurt
26 Mainz	Heidelberg
27 Mainz	Marburg
28 Tübingen	Heidelberg
29 Tübingen	TU München
30 Tübingen	Uni München
31 Ulm	Aachen
32 Ulm	Bonn
33 Ulm	Münster

Humanmedizin

1. klinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Münster
2 Hamburg	Heidelberg
3 Köln	Freiburg
4 Tübingen	Hamburg

Humanmedizin

2. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Hannover
2 Bonn	Heidelberg
3 Bonn	Lübeck
4 Bonn	Münster
5 Bonn	Tübingen
6 FU Berlin	Hamburg
7 FU Berlin	Lübeck
8 Essen	Bonn
9 Essen	Göttingen
10 Essen	Hannover
11 Essen	Köln
12 Hannover	Freiburg
13 Heidelberg	Freiburg
14 Heidelberg	Münster
15 Hamburg	Ulm
16 Mannheim	Freiburg
17 Mannheim	Uni München
18 Münster	Freiburg
19 Tübingen	Freiburg
20 Würzburg	Freiburg
21 Würzburg	Uni München
22 Würzburg	Tübingen

Humanmedizin

4. klinisches Semester

von	nach
1 Essen	Heidelberg
2 Essen	Uni München
3 Essen	Würzburg
4 Gießen	Hamburg
5 Gießen	Lübeck
6 Göttingen	Lübeck
7 Göttingen	Uni Kiel
8 Göttingen	TU München
9 Göttingen	Uni München
10 Lübeck	Erlangen
11 Uni München	FU Berlin
12 Würzburg	Bonn
13 Würzburg	Düsseldorf
14 Würzburg	Hamburg
15 Würzburg	Köln

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1984

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 40.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Fraschel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1.

RADSPORT

Tour hat einen neuen König der Berge: Herrera

sid, Alpe d'Huez

Die internationale Radsport-Szene hat einen neuen König der Berge. Im Schatten des 23 Jahre alten Franzosen Laurent Fignon, der auf der 17. Etappe die Führung in der Gesamtwertung bei der 71. Tour de France übernommen hat, schob sich der ein Jahr jüngere Kolumbianer Luis Herrera ins Rampenlicht. Der kleine Südamerikaner gewann im Stile eines echten Bergspezialisten das Teilstück von Grenoble mit der Bergankunft im 1860 m hoch gelegenen Alpe d'Huez. Herrera wandelt damit auf den Spuren des Spaniers Federico Bahamontes, der bewundernd „Adler von Toledo" genannt wurde und der von 1953 bis 1964 insgesamt sechsmal die Tour-Bergwertung gewann.

„Diesen Sieg widme ich dem Präsidenten unserer Republik und der Bevölkerung Kolumbiens", erklärte Tour-Neuling Herrera nach seiner erfolgreichen Bergfahrt stolz. Frenetisch und überschwenglich feierten die zahlreichen *heißblütigen* Rundfunk-Reporter aus Kolumbien den Erfolg ihres Landsmannes. Herrera sorgte für den ersten Etappensieg eines Südamerikaners überhaupt bei der Tour der France. Und er verwies Fignon, den neuen Träger des Gelben Trikots, mit 49 Sekunden Rückstand auf den zweiten Rang. Im Gesamtklassement *erscheint der Rückstand* von Herrera (11:12 Minuten) allerdings zu groß, um noch in die Entscheidung eingreifen zu können.

Auf den Flachetappen verlor der Tour-Neuling die entscheidenden Minuten, in den Pyrenäen und Alpen fühlt er sich zu Hause. Seine Klasse zeigte der Gewinner der diesjährigen Kolumbien-Rundfahrt erstmals auf dem elften Tagesabschnitt, der Pyrenäen-Etappe von Pau nach Guzet-Neige, als er hinter dem Schotten Robert Millar den zweiten Rang belegte. Bei der Verfolgung flog Herrera förmlich an dem Franzosen Jean-René Bernaudeau und Gerard Veldscholten aus den Niederlanden vorbei. *Aufgrund mangelnder Erfahrung* hatte er allerdings zu spät attackiert, sonst wäre ihm bereits dort ein Tagessieg geglückt. Am Sonntag beim schweren Bergzeitfahren *mußte* sich der Mann aus Kolumbien hinter Fignon ebenfalls mit dem zweiten Rang begnügen, ehe ihm der große Wurf gelang.

Im Vorjahr, bei der ersten Teilnahme einer kolumbianischen Amateur-Mannschaft, hatte Herreras Radsport-Verband noch auf ihn verzichtet. Ein Start wäre für ihn wahrscheinlich in der Tat zu früh gekommen. In diesem Jahr war er allerdings gleich Kapitän seines Amateur-Teams, trotz eines Alfonso Flores, des *ehemaligen Tour-de-l'Avenir-Siegers.*

Viele europäische Profi-Rennställe machen bereits Jagd auf den neuen Kletter-König. Im Vorjahr erhielten seine Landsleute Patrocinio Jimenez und Edgar Corredor nach ihrer glänzenden Vorstellung bei der Tour Verträge beim spanischen Rennstall des deutschen Straßen-Meisters Reimund Dietzen. Im Frühjahr wechselte mit Martin Ramirez, dem diesjährigen Überraschungs-Sieger der Dauphine Libre, ein weiterer kolumbianischer Amateur ins Profilager.

In der nächsten Saison scheint sich eine südamerikanische Macht anzubahnen. Im radsportbegeisterten Kolumbien sollen zwei Profi-Rennställe entstehen, die beide, neben der Amateur-Mannschaft, an der Tour teilnehmen wollen. Das Aushängeschild soll Herrera sein, der neue König der Berge.

FUSSBALL / Jupp Derwall geht in die Türkei

Sein Sohn Patrick: „Er will ruhiger leben"

DW. Bonn

Was viele bezweifelt haben, was türkische Zeitungen bereits Mitte letzter Woche geschrieben hatten (Die WELT berichtete), wird wahr: Der zurückgetretene deutsche Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall (57) wird in der nächsten Saison den Klub Galatasaray Istanbul trainieren. Der Verein gab gestern über seinen Manager Kemal Onar bekannt, die Vertragsverhandlungen seien abgeschlossen. Derwall informierte den Deutschen Fußballbund (DFB) davon, daß er heute in die Türkei fliegen werde.

Derwall, der nach der Europameisterschaft in Frankreich zurückgetreten ist, wird derweil bereits im türkischen Massenblatt „Hürriyet" so zitiert: „Es ist gut für mich, in die Türkei zu gehen, damit ich mich von dem moralischen Druck nach dem Mißerfolg bei der Europameisterschaft befreien kann." In der Zeitung „Milliyet" kommt auch Neuberger zu Wort: „Wir werden Derwall nicht daran hindern, Galatasaray zu trainieren. Nur damit Derwall seine Rentenansprü*che nicht verliert, sollte sich der tür*kische Fußballverband mit uns in Verbindung setzen, damit wir ihm die Freigabe erteilen." Derwalls Vertrag *mit dem DFB läuft* noch bis 1986.

Galatasarays Manager Onar lobte die „Korrektheit und Ehrenhaftigkeit" des ehemaligen Bundestrainers bei den Vertragsverhandlungen, wollte aber aus „technischen Gründen" keine Angaben über die finanziellen Bedingungen machen. Türkische Zeitungen berichten von einem Jahresgehalt in Höhe von 400 000 Mark plus Prämien, einer mietfreien Wohnung und einem Dienstwagen. Derwall hat bereits deutsche Vorgänger in Istanbul. Bei Fenerbahce arbeitete Horst Buhtz, der sich „sicherheitshalber" zwei Drittel seines Jahresgehaltes vorab überweisen ließ und um den Rest „mit Verlusten" kämpfte. Bei Besiktas war Friedel Rausch unter Vertrag, der ebenfalls „mit großem persönlichen Einsatz" um die finanzielle Erfüllung seines Vertrages streiten mußte.

Derwall macht in der Schweiz Urlaub. Sein Sohn Patrick sagte gestern zu den möglichen Motiven seines Vaters, in die Türkei zu gehen: „Es steht mir nicht zu, mich da festzulegen. Geld ist bestimmt wichtig, aber nicht entscheidend. Ich kann mir vorstellen, daß meine Eltern in der Türkei vor allem ruhiger leben wollen, nachdem Deutschland für uns in der letzten Zeit ein Hexenkessel war." Ob es ruhiger werden *kann, ist zweifelhaft. Die Konkurrenz der drei Istanbuler* Klubs, die in einem Stadion spielen, ist groß. Galatasarays Mannschaftskapitän Fatih wird in der Zeitung „Günaydin" so zitiert: „Wir sind unserer Vereinsführung zu Dank verpflichtet, weil sie mit Derwall einen berühmten Experten als Trainer engagiert hat. Mit Derwalls Disziplin sollten wir Meister werden. Wenn nicht, dann werden uns unsere Anhänger erhängen."

NACHRICHTEN

British Open mit Langer

St. Andrews (sid) – *Als einziger* Deutscher nimmt der an einer Angina erkrankte Bernhard Langer an den 113. Offenen Golfmeisterschaften von Großbritannien teil, die von heute bis Sonntag in St. Andrews ausgetragen werden. Torsten Giedeon konnte sich nicht für das Hauptfeld qualifizieren.

Schnelle Merlene Ottey

Burnaby (sid) – Merlene Ottey aus Jamaika, die *Zweite* der Weltmeisterschaft von Helsinki, gewann bei einem Leichtathletik-Sportfest in Burnaby (Kanada) einen Lauf über 200 m in 22,35 Sekunden. Ihre Saisonbestzeit (22,20) verfehlte sie nur knapp.

Everts kommt in Form

Arnsberg (dpa) – Olympia-Teilnehmerin Sabine Everts (Düsseldorf) kommt nach langer Verletzungspause wieder in Form. Sie absolvierte in Arnsberg einen Siebenkampf-Test und erreichte mit 6252 Punkten ihr bestes Saisonergebnis.

„Prawda" rügt Mißstände

Moskau (sid) – Die sowjetische Zeitung „Prawda" hat die Mißstände an vielen Fußball-Anlagen und die schlechte Versorgung der Nachwuchsspieler mit Schuhen und anderen Ausrüstungsgegenständen in der Sowjetunion gerügt. Diese Mängel führten dazu, so das Blatt, daß die UdSSR im Fußball nicht zu den führenden Ländern gehöre und zuwenig erstklassige Spieler habe.

Kurze Amtszeit

Hamburg (kgö) – Jürgen von Sichart (58) ist nicht mehr Geschäftsführer des Hamburger Renn-Clubs. Der Derby-Veranstalter trennte sich nach nur einer Derby-Woche von ihm. Von Sichart bleibt Manager in Hannover.

ZAHLEN

TENNIS

Weißenhof-Turnier in Stuttgart, erste Runde: Maurer (Deutschland) – Tim Gullikson (USA) 2:6, 7:5, 7:5, Teltscher (USA) – Schwaier (Deutschland) 6:2, 6:3, Gene Mayer (USA) – Keretic *(Deutschland) 3:6, 6:4, 6:3, Davis (USA)* – Ganzabal (Argentinien) 5:7, 6:4, 6:3, Elter (Deutschland) – Bauer (USA) 6:0, 6:0, Lewis (Neuseeland) – Sandy Mayer (USA) 7:6, 6:2. – **Damen**, Federationcup *in São Paulo, erster Spieltag: Deutsch*land – China 3:0 (Hanika – Wang Ping 6:1, 6:0, Schropp – Zhong Ni 3:6, 6:3, 6:3 Hanika/Keppeler – Xiao Yun/Lilan 6:1, 6:4), Schweden – Brasilien 2:1, Australien – Argentinien 3:0, Israel – Peru 3:0, Jugoslawien – Südkorea 3:0, UdSSR – Uruguay 3:0, Belgien – Kolumbien 2:1, Bulgarien – Großbritannien 3:0.

RADSPORT

Tour de France, 17. Etappe: 1. Herrera (Kolumbien) 4:39:25 Stunden, 2. Fignon (Frankreich) 0:49, 3. Arroyo (Spanien) 2:27, 4. Millar (Schottland) 3:05, 5. Acevedo (Kolumbien) 3:09, 6. Lemond (USA) 3:30, 7. Hinault (Frankreich) 3:45, ... Dietzen (Deutschland) 10:03 Minuten zurück. – **Gesamtwertung**: 1. *Fignon 79:24:56 Stunden, 2. Barteau* (Frankreich) 4:22, 3. Hinault 5:41, 4. Millar 8:25, 5. Lemon 8:45, 6. Veldscholten (Holland) 9:03. ... Dietzen 1:04:03 zurück.

GOLF

Europäische Mannschaftsmeisterschaft der Juniorinnen (bis 21 Jahre) mit 12 Nationen in El Saler/Valencia (Spanien): Finale: Schweden – Italien 4:3 Punkte, um Platz 3: England – Spanien 4:3, um Platz 5: Deutschland – Dänemark 4:3 (Vierer 1:1/Einzel 3:2). *Spiele zuvor: Deutschland – Schweden* 2:5 (0:2/2:3), Deutschland – Frankreich 4:3 (1:1/3:2). – Zählspiel-Qalifikation: Kötter (Hubbelrath) 74+80 bei par 74, Lampert (Kronberg) 81+76, Koch (Hannover) 80+80, Bockelmann (Frankfurt) 82+81, Steinert (St. Eurach) 79+85, Umsen (Hamburg) 80+90 Schläge.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 791 698,60 Mark, 2: 197 924,60, 3: 3 913,70, 4: 97,80, 5: 8,50. – **Toto**, Elferwette: 1: 33 625,90, 2: 625,50, 3: 50,00. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, 2: unbesetzt, 3: 7 787,80, 4: 112,00, 5: 8,60. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 1 187,90, 2: 276,80. – Rennen B: 1 074,80, 2: 170,90. – Kombinationsgewinn: unbesetzt. (ohne Gewähr)

Los Angeles '84

● In zehn Tagen, am 28. August, werden die XXIII. Olympischen Sommerspiele in Los Angeles eröffnet. Als einer der sichersten Goldmedaillen-Kandidaten gilt Hürden-Weltrekordler Edwin Moses. Ein Mann, der hierzulande populärer ist als in seiner amerikanischen Heimat. WELT-Mitarbeiter Martin Hägele berichtet aus der Olympiastadt.

Firma Edwin und Mirella Moses: Alles ist normal beim Countdown zum Gold

MARTIN HÄGELE, Los Angeles

Der Countdown läuft. Mirellas *Stimme* klingt *ein bißchen beschwö*render vom Band des Anrufbeantworters als sonst. Oder ist das nur Einbildung? „Wenn Sie uns etwas Persönliches *mitzuteilen* haben, seien Sie so frei, nennen Sie Ihre Nummer, wir rufen zurück. Aber wenn Sie Interview-Wünsche oder Geschäfte besprechen wollen, wenden Sie sich bitte an unseren Business-Manager Gordon Baskin." Nervosität?

Im Umfeld des Ehepaars *Mirella* und Edwin Moses sind keine besonderen Anzeichen von Unruhe zu registrieren. Zumindest läßt sich der Weltrekordhalter im Lauf über 400 Meter Hürden nichts anmerken. „Hello", „How are you", er ist freundlich wie immer. Auch beim Training gibt es nichts Besonderes. Edwin stellt sich die Hürden selbst auf, sprintet über die Hindernisse, trabt locker aus, holt sich die Zeiten ab bei seiner Frau. Und Mirella trägt, was sie gerade gestoppt hat, in ein abgegriffenes Trainingsbüchlein ein.

Die Ehefrau als Trainerin? Mirella, einst Kostümbildnerin in Berlin, die ihren Mann bei den Dreharbeiten zum Film „Die Kinder vom Bahnhof Zoo" *kennengelernt* hat, schüttelt den Kopf: „Ich dokumentiere nur. Edwin hat seinen eigenen Stil. Er trainiert intuitiv, weiß, wann er welche Zeiten abliefern muß." *Mirella* ist so etwas wie der Prokurist der Firma Moses. Mädchen für alles, häufig Pressesprecher des Unternehmens. Dann sagt sie auch „wir", wenn nur Edwin gemeint ist. Und sie hat noch einen Job – Chauffeur. Mirella steuert den anthrazitfarbenen Mercedes 300 Diesel Turbo mit dem Kennzeichen „Olympin", damit sich Ed bei den Fahrten auf dem Freeway entspannen kann.

Hinter allem steht ein Ziel. Am 5. August soll Edwin Moses eine Goldmedaille holen, die zweite nach Montreal 1976. „Diese Goldmedaille", sagt er, „bedeutet mir nach dem Boykott von Moskau, nach acht Jahren Warten sehr, sehr viel." Einem wie ihm nimmt man auch die Erklärung ab, „daß ich dabei nicht aufs Geld schaue, die Befriedigung mir viel wichtiger ist".

Vor sechseinhalb Jahren hat er zum letzten Mal verloren. Gegen den Deutschen Harald Schmid. Seither läuft er nur noch gegen sich selbst. Eine unheimliche Serie. 92 Siege hintereinander. Bei den amerikanischen Olympia-Ausscheidungen sind ihm mit Danny Harris (18) und Trenhel Hawkins (21) nun erstmals wieder ernsthafte Herausforderungen auf den Pelz gerückt. Und auch Harald Schmid ist wieder näher an ihn herangerückt.

Packt Moses da vielleicht die Angst vor der ersten Niederlage? „Vor jedem Start komme ich mir vor, als führe man mich zu meiner eigenen Exekution", hat Edwin Moses schon vor über einem Jahr jenes Gefühl beschrieben. Das könne ruhig noch einmal zitiert werden, meint Mirella. Edwin sagt jetzt: „Ich habe gelernt, mit diesem Druck zu leben. Doch um ihn auszuhalten, benötige ich die Erfahrung meiner ganzen



Ein Ehepaar lebt für die Goldmedaille: Mirella und Edwin Moses.
FOTO: SIMON

Karriere." Deshalb haben sich beide eine besondere Philosophie zurechtgelegt: „Heute denken wir an heute und nicht an den 5. August. Wir dürfen mit solchen Zukunftsgedanken nicht irgendwelche Energien verschwenden. Wir brauchen unsere Kraft heute und morgen."

Das fällt manchmal schwer. Olympia liegt schließlich direkt vor der Haustür, nur eine Autostunde entfernt. Das haben selbst die Verkäuferinnen in Mirellas Supermarkt gemerkt. Auch sie bekommen auf die *Frage, ob sie nicht langsam nervös* werde, stets die Pauschalantwort: „Immer nur cool bleiben." In Irvine ist die Popularität noch zu ertragen. In Europa wäre dies kaum möglich. Aber in den Staaten verdrängen die Profisportarten Baseball, Basketball und Football einen absoluten Superstar wie Ed Moses noch ins zweite Glied. Immerhin, nachdem die Dreizimmerwohnung im vergangenen Jahr zum Taubenschlag der internationalen Presse geworden war, hat *sie Mirella nun zur Tabuzone für Re*porter erklärt.

Vielleicht wird der Leichtathlet von jenem Rummel eingeholt, wenn er seinen Ruf als Amerikas sicherste Medaillenbank erfüllt hat. Den Ballyhoo um die eigene Person hat Edwin stets abgelehnt, da sträubt sich der gläubige Methodist. Er ließ Weltrekorde, Siege, gescheite Sätze für sein Image sprechen. Edwin Moses ist kein Kerl wie Carl Lewis, der seinen Status mit Sprüchen garniert. Und selbst in lockerer Kaffeestimmung läßt er sich über den Mann, mit dem er ums Etikett des weltbesten Leichtathleten kämpft, kein böses Wort entlocken.

Dafür Mirella: „Von allen Leichtathleten in der Welt macht nur einer Heckmeck. Ich hoffe nur, daß es Carl Lewis bei den Spielen auch bringt, sonst zerreißen sie ihn in der Luft." Frau Moses ist bei diesem Thema einfach der Gaul durchgegangen. Sie rechtfertigt das auch prompt mit ih*rer weiblichen Impulsivität und* dem Hinweis: „Ed würde so etwas nie sagen."

Aufregung um Medaillen-Tip

dpa, Frankfurt

Mit Verärgerung und Protesten hat die Führung des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland auf die im „NOK-Report" veröffentlichte Prognose reagiert, die deutsche Mannschaft werde in Los Angeles 30 Gold- und jeweils 35 Silber- und Bronzemedaillen gewinnen. „Diese Voraussage ist nicht nur falsch, sie ist auch schädlich und hilft keinem", erklärte NOK-Präsidiumsmitglied und Chef de Mission Heinz Fallak. Helmut Meyer, Direktor im Bundesausschuß Leistungssport, sagte: „100 Medaillen sind eine Utopie. Das würde ja bedeuten, daß wir fast in jedem zweiten Wettbewerb eine Medaille gewinnen würden."

In dem Beitrag des vom NOK herausgegebenen *Mitteilungsblattes* heißt es: „Gewinnen die Aktiven des bundesdeutschen Olympia-Aufgebots weniger als 100 Medaillen, wird man sagen müssen, daß sie ihre Stunde nicht zu nutzen gewußt haben." Heinz Fallak beklagte, daß solche vom NOK verbreiteten Voraussagen die Mannschaft unter einen starken Erfolgsdruck setzten. Er will die erste offizielle Pressekonferenz der deutschen Mannschaft am 23. Juli nutzen, um sich von der Prognose zu distanzieren.

Der Teufelskreis des Turfsports

Die Wettumsätze auf den deutschen Galopprennbahnen sind rückläufig. Bis zum 30. Juni 1984 wurden 83,3 Millionen Mark umgesetzt, 4,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Neuerdings sind auch die Umsätze pro Rennen auf dem Sinkflug, ebenfalls um vier Prozent im Vergleich zu 1983. Der Informationsdienst „Galopp-Press" vermeldet in Nr. 10/84: „Die Rennveranstalter geraten zunehmend in die Enge."

Warum aber geraten die Vereine in die Enge? Weil derzeit zu viele Renntage durchgeführt werden, obwohl dafür beim Publikum kein Bedarf vorhanden ist. Die Zahl der Renntage ist in den letzten Jahren fast immer gesteigert worden. Nur *einer wurde dabei nicht gefragt,* ob er das überhaupt will: der Konsument. Da werden an einem Dienstagnachmittag in Gelsenkirchen-Horst und mittwochs in Krefeld Veranstaltungen durchgeführt, die nicht kostendeckend sind.

Warum aber wurden immer mehr Renntage ausgeschrieben? Im Durchschnitt entsteht einem Pferdehalter hierzulande eine Deckungslücke zwischen Gewinnmöglichkeit und Kosten von rund 10 000 Mark pro Pferd und Jahr. Die nicht gerade kreative Interessenvertretung der Besitzer drängte auf immer mehr Renntage und höhere Rennpreise. Ferdinand Leisten, sein Nachfolger Kurd von Lenthe und die übrigen Damen und Herren der Besitzervereinigung übersahen dabei, daß der kritische Besucher nicht bereit ist, auf Dutzendware des Turfs an einem monotonen Wochenrenntag auf dem Raffelberg in Mülheim/Ruhr oder am Horster Schloß Unsummen zu wetten.

Weil aber die Deckungslücke für die Besitzer so krass ist, haben zahlreiche Trainer erhebliche finanzielle

STAND ● PUNKT

Probleme. Ihre Rechnungen liegen *in den Glückstrommeln* der Pferdeeigner und warten oft zu lange auf den Ziehungstag. Die Gläubiger der Trainer sind meist die Futtermittelhändler. Aber auch Finanzämter oder Krankenkassen warten auf ihr Geld. Noch am 9. Juli 1984 war im „Kölner Stadtanzeiger" unter den amtlichen Bekanntmachungen zu lesen, daß der Antrag auf Eröffnung eines Konkursverfahrens des Trainers Alfred Baltromei vom Amtsgericht Köln *(Az.: 71 N 189/84)* abgewiesen wurde – mangels Vorhandenseins einer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse.

Ein anderer Grund für die Sorgen der Branche *ist auch das nicht* gerade behutsame Manipulieren einiger Bundesländer an der Rennwettsteuer. Die deshalb von den Vereinen gewählten Gegenmittel (mehr Renntage) haben sich als untauglich erwiesen. So bleibt nur das Fazit: Man muß sich gesundschrumpfen. Weniger Pferde, damit nicht auch noch für den letzten Klepper irgendwo zwischen Cuxhaven-Dunen und Vilsbiburg ein Rennpreis aufgetrieben werden muß, der Anreiz zur Pferdhaltung bietet, die dann wiederum in einem Teufelskreis endet. Mehr Einfallsreichtum aber muß auch von den hochbezahlten, professionellen Werbern dieses Sports kommen, von denen seit Jahren trotz nicht gerade geringer Mittel keine zündende Idee mehr publik wurde. So sollten die Fehlvorstellungen über die vergleichsweise zum Lotto besonders hohen Ausschüttungsbeträge bei den Gewinnen in weit deutlicherem Maße ausgeräumt werden. Das geschah bislang eher hinter vorgehaltener Hand.

Angebot und Nachfrage werden vom Markt geregelt. Diese kaufmännische Binsenweisheit sollte sich der Galopprennsport möglichst bald vor Augen halten. Sonst werden die Sorgen noch größer.

KLAUS GÖNTZSCHE

Inspektion.
Wie guter Service über Computer gefahren wird.



Morgens das Auto einfach vorbeibringen und es nachmittags wieder abholen. *So stellt sich der Kunde* eine Inspektion vor. Ein Computer von VICTOR macht's möglich! Kundenliste, Wagentypen, Monteurdisposition, Materialwesen und Abrechnung – alles läuft über den Computer. Wenn der Kunde das Auto holt, liegen Rechnung und Arbeitsnachweise schon parat. „Jetzt komme ich auch wieder dazu, *meinen Kunden für individuelle* Fragen zur Verfügung zu stehen", stellt Werkstattleiter Scharf fest. So profitieren beide vom Computer: Werkstatt und Kunde. Denn VICTOR baut Computer für Menschen. Mit über 500 Programmen für alle Branchen und Berufe.

COMPUTER FÜR MENSCHEN



Victor Technologies GmbH · 6000 Frankfurt 61 *Suntraer Str. 18* · Tel. 0611/41 02 23 - Tx. 4185 558
Victor Technologies Ges.m.b.H. · A-1190 Wien Hackhofergasse 9 · Tel. 02 22/37 40 34-5

Ich möchte vom nächsten der über 200 VICTOR-Fachhändler mehr über VICTOR-Produkte wissen:

SIRIUS 1

Name

Anschrift

B 20

Logistik der RAF breiter als vermutet

MANFRED SCHELL, Bonn

Der logistische Unterbau der terroristischen Vereinigung RAF ist offensichtlich breiter als gemeinhin angenommen wird. Aus Unterlagen des Bundeskriminalamtes (BKA) ergibt sich, daß die „Rote Armee Fraktion" noch über mindestens acht Depots verfügt, deren Lage allerdings noch nicht entschlüsselt werden konnte.

Hinweise auf diese Depots waren im Zuge der Auswertung der Asservate angefallen, die bei der Festnahme von sechs mutmaßlichen Terroristen in Frankfurt am 2. Juli sichergestellt worden sind. Aus den sichergestellten Gegenständen hat das BKA mehrere Schlußfolgerungen gezogen. Es rechnet damit, daß etwa 14 Personen, die noch nicht identifiziert sind, im RAF-Bereich aktiv sind. Außerdem wurden von der terroristischen Vereinigung Geldbeschaffungsaktionen vorbereitet. Die Polizei vermutet, daß Überfälle auf Kassenboten und Supermärkte geplant gewesen sind. Zumindest gibt es Hinweise auf solche Vorhaben.

Außerdem, so ergibt sich aus den Unterlagen des BKA, waren terroristische Aktivitäten gegen Repräsentanten der Justiz vorgesehen. Bei der Festnahme von Manuela Happe am 22. Juli in Esslingen sei eine Liste mit gesperrten Kraftfahrzeugkennzeichen von Fahrzeugen des Personen- und Begleitschutzes für die Vorsitzenden der mit Terrorismusprozessen befaßten Gerichte gefunden worden. Das BKA geht auch davon aus, daß die RAF ein neues Verfahren für die kurzzeitige Beschaffung von Unterkünften entwickelt hat. So hat die in Frankfurt festgenommene Christa Eckes die 23jährige Heidi Karla Hutt angesprochen, die am Schwarzen Brett der Fachhochschule Karlsruhe eine Mitfahrgelegenheit für eine Urlaubsreise offeriert hatte. Die 23jährige, gegen die inzwischen Haftbefehl wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung erlassen worden ist, soll den mutmaßlichen Terroristen die Schlüssel zu der Wohnung in Frankfurt überlassen haben. Sie war nicht die Wohnungsinhaberin, sondern hatte die Schlüssel von der Inhaberin erhalten, als diese Ende Juni zu einem Bagwhan-Treffen in die USA gereist war.

Honecker kann nur reisen, wenn Moskau es ihm erlaubt

● Fortsetzung von Seite 1

Ostberliner Hinweise auf die eigene Leistungsschwäche Rücksicht nehmen, mit denen – je nach Bedarf – sowjetische Wünsche nach Lieferung hochmoderner Technologie abgeblockt werden. Auch kann es sich Ost-Berlin durch eine weitgehende „Kommerzialisierung" statt Idealisierung der Beziehungen zu Bonn leisten, höhere Stationierungskosten der Sowjets auszugleichen, ohne gleichzeitig zu starke Einbußen bei den Konsum- und Wohlstands-Erwartungen der „DDR"-Bürger riskieren zu müssen und damit die „polnische Angst" der Sowjets hervorzurufen.

– Die SED-Führung mit der Honecker-Mehrheit im Politbüro kann sich bei ihren Reiseplanungen – die bekanntlich im Frühjahr 1983 sehr kurzfristig wegen einer angeblichen „Hetzkampagne" Bonns wieder aufgegeben worden waren – außerdem auf offizielle sowjetische Stimmen berufen. So stellte der Chefkommentator der „Iswestija", Alexander Bowin, kürzlich vor Journalisten in Ost-Berlin angebliche Moskauer Vorbehalte gegenüber einem besseren deutsch-deutschen Klima ausdrücklich in Abrede: „Normale Beziehungen wären jetzt sogar von besonderer Wichtigkeit, da die Spannungen zwischen Ost und West gewachsen sind", sagte er.

Sibyllinische Antwort auf Fragen zum Kredit

Was die dennoch vorhandenen und anscheinend wachsenden Vorbehalte der Sowjets gegenüber einer gewissen Verständigungspolitik Ost-Berlins auch in rein „deutschen" Bereichen angeht, lassen sie sich in mehreren Punkten belegen:

Der erwähnte Moskauer Kommentator gab auf die Frage, ob die Russen Bedenken gegen den neuen West-Kredit zugunsten Ost-Berlins hätten, die sibyllinische Antwort: „Kredite sind zwischen Staaten (nach offizieller Lesart – in Ost-Berlin handelt es sich jedoch um einen ‚normalen' Bankkredit, d. Red.) etwas ganz Natürliches. Es ist eine Angelegenheit der DDR. Die DDR weiß am besten, was sie zu tun hat. Wir machen uns darüber keine Sorgen."

Dies klingt schon anders, wenn man aus führenden Wirtschaftskreisen in der Bundesrepublik Deutschland vernimmt, daß sich sowjetische Gesprächspartner „immer auffälliger und häufiger" bei westlichen Gesprächspartnern nach dem Stand und der Bewertung der deutsch-deutschen Beziehungen erkundigen.

Warnende Neugier legen in dieser Beziehung auch führende Diplomaten der Ost-Berliner Sowjetbotschaft bei ihren halboffiziellen und stets die amtliche Stimmungslage in Moskau widerspiegelnden Gesprächen bei Anlässen in West-Berlin an den Tag.

Sowjetischen Spitzenfunktionären muß zudem die Vorstellung gegen jeden ideologisch-politischen Strich gehen, Honecker im vermeintlichen Raketenland Nr. 2 hinter den USA zu wissen. Nikolai Schischkin, Berater des KPdSU-Sekretariats, wertete bei einem Pressegespräch in Ost-Berlin die Pershing-Stationierung im Westen nicht anders als ein „umgekehrtes Kuba für uns".

Hinzu kommt sowjetisches Unbehagen an der Terminplanung: Denn Honecker führe noch vor dem versprochenen Besuch Konstantin Tschernenkos anläßlich des 35. „DDR"-Geburtstages am 7. Oktober in den Westen. Außerdem würde dem Staatsratsvorsitzenden damit zugleich die Ehre zuteil, noch vor Tschernenko – er kommt frühestens zum Jahresende nach Bonn – mit den Repräsentanten der Bundesrepublik konferiert zu haben.

Auf alle diese Empfindlichkeiten der Sowjets nahm die „DDR" so weit wie möglich Rücksicht, indem sie beispielsweise bei der Bundesregierung ein „Abkoppeln" der innerdeutschen Themen von der Agenda des Treffens in der Pfalz durchsetzte. Die laufenden Geheimgespräche über Korrekturen beim Zwangsumtausch, im grenznahen Verkehr, in Reise- und Besuchsangelegenheiten und bei anderen menschlichen Erleichterungen sollen bis Ende August abgeschlossen werden. Zwischen der einseitigen Inkraftsetzung durch Ost-Berlin und dem Treffen selbst soll ein möglichst langer Zeitraum verstreichen, um nach außen jeden Schatten eines „Junktims" zu vermeiden.

Bei den Konferenzen mit dem Kanzler will Honecker dann – völlig abgehoben von den für die SED peinvollen innerdeutschen Themen – die Rolle der „DDR" als „Friedensstaat" und Motor neuer Ost-West-Beziehungen darstellen können. Im römischen „Messaggero" beschrieb Honecker seinen Auftrag und seine Absicht präzise: „Mein Treffen ordnet sich in die Initiativen der DDR ein, zwischen Ost und West zu einer gewissen Sicherheitspartnerschaft zu gelangen."

Sowjetische Zweifel daran, ob die SED aus ökonomisch-eigennützigen Motiven auch immer die rechte Schuldverteilung für den Zustand der internationalen Beziehungen vornehme, nährte auf der jüngsten SED-Zentralkomitee-Sitzung Ende Mai das frischberufene Politbüro-Mitglied Herbert Häber.

Wie Häber den Dialog begründet

Honeckers Vertrauter und Bonn-Experte begründete die Ostberliner Dialoge mit dem Satz: „Kommt es doch dabei auch darauf an, das in den vergangenen Jahren unter großen Anstrengungen geschaffene europäische Vertragswerk gegen die von den USA betriebene Politik der Konfrontation, der Vertragsunterminierung und des Boykotts zu verteidigen."

In Moskau wird man verstanden haben, daß sich diese Furcht auch durchaus auf die sowjetische Haltung in den wichtigsten politischen Welt-Fragen erstreckt.

*

dpa, Bonn

Das Auswärtige Amt hat es gestern abgelehnt, zu Berichten Stellung zu nehmen, daß abermals „DDR"-Bewohner Zuflucht in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland gesucht haben. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte, Bonn halte an seiner bisherigen Politik fest, derartige Meldungen nicht zu kommentieren. Er wies zugleich jedoch darauf hin, daß die diplomatische Vertretung in Prag nach wie vor Bewohnern der „DDR" zur Beratung offen stehe und diese davon auch Gebrauch machten.

Wie verlautete, haben kürzlich einige Personen aus Mitteldeutschland in der Prager Botschaft der Bundesrepublik mit Botschaftsangehörigen über ihren Wunsch gesprochen, aus der „DDR" auszureisen. Sie seien von den Botschaftsangehörigen überzeugt worden, nicht in der Botschaft zu bleiben, weil dies nicht der richtige Weg sei. Sie befänden sich nicht im Gebäude oder auf dem Gelände der Botschaft, hieß es gestern.

Noch immer hofft Hart, den Favoriten zu schlagen

Gouverneur Cuomo wirft Reagan „Sozial-Darwinismus" vor

TH. KIELINGER, San Francisco

Walter Mondale, der Spitzenkandidat der amerikanischen Demokratischen Partei, hat auch heute, einen Tag vor der eigentlichen Abstimmung über den zu nominierenden Präsidentschaftskandidaten, noch keine Einigkeit zwischen sich und den beiden anderen Bewerbern, Gary Hart und Jesse Jackson, hergestellt. Ein seit langem erwartetes Spitzengespräch zwischen den drei Politikern endete am Montag abend ergebnislos.

Die Differenzen zwischen den drei Kandidaten betreffen vor allem die Abfassung der Parteiplattform, also praktisch die Parteitagsbeschlüsse. Jesse Jackson will noch mehrere Passagen über die Rechte der Minderheiten durchsetzen. Hart kämpft für den Grundsatz, daß amerikanische Militärmacht in der Dritten Welt nur noch eingesetzt werden dürfe, wenn alle Möglichkeiten örtlicher Kräfte ausgeschöpft worden sind. Darüber hinaus hegt Senator Hart auch noch die Hoffnung, selber die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten seiner Partei zu gewinnen. Er baut nach wie vor auf die spürbare Unlust, die sich unter den Delegierten in San Francisco angesichts der Aussicht auf Walter Mondale als den Herausforderer Ronald Reagans festgesetzt hat.

Erholung von dem Schauspiel der Zwietracht bot sich am Montag abend, als New Yorks Gourverneur Mario Cuomo das mit Spannung erwartete Grundsatzreferat zum Auftakt des Parteitages hielt. Mit großem rhetorischen Geschick entfaltete Cuomo das Banner der demokratischen Themen für den Wahlkampfherbst. Er geißelte die Reagan-Administration wegen ihres „Sozial-Darwinismus", – einer Politik nur für die Härtesten und Tüchtigsten der Gesellschaft. Er pries die Demokratische Partei als die traditionelle Partei der Erneuerung, sprach von der „Familie Amerika", in der niemand zurückgelassen werden dürfe, und verpflichtete die Zuhörer auf die Ideale, von denen auch seine Familie, Einwanderer aus Italien, gezehrt habe: Glaube, Mitleidfähigkeit, Loyalität und Stolz auf Amerika.

Cuomo ließ erkennen, daß die Demokraten stark mit der Angstmache vor einer zweiten Reagan-Amtszeit im Wahlkampf zu operieren gedenken: Angst vor steigenden Zinsen, vor dem Haushaltsdefizit, vor sinkendem Lebensstandard und vor allem vor der Gefahr eines nuklearen Krieges. Immer wieder hob er auf die Mittelklasse als den wahren Leidtragenden der letzten vier Jahre ab. Er sprach damit jene Schicht an, die Ronald Reagan 1980 weitgehend auf seine Seite ziehen konnte.

Seite 2: Stumpf an der Spitze

Häufiges Fehlen Kündigungsgrund

dpa, Kassel

Häufige Kurzerkrankungen und eine damit verbundene außergewöhnlich hohe Belastung des Arbeitgebers in Form der Lohnfortzahlung können eine krankheitsbedingte Kündigung sozial rechtfertigen. Ob die finanziellen Belastungen dem Arbeitgeber zuzumuten sind, hängt dabei insbesondere von der Dauer des ungestörten Bestandes des Arbeitsverhältnisses ab. Das entschied jetzt das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel. Je länger dieses Arbeitsverhältnis bestanden hat, um so mehr Rücksichtnahme sei vom Arbeitgeber zu erwarten (AZ2 AZR 573/82 vom 15. Februar 1984).

Ein Arbeiter hatte während des vierjährigen Arbeitsverhältnisses fast ein Drittel der Arbeitszeit gefehlt.

Wurbs (FDP) mahnt seine Partei

hey, Bonn

Bundestagsvizepräsident Richard Wurbs (FDP) hat seine Partei mit Nachdruck aufgefordert, umgehend ihre Personaldiskussion zu beenden. Der Politiker betonte, schließlich habe sich der FDP-Vorstand einstimmig dafür ausgesprochen, daß Hans-Dietrich Genscher Außenminister und Vizekanzler bleiben solle. Wurbs: „Das soll auch so bleiben." Es gebe darüber hinaus auch keinen Anlaß, an der Koalitionsvereinbarung mit der CDU/CSU etwas zu ändern, nach der die FDP für das Außen-, Wirtschafts- und Justizressort zuständig sei. Die Diskussion über dieses Thema solle für die die FDP „ein für allemal vom Tisch" sein. Denn die FDP benötige jetzt ihre ganze Kraft und Mithilfe jedes einzelnen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

EKD legt Studie für „humane" Stadt vor

E. N. Bonn

Mit der Forderung, in „dicht besiedelten Gebieten" eine Höchstgeschwindigkeit von „unter 30 Stundenkilometer" einzuführen, mit den Vorschlägen, die kommunale Gebietsreform teilweise rückgängig zu machen und die Zulassung neuer Kommunikationsmedien davon abhängig zu machen, ob sie „ein Mehr an Gemeinsinn und Bürgermotivation ermöglichen", hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mit einer Studie in die Diskussion über die menschengerechte Stadt eingeschaltet.

Die von der Kammer der EKD für soziale Ordnung erarbeitete Publikation beschreibt das Dilemma der modernen Großstadt in der Bundesrepublik Deutschland und sucht Anhaltspunkte für eine humane Stadtplanung und Stadtentwicklung zu geben. Die Urbanisierung habe unbestritten Gewinn gebracht, doch auch „vielerorts Nebenwirkungen hervorgerufen, durch die auch positive Errungenschaften wieder in Frage gestellt werden", schreibt der Vorsitzende des Rates der EKD, Landesbischof Eduard Lohse (Hannover), in seinem Vorwort. Die Natur sei weitgehend aus dem städtischen Lebenszusammenhang verdrängt worden. Die großstädtischen Lebensbedingungen brächten nicht nur Mobilität mit sich, sondern auch Hektik, Anonymität, soziale Isolation und Einsamkeit bei vielen Menschen.

Vor dem Hintergrund, daß heute rund 75 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik in Städten leben und daß nach UNO-Prognose in den nächsten Jahrzehnten möglicherweise 80 Prozent der Menschheit in „stadtähnlichen Gebieten ungeheuren Ausmaßes" angesiedelt sein werden, möchte die Kirche neue überschaubare Gemeinwesen innerhalb großstädtischer Ballungsräume gebildet sehen, die mit „Eigenständigkeit und Entscheidungskompetenz" ausgestattet sein müssen.

Da in der Bundesrepublik derzeit täglich mehr als 165 Hektar freier Landschaft zerstört würden, jedes Jahr mithin mehr als 60 000 Hektar Fläche, also ein Gebiet, das größer sei als der Bodensee, will die EKD eine „konsequente Umkehr in den Planungsüberlegungen" und eine „Veränderung der Strukturen im Ansatz", um diese zerstörerischen Mechanismen aufzuheben.

Videorecorder laufen demnächst beim Pilotton an

007 küßt bis zum Schluß

Das darf doch wohl nicht wahr sein ..." Der Fernsehzeitgenosse rauft sich die Haare. Gerade ist die alles entscheidende Verfolgungsjagd in vollem Gange. Und da: Bild weg, Ton weg, ausgefranste Streifen huschen von oben nach unten über die farblose Mattscheibe. Aus der Traum; die Konserve hat Ruh'. Haben die Programmgewaltigen doch wieder mal der piekfein vorprogrammierten internen Recorderelektronik ein Schnippchen geschlagen und den Beginn des mitternächtlichen Thrillers um satte 20 Minuten nach hinten verschoben.

Wenn so etwas passiert, schallt der Ärger bei den Heim-Videoten gleich millionenfach: Bereits Ende 1983 war jeder siebte Haushalt der Bundesrepublik mit einem magnetischen Bildaufzeicher ausgerüstet. Bis 1995 werden nach neuesten Schätzungen vier von fünf Haushalten einen Recorder ihr eigen nennen.

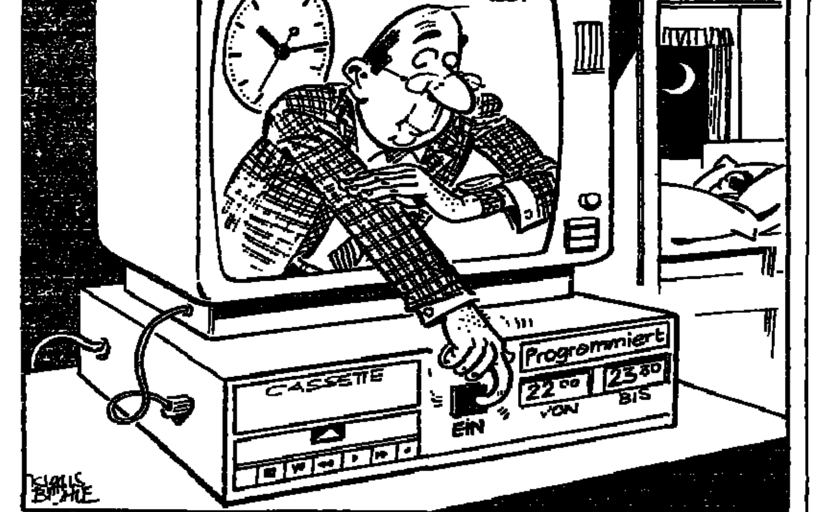
Vom technischen Prinzip her ist es ein Klacks, parallel zum ausgestrahlten Fernsehbild eine vom Sender ausgehende synchrone Steuerung des Videorecorders daheim vorzunehmen. Alle möglichen Pilottöne, sei es zur einwandfreien Erkennung von HiFi-Stereosignalen, sei es die Codierung und Aufschaltung von Verkehrswarnfunksendern werden, das ist technischer Standard, mühelos aus dem Ätherwellengemisch herausgefiltert. Vermutlich schon bald wird sich der Fernsehprogrammdirektor zu Hause wie die Kassiererin an der Hauptkasse eines Großkaufhauses fühlen. Mit Lichtgriffel bewaffnet werden dann Strichcodes, diese völlig wirr anmutenden Strich- und Balkenmuster, in einer hunderstel Sekunde mit rotem Helium-Neon-Laser-Licht von der Fernsehprogrammspalte eingelesen und im Recorder gespeichert.

Und erst wenn Techniker der Sendezentrale ihre Maschinen anwerfen, geht gleichzeitig ein für diesen Beitrag spezifisches Erkennungssignal über den Äther, vergleicht das im trauten Heim vorgewählte Programm-Menü mit den eingehenden Daten und schaltet blitzsauber den Recorder ein.

Die technische Kommission von ARD und ZDF beschäftigt sich seit 1980 mit diesen Fragen. Bereits vor Jahresfrist verabschiedete man eine technische Spezifikation, das Video-Programm-System, kurz VPS genannt. Vor einigen Tagen nun haben die Indendanten der ARD den von dieser Kommission vorgeschlagenen Lösungen, einem „System zur Übertragung von Zusatzsignalen zur programmierbaren Steuerung von Videorecordern", zugestimmt.

Die Industrie hatte bereits angekündigt, bei dieser schon länger anstehenden Entscheidung der Rundfunkanstalten zur Internationalen Funkausstellung im nächsten Jahr entsprechende Geräte anzubieten. Bis Ende 85 werden die Landesrundfunkanstalten dann ihre Technik zur Übertragung der Zusatzsignale umrüsten.

DIETER THIERBACH



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE



Am 1. Dezember 1984 startet **das erste deutschsprachige Gemeinschaftsprogramm von ZDF, ORF (Wien) und SRG (Bern)** (vgl. WELT vom 24. Mai). Nutznießer sind zunächst alle deutschen, österreichischen und schweizerischen Kabelanschlußbesitzer; später aber, wenn das Ganze vom Direkt-Satelliten TV-SAT abgestrahlt wird, soll jeder Fernsehzuschauer im deutschen Sprachraum erreicht werden.

Das neue Programm verfolgt vor allem drei Ziele. Es soll einen „Kontrast zum Kontrast" bilden (ZDF-Intendant Professor Stolte), zu dem erst noch erwarteten Kontrastprogramm der privaten Veranstalter nämlich, bei dem nach allgemeiner Branchenansicht die Unterhaltung eindeutig dominieren soll. Zweites Ziel: Das Programm soll möglichst wenig bzw. nichts kosten. Die 80 Millionen Mark, die das ZDF bis 1986 veranschlagt, müssen für die Nutzung des ECS-Satelliten verwendet werden, über den das Programm in alle Kabelinseln eingespeist werden soll. (ORF und SRG sind in dieser Beziehung „Gäste" des ZDF und können ihren finanziellen Beitrag mit zwei bzw. einer Million Mark pro Jahr dementsprechend niedrig halten.) Deshalb wird daß keiner der drei Partner für das neue „3SAT-Programm" neue Sendungen produzieren, sondern nur bereits Gesendetes oder sonst Vorhandenes einbringen.

Neu werden die Mischung und die Präsentation sein, und hier liegt das dritte Ziel der neuen Kooperation: Es handelt sich um das erste grenzüberschreitende Fernsehprogramm im deutschsprachigen Raum. Man will bewußt einen mitteleuropäischen Akzent gegen die internationalistische, stark aus dem angelsächsischen Raum beeinflußte TV-Welt der letzten Jahre setzen.

Das Programm soll täglich um 18 Uhr beginnen und gegen Mitternacht enden. Drei Nachrichten-Leisten – um 19 Uhr „heute" vom ZDF, um 21.15 Uhr „Zeit im Bild" (ein halbstündiges aktuelles Magazin vom ORF) und zum Sendeschluß wieder „heute"-Kurznachrichten – bilden das Gerippe. Dazwischen sind interessante Schwerpunkte vorgesehen. Montags z. B. gibt es ab 19.25 Uhr fast zwei Stunden Sport: Nachklänge zum Wochenende, bisher nicht Gesendetes aus dem Eurovisions-Angebot, gestaltet jeweils von allen drei Partnern. Dienstags und samstags sind die Schweiz und Österreich jeweils mit eigenen Regionalsendungen vertreten (für die ZDF-Zuschauer werden das quasi Reiseberichte sein). Eine ständige Rubrik „Zeitgeschichte" (dienstags ab 19.25 Uhr vom ZDF und ORF), ein politisches Magazin aus der Schweiz (Donnerstag 21.45 Uhr), eine Mischsendung aus allen Magazinen des ZDF (Freitag 19.25 Uhr), ein Spielfilm (Donnerstag), Talk Shows (z. B. Club 2 vom ORF) placieren Produktionen, die im ZDF, ORF oder SRG normalerweise zu ungünstiger Sendezeit laufen, etwas besser. Vor allem der Samstag erhält mit der Folge Fernsehspiel/Theater, Kulturmagazin, E-Musik und Gespräch eine eindeutige Kontrastfunktion gegenüber allen sonstigen TV-Programmen.

nea

KRITIK

Eine Prise Nervenkitzel

Haley hieß der Mann, der darüber zu wachen hatte, daß es im Tower bei den Fluglotsen richtig lief. Damit ließ, wenn auch leicht verfremdet, der geistige Urvater dieses Films grüßen: Alex Hailey mit seinem Roman „Airport", der schon Stoff für mehrere Spielfilme abgegeben hat. Es war auch die gleiche Mischung, die in **Gefahr über den Wolken** (ZDF) aufbereitet wurde: Ein bißchen Alltag in dem Großbetrieb Flughafen, ein bißchen Menschenschicksal, aber vor allem der Nervenkitzel durch eine drohende Katastrophe. Es gehört nun einmal zum Wesen solcher Filme, daß einem Spannungsträger allein nicht getraut wird.

Wobei es für dieses Routineprodukt sogar noch erstaunlich war, wieweit und wie einfühlsam sich der Regisseur Walter Grauman mit den persönlichen Problemen des alternden Fluglotsen Nick Culver beschäftigte, mit einer Lebenskatastrophe sozusagen. Um so enttäuschender, daß er sie dann doch nur mit den Mitteln des Katastrophenfilms löste, nämlich mit der drohenden Bruchlandung eines Flugzeugs. Da griff der deus ex machina ein und sorgte dafür, daß alles wieder ins Lot kam. Es ist jammerschade, daß er sich im wirklichen Leben immer so rar macht.

SVEN HANSEN







ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 WISO
10.35 Ich liebe Dich, Juli
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.30 Die kleine Meerjungfrau
15.00 Matt und Jenny
Skiba, der Bär
15.30 Tagesschau
15.40 Der letzte Applaus
Etappen des Radprofis Klaus-Peter Thaler
16.25 *Die rote Zora und ihre Bande*
6. Teil: Flucht in die Berge
Die Polizei ist der roten Zora und ihrer Bande dicht auf den Fersen, sie weiß, daß sich die Kinder in der Uskoken-Burg aufhalten. Doch glücklicherweise haben die Gendarme den geheimen Eingang noch nicht entdeckt, so daß Zora noch ein wenig Bedenkzeit bleibt.
16.55 Doctor Snuggles
Das Rätsel des vielfarbigen Diamanten
17.20 Tour de France
19. Etappe: La Plagne–Morzine
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Blaufuchs
Deutscher Spielfilm (1938)
Mit Zarah Leander, Willy Birgel, Paul Hörbiger, Jane Tilden, Karl Schönböck u. a.
Regie: Viktor Tourjansky
21.55 Brennpunkt
Wer bremst das umweltfreundliche Auto?
Moderation: Peter Staisch
22.30 Tagesthemen
23.00 Quincy
Die letzte Sekunde
William Stoddard und seine Frau bangen um ihren achtzehnjährigen Sohn Bobby, der entführt worden ist. Der Kidnapper verlangt 500 000 Dollar Lösegeld. Stoddard will zahlen
23.45 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.03 Bis zum Herbst müssen sie fliegen
Geschichte um drei kleine Schwäne
Von Horst Latzke
15.25 Ferienkalender
Moderation: Hansi Fischer und Benny
15.55 Madita
4. Teil: Das Gespenst im Waschhaus
16.20 Lassies Abenteuer
Die Alten und die Jungen
16.40 Breakdance
17.00 *heute / Aus den Ländern*
17.15 Tele-Illustrierte
anschl. heute-Schlagzeilen
18.05 Der lange Treck
Die Indianer
19.00 heute
19.30 Direkt
20.15 Kennzeichen D
Die „lange Leitung" des Ministers – Die Kabelpolitik des Bundespostministeriums beim Wort genommen: Hängen noch alle am gleichen Draht? / Reservisten: Mit 45 oder 50 strammstehen für das Vaterland? – Die stillen Reserven von Bundeswehr und NVA / Wehrstrafgerichtsbarkeit: Dürfen Richter ohne gesetzliche Grundlage das Kriegsrecht proben?
Moderation: Giselher Suhr
21.00 Die 2
Seine Lordschaft Danny Wilde
21.45 heute-journal
22.05 Mittwochslotto – 7 aus 38
22.10 *Warum habt ihr Hitler widerstanden?*
1. Teil: Das andere Deutschland
22.55 Gratwanderung
Film von Barbara Kappen
0.20 heute



Während eines Urlaubs in Norwegen lernt Irina (Irina Hoppe) den Bergsteiger Karl (Michael Altmann) kennen. (Gratwanderung – ZDF, 22.55 Uhr)

FOTO: TELEUNK

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

WEST/NORD/HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
Larry, der Hüter des Gesetzes
Larry im Harem
19.00 Bhutan
Im Reiche des Donnerdrachens
19.30 Agrarland USA
Wie der Überfluß Amerika Probleme macht
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Live aus Flensburg
Moderation: Hans-Jürgen Börner und Carl Heinz Ibe
21.45 Wunder der Erde
Ahus und Moais
Altäre und Kolosse auf der Osterinsel
Film von Ernst W. Bauer
22.30 Zwei im Visier
Französischer Spielfilm (1970)
Regie: Robert Hossein
Drei maskierte Männer haben die kleine Catherine entführt und in eine einsame Hütte am Strand gebracht. Der skrupellose Chef der Bande und der ihm treu ergebene Eddie verschwinden bald darauf wieder, um über das Lösegeld zu verhandeln. Als Wächter bleibt nur der junge Vlad zurück. Opfer und Kidnapper kommen sich in der langen Wartezeit allmählich näher. In Vlad wächst das Verständnis für Catherine, die fliehen will. Da kommen die beiden anderen Gangster zurück ...
23.45 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
Mit Jimmy Cliff
20.15 Wanderungen durch die DDR
Rund um Meißen
21.00 Gefahr aus dem Weltall
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Regie: Jack Arnold
22.20 Jack Arnold erzählt (2)
22.30 Der unbekannte Chaplin
Der große Regisseur
23.20 Nachrichten

BAYERN

17.30 Situation: Arbeitsplatz
„Ich bin ein arbeitsloser Junglehrer"
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 „Grattler-Oper"
Bayerisches Musiktheater
20.30 Georg Lohmeier erzählt
... luftige Liebeserklärungen
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Die wirklich Reichen
2. Eine gute Partie ist nicht immer die beste
22.40 Z. E. N.
22.45 MPIV
Seewiesen – Porträt eines Forschungsinstituts
23.30 Rundschau

Ideen-Defizit?

Wh. – Die deutsche Patent- und Lizenzbilanz hat sich 1983 wieder erheblich verschlechtert. Allerdings erreichte der Ausgabenüberschuß mit 1502 (1341) Millionen Mark noch nicht wieder seinen Rekordstand von 1556 Millionen Mark für 1980. Man weiß nicht so recht, ob das Minus ein Signal zum Lachen oder zum Weinen ist. Hat die Wiederbelebung der Wirtschaft zu einem verstärkten Interesse an moderner Technologie geführt, die die Unternehmen sich nur vorläufig im Ausland besorgen? Oder ist deutsche Technik inzwischen so tief im Überkommenen verhaftet, daß für wirklichen Fortschritt die Ideen jenseits der Grenzen eingekauft werden müssen?

Fragen, die die Statistik nicht beantwortet: „Über den Stand des technischen Wissens in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern besagt der Saldo nicht sehr viel", *meint die Bundesbank* und verweist auf die vielfältigen Formen des Technologietransfers, die in keinem Formular erfaßt werden: Export hochwertiger Güter, Anlagenbau, Beratung im Ausland und nicht zuletzt das „cross licensing", den Austausch von Lizenzen auf Gegenseitigkeit.

Beruhigend auch die Anmerkung, daß ein wesentlicher Teil – rund 70 Prozent – der Geldströme in beiden Richtungen auf Einnahmen von eigenen Tochtergesellschaften entfiel, es sich also zumindest teilweise um eine Art Gewinntransfer gehandelt haben könnte. Doch ein Stachel bleibt: Der Zuwachs des Defizits entstand fast ausschließlich in der Datenverarbeitung, auch auf längere Sicht Wachstumsbranche Nummer eins.

Eigene Maßstäbe

gö.– Am heutigen Mittwoch entscheidet ein Gericht in Frankfurt über die bedingte Freilassung von José Maria Ruiz Mateos aus deutscher Untersuchungshaft. Spanien sucht den vor zweieinhalb Jahren überraschend enteigneten Inhaber der größten Privatholding des Landes, Rumasa, wegen angeblicher Wirtschaftsvergehen. Als nächstes steht die Auslieferungsfrage an. Aufstieg und Sturz des Ruiz Mateos haben eigene Maßstäbe. Dies scheint ein Prozeß um einen Bankzusammenbruch in Barcelona zu beweisen, wo – bei ähnlichen Vorwürfen – der katalanische Ministerpräsident Jordi Pujol mitbeschuldigt wird. Mit der Enteignung von Ruiz Mateos reagierte auch weniger der Gesetzgeber als vielmehr der Machtinhaber. Die junge sozialistische Regierung hatte sich herausgefordert gefühlt. Das Verfassungsgericht hat die Enteignung nur knapp, unter der doppelt gewerteten Stimme des Vorsitzenden, anerkannt. Die Frankfurter Richter sollten abwarten, was ihre spanischen Kollegen nun zum Fall Banca Catalana zu sagen haben.

WIRTSCHAFTSLAGE / Die Frankfurter Währungshüter und das Wirtschaftsministerium glauben, daß die Erholung weitere Fortschritte macht

Auftragslage veranlaßt Bundesbank zu günstiger Konjunkturprognose

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die zu Jahresbeginn sehr günstige konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik wird sich nach Einschätzung der Bundesbank trotz erheblicher Produktionsausfälle im Gefolge des Arbeitskampfes weiter fortsetzen. Anlaß zu solchem Optimismus gibt vor allem die „im ganzen recht positive" Auftragslage der Unternehmen.

Im verarbeitenden Gewerbe lagen die Auftragseingänge im Mai leicht über denen des April. Damit erreichten sie wieder das erfreuliche Durchschnittsniveau des ersten Quartals. Der vergleichbare Vorjahreswert wurde sogar um fast 16 Prozent übertroffen. Der Schub kam dabei in erster Linie vom Export – die Auslandsaufträge überstiegen den Vorjahreswert um ein volles Viertel.

Damit sei die Auslandsnachfrage seit Beginn des Jahres – vor allem im Investitionsgütergeschäft, das von der wachsenden Investitionsneigung in mehreren westlichen Industrieländern profitierte – „zügig weiter gestiegen". Das lasse für die zweite Jahreshälfte 1984 hohe, sogar steigende Exportlieferungen erwarten.

Der Einfluß von Lagerbewegungen und möglicherweise auch eine gewisse Zurückhaltung im Vorfeld des Arbeitskampfes sorgten dagegen im Inland für eine etwas gedämpftere Entwicklung. Die etwas längerfristig angelegte Nachfrage nach Investitionsgütern war davon nur zu einem geringen Teil betroffen: Sie lag im Mai immer noch um gut 14 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreswert.

Die immer noch recht günstigen Aussichten können freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Arbeitskampf seine Spuren in der volkswirtschaftlichen Rechnung fürs Gesamtjahr hinterlassen wird. „Wahrscheinlich wird zwar ein Teil der Produktionsausfälle im weiteren Verlauf des Jahres aufgeholt", meint die Bundesbank. „Im Gesamtergebnis dürften aber die direkten und indirekten Folgen des Arbeitskampfes nicht aufgewogen werden."

Immerhin gilt es, erhebliche Ausfälle aufzuarbeiten. Rund zehn Millionen Manntage, so schätzt die Bundesbank, sind im Mai und Juni allein in der Metallindustrie verlorengegangen. Dadurch fielen runde vier Milliarden Mark an Produktion aus, etwa vier Prozent der durchschnittlichen Nettoproduktion des gesamten verarbeitenden Gewerbes. Auch Kaufkraft ging verloren – die Lohn- und Gehaltsausfälle der Metall-Arbeitnehmer erreichten etwa zwei Milliarden Mark, wobei allerdings Streikgelder und andere Unterstützungszahlungen nicht gegengerechnet sind.

Durch den unmittelbaren Einfluß des Metallarbeitskampfes dürfte das reale Bruttosozialprodukt im zweiten Quartal um etwa ein Prozent niedriger ausgefallen sein als unter normalen Umständen. Da auch Ausfälle in anderen, indirekt betroffenen Wirtschaftsbereichen einzurechnen sein werden, vermuten die Experten, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion vom ersten zum zweiten Quartal 1984 leicht zurückgegangen ist. Im ersten Quartal war das Brutto-Sozialprodukt um ein Prozent gegenüber dem Vorquartal gestiegen.

Hemmend haben sich Streiks, Aussperrungen und Folgestillegungen auch auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Im Juni disponierten die Unternehmen spürbar vorsichtiger als in den Vormonaten, so daß die Zahl der Arbeitslosen weniger als saisonüblich zurückging. Unter den Mitte Juni registrierten 338 000 (Mai: 388 000) Kurzarbeitern waren im übrigen erstmals auch 35 000 Arbeitnehmer, die mittelbar von den Auswirkungen des Arbeitskampfes betroffen waren, ohne zum Geltungsbereich der umkämpften Tarifverträge zu gehören.

Die Finanzlage des Bundes hat sich im ersten Halbjahr weiter deutlich verbessert. Mit 14,5 Mrd. DM lag sein Kassendefizit um 1,5 Mrd. DM niedriger als in den ersten sechs Monaten 1983. Diese Zahlen spiegeln die tatsächliche Verbesserung aber nur unvollständig wider; denn im ersten Halbjahr 1983 hatte der Bund bereits den gesamten Bundesbankgewinn von elf Mrd. DM vereinnahmt, während von den in diesem Jahr auszuschüttenden 11,5 Mrd. DM erst gut acht Mrd. nach Bonn überwiesen worden sind.

Aufschwungkräfte werden wieder Oberhand gewinnen

HEINZ HECK, Bonn

Der Export wird im zweiten Halbjahr angesichts der hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und der fortschreitenden Aufwärtsentwicklung der Weltkonjunktur „stark expandieren". Auch habe sich die Ertragssituation der Unternehmen „deutlich verbessert" und dürfte auch durch den Arbeitskampf „nur vorübergehend beeinträchtigt worden sein".

Das sind zwei der Gründe, die das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) im gestern veröffentlichten Lagebericht für die These anführt, daß die Aufschwungkräfte in der zweiten Jahreshälfte wieder die Oberhand gewinnen werden. Es bestehe daher die Chance, daß die durch den Arbeitskampf verursachten Produktionsausfälle im weiteren Jahresverlauf zu einem wesentlichen Teil wieder aufgeholt werden könnten.

Für die positive Einschätzung spricht nach Meinung des BMWi auch, daß mit den Tarifabschlüssen für die Metall- und Druckindustrie „ein gesamtwirtschaftlich noch vertretbarer Kompromiß gefunden" worden sei, der die aus Arbeitszeitverkürzung und Einkommenssteigerung resultierende zusätzliche Kostenbelastung der Wirtschaft „in Grenzen hält und den Betrieben mehr Flexibilität bei der Nutzung ihrer Anlagen ermöglicht". Schließlich seien durch die Fortschritte bei der Sanierung der Staatsfinanzen und die Entscheidungen zur Steuerreform die Weichen in Richtung einer weiteren Stärkung privatwirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Initiative gestellt worden.

Allerdings wird eingeräumt, daß die Arbeitskämpfe im Konjunkturbild „sichtbare Spuren hinterlassen" hätten. Bei zunehmender Auslandsnachfrage habe die inländische Kundschaft vorsichtiger disponiert. Zwar weise die Auftragseingangs- und Produktionsstatistik für Mai saisonbereinigt noch einen leichten Anstieg aus; doch sei der seit Anfang 1983 zu beobachtende Wachstumsprozeß im zweiten Quartal „insgesamt unterbrochen" worden.

Das BMWi erwartet für das zweite Halbjahr, daß auch auf dem Arbeitsmarkt die Entspannungstendenzen „wieder zutage treten", nachdem schon im Vorfeld der Arbeitskämpfe offenbar zurückhaltender disponiert worden war. Zwar habe die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt zugenommen, doch liege die Zahl der Arbeitslosen mit 2,1 Millionen etwas niedriger als vor Jahresfrist. Erfreulich sei der unvermindert anhaltende „kräftige Rückgang der Kurzarbeit". Zu den beschäftigungspolitischen Wirkungen der Tarifabschlüsse in der Metall- und Druckindustrie gibt das BMWi keine Schätzung. Während die Preisentwicklung im Inland bis zur Jahresmitte in ruhigen Bahnen verlaufen sei, hätten sich - als Folge des starken Dollar-Kursanstiegs - die außenwirtschaftlichen Teuerungseinflüsse zuletzt wieder verstärkt.

Faß ohne Boden

Von WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Ein desolates Bild bietet die verstaatlichte Industrie in Österreich. Gut fünf Milliarden Schilling (etwas über 700 Millionen Mark) machten die Verluste 1983 aus. „Ein Faß ohne Boden", hat die konservative Opposition wiederholt kritisiert, als es darum ging, im Parlament Finanzspritzen aus Steuergeldern für die Staatsbetriebe zu beschließen. Und wie es vorerst aussieht, dürfte diese Ansicht noch über einige Jahre hinweg Gültigkeit haben.

Zwischen 1980 und 1983 wurden netto fast 20 Milliarden Schilling Verlust in dem Firmenkonglomerat mit den acht Großkonzernen angehäuft. Gleichzeitig ist das Kapital der Unternehmungen derart aufgezehrt worden, daß etwa die Vereinigten Edelstahlwerke nur noch über zwei Prozent Eigenmittel verfügen. Zwischen 1980 und 1983 waren daher mehr als 15 Milliarden Schilling aus Steuergeldern zur Verlustabdeckung notwendig; dieses Jahr kommen nochmals mehr als sieben Milliarden Schilling hinzu – Teil einer erst im Herbst vorigen Jahres von der sozial-liberalen Koalition im Parlament durchgedrückten Finanzhilfe von 16,6 Milliarden Schilling. Die allerdings den Steuerzahler wegen der ebenfalls zu zahlenden Zinsen letztlich doppelt soviel kosten wird. Denn die Finanzhilfen für die Verstaatlichten werden nur zum geringsten Teil sofort aus dem Budget bezahlt; den großen Rest finanziert die zwischengeschaltete Staatsholding ÖIAG mittels Anleihen und Krediten, die in späteren Jahren dann aus Steuergeldern zurückzuzahlen sind, weil die Betriebe weder Zinsen noch Tilgungen selber verdienen können.

Das Desaster der Staatsindustrie hat sich bereits lange abgezeichnet. Schon von der zweiten Hälfte der siebziger Jahre an fielen etwa bei der Vöest-Alpine erhebliche Verluste an, die aber in den Bilanzen zum großen Teil versteckt wurden. Erst nach Ausschöpfung aller Bilanzierungsmöglichkeiten und nach kräftigem Kapitalverzehr kam die Wahrheit ans Tageslicht.

Doch nur den Managern die Schuld an dem Debakel zuzuschieben, wie dies in letzter Zeit seitens der Belegschaften und auch der Politiker gerne getan wurde, wäre sicherlich falsch. Denn Betriebsräte, Gewerkschafter und Bundes- wie Regionalpolitiker hatten allesamt das Ihre dazu beigetragen, um den Großteil der Unternehmen an den Rand des Abgrunds zu führen.

Jahrelang hatten die Belegschaftsvertreter notwendige Umstrukturierungsmaßnahmen boykottiert; Politiker hatten den entsprechenden Flankenschutz für die destruktiven Absichten geleistet. Und ein guter Teil der Verantwortung trifft Altbundeskanzler Bruno Kreisky, der sich die ressortmäßige Zuständigkeit als Eigentümervertreter seit Amtsantritt 1970 vorbehielt.

Kreisky war es auch, der in erster Linie die konjunkturellen Schwankungen und die internationale Stahlkrise als Ursache für die ansteigenden Defizite sah. Tatsächlich aber hatten die meisten Unternehmen den von den internationalen Märkten vorgegebenen Strukturwandel regelrecht verschlafen. Dies und die Weigerung, überflüssiges Personal abzubauen, üppige freiwillige Sozialleistungen und eine unterdurchschnittliche Produktivität bei überzogenen Löhnen führten zwangsläufig zu Verlusten.

Wer in den siebziger Jahren forderte, die Verstaatlichten auf ein gesundes Maß schrumpfen zu lassen, wurde nicht ernst genommen. Heute bekräftigt die Spitze der Verstaatlichten-Holding ÖIAG, daß bis 1986 nicht nur einzelne defizitäre Produktionsbereiche, sondern auch ganze Stahlwerke geschlossen werden müssen. Gleichzeitig soll weiter Personal abgebaut und Rationalisierung sowie Umstrukturierng zum obersten Gebot erklärt werden. Vorangegangen waren schon in den letzten Jahren kräftige Abstriche bei den Sozialleistungen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die betreffenden Industriebetriebe verstaatlicht worden, um sie dem Zugriff der Besatzungsmächte zu entziehen. Nur so schienen die Firmen eine Zukunft zu haben. Heute sieht es inbesondere bei den Unternehmen der Branchen Stahl, Elektro und Chemie so aus, als hätten sie die Zukunft bereits hinter sich. Nur mit für die Arbeitnehmer schmerzhaften Gewaltakten lassen sich wenigstens noch Teile der angeschlagenen Konzerne retten.

AUF EIN WORT



„Die deutsche Binnenschiffahrt hat ganz erhebliche Anstrengungen unternommen, ihre Flotte in ein ausgewogenes Verhältnis zur Nachfrage zu bringen. Wenn der Markt dennoch unter erheblicher Überkapazität leidet, so ist der Grund hierfür nicht hausgemacht sondern externer Natur. Der strukturelle Überhang in der Schiffsraumkapazität muß also in Ordnung gebracht werden. Dazu sind wir auf die Mitwirkung unserer Nachbarn angewiesen."

Dr. Dieter Schulte, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium. FOTO: JUPP DARCHINGER

TARIFABSCHLÜSSE

RWI kritisiert nachgebende Haltung der Unternehmer

dpa/VWD, Essen

Sehr kritisch bewertet das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, den Ausgang der Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie. In seinem Konjunkturbrief heißt es, durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 38,5 Stunden und die Lohnerhöhungen steige der Stundenlohn 1985 um rund sechs Prozent. Dies bedeute „ohne Zweifel eine Abkehr von einer beschäftigungsfördernden Lohnentwicklung".

Nach Meinung der Essener Wirtschaftsforscher „hätte niemand, dem an einer Verringerung der Arbeitslosigkeit liegt, die Arbeitgeber in diesem Arbeitskampf zum Nachgeben drängen dürfen". Das Ergebnis werde die Unternehmen „auf jeden Fall" sowohl zu einer Senkung der Investitionen als auch zu einer Richtungsänderung weg von arbeitsplatzschaffendem zu arbeitskraftsparendem Mitteleinsatz beeinflussen. Anlaß dafür gäben nicht nur die zu erwartenden erhöhten Belastungen und Risiken, sondern auch die Befürchtung, „daß die Gewerkschaften das Drängen von Politikern und Schlichtern auf ein Nachgeben der Arbeitgeber als Ermunterung werten, gleiches oder ähnliches alsbald zu wiederholen".

In den Arbeitskämpfen hätten die Unternehmer aber auch erfahren müssen, „daß Arbeitgeber und Arbeitswillige offenbar nur begrenzten Rechtsschutz genießen; jedenfalls durften gesetzliche Auflagen für den Ablauf von Streiks und Aussperrungen zum Teil ungehindert mißachtet werden, weil den staatlichen Stellen anscheinend der Mut fehlt, Recht und Ordnung gegen Gewerkschaften und Streikposten zu verteidigen".

EG-MINISTERRAT

Bonner Subventionen für deutsche Winzer abgelehnt

WILHELM HALDER, Brüssel

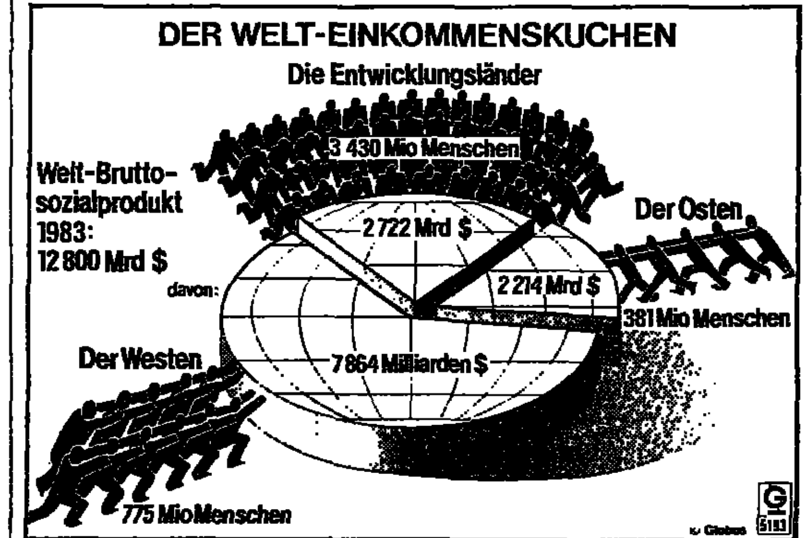
Nicht durchsetzen konnte sich die Bundesregierung mit ihrem Wunsch, den Winzern an der Mosel durch eine Sonderaktion zur Destillierung überschüssiger Tafelweine zu helfen. Im EG-Ministerrat stieß Ernährungsminister Ignaz Kiechle erwartungsgemäß auf den Widerstand fast aller Kollegen, obwohl Bonn die Maßnahme selbst finanzieren wollte.

Die EG-Partner sehen in dem deutschen Vorstoß einen neuen Versuch, von der gemeinsamen Agrarpolitik abzurücken. Bei der nachträglichen Aufstockung des Einkommensausgleichs für die deutschen Landwirte – so machten mehrere von ihnen geltend – versuche Bonn einerseits die Brüsseler Agrarausgaben zu reduzieren, auf der anderen Seite jedoch den eigenen Landwirten durch entsprechende nationale Subventionen unter die Arme zu greifen.

Der Vorgang hinterließ bei Kiechle Verstimmung. Vor Journalisten kritisierte er, die gemeinschaftliche Agrarpolitik erweise sich zunehmend als schwerfällig und unflexibel. Da sich die Moselwinzer besonderen Problemen gegenübersehen, müsse Bonn helfen. „Wir können nicht warten, bis der letzte Baum kaputtgeht und bis der Aufstand aus einer echten Not entsteht".

Kiechle will sich nun bemühen, andere (EG-konforme) Möglichkeiten der Hilfe zu finden. Er räumte allerdings ein, daß die Chancen dafür gering seien. Hoffnung setzt der Minister offenbar auf die im Herbst geplante Bestandsaufnahme der EG-Politik im Weinsektor. Bonn werde bei dieser Gelegenheit die deutschen Interessen zur Geltung bringen, meinte er unter Anspielung auf die Forderung Frankreichs nach einem Ausbau der Weinmarktordnung.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Der Welt-Einkommenskuchen ist ungleichmäßig verteilt. Die 775 Mill. Menschen in den westlichen Industriestaaten – ein Sechstel der Weltbevölkerung – verfügen über fast zwei Drittel des Welt-Brutto-Sozialprodukts, die 3,4 Mrd. in den Entwicklungsländern – nahezu drei Viertel der Menschheit – müssen sich mit einem Fünftel des Welteinkommens begnügen. Die Zwischenschicht zwischen Arm und Reich bildet der Osten. QUELLE: GLOBUS

Kaffeewirtschaft besorgt

Hamburg (dpa / VWD) – Ihre ernste Sorge über die gegenwärtige Situation des internationalen Rohkaffeemarktes bringt die Europäische Kaffee-Vereinigung (ECF) in einer Resolution zum Ausdruck, die allen EG-Wirtschaftsministern zugestellt wurde. Die in der ECF zusammengeschlossenen europäischen Röster- und Rohkaffeeverbände kritisieren darin, daß das Kaffee-Abkommen das stetige Ansteigen der Preise nicht verhindert hat. Sie mahnen die Anbauländer, die nach dem Abkommen versprochenen Kaffeemengen auch zu liefern. Die künstliche Verknappung und die damit verbundene Preissteigerung könne mittel- und langfristig zu einem Rückgang im europäischen Kaffeekonsum führen.

EG-Butterberg gewachsen

Bonn (dpa / VWD) – Der Bestand an Butter in der EG ist nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV), Bonn, inzwischen auf 1,2 Mill. Tonnen gestiegen. Außerdem liegen, wie die AGV mitteilte, eine Mill. Tonnen Milchpulver in den Lagerhallen. Der Gesamtwert der Butter- und Milchpulverbestände wird auf über 13 Mrd. DM beziffert. Da diese Bestände allenfalls zu 40 Prozent ihres Einstandswertes weltweit verkauft werden könnten, müsse die EG noch fast sieben Mrd. DM zuschießen, sollten sie völlig abgebaut werden.

US-Bankgewinne gesunken

New York (dpa / UPI) – Gewinnrückgänge im zweiten Quartal mußten amerikanische Großbanken verbuchen – in erster Linie aufgrund ausbleibender Zinszahlungen bei Argentinien-Krediten. Chase Manhattan, drittgrößte Bankengruppe der USA, meldete einen Gewinn von 90 Mill. Dollar – nach 105 Mill. im zweiten Quartal 1983. J. P. Morgan + Co (Morgan Guaranty Trust) erzielte einen Gewinn von 103,7 Mill. verglichen mit 115 Mill. im Vorjahresquartal.

Ansprüche gesichert

Bonn (VWD) – Die Versicherungswirtschaft wird im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Güterverkehrs-Versicherungs AG (GVVG) alle Ansprüche privater aus dem Versicherungsgeschäft der GVVG voll befriedigen. Das teilt der Gesamtverband der Branche zu der Ankündigung des Bundesaufsichtsamtes mit, möglicherweise die Eröffnung des Konkursverfahrens über die GVVG zu beantragen. Mit dieser Zusage solle sichergestellt werden, daß private Versicherungsgläubiger, wie beispielsweise Umzugskunden der versicherten Spediteure, voll befriedigt werden.

Neue Verhandlungen

Buenos Aires (AP) – Argentinien und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben die vor einem Monat ausgesetzten Verhandlungen über einen Beistandskredit in Höhe von 1,1 Mrd. Dollar wieder aufgenommen. Die Verhandlungen waren ausgesetzt worden, nachdem Argentinien sich am 11. Juni in einer Absichtserklärung geweigert hatte, vom IWF verlangte Auflagen zu erfüllen, sofern diese die Lebensbedingungen der Bevölkerung verschlechtern. Argentinien ist mit 43,6 Mrd. Dollar verschuldet. Der IWF hat sich zur Refinanzierung der Darlehen nur unter der Bedingung bereiterklärt, daß Buenos Aires eine strikte Sparpolitik verwirklicht, welche die Realeinkommen der Lohnabhängigen verringern würde.

Klage gegen Fusion

San Francisco (VWD) – Der kalifornische Generalstaatsanwalt hat Klage gegen die Fusion von Texaco und Getty Oil erhoben, soweit dieser Zusammenschluß das Rohölgeschäft von Getty in Kalifornien berührt. Die Klage, die sich auf die Antitrustgesetze des Landes beruft, hat zum Ziel, daß Texaco den bisherigen Rohölproduktionsbereich von Getty abgibt und eine wichtige Pipeline unabhängigen Betreibern überläßt.

Einsprüche vom Tisch

Luxemburg (VWD) – Das Handelsgericht in Luxemburg hat den Verteilungsplan angenommen, der von den zur Zwangsverwaltung der Banco Ambrosiano Holding bestellten Kommissaren ausgearbeitet wurde. Die Gläubiger werden 67 Prozent der ihnen geschuldeten Summen erhalten. Mit dieser Entscheidung sind auch die Einsprüche endgültig vom Tisch, die vor allem einige südamerikanische Banken in letzter Minute gegen das Genfer Abkommen erhoben hatten.

METALLSTREIK

Unter Vorbehalt gezahlte Beiträge werden erstattet

GISELA REINERS, Bonn

Die Träger der Sozialversicherung sind bereit, den Arbeitgebern unter Vorbehalt gezahlte Versicherungsbeiträge zurückzuerstatten, wenn ein endgültiger Gerichtsentscheid feststellt, daß die Bundesanstalt für Arbeit zu Unrecht Kurzarbeitergeld an vom Metall-Streik mittelbar betroffene Betriebe gezahlt hat. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) hatte in einem Rundschreiben ihre Mitglieder aufgefordert, Sozialabgaben nur mit Vorbehalt abzuführen.

Beantragt ein Betrieb Kurzarbeit, zahlt der Arbeitgeber die Beiträge für Renten- und Krankenversicherung seiner Mitarbeiter und bekommt die Hälfte davon aus Nürnberg erstattet. Die Allgemeinen Ortskrankenkassen, die als Einzugsstelle auch für die Rentenbeiträge fungieren, haben diese Gelder bereits weitergeleitet. Die Zuflüsse in ihre Kassen zur Krankenversicherung werden sie zurückzahlen. Es wird jedoch noch mit der Nürnberger Bundesanstalt verhandelt, ob innerhalb der Sozialversicherungsträger nicht auf eine Rückzahlung an Nürnberg verzichtet werden kann. Das würde vor allem die mit nur knappen Mitteln versehenen Ortskrankenkassen und die Rentenversicherung entlasten.

Die Bundesanstalt ihrerseits zahlte nach mehreren Gerichtsentscheiden auf Antrag der IG Metall das Kurzarbeitergeld nur „unter Vorbehalt". Eine endgültige Klärung kann noch Jahre dauern. Unter Umständen müßten die Empfänger des Kurzarbeitergeldes dieses zurückzahlen. Das dürfte einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursachen und zu einer Prozeßlawine führen.

EG / Lebensbedingungen haben sich in allen Ländern der Gemeinschaft verbessert

Wohlstandsgefälle kaum verändert

GISELA REINERS, Bonn

An der Spitze des Lebensstandards in der Europäischen Gemeinschaft (EG) liegt Luxemburg, gefolgt von der Bundesrepublik Deutschland. Die Schlußlichter bilden Irland und Griechenland. Aus der Regionalstatistik der EG läßt sich ablesen, daß sich an diesem Gefälle seit 1957 nicht viel geändert hat.

Bei Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde als Ziel genannt, die starken regionalen Unterschiede im Lebensstandard auf möglichst hohem Niveau einander anzunähern. Zwar haben sich die Lebensbedingungen seitdem überall verbessert, doch wurde der Gegensatz von 5:1 zwischen reich und arm nicht abgebaut. So weist die Provinz Groningen im Norden der Niederlande einen Lebensstandard von 206 Punkten aus, die Republik Irland dagegen nur einen Durchschnittswert von 63. Thrakien, Provinz im Osten Griechenlands, dem jüngsten EG-Mitglied, bringt es sogar nur auf 39 Punkte.

Den europäischen Mittelwert von 100 Punkten erreicht der deutsche Regierungsbezirk Oberfranken. Die Basis für die Berechnung der Unterschiede im Lebensstandard zwischen den europäischen Regionen ist das Bruttoinlandsprodukt von 1980 pro Kopf der Bevölkerung. Um den Unterschieden des Preisniveaus Rechnung zu tragen, wird mit Kaufkraftparitäten gerechnet. Ein Kaufkraftstandard (Punkt) entspricht dabei 2,74 Mark oder 6,05 französischen Franc.

Lag Luxemburg 1980 mit 117 Punkten an der Spitze, so folgt die Bundesrepublik mit 114. Hamburg mit seiner Hafenwirtschaft nimmt mit 193 Punkten die deutsche Spitzenstellung ein, aber rund 60 Kilometer weiter weist Lüneburg mit 78 Punkten den niedrigsten Wert aus. Dänemark und Frankreich liegen mit 111 und 110 Punkten auf dem dritten und vierten Platz. In Frankreich reicht die Spanne von 156 Punkten im Ballungsraum Paris bis 85 im Roussillon. Belgien hat einen Durchschnitt von 106 Punkten, erreicht aber in Brüssel 170 und im südbelgischen Luxembourg nur 80 Punkte.

Die Niederlande liegen mit Belgien und 106 Punkten im Schnitt gleichauf. Da aber laut EG-Bericht alle Erdgaslieferungen über Groningen abgerechnet werden, treibt der Wert von 206 Punkten den Durchschnitt hoch. – Großbritannien liegt unter dem EG-Durchschnitt mit 93 Punkten, nur Londons Großraum bringt es auf 103, Nordirland nur auf 62. Italien, auf Platz acht, weist 88 Punkte auf, aber die norditalienische Industrieregion 115, das südliche Kalabrien nur 52. 56 Punkte kennzeichnen Griechenlands Durchschnitt. Nur der Umkreis von Athen bringt es auf 67.

VERBRAUCH

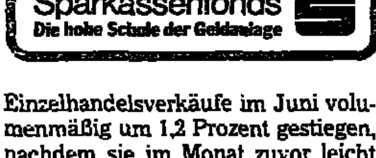
Die Briten geben weiterhin viel aus

fu. **London**

Die Konsumausgaben in Großbritannien brechen im Juni überraschend wieder Rekorde. Allgemein war erwartet worden, daß sich der Einzelhandelsboom, der im wesentlichen den Konjunktur-Aufschwung in Großbritannien getragen hat, im Verlauf der Sommermonate abschwächen würde. Davon konnte jedoch keine Rede sein.

Angaben des *Ministeriums* für Handel und Industrie zufolge sind die Einzelhandelsverkäufe im Juni volumenmäßig um 1,2 Prozent gestiegen, nachdem sie im Monat zuvor leicht gefallen waren. Dieser deutlich höher als erwartete Anstieg sowie der Rekordmonat April haben dazu geführt, daß das Volumen der Einzelhandelsverkäufe im zweiten Quartal drei Prozent über dem des ersten liegt. Der Index stieg von 110,7 Punkten im Mai auf 112,0 im Juni, nachdem im April ein Rekordstand von 112,2 erreicht worden war (1980 = 100).

Anzeige



ÖMV-AG: Ergebnis wurde verdoppelt

frei. **Wien**

Ein Minus beim Umsatz um 7 Prozent auf 47 Mrd. Schilling (knapp 7 Mrd. DM) mußte Österreichs umsatzmäßig zweitgrößtes Unternehmen, die ÖMV-AG, 1983 hinnehmen. Das ordentliche Ergebnis verdoppelte sich jedoch auf 1,5 Mrd. Schilling vor Steuern. Damit erhöhte der staatliche Mineralölkonzern auch seine Dividendenleistung auf 12 Prozent des Grundkapitals von 2 Mrd. Schilling.

Als Gründe für die Ertragsverbesserung wurden Strukturanpassungen, die Erschließung neuer Märkte und eine Qualitätsverbesserung der Produkte genannt. Positiv wirkte sich auch aus, daß die beiden noch 1982 schwer defizitären Petrochemie-Tochtergesellschaften wieder Gewinne von 173 Mill. Schilling erwirtschafteten. Vorangegangen war auch eine Übernahme der Beteiligungsanteile der deutschen BASF. Die günstige Entwicklung hält auch 1984 bei sinkendem Mineralölproduktenverbrauch an. So wie im Vorjahr reduziert das Staatsunternehmen weiter den Personalstand von derzeit rund 7 400 Mitarbeitern.

HANDEL / Entwicklungsländer können Einfuhr wichtiger Güter und Vorprodukte nicht beliebig hinausschieben

Bundesrepublik weitet Export in Dritte Welt aus

rtr, **Frankfurt**

Nach einer dreijährigen Stagnation haben die Exporte aus der Bundesrepublik *in die Entwicklungsländer* (ohne Opec) in den ersten fünf Monaten 1984 gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um zehn Prozent zugenommen. Dies könnte vielleicht ein Indiz dafür sein, daß manche Entwicklungsländer die aufgrund der hohen Verschuldung notwendige Import-Drosselung wieder lockern, erklärt die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht Juli.

Unter Einschluß der Dienstleistungen und insbesondere der hohen unentgeltlichen Leistungen – zum Beispiel *staatliche, kirchliche oder private* Entwicklungshilfe – sei die Leistungsbilanz der Bundesrepublik gegenüber diesen Ländern 1983 insgesamt „passiv" gewesen. Allerdings gebe es regionale Unterschiede, schreiben die Experten der Bundesbank.

Die Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres zeige, daß sich durch die Erhöhung der Rohstoffpreise *im Zuge der konjunkturellen* Belebung der Weltwirtschaft in letzter Zeit die Situation in einigen Ländern entspannt habe. Zudem könnten die Entwicklungsländer den Import lebensnotwendiger Güter und wichtiger Vorprodukte trotz Devisenmangels nicht beliebig hinausschieben.

1983 habe sich das deutsche Leistungsbilanzdefizit gegenüber den Entwicklungsländern auf insgesamt 3,8 Mrd. DM gegenüber 4,8 Mrd. DM im Vorjahr verringert. Nach Angaben der Bundesbank entstand es vor allem im Leistungsverkehr mit den mehr export-orientierten asiatischen „Schwellenländern", wo es bei 4,6 Mrd. DM lag, verglichen mit 5,2 Mrd. DM im Jahr 1981. Zudem ist neuerdings der Leistungsaustausch mit den lateinamerikanischen Ländern defizitär, da sich die überwiegend hochverschuldeten Staaten aufgrund des Devisenmangels bei den Importen *zurückhalten mußten, so daß* die deutsche Exportindustrie hier in den vergangenen beiden Jahren Absatzeinbußen hinnehmen mußte.

Wenn die deutsche Leistungsbilanz mit den Entwicklungsländern ein strukturelles Defizit aufweise, so liege dies, abgesehen von den hohen Fehlbeträgen im Dienstleistungs- und Übertragungsbereich, vor allem an dem hohen deutschen Bedarf an Rohstoffen und Genußmitteln (Kaffee, Tee oder Kakao). Anders als die Länder *Lateinamerikas* hätten aber die ostasiatischen Länder, die selbst stark im Export engagiert seien, durchaus Spielraum für größere Importe, obwohl auch sie teils hoch verschuldet wären. Trotz der starken japanischen Konkurrenz, seien von 1981 bis 1983 die deutschen Exporte dorthin dem Wert nach um 25 Prozent auf neun Mrd. DM gestiegen.

Die Bundesrepublik wies Ende 1983 über 100 Mrd. DM Forderungen gegenüber der Dritten Welt (ohne Opec) aus. Zum gleichen Zeitpunkt machten die Gesamtschulden dieser Länder nach Angaben des *Internationalen Währungsfonds etwa 600 Mrd.* Dollar aus. Die Bundesrepublik beteiligte sich also mit 6,5 Prozent an den Gesamtschulden der Entwicklungsstaaten. Hingegen betrug der Anteil an den Ausfuhren der Industrieländer in die Dritte Welt gut acht Prozent. Deutsche Gläubiger seien also unterproportional bei der Auslandsverschuldung der Dritten Welt engagiert, schließt die Bundesbank.

Die Situation in der Zahlungsbilanz hat sich grundlegend verändert: In den Jahren 1976 bis 1979 legten die Entwicklungsländer 6,25 Mrd. DM in der Bundesrepublik an, von 1980 bis 1983 flossen 1,25 Mrd. DM ab.

SÜDLICHES AFRIKA / Aufschwung nicht in Sicht

Dürre schafft große Probleme

rtr, **Harare**

Eines haben die großen, sich sonst stark unterscheidenden Länder im südlichen Schwarzafrika gemeinsam: Für eine Erholung ihrer Wirtschaft scheint es nur wenig Aussichten zu geben. Die Dürre und die weltweite Rezession haben den Lebensstandard der Staaten, von denen einige zu den ärmsten der Welt zählen, weiter gedrückt. DieWeltwirtschaft und das Wetter bestimmen auch in Zukunft die Entwicklung. Die Erholung der meisten Länder hänge von den Preisen für die wichtigsten Rohstoffe ab, die noch keinen Anlaß zur Euphorie böten.

Für die Agrarproduktion und die Versorgung spielt das Wetter nach drei Dürrejahren eine entscheidende Rolle. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat kürzlich erklärt, Angola, Botswana, Lesotho, Moçambique, Sambia und Zimbabwe müßten wegen der Dürre 1984 rund 2,6 Mill. Tonnen Getreide einführen.

In Zimbabwe haben sich hochgesteckte Erwartungen in die Wirtschaftsentwicklung in den vier Jahren seit der Unabhängigkeit trotz der im Vergleich zu seinen schwarzen Nachbarn guten Infrastruktur, der breiteren Exportbais und des soliden Verarbeitungssektors nicht erfüllt. Die Dürre und die weltweite Rezession haben die Wirtschaft erschüttert, das reale Bruttosozialprodukt fiel 1982 um 1,5 und 1983 um 3,5 Prozent. Für 1984 wird von Ökonomen ein Rückgang um drei Prozent vorausgesagt.

Die kritische Wirtschaftslage im Nachbarland Sambia geht größtenteils auf die Abhängigkeit von den Kupferexporten zurück. Die Kupferpreise waren in den letzten Jahren am Weltmarkt stark gesunken. Die Devisenknappheit hat in Sambia den Lebensstandard gedrückt und zu einem Mangel an Ersatzteilen für praktisch alles, von Traktoren bis Brauereiausrüstungen, geführt. Mit Hilfe der Weltbank hat die Regierung kürzlich einen Plan zur Umstrukturierung der ganzen Wirtschaft aufgestellt. Die Basis der Wirtschaft soll verbreitert werden. Es wird damit gerechnet, daß das Land noch in diesem Jahr seine 3,3 Mrd. Dollar Auslandsschulden umschulden muß.

Einen IWF-Kredit von 120 Mill. Dollar brauchte im letzten Jahr auch Malawi, eines der kleinsten und am dichtesten besiedelten Länder der Region. Die sich auf die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen stützende Wirtschaft wurde in den letzten drei Jahren durch die Unterbrechung ihrer traditionellen Transportwege hart getroffen. Wegen der Angriffe von Rebellen auf Eisenbahnlinien im benachbarten Moçambique, durch das Malawi seine Hauptexporte Tabak, Tee, Zucker und Erdnüsse ans Meer transportierte, mußte verstärkt auf den kostspieligen Transport auf der Straße durch Sambia und Zimbabwe nach südafrikanischen Häfen übergewechselt werden.

Einen Lichtblick bietet Botswana. Mit der konjunkturellen Erholung der Industriestaaten machten die Diamanten-Exporte Botswanas 1983 einen Sprung nach oben um fast 50 Prozent auf einen Wert von 370 Mill. Dollar. In Moçambique aber, dem einzigen Küstenland der Region, ist die Wirtschaftslage wegen der Dürre, der Untergrundkämpfe und eines Wirbelsturmes, der im Februar die Anfangsernte 1984 völlig vernichtete, am schlimmsten. Mehr als 5000 Menschen sind in der Nordwest-Provinz Tete nach offiziellen Schätzungen in diesem Jahr verhungert.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Vergleich abgesichert

Bonn (VWD) – Die Gläubigerversammlung hat jetzt den vorgeschlagenen Vergleich bei der Rheinsieg e. G., Bonn, gebilligt. Wie der Vergleichsverwalter Bruno M. Kübler mitteilte, wurde der Vergleich auf der Versammlung sowohl von den Mitgliedern als auch von den übrigen *Gläubigern, die stimmberechtigte* Forderungen von rund 43 Mill. DM hatten, mit weit über 90 Prozent gebilligt. Der Vergleich bietet sämtlichen Gläubigern eine Quote von 70 Prozent, die innerhalb von 18 Monaten ausgeschüttet wird.

Betriebsverlust gemildert

London (fu) – Der staatliche Stahlkonzern British Steel Corporation hat im Geschäftsjahr 1983/84 einen Betriebsverlust von 128 (318) Mill. Pfund (477 *Mill. DM*) hinnehmen müssen. Das Ergebnis ist sogar um sieben Millionen Pfund besser ausgefallen, als in der Planung festgeschrieben war. Der gegenwärtige Ausstand im britischen Steinkohlebergbau, der in die 18. Woche geht, stört allerdings nach Angaben der Geschäftsführung von British Steel die Erwartungen, im laufenden Geschäftsjahr den Break-even-Punkt zu erreichen. Der Umsatz von British Steel stieg um 3,9 Prozent auf 3,35 Mrd. Pfund, nachdem ein höherer Stahlverbrauch in Großbritannien verbunden mit einer Beendigung des Lagerabbaus zu einem Anstieg des Verkaufsvolumens im Inland um vier Prozent führte. Die Exporte nahmen sogar um 16 Prozent zu.

Aufzugsbau erweitert

Stuttgart (nl) – Zwei Monate nach Übernahme des Aufzugsbau der MAN hat die neue Thyssen-MAN Aufzüge GmbH, Neuhausen/Filder, das Aufzug-, Fahrtreppen- und Hebebühnengeschäft der spanischen Firma *Boetticher y Navarro S. A., Madrid*, die rund 500 Mitarbeiter zählt und einen Jahresumsatz von 40 Mill. DM erzielt, übernommen. Nach dieser Übernahme beträgt der Jahresumsatz der Thyssen-Aufzugsgruppe, die weltweit rund 6500 Mitarbeiter beschäftigt, rund 650 Mill. DM.

Steag-Auftrag

Frankfurt (VWD) – Die Steag, Essen, hat der Kraftwerk Union (KWU) den Auftrag zur Lieferung, Montage und Inbetriebsetzung eines 410-MW-Turbosatzes für das Kraftwerk Walsum am Niederrhein erteilt. Das Kraftwerk, das sich besonders gut zur gleichzeitigen Erzeugung von Strom und Wärme eignet, ist für eine elektrische Leistung von 410 Megawatt, eine Fernwärmeleistung von 200 Megawatt und eine Prozeßwärmeleistung von 90 Megawatt ausgelegt. Die Anlage soll Mitte 1988 in Betrieb gehen.

WÄHRUNGSFONDS

Protektionismus *nicht abgebaut*

VWD, **Washington**

Keine Aufhebung von Handelsbarrieren oder eine generelle Lockerung der Restriktionen bei internationalen Zahlungen hat der seit 1983 in Gang befindliche weltweite Wirtschaftsaufschwung gebracht. Dies stellt der *Internationale Währungsfonds (IWF) in* seinem Jahresbericht über Devisenvereinbarungen und Handelsbeschränkungen fest. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Vor dem Hintergrund, daß die Auswirkungen der Rezession auf die Beschäftigung in der Weltwirtschaft unverändert zu spüren seien, habe der Protektionismus *1983 und Anfang 1984 insgesamt* betrachtet weiter zugenommen.

In seinem Bericht verweist der IWF ferner darauf, daß Entwicklungsländer bei ihren Devisenvereinbarungen zunehmend auf flexiblere Systeme umschwenkten, statt wie bisher die eigene Währung an eine einzelne starke Währung zu binden, wie beispielsweise an den US-Dollar oder den französischen Franc. Während der Rezession seien viele Entwicklungsländer dazu übergegangen, ihre *Wechselkurssysteme zu modifizieren* oder so zu betreiben, daß es einer realen Abwertung der eigenen Währung gleichkam, erlärt der IWF. Nominal rund 20 Prozent habe 1983 der durchschnittliche Abwertungssatz in den Entwicklungsländern betragen, die ihre Währungen an den US-Dollar oder einen Währungskorb voll star*ker Währungen gebunden hätten*, ermittelte hierzu der IWF.

Allerdings seien einige Abwertungen weitaus stärker ausgefallen und *hätten von 78 Prozent bei der Wäh*rung von Zaire bis zu 61 Prozent beim bolivianischen Peso gereicht. Wie der IWF weiter feststellt, wenden Entwicklungsländer immer stärker sogenannte „inflation diferentials" an. Diese lösen eine quasi-automatische Anpassung der eigenen Wechselkurse aus.

Mit Auslandsverbindlichkeiten waren 42 der Mitgliedsländer mit Zahlungen über insgesamt mehr als 26 Mrd. Dollar in Verzug; 1982 waren es *38 Staaten mit 23 Mrd. Dollar*, gewesen.

PETER TEMMING / Dividende wird erhöht

Ertragskraft gesteigert

JAN BRECH, *Hamburg*

Die Papierfabrik Peter Temming AG, Glückstadt, die für 1982 zum ersten Mal seit acht Jahren wieder eine Dividende ausgeschüttet hatte, erhöht für 1983 den Satz von fünf auf acht Prozent. Wie es im Geschäftsbericht heißt, sei die Ertragskraft weiter gesteigert worden. Der Jahresüberschuß hat sich mit 0,9 Mill. DM mehr als verdoppelt. Vom Gewinn werden 0,4 Mill. DM der Rücklage zugeführt, der Rest an die Aktionäre ausgezahlt. Im Netto-Ergebnis kommt die im Berichtsjahr erzielte Ertragsverbesserung nur bedingt zum Ausdruck. Wie schon im Vorjahr hat Temming aus dem Brutto-Überschuß sieben Mill. DM für die betriebliche Altersvorsorge zurückgestellt.

Die Hauptversammlung hat neben *der Dividende eine Reihe weiterer* Kapitalmaßnahmen beschlossen. Das aus der Umwandlung einer Wandelschuldverschreibung (2,5 Mill. DM) auf 8,5 Mill. DM gestiegene Kapital wird aus Gesellschaftsmitteln auf 10,6 Mill. DM erhöht. Zugleich ist ein genehmigtes Kapital von fünf Mill. DM geschaffen worden, das bis Mitte 1989 befristet ist. Mehrheitsaktionär bei Temming ist die Firma Steinbeis & *Consorten GmbH, Brannenburg* (Inn). Der mit Steinbeis bestehende Vertrag über eine stille Gesellschaft, über die Steinbeis zur Hälfte am Gewinn oder Verlust der Papierfabrik beteiligt war, ist mit Wirkung zum Jahresbeginn 1984 aufgelöst worden.

Die Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr, *so schreibt der Vorstand*, sei in den beiden Produktionsbereichen unterschiedlich gewesen. Die Papierfabrik habe zwar die Produktion um drei Prozent erhöht und sei noch befriedigend beschäftigt gewesen, doch habe der fortgesetzte Preisverfall das Ergebnis belastet. Ein gutes Betriebsergebnis erreichte dagegen der *exportorientierte Linters-Bereich*, der voll beschäftigt war und von dem hohen Dollarkurs profitierte. Insgesamt erzielte Peter Temming einen fast unveränderten Umsatz von 147 Mill. DM. Der Rohertrag stieg um 10,6 Prozent auf 71 Mill. DM.

Für dieses Jahr erwartet Temming eine weitere Verbesserung des Ergebnisses, zu dem auch die Papierfabrik einen positiven Beitrag leisten dürfte. Zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit hat Temming 1983 überdurchschnittlich hohe Investitionen von 15,6 Mill. DM getätigt.

WELT-Gespräch mit dem Präsidenten des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG

Lob für deutsche Verdienste in Europa

JOACHIM SCHAUFUSS, **Bonn**

Die Bundesrepublik Deutschland hat Europa einen großen Dienst erwiesen, indem sie Frankreich ihre Anti-Inflationsmoral aufdrängte. Dies erklärte der Präsident des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG, François Ceyrac in einem Gespräch mit der WELT. Er hält die *Konvergenz der deutsch-französischen* Wirtschaftspolitik inzwischen für so weit gediehen, daß neue wesentliche Schritte in dem europäischen Einigungswerk vollzogen werden könnten. Der Weg dazu sei von dem EG-Gipfel in Fontainebleau freigelegt worden.

Ceyrac war von Ende 1972 bis Ende *1981 Präsident des französischen Un*ternehmerverbands CNPF, der nationalen Arbeitgeber- wie Industrieorganisation. Die von ihm seinerzeit scharf bekämpfte sozialistische Wirtschaftspolitik hält er heute für so weit geläutert, daß kaum noch ein Unterschied zwischen dem bestünde, was Präsident Mitterrand und was Bun*deskanzler Kohl anstrebten.*

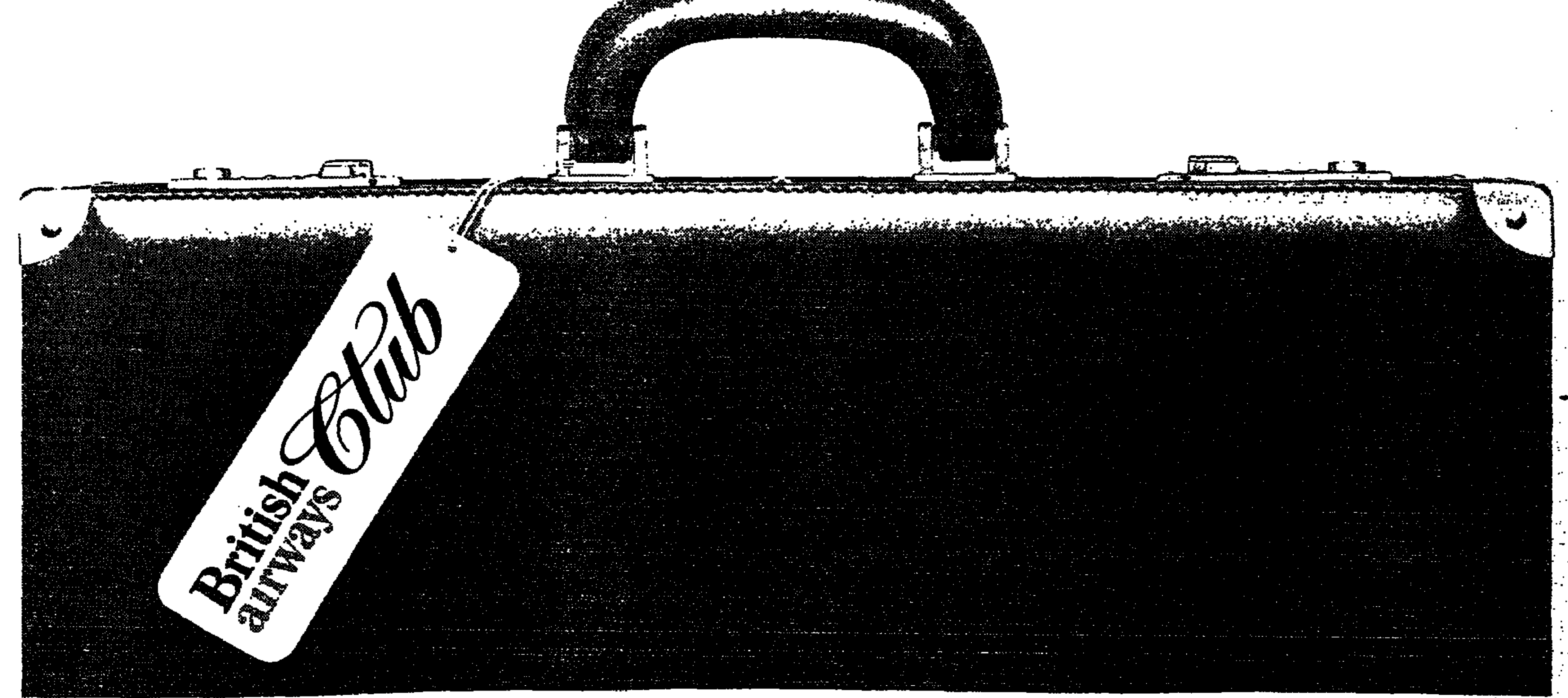
So wichtig die deutsch-franzö*sische Kohärenz sei; zu einem Europa* mit mehreren Geschwindigkeiten dürfe es nicht kommen, meint Ceyrac. Deshalb sei es eine gute Entscheidung gewesen, den zunächst bilateral auf dem letzten deutsch-französischen Wirtschaftsgipfel angestrebten Abbau der Grenzkontrollen in Fontainebleau auf die ganze Gemeinschaft *auszudehnen. Die neuen Freigrenzen* sollten allerdings auf die EG begrenzt bleiben.

Wenn jetzt die öffentliche Meinung erst einmal richtig für den freien Personenverkehr mobilisiert ist, wird sie auch mit Nachdruck den Abbau der Grenzkontrollen im Güterverkehr zwischen den EG-Ländern fordern, *meint Ceyrac. Auch dazu lägen Ver*sprechen der Regierung vor. Aber es bedurfte der Straßenblockade der Lkw-Fahrer, um hier ein Stück voranzukommen. Dabei kosten die Grenzkontrollen den Steuerzahler genausoviel wie die gesamte Restrukturierung der Landwirtschaft.

Zu der Frage, ob auf französischer *Seite nicht die Devisenkontrolle der* Grenzöffnung im Wege stünde, mein*te Ceyrac, daß die Aufhebung dieser* Kontrollen „eine Frage der Zeit" ist. Mitterrand sei Europäer und Frankreich kann sich den Protektionismus nicht mehr leisten. Zu bedenken ist, daß der Wirtschafts- und Sozialausschuß die EG berät, aber nicht entscheidet. Jedoch würden sich seine Mitglieder laut Ceyrac „gegenseitig *verpflichtet fühlen". Große Ambi*tionen dürfe man als Präsident dieses Auschusses natürlich nicht hegen. Aber es gebe doch eine Reihe von Druckmitteln, um den gemeinsam ausgearbeiteten Vorschlägen bei der Kommission und beim Rat der EG zum Durchbruch zu verhelfen.

Ceyrac gibt sich als Realist. Der *Auftrag Europas* ist für ihn nur über die Hürden von Fehlschlägen zu erreichen. Abgesehen davon blockiere nicht nur die britische Budgetfrage die Weiterentwicklung Europas. Schon seit zehn Jahren befände sich der alte Kontinent in der Demobilisierung. Darüber sei die europäische Wirtschaft in zunehmenden Rückstand gegenüber den *USA* und Japan geraten.

Wer sich abhebt, landet früher oder später im British Airways Club.
Jetzt auch im Berlin-Verkehr.



British airways
Die Airline

British Airways Club, die separate Klasse: Mit beschleunigtem Check-in, mehr Freigepäck (30 kg), delikaten Menüs und ausgewählten Getränken nach Wunsch.

TCHIBO / Am Kaffee-Markt hat ein Verfall der Rendite eingesetzt – Weiter Kurzröstung für alle Sorten

Mit der Pfundpackung Anteile zurückgewonnen

JAN BRECH, Hamburg

Die Tchibo Frisch-Röst-Kaffee AG, Hamburg, rechnet für das Geschäftsjahr 1984 mit einem wesentlich schlechteren Betriebsergebnis. Die Ertragslage des Unternehmens, so betont das Vorstandsmitglied Horst Pastuszek, sei einmal durch hohe zusätzliche Aufwendungen aus der Einführung des neuen Röstverfahrens und damit verbundener Absatzeinbrüche belastet, zum anderen durch die allgemeine Wettbewerbssituation am Markt.

Mit der Einführung der veränderten Packungsgrößen und der Herausnahme der 500-Gr.-Packung aus dem Sortiment habe Tchibo einen „Schuß vor den-Bug" bekommen, räumt Pastuszek ein. *In den ersten Monaten sei* es zu spürbaren Absatzeinbrüchen und Marktanteilsverlusten gekommen, wobei Pastuszek zum Ausmaß der Einbußen keine konkreten Angaben macht. Erst nach der Wiedereinführung der Pfund-Packung habe sich die Absatzentwicklung stabilisiert.

Tchibo, das nach wie vor alle Kaffeesorten zwischen 2 und 3 Minuten *kurzröstet*, die „*höhere Ergiebigkeit*" aber nicht mehr als Verkaufsargument verwendet, setzt heute etwa wieder 57 Prozent des Kaffees in der *Pfundpackung* ab. *Rund 17 Prozent* entfallen auf die 200-Gr.-Packung und jeweils 13 Prozent auf die 400- und 600-Gr.-Packung.

Am deutschen Kaffeemarkt, der nach Annahmen von Pastuszek in den ersten 5 Monaten dieses Jahres um rund 5 Prozent zurückgegangen *ist, halte Tchibo inzwischen* wieder deutlich mehr als 20 Prozent Marktanteil und teile sich mit Jacobs erneut die Marktführerschaft. Allerdings liege der Tchibo-Marktanteil nach wie vor 1 bis 2 Prozent unter dem von 1983. Der Abstand zum direkten Filialisten-Wettbewerb Eduscho, der während der Turbulenzen in den ersten Monaten des Jahres nahe Null zusammengeschmolzen war, betrage rund 5 Prozentpunkte, betont Pastuszek.

Der Pulverdampf am Markt ziehe zwar langsam ab, doch sei die Lage nach wie vor labil, erklärt Pastuszek. *Latent bestehe die Gefahr, daß es zu* einem „Crash" komme. Die Röster befänden sich im immer fester werdenden Zangengriff steigender Wareneinstandskosten (vor allem wegen des Dollar) und unzureichender Verkaufserlöse. Da der Wettbewerb unumgängliche Preiskorrekturen nicht zulasse, verfalle zunehmend die Rendite.

Diese Entwicklung habe bereits im *3. Tertial des Jahres 1983* eingesetzt und das Ergebnis belastet. Dank eines am Anfang sehr guten und später normalen Geschäfts in den ersten 8 Monaten 1983 sei das Tchibo-Gesamtergebnis aber noch zufriedenstellend ausgefallen. Die Verdoppelung des Jahresüberschusses von 21,5 auf 43 Mill. DM entspricht allerdings nicht der wahren Ertragsentwicklung. Durch zahlreiche außerordentliche Vorgänge, so vor allem die vor zwei Jahren vorgenommene Teilwertabschreibung von 90 Mill. DM auf die Reemtsma-Beteiligung, über deren Steuerhöhe Anerkennung durch die *Finanzverwaltung noch nicht* entschieden ist, sind Vergleiche nur bedingt möglich.

Die echte Ertragsentwicklung, so Pastuszek, lasse sich eher am Brutto-Cash-flow ablesen, der um 6,1 Prozent auf 144 Mill. DM zurückgegangen ist, und am Gewinn vor Steuern. Er verringerte sich um 7,3 Prozent auf 150 Mill. DM. Das Ergebnis liege vor allem deshalb unter dem des Vorjahres, weil 1982 an Tchibo abgeführte ao. Erträge in Höhe von 16 Mill. DM von dem Kaffee-Einkaufs-Kontor nicht wieder angefallen seien. Das reine Betriebsergebnis habe sich um 12 Prozent verbessert, das Finanzergebnis auf 19,4 Mill. DM verdoppelt. In der Bilanz hält Tchibo mehr als 600 *Mill. DM liquider Mittel* vor, die aber, so Pastuszek, keine Anlage suchten. Auf einem Markt, wo ein Kampf um Leben und Tod immer ausbrechen könne, hätten gesunde Liquidität und eine gute Finanzstruktur höchste Priorität.

Am Markt hat Tchibo 1983 die Positionen in etwa gehalten. Der durchschnittliche Marktanteil ist nach eigenen Angaben um weniger als ein Prozentpunkt gesunken und lag „deutlich" über 20 Prozent. Den Umsatzrückgang von 5,7 Prozent auf 1,926 Mrd. DM ordnet Pastuszek in erster Linie dem Gebrauchsgütergeschäft zu, das etwa 20 Prozent zum Gesamtumsatz beisteuert. Die Einbußen seien im Zuge einer Sortimentsverlagerung zu höherpreisigen Artikeln bewußt in Kauf genommen worden.

Dreiviertel des Umatzes entfielen auf das traditionelle Kaffeegeschäft. Im Mittelpunkt der Aktivitäten habe dabei eine Verbesserung der Sortimentsstruktur gestanden. Die höherpreisigen Sorten hätten ihren Sortimentsanteil um 6 Prozent ausgebaut. Zweistellige Zuwachsraten reklamiert Pastuszek für die Spitzensorte „Beste Bohne" und dem Gesamtmarkt entsprechendes Wachstum für die vom Volumen größte Marke „Feine Milde" und den Schonkaffee „Sana".

Anzeige

Abonnieren Sie Erfolg

Früher mehr zu wissen als andere – das ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln. Die WELT informiert Sie täglich schnell, umfassend, präzise, weltweit. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen Informationsvorsprung.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Beruf: ______
Telefon: ______ Datum: ______
Unterschrift: ______

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ______

INVESTMENT / Renten- und Immobilienfonds gefragt

Geringerer Mittelzufluß

dpa/VWD, Frankfurt

Das Geschäft der deutschen Investment-Gesellschaften hat sich im zweiten Quartal dieses Jahres spürbar abgeschwächt. Nach Mitteilung des Bundesverbands Deutscher Investment-Gesellschaften e. V. (BVI) in Frankfurt flossen den 123 Fonds unter dem Strich 379,5 Mill. DM neue Mittel zu gegenüber 11,5 Milliarden DM ein Jahr zuvor.

Dabei sei jedoch zu berücksichtigen, daß die Ausschüttungstermine von vier Publikumsfonds in den Berichtszeitraum fielen. Wie schon im ersten Quartal waren es die Rentenfonds und die offenen Immobilienfonds, die das Mittelaufkommen positiv gestalteten. Von Januar bis Juni einschließlich betrug der Mittelzufluß 1,53 (2,26) Mrd. DM. Das von der Branche verwaltete Kapital erreichte zum 30. Juni einen Stand von 40,5 (39,8) Mrd. DM.

Das größte Anlegerinteresse galt im Berichtsquartal den 41 Rentenfonds, denen 440,3 Mill. (1. Quartal 1,1 Mrd.) DM zuflossen. Dabei vereinnahmten die im Ausland anlegenden Rentenfonds den überwiegenden Teil. Den 55 Aktienfonds flossen 185,9 (minus 245,9) Mill. DM zurück. Im Jahresverlauf ausgebliebene Kursgewinne, die Befürchtung steigender US-Zinsen und der Metallarbeiter- und Druckerstreik beeinträchtigten das Anlageverhalten. Mittelabflüsse von netto 15,0 (minus 2,7) Mill. DM verbuchten die 19 sowohl in Aktien als auch in Rententiteln anlegenden gemischten Fonds. Eine positive Bilanz ziehen weiterhin die acht offenen Immobilienfonds mit einem Mittelzufluß von *140,1 (328,6) Mill. DM.*

Lehmann will das Kapital aufstocken

VWD, Berlin

Der Hauptversammlung der Lehmann-Werke AG, Berlin, wird eine Kapitalerhöhung im Verhältnis 1 zu 1 zu 75 DM je 50 DM-Aktie vorgeschlagen. Die jungen Aktien sollen von 1985 an gewinnberechtigt sein. Am 28. August soll außerdem ein genehmigtes Kapital beschlossen werden, das die Höhe des alten Grundkapitals von 3,3 Mill. DM aufweisen wird. Damit fließen dem Unternehmen etwa 5 Mill. DM zu. Damit soll die Kooperation mit der Interpane-Gruppe, Lauenförder, die mit 500 Mitarbeitern zuletzt *100 Mill. DM* umsetzte, erweitert werden.

Auch für 1983 erhalten die Aktionä*re keine Dividende, da das Unterneh*men einerseits 1,95 Mill. DM des Aktionärsdarlehens vorfristig zurückgezahlt hat und andererseits Sonderabschreibungen von 1,4 Mill. DM vorgenommen hat. So wird statt eines möglichen Jahresüberschusses ein Jahresfehlbetrag von 0,72 (0,27) Mill. DM ausgewiesen. Der Bilanzverlust erhöhte sich dementsprechend auf 0,99 (0,27) Mill. DM. Der Konzern erzielte *einen Umsatz von 14,24 (13,47) Mill.* DM. Die Ertragslage der Berliner Betriebe sei trotz schwarzer Zahlen im Betriebsergebnis unbefriedigend.

WABCO / Keine Erholung in Sicht

Talfahrt noch ungebremst

D. SCHMIDT, Hannover

Die Wabco Westinghouse Fahrzeugbremsen GmbH, Hannover, deren Stammkapital von 42,5 Mill. DM bei der American Standard Inc., New York, liegt, beurteilt die Geschäfts*aussichten im laufenden Jahr eher* pessimistisch. Nach Angaben der Geschäftsführung ist die sich abzeichnende Geschäftsbelebung zu Beginn des Jahres durch die Entwicklung im zweiten Quartal nachhaltig gestoppt worden. Diese Aussage beziehe sich weniger auf den Streik in der Metallindustrie als vielmehr auf die nach wie vor unbefriedigende Situation in der Nutzfahrzeug-Branche. Mit einer *merklichen Erholung sei im zweiten* Halbjahr nicht mehr zu rechnen.

Bereits 1983 mußte das Unterneh*men, führender Hersteller von Druck*luftbremssystemen, Umsatzeinbußen um 9 Prozent auf 373 (409) Mill. DM hinnehmen. Der starke Produktions- und Absatzrückgang habe es notwendig gemacht, mit 528 Mitarbeitern Abfindungsverträge zu schließen. Ende 1983 beschäftigte Wabco noch 2281 *(2827) Personen.*

Der Umsatzrückgang und eine verringerte Kapazitätsauslastung haben *das Jahresergebnis negativ* beeinflußt, zumal auch bei den in- und ausländischen Tochtergesellschaften Absatzeinbußen wirksam wurden. Der Jahresüberschuß, der 1982 noch bei 17,7 Mill. DM lag, sank im Berichtsjahr auf 11 Mill. DM. Einschließlich des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr wird ein Bilanzgewinn von 12,9 (19,4) Mill. DM ausgewiesen.

Die Investitionen erreichten 9,6 (9,1) Mill. DM; ihnen stehen Abschreibungen von 11,9 (11,5) Mill. DM gegenüber. Der Rückgang im traditio*nellen Bremsengeschäft soll zum* Teil durch die neuen elektronischen Produkte wie Reisebus-Klimaanlagen, Fahrgast-Zählgeräte und das Anti-Blokiersystem kompensiert werden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Darmstadt: Klenk & Co. GmbH; **Delmenhorst:** K. Lorek Verwaltungs- u. Beteiligungs-GmbH; **Duisburg:** Rüdiger Markus, Mülheim (Ruhr); **Hannover:** O S E Ges. f. Organisationsberatung und Software-Entwicklung mbH; **Kassel:** Schnell GmbH i. Gründung; Nachl. d. Rudolf Miersch; **Mainz:** GFA Finanzierungsvermittlungsges. mbH; **Stuttgart:** Mercator Stoff + Mode GmbH, Schönaich; Mercator Handel GmbH, Schönaich; **Traunstein:** Heiss & Ranner OHG, Grabenstätt; **Wuppertal:** Nachl. d. Hermann Josef Hönscheid.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Alsfeld: dumey Geflügelspezialitäten *GmbH, Gemünden/Felda 3.*

Vergleich beantragt: Detmold: Annegret Heißenberg geb. Meier, Kauffrau, Oerlinghausen-Lipperreihe; **Ravensburg:** Renate Plocitza, Inh. d. Frisiersalons Coiffeur René, Aulendorf.

Würth dreht an der Umsatzschraube

nl. Stuttgart

Die Würth-Gruppe, Künzelsau, *Großsortimenter im Bereich der* Montagetechnik, peilt im laufenden Geschäftsjahr 1984 einen Umsatz von gut 900 Mill. DM an. Im ersten Jahresdrittel lag der Umsatz um 19,7 Prozent über dem Vorjahr. Auf der Basis einer intensiven Schulung des Außendienstes (derzeit über 2000 Verkäufer) und ständiger Produkt-Innovation gelang es der Gruppe, ihren Umsatz in 1983 um 15,9 Prozent auf *778 Mill. DM* auszubauen.

Trotz eines unerwarteten Verlustabschlusses bei der Würth-Bau *GmbH & Co. KG habe die ganze* Gruppe ein Rekord-Betriebsergebnis erzielt. Die Eigenkapitalquote hat sich bei der Inlandsgruppe leicht auf *23,2 (24,1)* Prozent ermäßigt. Insgesamt wurden in der Firmengruppe 20,4 Mill. DM investiert und 9,5 Mill. DM abgeschrieben.

Im laufenden Jahr sollen 39 Mill. DM investiert werden. Dabei geht es insbesondere um den Ausbau der Lagerkapazität im Stammhaus. Einschließlich der 20 Auslandsgesellschaften beschäftigt die vorwiegend im Handelssektor tätige Würth-Gruppe knapp 4000 Mitarbeiter (plus 8,4 Prozent).

NAMEN

Maximilian Ardelt, zuletzt Leiter der Hauptabteilung Verarbeitung bei der Klöckner Werke AG, ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Salzgitter AG bestellt worden. Er übernimmt das Vorstandsressort Entwicklung, das von Berlin aus die technischen Aktivitäten des Konzerns koordiniert.

Rolf-Peter Hönen (37), wurde zum ordentlichen Vorstandsmitglied der *Gothaer Lebensversicherung AG und* der Gothaer Allgemeine Versicherung AG bestellt.

Jean Godeaux, Gouverneur der Belgischen Nationalbank, ist mit Wirkung vom 1. Januar 85 zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats und Präsidenten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von Dr. **Fritz Leutwiler** an.

A&P / Tengelmann-Beteiligung in USA hat Roßkur zur Sanierung überstanden

Aufschwung kam früher als erwartet

HANNA GIESKES, Bonn

„Wir sind mehr als zufrieden." Erivan Haub, alleiniger Geschäftsführender Gesellschafter der Mühlheimer Tengelmann-Gruppe, die 1979 mit einem Anteil von 50,7 Prozent beim US-Lebensmittelfilialisten „The Great Atlantic and Pacific Tea Company" (A&P) eingestiegen war, hat es „früher als erwartet" geschafft, den während der siebziger Jahre verlustreich vor sich hindümpelden Handelsriesen wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Während der *Hauptversammlung in Washington* schloß A&P-Präsident James Wood sogar die Zahlung einer Dividende im nächsten Jahr nicht mehr aus. Haub allerdings möchte wohl lieber darauf verzichten, „denn die Stärkung der Reserven hat Vorrang".

Gleichwohl hatten die Aktionäre zum 125. Geburtstag von A&P Grund zur Freude: Neun aufeinanderfolgende Quartale seien mit Gewinn abgeschlossen worden, berichtete Wood; im Geschäftsjahr 1983/84 (25. 2.) stieg der Gewinn um 52,2 Prozent auf 47,5 Mill. Dollar. Der Umsatz erhöhte sich *von 4,6 auf 5,2 Mrd. Dollar; damit* steht A&P an sechster Stelle in der Rangliste der großen amerikanischen Lebensmittel-Filialisten.

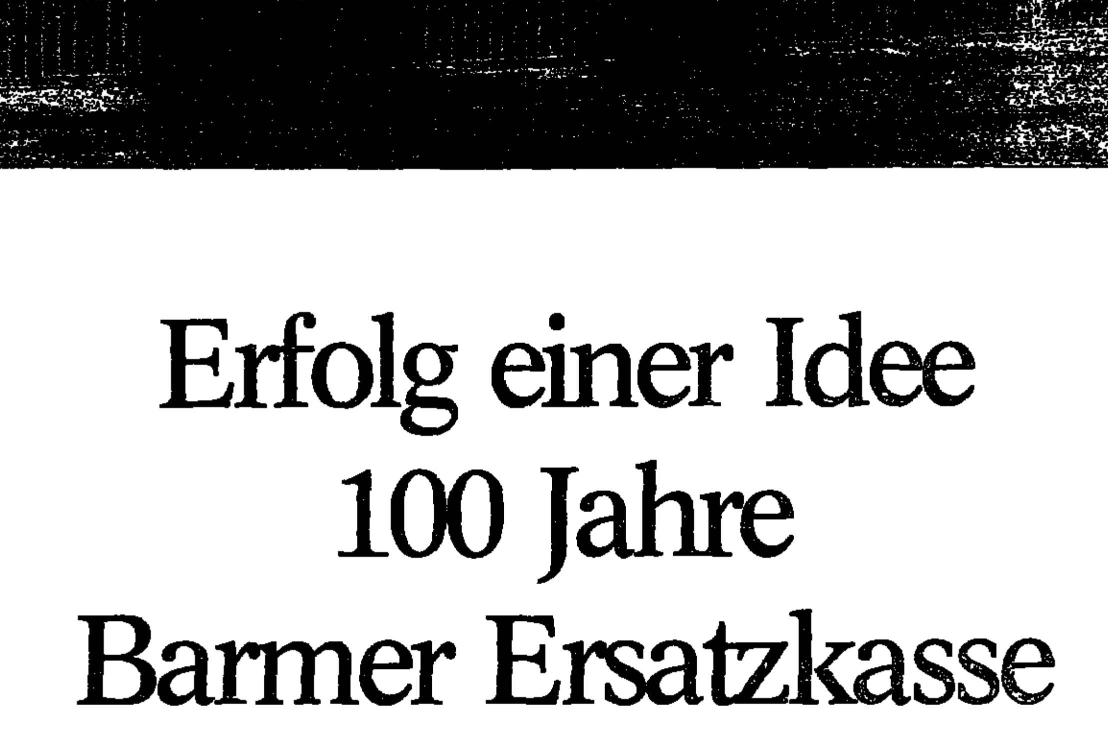
Während der ersten drei Monate des neuen Geschäftsjahres habe sich der Aufschwung noch beschleunigt, teilte Wood weiter mit: Der Umsatz stieg um 14 Prozent auf 1,72 Mrd. Dollar, das Ergebnis verbesserte sich um über 20 Prozent. James Wood, den Erivan Haub zwecks Sanierung des angeschlagenen Riesen von der Konkurrenz weg engagiert hatte, hält ein jährliches Wachstum von fünf Prozent für realistisch, „und im übrigen werde A&P überall dort hingehen, wo es Leute gibt, die Geld für Nahrungsmittel ausgeben".

Die wiedergewonnene Wachstumskraft dokumentierte sich bereits 1983 im Erwerb des Lebensmittelfilialisten „Kohl's Food Stores" mit 75 Läden in Milwaukee. Und während der Hauptversammlung verkündete *Wood die Übernahme von 14 Eagle-*Supermärkten vom Filialisten Lukky-Stores in Wisconsin. Finanziellen Rückhalt für diese und möglicherweise folgende Aktivitäten bietet unter anderem die Zurückführung des bisherigen, aufgrund von Personalabbau und Zinssteigerungen überdotierten Pensionsfonds auf wieder angemessene Dimensionen im Mai dieses Jahres; daraus fließen rund 275 Mill. Dollar in die Kassen von A&P.

Expansions-Ehrgeiz außerhalb des Lebensmittelhandels haben Haub und das A&P-Management nicht; sie *schließen indes nicht aus, daß man* auch auf anderen Kontinenten Fuß fassen könne – etwa in Australien, Südafrika oder in Großbritannien. *Auch mit seiner Tengelmann-Gruppe* dürfte Ervian Haub demnächst vor der Frage stehen, in welche Richtung er wachsen soll: Als er damals für 130 Mill. Dollar die Mehrheit an der sanierungsreifen A&P zu einem Mischkurs von sieben Dollar pro Aktie erwarb – inzwischen notiert sie bei 15⅝ Dollar – wurde derselbe Betrag zur Risikovorsorge in die deutsche Bilanz eingestellt. Nach gelungener Sanierung muß diese Rücklage jetzt aufgelöst werden – wohin damit? Wachstum gerade im Lebensmittelhandel stößt hierzulande sehr schnell an die Grenzen des Kartellrechts, und Haub beklagt, „daß die amerikanischen Kartellbehörden wesentlich hilfreicher sind als die deutschen".

Die Gesundung von A&P hat in den letzten Jahren rund 300 Mill. Dol*lar gekostet und konnte nur mit Hilfe* einer drastischen Abmagerungskur betrieben werden. Rund 14 000 Mitarbeiter wurden freigesetzt – zur Zeit beschäftigt A&P etwa 40 000 – und die Zahl der Läden schrumpfte um mehr als 500 auf etwa 1000. Was übrig blieb, sind moderne Supermärkte mit Verkaufsflächen zwischen 2000 und 3000 Quadratmetern und einem hohen Anteil an Frischwaren. Zur Sanierung trug auch ein intelligentes Mitarbeiter-Beteiligungs-Programm bei, das nicht nur die Personalkosten bei vertretbaren zehn Prozent vom Umsatz hält, sondern überdies freundliche Bedienung garantiert.

So war es denn verständlich, daß A&P nach überstandener Roßkur ihren 125. Geburtstag mit einem großen Fest für Aktionäre und die erfolgreichsten Filialleiter beging. Auch dies hierzulande kaum vorstellbar: *Alle zeigten sich glücklich und zufrieden über den Erfolg „ihrer Company".*



Erfolg einer Idee
100 Jahre
Barmer Ersatzkasse

Erfolgsrechnung 1983	
Aufwendungen	DM
Versicherungsleistungen	11 539 927 852,01
Verwaltungskosten (einschl. „Schadenbearbeitungskosten" usw.)	721 764 524,45
Sonstige Aufwendungen	3 860 437,21
Überschuß der Erträge	547 048 462,39
	12 812 601 276,06
Erträge	DM
Beiträge	12 283 727 898,52
Vermögenserträge	119 313 433,67
Ersatzansprüche aus Leistungen und Verwaltungskosten	407 192 440,62
Sonstige Einnahmen	2 367 503,25
	12 812 601 276,06

Ausgewählte Leistungspositionen 1983	DM
Ärztliche Behandlung	2 433 113 632,63
Zahnärztliche Behandlung einschließlich Zahnersatz und Kieferorthopädie	1 901 530 906,98
Krankenhaus	3 077 858 813,18
Arzneien	1 656 171 435,12
Krankengeld	598 194 773,17
Mutterschaftshilfe	569 518 343,50
darin:	
Barleistungen an Mütter	170 545 769,48
Mutterschaftsurlaubsgeld	182 387 914,97
Sonstige Hilfen (Schwangerschaftsberatung und -abbruch)	46 524 588,64
Früherkennung	82 478 671,40
Defizit Krankenversicherung der Rentner	2 738 912 791,68

Die Beiträge aus Renten und Versorgungsbezügen deckten 1983 28,3 Prozent der Leistungsausgaben für Rentner (1976: 55,4 Prozent; vor „Kostendämpfungsgesetz" 1977)

Vermögensrechnung zum 31. Dezember 1983	
Aktiva	DM
Sofort verfügbare Zahlungsmittel	1 005 939 532,69
Kurz- und mittelfristige Geldanlagen	62 496 217,24
Forderungen	755 373 442,34
Langfristige Anlagen	1 642 425 853,60
Verwaltungsvermögen	109 977 790,76
Sonstige Aktiva	1 162 735,92
	3 577 375 572,55
Passiva	DM
Noch nicht abgeführte Fremdbeiträge	217 390 932,73
Verpflichtungen aus Versicherungsleistungen	1 588 339 585,06
Sonstige Verpflichtungen	22 122 474,97
Rückstellungen	52 043 618,29
Sonstige Passiva	13 483 115,68
Überschuß der Aktiva am 31. Dezember 1983*	
Rücklage	754 350 000,00
Betriebsmittel	656 217 179,02
Verwaltungsvermögen	109 977 790,76
Rücklagen für Verwaltungsvermögen	163 450 876,04
	3 577 375 572,55

*) Der Überschuß der Aktiva entspricht einem Betrag von DM 376,72 pro Mitglied.

Versicherungsleistungen:
93,94% der Beitragseinnahmen
Gesamt-Beitragseinzug:
24,69 Milliarden DM

rund 4,5 Millionen Mitglieder
über 6,4 Millionen Versicherte
fast 1200 Geschäftsstellen
12 465 Mitarbeiter

Wuppertal-Barmen, den 10. April 1984

Der Vorstand:
Hans Neusigl, Grünwald, Vorsitzender
Wolfgang Thom, Dortmund, stellv. Vorsitzender
Hans Abendroth, Schwaig
Günther Bartnicki, Hamburg
Willy Großbröhmer, Essen
Karl Kaula, Hamburg
Dr. Heinz Lehner, München
Günter Lukaschek, Berlin
Dr. Bodo Scharf, Düsseldorf
Annemarie Schubert, Hattersheim
Joachim Spangenberg, Frankfurt/M.
Friedel Wachendörfer, Düsseldorf
Willy Wassenberg, Detmold
Maria Weber, Essen
Rudolf Winckler, Bielefeld

Die Geschäftsführung:
Heinz Reistenbach, Wuppertal, Vorsitzender
Dieter Kuemmel, Wuppertal
Norbert Wagner, Wuppertal

Nach dem abschließenden Ergebnis ihrer Prüfung hat die Vertreterversammlung am 26. Juni 1984 in Heilbronn die Jahresrechnung 1983 gebilligt und dem Vorstand und der Geschäftsführung die Entlastung erteilt.

Die Vertreterversammlung:
Viktor Fisch, Aachen, Vorsitzender

Aktien blieben im Sommerloch

Mühsame Wiederbelebungsversuche bei Conti-Gummi

DW. – Auf dem Aktienmarkt hielt der Käuferstreik auch am Dienstag an. Die Kurse gaben *überwiegend bei kleinem Angebot nach.* Gelegentliche Versuche des Berufshandels, das Geschäft durch Meinungskäufe zu beleben, blieben weitgehend erfolglos. Immerhin konnten aber durch solche Aktivitäten in einigen Papieren die anfangs eingetretenen Verluste verringert werden. *Der Berufshandel hofft, daß* das Geschäft nach Abschluß der Sommerferien wieder lebhafter werden und sich dann auch die Stimmung wieder bessern wird.

In ihren Erwartungen stützt sich die Börsenkulisse auf eine Prognose der Bundesbank, die für die zweite Jahreshälfte ein lebhafteres Wirtschaftswachstum für wahrscheinlich hält. Einen Ausgleich für die streikbedingten Verluste in der Autoindustrie dürfte es jedoch nicht bringen. Deshalb liegen die Autowerte weiterhin unter leichtem Druck. Der Versuch eines Informationsdienstes, das Interesse seiner Leser für Conti-Gummi-Aktien zu wecken, schlug sich zwar in lebhafteren Umsätzen aber noch nicht in einer fühlbaren Kursbesserung nieder. Die Mißstimmung über die eingeführte Stimmrechtsbeschränkung ist noch längst nicht überwunden.

Düsseldorf: Ascag erhöhten um 15 DM auf 330 DM und AEG Kabel Rheydt um 4 DM auf 249 DM. DAT, Gildemeister und Heinrich stockten um um 4 DM auf. Schiess verbesserten sich um 3 DM. Nachgegeben haben Bilfinger um 6.50 DM und Kochs Adler um 4 DM. Bei den Versicherungen verminderten Aachen Münchner Bet. um 12 DM und *Allianz Leben um 40 DM.*

Frankfurt: ADT AG stiegen von 105.10 DM auf 109,50 DM. BHF Bank gaben um 5 DM nach und Chemieverwaltung stockten um 7 DM auf. Hartmann und Braun Vorzüge erhöhten sich um 8 DM und MAN Roland verloren 7 DM. Metallgesellschaft verminderten um 7.50 DM und Stempel erhöhten sich von 136.20 DM auf 142 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi gaben um 2 DM auf 111,50 DM nach. HEW wurden mit 82 DM, NWK-Vorz. mit 166 DM und NWK-St. mit 188,50 DM gehandelt. Beiersdorf gaben um 2,50 DM nach. Etwas erholt lagen Reichelt mit 104 DM, sowie Holsten Brauerei mit 260 DM. Vereins- und Westbank gingen zu 287 DM aus dem Markt.

München: Etienne Aigner verloren 2 DM und Augsburger Spinne 3 DM. Dywidag gaben um 3 DM auf *172 DM nach und Gebe AG um 3* DM auf 270 DM. Erhöhen konnten Energie Oberbayern um 10 DM und Flachglas um 2 DM. Grünzweig stockten um 2 DM auf 122 DM auf und NAK Stoffe um 2 DM auf 79,90 DM. Wanderer verloren 10 DM auf 320 DM.

Berlin: Tempelhofer Geld wurden um 15 DM höher taxiert, Orenstein erholten sich um 3 DM, Herlitz Vz. und Rheinmetall um je 1,50 DM. Berthold büßten 5 DM und Schering 1 DM ein.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex: 138,2 (139,6)
WELT-Umsatzindex: 1610 (2120)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

[illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 17. 7. 84: 744 Optionen = 38 650 (31 200) Aktien, davon 131 Verkaufsoptionen: = 7250 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-95/4, 10-100/2, 1-100/5, 4-110/3,5, BASF 10-150/7,9, 10-160/4,4, 1-160/6, 1-170/4, 4-160/9,1, 4-170/4,5, Bayer 10-160/5, 1-150/13, 1-160/8,4, 1-170/5, 1-180/3,9, 4-160/13, 4-170/7,9, 4-180/4,6, BMW 10-380/12, *10-390/4,4, Commerzbank 10-150/6,4,* 10-160/2,7, 1-150/9, 1-160/5, 1-170/2,4, 4-160/8,5, 4-170/4,5, Conti 10-110/6, 10-120/3,5, 1-110/10,4, 1-120/5,6, 1-130/2,8, 4-110/13,3, 4-120/6,5, Daimler 10-560/6, 10-560/6,1, 1-580/7,5, 4-580/20, Dt. Babcock St. 10-150/4, 1-150/8, Deutsche Bank 10-330/10, 1-340/19,8, 1-350/14, 1-360/8, 4-330/30, 4-360/13, *Degussa 10-360/11,4, Dresdner Bank 10-150/5,* 1-150/10, 1-160/5,4, 1-170/2,9, Hoechst 10-160/7, 10-170/2,7, 1-160/11, 1-170/6,5, 4-160/15, 4-170/9, Hosch 10-100/5, 10-110/2,9, 10-120/1,4, 1-100/8,1, 1-110/4,8, 1-120/2,9, 4-110/7,3, 4-120/4,15-4,4, KHD 10-230/3,9, 1-240/7,4, Klöckner 10-50/7, 10-55/3,45, 10-60/1,8, 1-55/5,5, 1-60/3, Lufthansa St. 10-140/8, 1-140/9, 1-150/5,4, *Mannesmann* 10-140/4, 10-150/2, 1-140/6, 1-150/3,9, 4-140/10,5, 4-150/5, RWE St. 10-160/5,5, Kali + Salz 10-220/6,4, Siemens 10-400/3,4, 10-410/2, 1-380/20, 1-390/15, 1-400/10, 1-410/7, 4-410/10,4, 4-420/8, Thyssen 10-70/6,5, 10-75/3, 10-80/1,9, 1-75/5,1, 1-80/3,9, 1-85/2,2, Veba 10-170/3, 1-170/6, VW *10-170/11,8, 10-190/4, 10-200/3, 10-210/2,* 1-170/17, 1-180/12, 1-190/8, 1-200/4,9, 4-180/17, 4-190/11, 4-200/8, Alcan 1-80/3,8, Chrysler 10-65/10,3, 10-70/7, 10-75/4, 1-75/6,7, *1-80/3,5, General Motors 10-180/12,85,* IBM *1-320/12,* Philips 10-40/70, 1-40/4, 1-45/2, 4-45/3. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-85/1,6, 10-90/2,7, 10-95/5,6, 1-90/4,5, 1-100/11, 4-90/6,5, BASF 1-150/5, Bayer 4-150/4,6, BMW 10-360/8,4, 1-360/13,9, 4-370/22, Commerzbank 4-150/8, Conti 10-120/9,9, Daimler 10-520/10,2, 1-530/18, Deutsche Bank 10-360/37, Dresdner Bank 1-150/6,4, 4-150/8, Hoechst 1-150/2,9, Hoesch 10-95/2,5, 10-100/5, Klöckner 10-55/3, Lufthansa St. 10-140/5, Mercedes 10-130/3, Kali + Salz 1-200/4,1, Siemens 10-360/4, 10-380/9, 1-370/10,5, Thyssen 10-70/2,1, 10-75/5, Veba 10-160/2, 1-160/4, 4-160/5,1, VW 1-170/6, Chrysler 1-75/6, 1-80/9,4, IBM 10-280/5,7, 10-290/4,2, 1-280/5,7, Litton 10-290/6, 1-300/10, Philips 10-40/1,5. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.7, 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 17. 7.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11½–11¾	5⅞–5⅝	4¹⁄₂–4¾
3 Monate	12 –12¼	5¾–6	4¾–5
6 Monate	12½–12¾	6⅛–6⅜	4¾–5
12 Monate	13⅛–13⅜	6⅝–6⅞	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financiere Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 17. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1505,00	1863,90
*10 US-Dollar (Indian)***)	1245,00	1503,35
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	224,00	278,16
1 £ Sovereign Elizabeth II.	229,00	283,86
20 belgische Franken	177,00	229,14
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,38
2 südafrikanische Rand	225,00	278,16
Krüger Rand, neu	1010,00	1191,30
Maple Leaf	1010,00	1191,30
Platin Noble Man	1012,00	1193,58
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	248,00	310,08
20 schweiz. Franken „Vreneli"	180,00	229,14
20 franz. Franken „Napoléon"	179,00	228,00
100 österr. Kronen (Neuprägung)	929,00	1122,90
20 österr. Kronen (Neuprägung)	186,00	234,84
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	432,00	542,64
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

[illegible]

Devisen

Henry Kaufmans Prognosen über weiter steigende Dollar-Zinsen brachten den Dollar am 17. 7. in Europa auf Höchstkurse von 2,8435. Ohne Eingreifen der Deutschen Bundesbank wurde der amtliche Mittelkurs mit 2,8420 festgestellt. Durchweg konnten sich alle anderen amtlich notierten Währungen gegen D-Mark behaupten. So hatte der Kanadische Dollar einen Kursgewinn von 0,6 Prozent auf 2,1384 und die Schwedische Krone ein Plus von 0,4 Prozent auf 34,275 zu verzeichnen. Am ausgeprägtesten legte das Britische Pfund zu, das sich trotz der völligen Isolierung der Britischen Insel vom Festland durch die Streiks der Dockarbeiter in Dover um 3,5 Pfennige verbessern konnte. Dollar in: Amsterdam 3,2080; Brüssel 57,575; Paris 8,7215; Mailand 1747,40; Wien 1993,50; Zürich 2,4028; Ir. Pfund/DM 3,063; Pfund/Dollar 1,3248; Pfund/DM 3,765.

Ostmarkkurs am 17. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Auf Grund befestigter Dollar-Eurosätze notierten die Abschläge am 17. Juli für Dollar gegen D-Mark per Termin erweitert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,55/1,45	4,45/4,35	8,98/8,75
Pfund/Dollar	0,06/0,03	0,03/0,06	0,58/0,54
Pfund/DM	2,80/1,40	6,40/5,00	10,70/9,30
FF/DM	25/9	69/53	118/102

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17. 7.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,80–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 17. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 17. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,96). **Finanzierungsschätze** des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

Zitterpartie bei den Renten

Die Prognose des US-Zinsgurus Kaufmann, wonach der Zins in den USA seinen Höhepunkt immer noch nicht erreicht hat, führte nicht nur bei den US-Bonds zu einer erneuten Verunsicherung, gleichzeitig kam es auch am deutschen Rentenmarkt zu leicht schwankenden Notierungen, zumal der Dollar erneut nach oben strebte. Öffentliche Anleihen schwankten bei kleinen Umsätzen um 0,10 Prozentpunkte. Die am Vortag in den Börsenhandel eingeführten Bundesobligationen Serie 47 fielen um 0,06 auf 99,25 Prozent zurück. Weiterhin sehr ruhiges Geschäft bei den Pfandbriefen.

	17. 7.	16. 7.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	92,5bG	92,5bG
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	95,5T	95,5T
7 dgl. Pf 3	95,25G	95,25G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	130G	128G
6 dgl. Pf 34	74G	74bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G

	17. 7.	16. 7.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,3G	90,3G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	–	–
6 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	100,8G	100,8G
4 dgl. KO 5	103G	102G
H 6 Hyp l.Hbg. Pf 96	81,75	81,75
6½ dgl. Pf 80	90,5	90,5

	17. 7.	16. 7.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117G	117G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	99,95bG	99,95G
D 8 WestLB Pf 350	100,75G	100,75bG
6¾ dgl. Pf 433	97,55G	97,55G
9½ dgl. Pf 1007	105,65G	105,65G
8 dgl. Pf 1015	99,05G	99,05G
7 dgl. KO 556	99,9G	99,9bG
6¼ dgl. KS 420	96,2G	96,2G
9½ dgl. KO 1301	104,5G	104,5G

Bankschuldverschreib.

	17. 7.	16. 7.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5G	82,5G
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25G
F 7½ Bakola Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl. Pf 106	103,05G	103,05G
10 dgl. Pf 108	107,55G	107,55G
7 dgl. KS 132	95,7G	95,7G
8 dgl. KS 155	99,4G	99,4G
9 dgl. KS 189	102,15G	102,15G

Bundesbahn

		17. 7.	16. 7.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,2	100,2
8½ dgl. 75	9/84	100,25	100,25
8 dgl. 78	11/84	99,95	99,95

(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

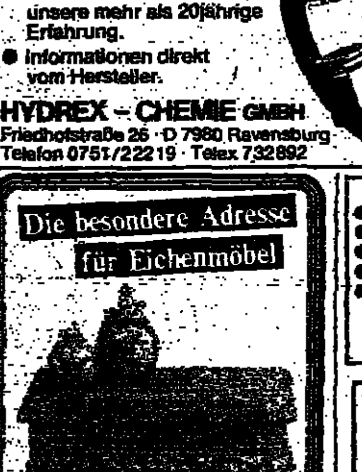
Ausländische Aktien in DM

	17. 7.	16. 7.
D Fisons	8,8T	8,4T
M Fluor	48,7	47,8
D Ford	106	104
F Fujitsu	14,1	14,3
F Olympus Optical	10G	10G
H v. Ommeren	23,2	23,5
F Omron Tateisi	22,5G	23
F Pacific Telesis	161,5	159,5
M Western Mining	7,2	7,2bG
M Westinghouse El	59,8	60,2
F Westl.-Utrecht H	70	71
D Xerox Corp	104	103



Flachdach – Werkhalle – Garage – Keller undicht?
Langzeitsanierung mit der patentierten AQUEX-FLÜSSIGFOLIE (R).
- Einfach aufstreichen, -rollen, -spritzen. Haftet auch auf feuchtem Untergrund, hochelastisch, wasserdicht, jedoch dampfdurchlässig, wetterbeständig, völlig nahtlos, vollflächig haftend.
- Ihre Sicherheit durch unsere mehr als 20jährige Erfahrung.
- Informationen direkt vom Hersteller.

HYDREX – CHEMIE GMBH
Friedhofstraße 26 · D 7980 Ravensburg
Telefon 0751/22219 · Telex 732892



Unsere Ausstellung mit antiken und neuen Eichenmöbeln ist auch sonntags von 14-18 Uhr geöffnet (keine Beratung, kein Verkauf)
Eichenmöbel Wilmsen
4400 Münster-Amelsbüren
Gewerbegebiet Mühlenfeld
Schadowstr., 02501/58088

Gebraucht-Computer
- An- und Verkauf
- Beratung kostenlos
- Angebote unverbindlich
- Ersatzteile sehr preisgünstig
- Alt-/Schrott-Computer zur Ersatzteilgewinnung laufend gesucht.

LABIB GMBH, Tel.: 0 57 41 / 80 10
Postf. 12 40, 4990 Lübbecke 1

Viele könnten Kieselgur auch so verwenden und 50% sparen. Beste weiße Qualität 90% Sio² feucht und grob wie Sand ungeglüht.
Kieselgur Tonne 190 DM
Muster nur bei 0 71 21/4 34 13

Kurierdienst
(nur durch sicherheitsüberprüfte Personen).
Tel. 0 40 / 59 21 82, Telex 17 402 138





Billig-Flüge weltweit
0 61 03/6 30 31
0 61 03/6 80 30
Tx. 4 185 363

FERNSCHREIBER, neu u. gebr., mech. u. elektr., An- u. Verkauf. EUROSIGNAL, neu u. gebr. An- u. Verkauf. Wir nehmen Ihre alten Geräte in Zahlung. Fa. Dahlem, Pf. 12 53, 6670 St. Ingbert, Tel. 0 68 94 / 5 11 97, Tx. 4 429 436.

T. A. Handelskontor bietet an: SONDERPOSTEN KLIMA-GERÄTE
Fabrikneue Hochleistungs-Klimageräte für den Wand- und Fenstereinbau. Deutsches Markenfabrikat. Weit unter Herstellerpreis zu verkaufen.
T. A. Handelskontor
Gr. Bockenheimer Str. 35a
6000 Frankfurt/M 1
Telefon 06 11 / 28 37 55
Telex 4 11 616 arcto d

Anrufbeantworter
mit Fernabfrage o. FTZ
Funktelefone
300 mtr. bis 20 Kilometer liefert nur für den Export
S. FÜGL, Industrievertretungen
THERESIENSTR. 128
8000 MÜNCHEN
Tel. 0 89 / 52 15 21, 2 72 00 39

Orig. franz. Champagner
versch. Marken wie: Moet Chandon – Veuve Cliquot – Pommery – Laurent Perier – Brut u. Demi Sec – DOM Perignon – Roederer Cristal – Cognac – Russ. Krim Sekt – DON Sekt, rot u. weiß – Whisky – zu unschlagbaren Sonderpreisen – Frei Haus – zu verkaufen. Angebot verlangen.
Jos. Fischer, Wein u. Spirituosen Spez.
Wilh.-Bonn Str. 12/6242 Kronberg/Ts.
Tel. 0 61 73 - 73 18

Restposten von 10 000 Video-Cassetten
VHS E-180 DM 10,50, E-120 DM 10,00, Beta L-750 DM 10,50, L-500 DM 10,00 + 14% MwSt. ab Lager, wegen Räumung in 96er Einheiten abzugeben.
Anfragen u. H 7830 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Aktion Saubere Landschaft e. V.
Godesberger Straße 17, 5300 Bonn



Didier-Werke Aktiengesellschaft Wiesbaden

Wertpapier-Kenn-Nummer 553 700

Auszahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 1983

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 13. Juli 1984 hat für das Geschäftsjahr 1983 je gewinnberechtigte Aktie im Nennwert von DM 50,– die Ausschüttung einer Dividende von DM 6,– zuzüglich eines Bonus von DM 1,50 beschlossen. Auszahlung erfolgt über die im Bundesanzeiger Nr. 130 vom 14. Juli 1984 genannten Zahlstellen gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 44.

Wiesbaden, im Juli 1984 — Der Vorstand

Schweizerische Rentenanstalt

Jahresbilanz 1983.
Zahlen, die zeigen, wie richtig unsere Versorgungsidee ist.

Aus dem Geschäftsbericht der Niederlassung für Deutschland vom 31. 12. 1983

	1983 Mio. DM	1982 Mio. DM	Differenz in %
Versicherungsbestand Gesamt	13 200	12 041	+ 9,6
davon Einzelversicherung	8 702	7 684	+ 13,2
versicherte Leistungen pro Jahr für Berufsunfähigkeit	1 532	1 235	+ 24,0
Neugeschäft	2 735	2 443	+ 12,0
Beitragseinnahmen	521	471	+ 10,6
Versicherungsleistungen	179	143	+ 25,2
Kapitalanlagen	2 525	2 179	+ 15,9
Kapitalerträge	199	168	+ 18,5
Durchschnittsertrag der Kapitalanlagen	7,97%	8,0%	

Die vollständige Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung wird im Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Abschlußprüfer.

Viele Gründe sprechen für die Schweizerische Rentenanstalt. Die wichtigsten sind: Vertrauen, Flexibilität, Leistung, Kostenbewußtsein.

Vertrauen
Ein Beweis für das stetig steigende Vertrauen in unsere Leistungsfähigkeit ist die überdurchschnittliche Steigerung des Neugeschäfts: immer mehr Menschen versichern sich bei der Schweizerischen Rentenanstalt.

Flexibilität
Um eine optimale Versorgung zu gewährleisten, legen wir ganz besonderen Wert auf eine variable und flexible Tarifvielfalt, die bei jedem Problem – gleich ob in der Einzel- oder Gruppenversicherung – individuelle Lösungen bietet.

Leistung
Ein Beweis unserer Leistungsfähigkeit spiegelt sich vor allem in den Leistungen für unsere Versicherten wider: So erwirtschaftete die Schweizerische Rentenanstalt 1983 einen Überschuß von 133,3 Mio. DM, der zu 99,9% unseren Kunden gutgeschrieben wurde.

Kostenbewußtsein
Die erhöhte Gewinnbeteiligung und das vorhandene Leistungsangebot hängt eng zusammen mit unserem strengen Kostenbewußtsein. So konnte 1983 die Kostenquote für das Unternehmen trotz ihres schon niedrigen Niveaus noch weiter gesenkt werden. Zum Vorteil unserer Versicherten.

Die Versorgungsidee die keine Grenzen kennt

Coupon
Bitte direkt senden an die Schweizerische Rentenanstalt, Niederlassung für Deutschland, Abt. Vf
Leopoldstraße 8-10, D-8000 München 40

W



☐ Ich würde gerne etwas über die Versorgungsidee der Schweizerischen Rentenanstalt erfahren. Senden Sie mir Ihre Druckschrift „Wer wir sind und was wir tun".

Name

Anschrift Straße/PLZ/Wohnort

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Fester gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush.)	17. 7.	16. 7.
Juli	336,50	337,75
Sept	343,75	345,00
Dez	359,50	361,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	17. 7.	16. 7.
Wheat Board cif St. Lawrence 1 CW	243,89	245,44
Amber Durum	246,64	244,10

Roggen Winnipeg (can. $/t)	17. 7.	16. 7.
Juli	133,50	133,50
Okt	138,00	140,20
Dez	142,20	145,20

Hafer Winnipeg (can. $/t)	17. 7.	16. 7.
Juli	124,80	125,80
Okt	122,00	121,90
Dez	120,30	119,50

Hafer Chicago (c/bush)	17. 7.	16. 7.
Juli	182,50	184,50
Sept	176,75	178,25
Dez	179,50	179,50

Mais Chicago (c/bush)	17. 7.	16. 7.
Juli	356,25	356,75
Sept.	312,50	312,75
Dez	288,25	287,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	17. 7.	16. 7.
Juli	131,40	132,00
Okt	129,00	128,50
Dez	130,30	129,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	17. 7.	16. 7.
Terminkontr. Juli	150,00	148,25
Sept	141,70	140,80
Dez	138,00	137,40

Kakao New York ($/t)	17. 7.	16. 7.
Terminkontr. Juli	2130	2090
Sept	2168	2145
Dez	2125	2115
Umsatz	2965	–

Zucker New York (c/lb)	17. 7.	16. 7.
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,38	4,57
Okt	4,63	4,82
Jan	5,13	5,35
März	5,72	5,93
Mai	6,00	6,22
Umsatz	5840	6969

	17. 7.	16. 7.
Isa-Preis fob karib. Häfen (US-c/lb)	4,51	4,64

Kaffee London (£/t) Robusta-	17. 7.	16. 7.
Kontrakt Juli	2215–2220	2182–2186
Sept.	2247–2249	2188–2190
Nov.	2255–2260	2208–2210
Umsatz	3049	1997

Kakao London (£/t)	17. 7.	16. 7.
Terminkontrakt Juli	1768–1780	1746–1750
Sept	1768–1770	1740–1741
Dez	1710–1715	1684–1685
Umsatz	4162	3752

Zucker London ($/t), Nr. 6	17. 7.	16. 7.
Aug	125,40–125,80	128,60–129,20
Okt.	132,60–132,80	136,20–136,20
Dez.	141,20–141,60	144,00–145,20
Umsatz	2584	1901

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	17. 7.	16. 7.
schw. Sarawak spez.	352,50	357,50
weißer Sarawak	605,00	615,00
weißer Muntok	612,50	622,50

Orangensaft New York (c/lb)	17. 7.	16. 7.
Juli	174,00	166,30
Sept.	168,60	165,80
Nov.	165,25	163,80
Jan	165,00	163,80
März	165,80	165,80
Umsatz	1800	1300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	17. 7.	16. 7.
Südstaaten fob Werk	56,00	56,00

Maisöl New York (c/lb)	17. 7.	16. 7.
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,75	27,75

Sojaöl	17. 7.	16. 7.
Chicago (c/lb) Juli	30,45	30,48
Aug.	29,00	28,57
Sept.	27,50	27,25
Okt.	25,45	25,35
Dez.	23,50	23,80
Jan	23,40	22,70
März	23,30	23,70

Baumwollsaatöl New York (c/lb)	17. 7.	16. 7.
Mississippi-Tal	35,00	36,00

Schmalz Chicago (c/lb)	17. 7.	16. 7.
loco lose	26,00	26,00
Choise white hog 4% fr. F.	19,75	19,75

Talg New York (c/lb)	17. 7.	16. 7.
top white	21,25	23,75
fancy	21,00	21,50
bleichfähig	19,25	19,75
yellow max. 10% fr. F.	16,50	17,00

Schweine Chicago (c/lb)	17. 7.	16. 7.
Juli	54,95	55,20
Aug.	53,90	54,30
Okt.	51,05	51,55

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	17. 7.	16. 7.
Juli	55,32	57,20
Aug.	53,30	55,40
Febr.	68,60	68,60

Häute Chicago (c/lb)	17. 7.	16. 7.
Ochsen einh. schwere River Northern	65,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	58,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)	17. 7.	16. 7.
Juli	694,00	699,50
Aug.	686,00	695,00
Sept.	651,00	660,00
Nov.	624,00	634,50
Jan.	633,50	649,00
März	647,00	661,00
Mai	657,00	671,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)	17. 7.	16. 7.
Juli	168,00	169,00
Aug.	169,00	170,00
Sept.	170,70	171,50
Okt.	169,50	171,50
Dez.	171,50	174,40
Jan.	174,00	176,00
März	177,00	179,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	17. 7.	16. 7.
Juli	337,00	333,00
Okt.	348,50	344,00
Dez.	357,00	353,00

Kokosöl New York (c/lb)	17. 7.	16. 7.
Westküste fob Werk	49,00	52,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	17. 7.	16. 7.
jegl. Herk. cif	1055,00	1055,00

Leinöl Rotterdam ($/t)	17. 7.	16. 7.
jegl. Herk. ex Tank	560,00	545,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)	17. 7.	16. 7.
Sumatra cif	585,00	580,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)	17. 7.	16. 7.
roh Niederl. fob Werk	235,00	220,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)	17. 7.	16. 7.
Philippinen cif	1550,00	1350,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)	17. 7.	16. 7.
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	287,00	266,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	17. 7.	16. 7.
Okt.	68,80	69,32
Dez.	69,15	68,76
März	70,95	70,65
Mai	71,90	71,60
Juli	72,65	72,26
Okt.	72,25	71,95

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis	17. 7.	16. 7.
loco RSS–1:	47,00	47,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	17. 7.	16. 7.
Aug.	455–457	454–456
Okt.	473–475	475–476
Dez.	477–480	475–480
Umsatz	203	256

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	17. 7.	16. 7.
Okt.	51,60	unerhältl.
Dez.	51,40	unerhältl.
März	53,00	unerhältl.
Mai	53,20	unerhältl.
Umsatz	0	unerhältl.
Tendenz: Stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	17. 7.	16. 7.
Juli	565,0–569,0	566,0–567,0
Okt.	570,2–571,0	570,0–572,0
Dez.	574,0–575,0	573,0–574,0
Umsatz	27	45

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	17. 7.	16. 7.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	17. 7.	16. 7.
Juli	13 415	13 410
Aug.	13 364	13 299

Kautschuk London (p/kg)	17. 7.	16. 7.
Nr. 1 RSS loco	67,00–70,00	70,00–74,00
Aug.	67,70–69,00	68,20–70,00
Sept.	69,00–70,20	69,50–71,50
Okt.	70,90–71,00	69,50–72,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	17. 7.	16. 7.
Aug.	208,50–211,00	214,50–215,50
Sept.	215,50–216,50	220,50–221,50
Nr. 2 RSS Aug.	203,50–204,50	–
Nr. 3 RSS Aug.	200,00–201,00	–
Nr. 4 RSS Aug.	193,00–194,00	–
Tendenz: leichter		

Jute London (£/lgt)	17. 7.	16. 7.
BWC	516,00	516,00
BWD	505,00	505,00
BTC	516,00	516,00
BTD	505,00	505,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	17. 7.	16. 7.
Blei: Basis London laufend. Monat	145,03–145,41	143,91–144,10
drittfolg. Monat	141,83–142,20	140,92–141,11
Zink: Basis London laufend. Monat	247,63–247,82	239,81–239,98
drittfolg. Monat	249,33–249,52	240,73–240,91
Produz.-Preis	281,75	279,62
Reinzinn 99,9%	3899–3927	3905–3943

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	17. 7.	16. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	384,18–386,06	385,39–387,25
Blei in Kabeln	152,75–154,75	151,50–153,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	17. 7.	16. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	377–379	377–379
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	423–425	423–425
MS 63	409–413	410–414

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	17. 7.	16. 7.
	29,17	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	17. 7.	16. 7.
Leg. 225	413–430	413–430
Leg. 226	415–432	415–432
Leg. 231	445–452	445–452
Leg. 233	455–472	455–472

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	17. 7.	16. 7.
Platin (DM je g)	34,008	33,559
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	32 300	32 300
Rücknahmepr.	31 550	31 550
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	32 430	32 670
Rücknahmepr.	31 620	31 850
verarbeitet	34 020	34 270
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 870	32 045
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	699,50	706,90
Rücknahmepr.	678,80	686,00
verarbeitet	730,20	738,00

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	17. 7.	16. 7.
London 10.30	347,50	352,25
15.00	347,15	350,10
Zürich mittags	347,00–347,50	352,25–353,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	97 750	98 900
Silber (p/Feinunze) London Kasse	562,85	574,05
3 Monate	579,15	590,95
6 Monate	595,95	608,05
12 Monate	629,95	643,25
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	259,95	262,80
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	105,00	105,80

New Yorker Preise	17. 7.	16. 7.
Gold H & H Ankauf	347,15	350,10
Silber H & H Ankauf	742,50	753,50
Platin fr. Händlerpr.	342,00–345,00	355,00–362,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	138,50–139,50	140,00–141,00
Produz.-Preis	150,00	150,00

Silber (c/Feinunze)	17. 7.	16. 7.
Juli	738,30	748,00
Aug	741,60	752,50
Sept.	748,60	759,00
Dez.	771,00	782,00
Jan.	780,00	791,30
März	796,20	808,00
Mai	813,50	825,50
Umsatz	21 000	22 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	17. 7.	16. 7.
Juli	58,65	59,25
Aug.	59,45	59,90
Sept.	61,20	61,70
Dez.	61,85	62,35
Jan.	63,05	63,55
März	64,35	64,85
Mai	65,65	66,15
Umsatz	8500	7500

Londoner Metallbörse

	17. 7.	16. 7.
Aluminium (£/t) Kasse	863,50–864,00	889,50–890,50
3 Monate	888,00–889,00	914,50–915,00
Blei (£/t) Kasse	381,00–381,50	387,00–388,00
3 Monate	373,50–374,00	378,75–379,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1006,0–1006,5	1018,5–1019,5
3 Monate	1025,0–1025,5	1037,0–1038,0
abends Kasse	1004,5–1005,0	1014,0–1015,0
3 Monate	1023,5–1024,0	1032,5–1033,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1006,0–1007,0	1019,0–1020,0
3 Monate	1024,0–1026,0	1034,5–1036,5
Zink (£/t) Kasse	654,50–655,50	638,50–639,50
3 Monate	659,00–659,50	645,00–646,00
Zinn (£/t) Kasse	9410–9420	9418–9420
3 Monate	9340–9345	9320–9325
Quecksilber $/Fl.)	295–300	290–301
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	82–83	82–83

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Sie haben mit uns eines gemeinsam: Wir wollen beide den Erfolg!
Diese Aufgaben können wir Ihnen abnehmen:
Marketing · Vertrieb · Personalwirtschaft · Training
Öffentlichkeitsarbeit/PR · Promotion · Krisenmanagement
CONSULT MANAGEMENT GMBH
BRIENNER STRASSE 54 b
8000 MÜNCHEN 2
TEL. 089 - 52 50 57
CONSULT makes MANAGEMENT

MAKLER
US-$ 37 500 bis 202 000
Eine Kapitalanlage von $ 12 500 bringt Ihnen diese Rendite innerhalb von 10 bis 20 Jahren mit fortlaufenden Gewinnen über Jahrzehnte. Diese basieren auf jährlichen Schätzungen der Ernten der Vereinigten Staaten. Diese Hochrechnungen wurden von einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Zusammenarbeit mit einer europäischen Firma geprüft, die sich mit der Erstellung von Analysen beschäftigt. Hohe Provisionen und Eigenkapitalbeteiligung warten auf jene Makler, die für uns geeignet sind. Informationsmaterial in Englisch, Französisch, Deutsch und Arabisch erhältlich. Anfragen von Investoren sind uns willkommen.
Setzen Sie sich mit uns in Verbindung:
GLOBE PLAN S. A. – Av. Mon-Repos 24 – CH-1005 Lausanne (Schweiz), Tel. (00 41 21) 22 35 12, Telex: 2 5 185 MELIS CH

Eine solide Existenz
bieten wir seriösen Partnern durch den stationären Vertrieb eines anspruchsvollen Produktes.
Einkommen mtl. DM 8000,– bis 12 000,– je nach Einsatz.
Kein Eigenkapital erforderlich!
Zuschriften u. K 8097 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sprechen Sie rechtzeitig mit uns, bevor Ihnen durch Terminüberschreitung Ihre Lieferanten
Lieferverzug und Konventionalstrafe oder das Risiko entgangener Anschlußaufträge drohen.
Wir bieten Ihnen
Terminüberwachung/Expediting
als umfassende Dienstleistung:
Vollständige Auftragsüberwachung (Engineering, Materialbeschaffung, Fertigung, Versand).
Professionelles Vorgehen (langjährige Erfahrung im Expediting technischer Industrieprodukte und Anlagen jeder Art.
Einsätze im gesamten Bundesgebiet und Westeuropa (mehrsprachig).
Rufen Sie Tel. 0 63 47 / 64 44 an.

Deutsche Privatschulgruppe
– im Bereich Erwachsenen-Berufs- und -Sprachausbildung mit 25 Schulen bundesweit tätig –
sucht weitere Franchise-Partner.
Interessenten, die bisher erfolgreich eine Privatschule als Eigentümer oder Schulleiter führen, sollten die Vorteile und die Leistungsfähigkeit als Franchisenehmer einer großen Schulgruppe zu nutzen wissen. Ein renommiertes Kuratorium und eine erfahrene, zentrale Betreuungsgesellschaft stehen Ihnen zu günstigen Konditionen zur Verfügung.
Kontaktaufnahme bitte unter H 8096 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PRODUKTIONSANLAGEN – ENGINEERING – KNOW-HOW
zur Herstellung pulverförmiger u. flüssiger Wasch- u. Reinigungsmittel liefert weltweit
TELSCHIG Verfahrenstechnik GmbH
Postfach 11 51, D-7157 Murrhardt
T. 0 71 92/80 51 / 53, Telex 7 24 474 levad

Wir suchen einen verantwortungsvollen
PARTNER
mit Einkommensvorstellungen von mehr als
7.500 DM mon.
zur Entwicklung einer selbständigen
FINANZAGENTUR
Wir vermitteln u. a. Schweizer Darlehen ab 4,5%, 100% Auszahlung.
Etwas Eigenkapital erforderlich.
CREDIT-FINANZ
47 Hamm 1 · Bradfordstr. 49
Telefon 0 23 81 / 5 73 72

Achtung, Vertriebe!!!
Wir produzieren ab Oktober Größtmengen Handwaschpaste. Wer möchte Generalvertrieb übernehmen? Beste Gewinne.
Tel. 0 71 21 / 4 34 13

TELEFONVERKAUFSORGANISATION
mit ca. 40 Telefonverkäufern in Hamburg übernimmt für Sie per Telefon: Mahnwesen, Artikeleinführung, Kundenbetreuung, Direktverkauf usw.
Wir sind auch an Eigenvertrieb interessiert.
Bitte senden Sie Ihre Anfragen und Angebote unter K 7939 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Für Auslandsanfragen
Angebote in Englisch für Gebrauchtwagen, Ersatzteile, Zubehör, Gebrauchtreifen und alle Handelsware an
Th. Fray, Klattenweg 6
2800 Bremen 1

Kaufen (fast) alles, wenn der Preis stimmt.
Handelswaren-Vertrieb Schubach GmbH
Daimlerstr. 7, 3160 Lehrte
Tel. 0 51 32 / 40 12, FS 9 23 150

FÜR FRANKREICH
Zwei Deutsche, seit 15 J. geschäftl. in Frankreich tätig, mit eig. Firma, suchen: Exklusivverträge f. d. Vertret. od. Vertreibung v. Konsumwaren.
Antworten an: D.D.P.
91 Fbg St Denis, 75010 PARIS, F

Nebenbeschäftigung
Info. 0 21 65 / 27 53, Sa. 16.00–18.00 Uhr

Direktor i. R. (Vertrieb), belastungsfähig, aktiv, Wohnsitz Raum Hamburg, übernimmt freiberufl. anspruchsv.
Repräsentanz/Sonderaufgaben
i. nordd. Raum f. solide Unternehmen. Engl. fl., Büro etc. vorh., muß kein „Fulltimejob" sein.
Zuschr. erb. u. WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Auslieferungslager in Süddeutschland
verschiedene Größen möglich (max. 300 m²) mit Service
Auslieferungsdisposition
etc. möglich. Anfragen an
Tel. 0 93 64 / 10 06–07
Herrn Dillmaier

Handelsvertretung für Non-Food-Artikel
gesucht. Raum Niedersachsen – Nord-Hessen. Lager, Lkw vorhanden
KAMA-Industrievertretungen GmbH
Marktstraße 52
3156 Hohenhameln

Kaufe Konkurswaren oder Restposten gegen bar.
Tel. 02 09 / 2 57 01 ab 10 Uhr

Gesucht gebrauchte
Klaviere
Angebote an: J. M. Beerta
Zwaluwlaan 11, NL-2261 BP Leidschendam

Karotex
Import – Export – GmbH Textilhandel hat noch Kapazitäten frei.
Karotex, Schirmerstr. 40
4000 Düsseldorf 1

VERSTÄRKUNG IM MARKETING
Handelsunternehmen, expansionswillig, mit richtungweisender Informationstechnologie erfolgreich im Markt, sucht Kooperationspartner. Unser Team kontaktstarker Praktiker gilt als anerkannter Verhandlungspartner auf allen Ebenen.
Unsere Fähigkeit, langfristige Verbindungen zu anspruchsvollen Partnern aufzubauen und zu pflegen, erleichtert unsere Zusammenarbeit mit Industrie, Handel und öffentlicher Verwaltung in Nordrhein-Westfalen.
Eine Beteiligung im Rahmen gemeinsamer Durchsetzung einer markt- und ertragsorientierten Unternehmenspolitik schließen wir nicht aus.
Angeb. erb. u. V 8106 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsleute! Ihr zweites Bein.
Als Verlagsvermittler erzielen Sie neben dihrem Geschäft pro Jahr einen Umsatz von ca. DM 248 000,–.
Sie verdienen dabei ca. DM 130 000,–.
Voraussetzungen: Kleines Büro, wöchentlich ca. 5–6 Stunden Zeit, etwas Organisationstalent, sowie Eigenkapital in Höhe von15 000 DM.
Ihr bisheriger eruf spielt keine Rolle, da über Video vermittelt wird. Zum Aufbau einer Vertriebsorganisation suchen wir nur Führungskräfte, die gewillt sind, Geld zu verdienen.
Zuschriften mit Tel.-Angabe unter U 8105 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

International bestens eingeführtes Unternehmen übernimmt die
Repräsentanz deutscher Firmen
in USA, Südostasien, Südamerika und Nahost
Finanzielles Engagement in jeder erforderlichen Höhe problemlos. Nach Ihrer Produkt- u. Zielgruppenbeschreibung sowie Kapazitätsangabe erfolgt Kontaktaufnahme nach kurzfristiger Marktanalyse.
Angebote unter L 8098 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

GARANT FÜR EINE „LEBENSSTELLUNG" SIND MENSCHLICHE UND FACHLICHE QUALIFIKATION
Für großen Herrschaftshaushalt suchen wir einen
Hauswirtschaftshelfer
der folgende Voraussetzungen mitbringt:
Er sollte im **Service** perfekt sein, den **Führerschein** Klasse III haben, **handwerklich** begabt, zuverlässig und diskret sein und gute Umgangsformen haben. Alles in allem ein „ALLROUND MAN" der GASTRONOMIE-BRANCHE.
Es handelt sich um eine vertrauensvolle Position, bei der verlangt wird, sich unkompliziert in Vorhandenes einzufügen und auch Neues einzubringen.
Die gebotene LEBENSSTELLUNG mit großzügiger Wohnung am Arbeitsplatz befindet sich in Süddeutschland in einer herrlichen Landschaft mit hohem Freizeitwert.
Gute Leistungen werden entsprechend honoriert.
Haben Sie Interesse? Dann richten Sie bitte Ihre ausführliche Bewerbung mit handgeschriebenem Lebenslauf und neuem Lichtbild unter M 7941 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Immobilien-Fachmann
für Projektplanung und Erarbeitung sowie Durchführung von Vertriebskonzeptionen bei Großprojekten in der gesamten Bundesrepublik (z. B. gewerbliche Objekte, Seniorenwohnungen und -heime, kommunale Bauten) gesucht.
Erforderlich sind:
Ausreichende berufliche Erfahrung und Kenntnisse im Immobilienbereich, insbesondere im Vertriebswesen.
Wohnungswechsel nach Erlangen nach Ablauf einer zu vereinbarenden Probezeit.
Weitgehend selbständige Tätigkeit, Eigeninitiative.
Geboten werden:
überdurchschnittliches Einkommen, Pkw und Reisespesen, Hilfe bei Wohnungsbeschaffung.
KWG Kommunal-Wohnungs-Gewerbebau GmbH · Co. KG – Erlangen · Tennenloher Str. 24 · Ruf 0 91 31 · 6111

Wir sind eines der führenden Versicherungsmaklerunternehmen auf dem deutschen Markt, bundesweit vertreten mit 11 Geschäftsstellen mit mehr als 1200 Mitarbeitern.
Mit dem exklusiv von uns vertriebenen Produkt und vorbildlichen Provisions- und Karrieresystemen konnten wir in den letzten beiden Jahren überproportionale Umsatzsteigerungen erzielen. Für diesen Vertriebsweg suchen wir noch
Geschäftsstellenleiter
die ihre überdurchschnittlichen Leistungen überdurchschnittlich honoriert wissen wollen.
Schriftliche Bewerbungen richten Sie bitte an unsere Hauptverwaltung zu Händen Herrn Steber.


Immobilien- und Versicherungsmakler GmbH
Am Heringsee 3
6720 Speyer

Gebietsleiter als überregionaler Top-Verkäufer für die Betreuung von Großkunden mit Führungsqualitäten
Als eine im Markt erfolgreiche pharmazeutische Firmengruppe mit bewährten Markenartikeln bieten wir Ihnen einen festen Kundenstamm.
Für den Großraum Hessen, Schwerpunkt Gießen–Wetzlar, suchen wir ab sofort zur Betreuung von Großkunden einen
Mitarbeiter mit Führungsqualitäten
Sie sollten langjährige Außendienst-Erfahrung im Markenartikelbereich sowie Administrationsstärke mitbringen.
Wir zahlen Gehalt, Verkaufsprovision, gewähren die üblichen Sozialleistungen eines zukunftsorientierten Unternehmens und stellen einen Firmen-Pkw.
Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an:
Sebapharma GmbH & Co.
Postfach 220, 5407 Boppard/Rhein
Tel.: 0 67 42 / 59 01

Seriöser Verlag sucht zur freien Mitarbeit
Redakteure
sowohl zum Hauptbereich
Home-Computer
als auch angrenzenden Themen.
Ihre Mitarbeit lohnt sich, da wir Sie am Erfolg beteiligen.
Zudem suchen wir, gegen gutes Honorar, interessante Listings.
Wir bitten höflich um Ihre Zuschrift unter N 8100 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbständige Existenz
Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41
6000 Frankfurt 11

Tel. 02 01 / 77 10 21
Verkaufsleiter für 30 Automat., Verkäufer gesucht. Verk. und Reisende werden bevorzugt.



Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.
Alfredstraße 73
4300 Essen 1

Bauleiter – 37 J.
Ing. (grad.) – Fachrichtung Ingenieurbau
in ungekündigter Stellung, möchte sich verändern. Gesucht wird verantwortungsvolle Führungstätigkeit auch im Baunebengewerbe. *Möglichst (aber nicht Bedingung):* Hannover, Braunschweig, Hildesheim.
Ausführliche Kenntnisse: Bauleitung, Kalkulation, Betriebswirtschaft, Maschinenwesen.
Erfahrungen: Stahlbetonbau, Straßenbau (BAB), Erdbau, Rohrleitungsbau, U-Bahn-Bau, weiterhin – Auslandserfahrung, gute engl. Sprachkenntnisse, Sicherheitsingenieur, REFA-Grundschein.
Angebote unter P 7943 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Hospitalfachmann
Elektronik-Ing. (38 J.) mit mehrjähriger Auslandserfahrung, in leitender Position, sucht neue Aufgabe, bevorzugt im Ausland.
Angebote u. G 7937 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsfachmann
sucht ab 1985 neue Aufgaben in der Industrie oder im Direktverkauf. Generalvertretung auch auf neuen Märkten bevorzugt, gleich ob als Angestellter oder Handelsvertreter, evtl. auch mit Beteiligung. Gelernter Kaufmann, 42 J., davon 20 J. im Vertrieb, bei Architekten und Baugesellschaften sowie Endverbrauchern. Verhandlungs- u. Verkaufstechnik auf allen Ebenen mit besten Erfolgen. Positives, erfolgsgewohntes Denken und Handeln sind mir zu eigen. Es wird eine langfristige Zusammenarbeit angestrebt. *Zuschriften erbeten unter A 7755 an WELT-Verlag, Postfach* 10 08 64, 4300 Essen.

Werkzeugmacher s. Auslandstätigkeit
45 J., ledig, o. Meisterbrief. Letzte Tätigkeiten in arabischen Ländern: Ausrüsten von mech. Werkstätten, Einweisung u. Ausbildung von arabischem Personal in Metallberufen. Engl. Kenntnisse zur Verständigung ausreichend. – Bin auch an and. Tätigkeit interessiert, z. B. Reparatur- oder Allroundmechaniker-Tätigkeit, Montage.
Angebote erbeten unter E 7935 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Als
WERKLEITER ODER TECHNISCHER LEITER
suche ich eine neue Aufgabe mit Perspektive als Lebensstellung. IE- u. Maschienenbau-Ing., 44 J., verh., gute Englischkenntn., langjährige Führungspraxis: 8 J. IE- und Fertigungsorganisation, 3 J. Produktionsleiter, 2 J. techn. Marketing, 3 J. Leiter Profitcenter in der kunststoff- und metallverarbeitenden Industrie.
Norddeutschland bevorzugt. Angebote unter D 7934 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufs-Ingenieur
Ende 40, routinierter Praktiker (verh.), Erfahrung in Betriebsleitung u. Administration sowie Verkauf qualifizierter Produkte d. betriebl. Rationalisierungswesens sucht neue Aufgabe auch im Sinne einer Nachfolgeregelung im Großraum Hamburg. Teilweiser Auslandseinsatz möglich.
Angeb. erb. unt. PJ 48 181 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

STELLENGESUCHE

Diplom-Ingenieur (Nachrichtentechnik)
36 J., verh., Elektromechanikerlehre, Studium an d. TH Aachen, ca. 4½ J. Berufserf., einsatzfreudig, ungek., sucht neuen Wirkungskreis in Forschung/Entwicklung in verantwortungsv. Position. Entwicklung von Hardware/Software f. Steuerungen, Meßwerterfassung, Mehrprozessorsysteme, Peripheriegeräte. Prozessoren 8080/85, 8051, 8048 u. Z 80. Verantwortliche Projektführung. Praxisbewährtes Englisch. Raum Düsseldorf/Köln/Krefeld bevorz.
Ang. u. P 8101 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nizza
Hbg. Kfm., 21 J., Engl., Frz., sucht Job in Nizza od. Umg., auch branchenfremd. Angeb. u. PU 48 190 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

Volljurist
32, einsatzfreudig u. belastbar. Schwerpunkte: Zivilrecht, Öffentliches Recht (Verwaltungshochschule Speyer), Strafrecht, gute Stationszeugnisse sucht ausbaufähige Anfangsstellung in renomierter Anwaltskanzlei oder bei Verband, bevorzugsweise in NRW
Zuschr. erb. u. F 8050 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Ihr Mann für Sicherheit:
32 Jahre, ausgeb. Privat-Dektiv, im 6. Jahr Sicherheitsleiter im Einzelhandel, mit spez. Erfahrungen in Personenschutz, Personal-Training, Ladendiebstahls-Bekämpfung und Geldtransport, ist sofort für Sie einsatzbereit.
Angebote unter F 8094 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (TU) Masch.-Bau
39 J., verh., sucht Tätigkeit im Bereich Entwicklung/Versuch, Qualitätssicherung, Produktentwicklung.
Berufl. Werdegang: Lehre, Ing. grad., Konstrukteur, Dipl.-Ing. *(TU). Studienschwerpunkte:* Fertigungs- und Schweißtechnik. Z. Z. wiss. Mitarb. Prom. z. Dr.-Ing. v. 2. Halbj.
Zuschr. erb. unter G 8095 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer
35 J., sucht nach 6jähriger Tätigkeit (Gerüstbau) neuen Wirkungskreis.
Zuschriften unt. G 8051 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Freier Handelsvertreter
mit Büro, Telex, Computer, Fahrzeugen und Lagerhalle, 800 m², sucht lukrative Vollbeschäftigung.
Ang. erb. u. S 8103 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Junger Werkschutzangestellter
34 J., seit 7½ Jahren im Werkschutz eines Großunternehmens, m. sämtl. Aufgaben vertraut, Schichterfahrung m. bestandener IHK-Prüfung, zuletzt als stellvertretender Gruppenführer tätig, sucht neuen Wirkungskreis. Zuschriften unter H 8052 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hamburger Import-/Exportkaufmann
53, Einkauf, Verkauf, Spedition, Englisch, Französisch, reiseerfahren, sucht Position in Handel oder Industrie.
Angeb. erb. u. PO 48185 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Exam. Kinderpflegerin, 23 J., 4 J. Berufserf., sucht ab sof. neuen Wirkungskreis im Kindergarten, Kinderkrippe od. Familie. Inge Beckmann, Pf. 12 45, 3103 Bergen 1.

Marketing – Vertrieb
Dipl.-Kfm., 44 J., m. Führungserfahrung, großem Engagement u. *ausgeprägtem techn. Verständnis* – **Betonfertigteil-Industrie** – sucht neue anspruchsvolle Aufgabe.
Zuschriften unter V 8084 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SPANIEN od. SÜDAMERIKA
Fremdsprachenkorrespondentin
Sprachen: Span., Engl. u. Franz., 25 J., bietet einem Unternehmen in Spanien oder Südamerika mit großer Einsatzfreude überdurchschnittl. Leistung.
Bitte schreiben Sie unter C 7933 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplomkaufmann
fl. Engl., Span., Franz., versierter Verhandlungspartner, beste Referenzen, sucht anspruchsvolle *Außendienst-/Reisetätigkeit* für renom. in-/ausl. Unternehmen, vorzugsweise aus dem Investitionsgüterbereich.
Angeb. erb. u. F 7936 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsreferent
36 J., vorm. tätig b. einem Generalkonsulat i. HH, perf. Engl. (16 J. GB), Ausbildung als Industrie-Kfm. u. Absatz/Werbewirt, sucht neue Aufg. i. Industrie, Vertrieb, Export, Öffentlichkeitsarbeit, Auslandserf. vorh., gute Kontakte z. Wirtschaft i. BRD u. GB.
Angebote erbeten unter PE 48176 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Ich bin **Dipl.-Ing. f. Elektro- u. Nachrichtentechnik** m. Pilotenschein PBLA u. dem englischen Funksprechzeugnis AZF. Seit 8 Jahren erfolgr. Geschäftsmann, suche ich nun nach einer meinen Fähigkeiten entspr. interess. Auslandstätigkeit. Angebobe erbeten unter PH 48180 WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Führungskraft
39 J. alt, im Vertrieb, sucht neuen Wirkungskreis. 15 Jahre Vertriebserfahrung, davon 5 J. als Führungskraft. Wirkungskreis Berlin.
Zuschr. u. Y 8043 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Malermeister
43 Jahre, vertraut mit allen anfallenden Arbeiten, langjährige Erfahrung aus Tätigkeit in leitender Stellung, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschriften unter T 8104 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Qualifizierter Maschinenschlosser, 33 J., mehrjährige Auslandserfahrung, Englisch fließend, Spanisch Grundkenntnisse, Erfahrung als Monteur (Neueinrichtung + Reparatur), Schweißkenntnisse, Erfahrung als Ausbilder, sucht Tätigkeit in Südamerika, Afrika oder Asien.
Zuschr. erb. u. N 7995 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing./FH/Maschinenbau
mit 5 J. Erf. in West-Afrika, sucht anspruchsv. Betätigungsfeld im In- od. Ausland. Angeb. erb. u. PS 48 188 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Chefsekretärin
m. Niveau, 53.
Wo fehlt eine tüchtige, erf. Kraft? Süddeutschland bevorzugt.
Angeb. u. N 7942 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsrepräsentant
Industriepapiere/Verpackungen, 34 J., flexibel, Verkaufserfahrung, sucht Position als Reisender mit Reisetätigkeit im ganzen Bundesgebiet zum 1. 8. 84 oder 1. 9. 84.
Zuschr. u. U 8083 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Logistik-Leiter
Lager, Versand, Fuhrpark, 35 J., sucht im Raum Ruhrgebiet od. westl. Münsterland neuen, verantwortungsvollen Wirkungskreis.
Angeb. u. W 8107 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wer will denn gleich durch die Scheibe gehen? Erst gurten, dann starten!
IHRE VERKEHRSWACHT

Weder rot noch tot!

erth. – Der Gast in Berlin, en passant in die Schaufenster des Ku'damms und seiner Nebenstraßen blickend, in die Auslagen von Buchläden zumal, registriert Erstaunliches. Berliner Erinnerungsbüchlein zuhauf, Neo-Biedermeier zwischen Buchdeckeln, und dann – die uralten linken Schriften wie gehabt, neu aufgelegt, dazu eine üppig wuchernde „grüne" Literatur, stur-verbiestert oder ganz naiv, tausendfach gehörte Klischees memorierend, werbewirksam Unwahrheiten hämmernd, den ganzen Mief der „Friedensbewegung" wieder- und wiederkäuend.

– Doch halt: Zwei Berliner City-Buchhändler, zwei von zehn etwa, haben auch den neuen Glucksmann mit in die Auslagen genommen, die „Philosophie der Abschreckung", an hinterer Stelle, versteht sich, aber immerhin. Ein Sortimenter gar, in der Knesebeckstraße, gleich hinterm Mercedes-Stand, wagt die Aufhängung eines Verlagsposters für dieses Buch: „Eine aufsehenerregende Antwort an die deutsche Friedensbewegung – weder rot noch tot!" Die Verkäuferin eines weiteren Buchladens sagt auf Anfrage, ach ja, das sei doch wohl diese umstrittene Sache, und leitet ohne sonderliche Begeisterung die Bestellung eines Exemplares ein.

Der Gast in Berlin erinnert sich wehmütig der Jahre nach dem Kriege, als die gestückelten, notdürftig ausgeflickten Fenster ramponierter Buchläden zu Pilgerstätten Sehnsüchtiger wurden, die nach Zeugnissen der neuen Freiheit hungerten, die ihre letzten Groschen für Begleitschriften des „Kongresses für die Freiheit der Kultur" hingaben; er weiß aus Berichten anderer, wie während der gärigen Zwanziger Buchläden – und Berliner Buchläden zumal – die Stätten triftiger Auseinandersetzungen gewesen sein sollen, geistige Spiegel ihrer Zeit ...

... und wenn sie es heute noch wären? Wenn es hierzulande nichts Gravierendes, nichts Erregendes mehr gäbe als „Geschichte und Parteilichkeit" oder eben „Anleitungen für eine neue Umweltpolitik"?

Heilbronn zeigt W. Otto

Wenn Adam sein Paradies plündert

Der in Bremen lehrende, in Worpswede lebende Bildhauer Waldemar Otto hat sich im letzten Jahrzehnt eine feste Position unter den Realisten der modernen Skulptur erobert. Seine „Pietà" steht in Chikago, „Adam plündert sein Paradies" am Eingang zum Botanischen Garten in Hamburg, den „Jeremiah" erwarb die University of Notre Dame in Indiana, und die „Drehtür" schmückt den Marktplatz in Neckarsulm. Im Mittelpunkt seiner Werke steht immer der Mensch – auf den ersten Blick in durchaus realistischer Sicht, aber der zweite und dritte Blick läßt Befremdliches erkennen, besonders in den späteren Arbeiten.

Der sitzende weibliche Akt aus dem Jahre 1966, kopflos und um einen Arm geschmälert, war für den Künstler der erste Schritt in ein neues Land. Die in den Vordergrund gerückte lastende Leiblichkeit dieser Figur machte auch gleich Sensation. Alles war hier auf Bauch, Brüste und Oberschenkel zentriert, der eine, zudem geschwächte Arm vermochte die Last der Erdenschwere nicht zu tragen. Er stützte sich denn auch gar nicht ab. So wurde schon damals das seitherige Grundthema Ottos angeschlagen: die Endlichkeit, die Verlorenheit, der Kommunikationsmangel des modernen Menschen.

Mit zahlreichen Beispielen – insgesamt 59 Skulpturen – wird dies Thema in wechselnden Methoden und Metaphern in Berlins Kolbe-Museum durchgespielt. Es geht dabei nicht um die Diskussion der Plastizität des Körpers, sondern – entgegen aller Suche nach der klassischen Proportion – um die Metaphorik der Leiblichkeit und deren sich unserm Willen entziehende „Geworfenheit" (Heidegger), die am deutlichsten in der Krankheit wird.

In seinen jüngeren Arbeiten wie der „Große Schreitende" erweitert Otto diese Perspektive. Er bezieht jetzt nicht mehr allein die bloß negativen Aspekte der menschlichen Endlichkeit ein. Wir finden uns schon zurecht, sagt die – ebenfalls wieder kopflose – Figur, auch ohne die Anderen und ohne äußere Zeichen. Der Große Schreitende, aus seiner Vorprägung heraustretend, verweist einerseits – in der Hohlform – auf die condition humaine als grenzsetzendes Phänomen, andererseits, im Heraustreten, auch auf die Freiheit.

Diese Doppeldeutigkeit der menschlichen Situation, das Heraustreten einerseits und das Aneinandervorbeigehen, wie es besonders auch bei der „Drehtür" anklingt, andererseits, ist der Grundansatz der Deutung des Daseins in der Plastik Ottos. (Bis 6. 9.; Katalog 22 Mark)

HERBERT ALBRECHT

Deutschunterricht: Die Reform der Reform beginnt

Bitte, erst einmal den alten Werther!

Die frühen siebziger Jahre, denen manche immer noch als der untergegangenen Ära der Reformen nachtrauern, werden aus der Distanz eines Tages vielleicht nur noch als die Zeit der unendlichen Geduld des Papiers gelten. Vieles, was damals als Reform katalogisiert worden ist, blieb (glücklicherweise) Reformpapier. Um so leichter fällt da der Entschluß, die „Reform" zurückzureformieren.

Zum Teil gilt dies für die Lehrpläne der Schulen. Niemand hat untersucht, wieviel von dem, was damals wie ein curricularer Sturzbach auf die Schulpraxis niederging, wirklich umgesetzt, ja überhaupt zur Kenntnis genommen worden ist. In allen Bundesländern hat man längst begonnen, die Berge von Papier nachdenklich zu sichten. Als erstes hat Rheinland-Pfalz ein Ergebnis vorgelegt: 44 neue, gekürzte, gestraffte, inhaltlich überdachte Fach-Lehrpläne. An einem Beispiel – dem Grundkurs Deutsch für die gymnasiale Oberstufe – soll gezeigt werden, was da passiert ist.

Es beginnt schon beim Umfang. Der alte Lehrplan hatte (das Vorwort, das Inhaltsverzeichnis und den Anhang nicht mitgerechnet) 50 DIN-A5-Seiten. Der neue Lehrplan hat nur noch elf.

Überfrachtet war der alte „Reform"-Lehrplan auf zweierlei Weise: erstens mit pädagogischem Tiefsinn, zweitens mit Detailregelungen. In der neuen Regelung sind dagegen die hochgestochenen Ausführungen darüber, daß der Deutschunterricht „über die Erweiterung der Sachkompetenz hinaus" auch einen Beitrag zur „Selbstbestimmung des jungen Menschen" oder „zu seiner ästhetischen Sensibilisierung" und anderen schönen Dingen mehr leisten könne, ersatzlos gestrichen. Geradezu schmucklos, aber um so erfreulicher klingen im neuen Lehrplan Sätze wie: „Anzustreben ist, daß die Schüler Freude am Lesen gewinnen und sich auch über die Schule hinaus mit Literatur befassen."

Aufgeplusterte Selbstverständlichkeiten von einst sind aber glücklicherweise weitgehend verschwunden. „Verbindliches Kursfolgeprogramm" heißt eine Überschrift im neuen Lehrplan. Der alte benötigte für die gleiche Aussage einen ganzen Absatz: „Die für die einzelnen Kursstufen im Folgenden beschriebenen Lernziele sind – soweit nicht als fakultativ gekennzeichnet – verbindlich ..."

Das Kapitel „Reflexion über Sprache" benötigte für die Jahrgangsstufe 11 im alten Lehrplan drei ganze Seiten. Leseprobe: „Der Schüler soll befähigt werden, den Prozeß der Kodierung und Dekodierung auf der semantischen, syntaktischen und phonologischen Ebene zu erkennen und zu beschreiben ..." Im neuen Lehrplan erscheinen zum Thema „Reflexion über Sprache" in der Jahrgangsstufe 11 nur noch drei Stichworte: „Sprachnormierung in der Wissenschaft – Sprachlenkung – Sprachhandeln in öffentlicher Rede (Analyse von Reden oder Auszügen von Reden)".

Natürlich ist auch am Inhalt der Lehrpläne korrigiert worden, obwohl ein Land wie Rheinland-Pfalz sich Anfang der 70er Jahre gewiß nicht in dem Maß gesellschaftlichen und politischen Veränderungstendenzen geöffnet hat wie etwa Hessen oder Nordrhein-Westfalen. Zunächst fällt am Beispiel der Deutsch-Lehrpläne allgemein die wesentlich stärkere Betonung der Literatur gegenüber der Linguistik auf.

Darüber hinaus wird aber auch der Literatur der Vergangenheit wieder größere Beachtung geschenkt. So hieß es im alten Lehrplan für den Grundkurs Deutsch der Oberstufe zum Lernzielbereich „Umgang mit Literatur" – immerhin in einem CDU-regierten Bundesland – wörtlich: „Die Arbeit im Lernzielbereich ‚Umgang mit Literatur' soll den Schüler zur kritischen Auseinandersetzung mit der Gegenwartsliteratur befähigen". Die Literatur der Vergangenheit tauchte nur im Zusammenhang mit der geforderten „Einsicht in die geschichtliche und gesellschaftliche Bedingtheit von Literatur" auf.

In der Praxis führte dies oft genug zu grotesken Konsequenzen – wenn etwa ein Aufsatz über Ulrich Plenzdorfs „Die Leiden des neuen W." geschrieben wurde, ohne daß die Klasse je auch nur einen Blick auf die Leiden des alten W. aus der Feder des Herrn von Goethe geworfen hätte. Im neuen Lehrplan heißt es dazu immerhin: „Es ist Aufgabe des Literaturunterrichts in der gymnasialen Oberstufe, dem Schüler zu ermöglichen, in der Begegnung mit Literatur der Vergangenheit und Gegenwart aus dem engen Bereich der eigenen Erfahrung herauszutreten, sich unreflektierter ethischer und ästhetischer Wertvorstellungen bewußt zu werden, sie anzuerkennen, zu erweitern, in Frage zu stellen oder zu ändern."

Auch so ein Satz reizt den Betrachter natürlich noch dazu, das Gemeinte in ein einfacheres Gewand zu kleiden. Schon die jetzige Version durchzusetzen war, wie der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Gölter erzählt, ein schweres Stück Arbeit. Er selbst hat nach eigenem Bekunden jeden der 44 neuen Lehrpläne mindestens durchgeblättert, eine ganze Reihe vom ersten bis zum letzten Wort studiert und an vielen Stellen stärkere Straffung erbeten.

Dies scheint ohne dramatische Zusammenstöße mit den pädagogischen Experten geglückt zu sein. Der Minister bescheinigt ihnen jedenfalls große Kooperationsbereitschaft. In anderen Bundesländern haben bei ähnlichen Vorgängen „fachdidaktische" Kommissionen aus Protest gegen Kürzung, Beschneidung und Vereinfachung geschlossen ihren Rücktritt erklärt, wovon freilich entgegen manchen Hoffnungen bisher niemand öffentlich Kenntnis genommen zu haben scheint.

Befürchtungen, daß die neuen, gestrafften Lehrpläne nun zu Neuauflagen sämtlicher bisher zugelassener Schulbücher führen müßten, läßt Gölter übrigens nicht gelten. Man sei schon immer ziemlich liberal gewesen. Und ein Schulbuch sei schließlich nicht dazu da, einfach nur einen amtlichen Lehrplan wiederzukäuen.

JOACHIM NEANDER



Kabinettstücke mit Mozarts „Türkischem Marsch": Cleo Laine und Ehemann John Dankworth beim 9. „North Sea Jazz Festival" in Den Haag FOTO: ANP

Regen- und Wonneschauer: Das 9. „North Sea Jazz Festival" in Den Haag

Behende Dialoge mit dem Saxophon

Das war zweifellos eine Sternstunde in Den Haag: Eine volle Stunde lang spielte Baden Powell auf der Gitarre und jagte Wonneschauer über die Rücken seiner Zuhörer. Der kleine, bescheidene und ungemein sympathische Brasilianer, der einige Jahre lang aus der Öffentlichkeit verschwunden war und sich nach privaten Schwierigkeiten (gottlob) wieder gefangen hat, schlug Funken der Begeisterung aus den Saiten mit dem melancholischen „Manha da carnaval", einer aufgepeppten „Garota da Ipanema" und einem aggressiven „Samba do avião". Altbekannte Ohrwürmer, zugegeben, aber in Powells Interpretation ein rares, großartiges Hörerlebnis. Minutenlange, stehende Ovationen für einen der (wieder) Weltbesten auf dem Gebiet von Folk, Jazz und Klassik.

Regenschauer ansonsten in der niederländischen Metropole, wahre Herbststürme an den leergefegten Stränden von Scheveningen mitten im Sommer. Aber das „North Sea Jazz Festival 1984", das neunte seiner Art, braucht widrige Wetter nicht zu fürchten. Die Fans strömten, dank dem reichhaltigen Angebot, zu Zehntausenden, um sich drei Tage lang in Dixieland und Free-Jazz, in Rock und Soul, in Fusion, Funk und Firlefanz zu versenken. Denn selbstverständlich gibt es unter den (nach Angaben der Veranstalter) 600 Interpreten auch manchen „Künstler", der nur durch Zufall oder anderweitige Beziehungen im weitläufigen „Concertgebouw" Raum und Zeit zur Verfügung bekommen hat. Sei's drum: im Haag fand in diesem Jahr jeder, der sich produzierte, sein Publikum.

Der Kenner pickt sich natürlich die Leckerbissen vom Büfett, auch wenn er dafür, um einen akzeptablen Platz zu bekommen, schier endlos Schlange stehen und deshalb auf manch andere Attraktion verzichten muß. Wenn Baden Powell zeitgleich mit Sarah Vaughan auf dem Programm steht, fällt die Entscheidung verflixt schwer. Da ist man direkt erleichtert, wenn eine Zugnummer einmal nicht von anderen überlagert wird.

Wie etwa bei Stephane Grappelli, der mit Niels Henning Orsted Pedersen, Baß, und dem Gitarristen Marc Fosset in Django-Reinhardt-Erinnerungen schwelgte. Der Swing der frühen Jahre hat nichts von seinem Charme verloren – aber auch nichts von seiner mitunter zu gefälligen Glätte, die erst der „special guest", Banjonist David Grisman, mit Tönen wie spitzen Glasscherben spickte. Mit seiner eigenen Band machte Grisman einen Tag später einen Ausflug in die Bluegrass-Musik, ein lärmig-ausgelassener Spaß, der jedoch mangels Variationsreichtum schnell an Spannung verlor und am Ohr vorbeiplätscherte, wie übrigens so manches, was bestenfalls gutes Mittelmaß war.

Zum Beispiel jene holländische Gruppe, die sich irritiererderweise „Swing Society" nannte, ohne ihrem Namen gerecht zu werden. Sie begleiteten die 75jährige Adelaide Hall, die zwar noch über eine geschmeidige Stimme verfügt, dennoch kaum als „Wiederentdeckung" gehandelt werden kann. Das trifft auch nicht auf Greetje Kauffeld zu, der es – das Programmheft machte es unverhohlen deutlich – sehr übelgenommen wurde, daß sie seinerzeit einer Schlagerkarriere wegen in die Bundesrepublik gegangen war. In diesem Genre wäre sie eigentlich, das wurde bei ihrem Auftritt klar, recht gut aufgehoben: Besser eine Popsängerin, die ein paar Nummern zu groß ist für den Schlager, als eine Jazzsängerin, deren Fähigkeiten zu kreativer Improvisation nicht (mehr) ausreichen.

Zurück zu den wahren Stars. Da war die phantastische Sarah Vaughan, von deren Auftritt man nur noch die Zugabe mitbekam (siehe oben): „Send in the clowns", ein Musical-Hit von drei Minuten, aus dem die Künstlerin eine Tragödie aus drei Akten machte. Da wurde die afrikanische Linie, stimmgewaltig, farbenprächtig und rhythmusfreudig, von Miriam Makeba und ihrer sehr ansehnlichen Company, soweit weiblich, vertreten. Da war, gleich als fulminanter Auftakt zu den drei Tagen, Cleo Laine und das John Dankworth Sextet.

Cleo Laine gehört zu den talentiertesten, wandlungsfähigsten und witzigsten weißen Sängerinnen, die Europa hervorgebracht hat. Ihr „Turkish Delight", das der Saxophonist John Dankworth seiner Frau, nach Mozarts Klavierhit „Alla turca" auf die musikalischen Stimmbänder geschrieben hat, ist ein Kabinettstück für sich. Nachdem sie mit flinker Zunge einen nur halb verständlichen Text zum Allegretto zitiert, läßt sie sich auf einen umwerfenden „Scat"-Dialog mit dem Saxophon ein. Daraufhin erklatschte sich das Publikum bereits die erste Zugabe, die im zeitgeschnürten Terminplan dieses Festivals eigentlich nicht vorgesehen waren.

Wen soll man, wen muß man noch erwähnen? Zum Beispiel Dizzy Gillespie mit den „friends", die sich durch einen technischen Defekt in der Anlage so irritieren ließen, daß sie ein paar Nummern brauchten, um zum (allerdings dann hervorragenden) Ensemblespiel zurückzufinden. Oder Dave Brubeck, der sein Herz fürs Stride-Piano entdeckt zu haben scheint und mit Randy Jones, Bill Smith und Sohn Chris Kostproben von der Stilvielfalt seines Quartetts gab. Dabei hat sich der Klarinettist Bill Smith leider zu sehr in technische Mätzchen verliebt. Mit Nachhall und Echo holte er zwar aus seiner Klarinette ein ganzes Holzblasorchester hervor, so daß man glaubte, einer Paradevorführung in den Schweizer Alpen beizuwohnen, aber so etwas verblüfft nur beim ersten Mal, zeigt schnell Abnutzungserscheinungen bei der Wiederholung.

Alles in allem: Je später der Abend, oder besser: je früher der Morgen, um so voller wurden die Räume im Kongreßzentrum. Ein Jazzfan kennt keine Müdigkeit. Mitten in der hin- und herwogenden, heringverzehrenden und kaffeetrinkenden Menge tanzte ein Liebespaar selbstvergessen zur Musik der holländischen Gruppe „Reflud" – zum Fusion Jazz, der eigentlich ganz und gar nicht zum Tanz einlädt. Aber so etwas hängt wohl vom jeweiligen Gefühlshaushalt ab ...

RAINER NOLDEN

Zum 75. Geburtstag des Historikers W. Treue

Ein wahrer Realethiker

Unmittelbar nach dem Untergang des Reiches im Jahre 1945 waren Gesamtdarstellungen der deutschen Geschichte begreiflicherweise ein kühnes Unterfangen, ein „Ritt über den Bodensee", zumal dann, wenn sie aus deutscher Feder stammten. Wilhelm Treue gehörte, neben Peter Rassow, zu den ersten Historikern, die ihn wagten. Seine vor über einem Vierteljahrhundert bei Kröner erschienene „Deutsche Geschichte" ist ein immer wieder neu aufgelegtes Meisterwerk unter den kurzgefaßten einbändigen Übersichtsdarstellungen: Was die souveräne Beherrschung des gewaltigen Stoffes anbetrifft, welche sich in der Einheit von wissenschaftlicher Präzision, historischer Wahrhaftigkeit, Klarheit des Urteils und Noblesse der Sprache dartut, so hat es im Rahmen des Vergleichbaren kaum Konkurrenz.

Das gleiche gilt von Treues zweitem Standardwerk, seiner „Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit". Ich ziehe sie, vor allem didaktisch, jeder anderen vor. Erstmals 1962 (ebenfalls bei Kröner) einbändig erschienen, wuchs sie sich später zu zwei stattlichen Bänden aus, die für Geschichtsstudenten und -lehrer zum eisernen Bestand selbst eines bescheidenen Büchervorrats gehören sollten. Wieder ist es die vorzügliche Lesbarkeit, die auf Anhieb besticht; aber etwas anderes tritt noch hinzu, etwas, wenn man so sagen darf, „Treue-Spezifisches": die ungewohnte Verbindung von Geistes- und Naturwissenschaftler.

Der vor 75 Jahren in Berlin geborene Wilhelm Treue studierte an der dortigen Universität, die unbeschadet des Kriegsausganges von 1918 weltweit allerhöchstes Ansehen genoß, Geschichte und Biologie. Damit wurden die Weichen gestellt für ein in deutschen Landen selten unkonventionelles Gelehrtenleben. Treue sollte nach Abschluß der Lehrjahre allmählich jenen unverwechselbaren Habitus eines Forschers und Hochschullehrers entwickeln, der unermüdlich Theorie und Wirklichkeit des menschlichen Geschichtsganges aneinander überprüft, und zwar „en gros et en détail". Wie nur wenige Zunftgenossen der Nachkriegszeit verkörpert er einen Historiker-Typus, den ich als den des „Realethikers" bezeichnen möchte. Nicht stubenluftig und aus Mangel an Weltkenntnis verstiegen, sondern weltläufig und deshalb objektivitätsfähig, nicht ideologisch voreingenommen und vernagelt, sondern stets erfahrungswillig, zu Korrektur und Aufbruch in Neuland bereit, nicht irgendein papierenes „Wissenschaftsethos" deklamierend, sondern Wissenschaft betreibend – und das bedeutet in diesem Falle: das Erkennen und Mitteilen von historischer Tatsächlichkeit. Der in Treue steckende Naturwissenschaftler, ein gesunder „Ingenieur-Geist" möcht' ich fast sagen, hat ihn nie die Realität aus dem Auge verlieren lassen, daß die Götter vor die Erkenntnis der Wahrheit die Erarbeitung der Sachverhalte gesetzt haben. Und die ist es, die Schweiß kostet, Fleiß und auch menschliche Lauterkeit verlangt.

Als Neunzehnjähriger war Treue an der Universität Berlin erstmals dem großen Verfassungsgeschichtler Fritz Hartung begegnet – ihm widmete er 1958 seine „Deutsche Geschichte" –, der für ihn eine prägende Bedeutung gewann, weil er menschliche und wissenschaftliche Qualitätsmaßstäbe setzte. Von ihm übernahm er das Ideal seines künftigen



Von einem gesunden Ingenieurgeist beflügelt: Wilhelm Treue FOTO: PETER SIEBEN

Berufs: die Harmonie von wissenschaftlicher Forschung und künstlerischem Element in der Geschichtsschreibung. Seine eigene, enorm vielgestaltige, facettenreiche Produktivität – man denke nur noch an die Forschungen über die Habsburger, an die Edition der Zeitschriften „Tradition", „Technikgeschichte", „Bankhistorisches Archiv" – bekundet denn doch Vertrauen in die immer wieder sich regenerierende Fähigkeit des Menschen, das Schicksal zu meistern, auch das widrige. Die Deutschen sind in dieses Vertrauen, hoffe ich, eingeschlossen.

PETER BERGLAR

Walter Maas, Pionier der Neuen Musik, wird 75

Gaudeamus für Europa

Wer mit Neuer Musik zu tun hat, ist ihm auf jeden Fall schon begegnet. Sein Name wird immer unter den großen Gründerpersönlichkeiten der musikalischen Avantgarde genannt werden, obwohl er weder Komponist noch Rundfunkredakteur noch Verleger ist. Walter Maas wird heute 75 Jahre alt. Die Darmstädter Ferienkurse für Neue Musik veranstalten aus diesem Anlaß ein von ihm geplantes holländisches Konzert.

Walter Maas, der nach 1933 aus seiner Geburtsstadt Mainz nach Holland emigrieren mußte, fand in der phantastischen, einem Flügel nachgebauten Villa des Pianisten Julius Röntgen eine neue Heimat – und später ein Versteck vor den Häschern, in dem er überleben konnte. Damals, während der langen Monate im Versteck, entstand das Versprechen, etwas für das Land zu tun, das ihn gerettet hatte. Das war die Geburtsstunde der Institution „GAUDEAMUS", die aus der Neuen Musik Europas bald nicht mehr wegzudenken war.

Gleich nach Kriegsende begann Walter Maas in ihrem Zeichen mit der Förderung junger Musiker und Komponisten. Er rief einen Wettbewerb für Komponisten unter 30 Jahren und für Interpreten ins Leben und schuf die Möglichkeit langfristiger Arbeitsaufenthalte. Dies alles zunächst aus privaten Mitteln, lange bevor der niederländische Staat „einstieg". Viele Komponisten aus vielen Nationen sind seit 39 Jahren durch diese Schmiede gegangen.

Der Wettbewerb erlebte eine wechselvolle Geschichte. Am Ende verzichtete man auf die Zuerkennung eines ersten, zweiten und dritten Preises, beschränkte sich auf eine „einfache" Auswahl aus der Fülle der Einsendungen, für die die garantierte Aufführungschance Preis genug erschien. Der Sitz der Stiftung verlagerte sich aus dem abgelegenen Bilthoven in die Metropole Amsterdam mit ihrem aufnahmebereiten und aktiven jungen Publikum.

Walter Maas, als Ehrenpräsident, hat sich auf neue Aufgaben geworfen, vertritt u.a. für die Stiftung „Donemus" holländische Komponisten. Mit Deutschland hat er nie aufgehört sich zu beschäftigen. Begraben werden möchte er – auf dem Jüdischen Friedhof in Mainz. Aber damit möchte es, so wünschen wir ihm und uns, noch eine Weile haben.

DETLEF GOJOWY



Seit vielen Jahren ein Förderer junger Musiker in aller Welt: Walter Maas FOTO: DIE WELT

JOURNAL

Volksliedersammlung zum Grimm-Jahr 1985

wm. **Marburg**

Eine bisher unveröffentlichte Volksliedersammlung der Brüder Grimm, die einen Teil der Grimm-Handschriften in der Marburger Universitätsbibliothek bildet, soll zu Beginn der Grimm-Jahre 1985/86 im Verlag Elwert herausgebracht werden. Unter dem Titel „Brüder Grimm-Volkslieder" umfaßt diese einzigartige Sammlung auf 640 Seiten insgesamt 614 Einzelhandschriften. Mit diesen Materialien zur Volksliedforschung haben Jakob und Wilhelm Grimm ein besonders gutes Zeugnis ihrer frühesten Arbeit in Hessen geliefert. Die Blätter sind entgegen den Vorstellungen der beiden Brüder zu ihren Lebzeiten niemals publiziert worden.

EG-Kommission: Kein jiddisches Theater

SAD, **Brüssel**

In Beantwortung einer Anfrage von drei deutschen Europa-Abgeordneten nach den Chancen für EG-Zuschüsse zur Gründung eines jiddischen Theaters mit Sitz in Berlin hat der Präsident der Brüsseler EG-Kommission, Gaston Thorn, mitgeteilt, daß „für Gemeinschaftsaktionen auf kulturellem Gebiet leider nur äußerst bescheidene Mittel zur Verfügung stehen, die zudem an strenge Kriterien und Prioritäten gebunden sind". Die Abgeordneten Ernst Müller-Hermann (CDU), Wilhelm Hahn (CDU) und Olaf Schwencke (SPD) hatten nach dem Hinweis, daß es jiddische Theater außerhalb Israels nur noch in Warschau, Bukarest und Moskau gibt, angeregt, das leerstehende Berliner Hebbel-Theater zum „Mutterhaus" eines jiddischen Ensembles zu machen.

FDP fordert erneut Girths Entlassung

DW. **Berlin**

Der Berliner Landes- und Fraktionsvorsitzende Walter Rasch verlangt die fristlose Entlassung des Intendanten des Berliner Philharmonischen Orchesters, Peter Girth. Girth, der wegen seines zerrütteten Verhältnisses zum Orchester seit Mitte Juni bei vollen Bezügen beurlaubt ist, habe sich – so Rasch – der Vertragsverletzung schuldig gemacht. Er habe seine Vermittlerposition als „einseitiges Sprachrohr" Karajans mißbraucht. Ebenso forderte der FDP-Vorsitzende den Chefdirigenten der Philharmonie, Herbert von Karajan, auf, zur schnellen Konfliktlösung seinen Vertrag im Einvernehmen mit dem Senat zu lösen. Dies würde den Weg für eine spätere Zusammenarbeit nicht verschließen. Bürgermeister Diepgen und Kultursenator Hassemer hüllen sich in Schweigen. Sie wollen das Problem nicht mehr in der Öffentlichkeit behandeln.

Darmstädter Kurse für Neue Musik

dpa, **Darmstadt**

In Darmstadt finden derzeit die traditionellen Ferienkurse für Neue Musik statt. Bis zum 1. August werden Seminare für Interpretationen, ein umfangreiches Kompositionsforum und ein international besetzter Kongreß zum Thema „Tonalität" veranstaltet. Zu den anwesenden prominenten Vertretern der modernen Musikszene zählt der amerikanische Komponist John Cage. Im Rahmen des Veranstaltungszyklus wird die Stadt erneut den mit 10 000 Mark dotierten „Kranichsteiner Musikpreis" vergeben.

Kanu aus der Bronzezeit in England gefunden

dpa, **London**

In Cumbria im Nordwesten Englands haben Arbeiter, die eine Gas-Pipeline verlegten, ein Kanu gefunden, das nach ersten Erkenntnissen von Archäologen mindestens 3000 Jahre alt ist. Das etwa drei Meter lange Boot, das aus einem einzigen Stück Holz gehauen wurde, ist bemerkenswert gut erhalten. Es wurde zunächst in ein Spezialbad gelegt und soll dann mit Chemikalien konserviert werden. Erst dann kann mit genauen Holzuntersuchungen festgestellt werden, wie alt es ist.

Premierenstühle mit Namensschildern

K. P. **Wien**

Der Wiener Kabarettist Hans Peter Heinzl hat sich als Theaterdirektor auf eigene Füße gestellt und ein ehemaliges Wiener Kino erworben, das ab 5. September als „Kabarett und Komödientheater am Naschmarkt" Premiere feiern wird. Heinzl hat sich einen Subventionierungs-Gag einfallen lassen. Er verkauft derzeit sogenannte Premierenstühle für sein One-man-Theater, in dem es 303 Sitzplätze gibt, zum Preis von 1500 Mark pro Platz. Für diesen Betrag erwirbt jeder Käufer nicht nur das Privileg, bei den für die kommenden fünf Jahre vorgesehenen 25 Premieren dabeizusein, sondern auch das Recht, auf seinem Platz sein Namensschild vorzufinden. Hans Peter Heinzl verkaufte bereits 70 Sitzplätze.

Schweden starrt auf deutsche Autonummern

Jagd auf vermeintliche Wilderer trägt hysterische Züge

R. GATERMANN/DW. **Stockholm**

In Schweden nimmt der Volkszorn gegen wirkliche oder vermeintliche Vogelräuber allmählich hysterische Züge an. Am Wochenende schoß ein Bauer auf Touristen, die er für Wilderer gehalten hatte. Und da auch der Mord an dem niederländischen Ehepaar westlich von Gallivare in der Gegend geschah, wo die Abneigung der Einheimischen gegen die Touristen den Siedepunkt erreicht hat, hält es die Polizei inzwischen nicht mehr für ausgeschlossen, daß der Täter das zeltende Ehepaar für sein Eindringen in die unberührte Natur bestrafen wollte.

Für die verhafteten beiden Deutschen aus Diepholz, die vor gut einer Woche mit vier geschützten jungen Raubvögeln in ihrem VW-Bus erwischt worden sind (s. WELT vom 11. 7.), hat sich die Situation mittlerweile erheblich verschlechtert. Landesstaatsanwalt Lars G. Andersson aus dem nordschwedischen Umea will die Niedersachsen nicht nur wegen schwerer Wilderei anklagen, sondern auch wegen schweren Warenschmuggels, da die Tiere aus Norwegen stammen sollen. Damit hätten die Deutschen zusätzlich gegen das Washingtoner Artenschutzgesetz verstoßen, womit sich das maximale Strafmaß von einem auf sechs Jahre Gefängnis erhöhen würde.

Dieser Fall schlägt in der schwedischen Presse ohnehin hohe Wogen, seit Journalist Bertil Lundblad, der im Fachblatt des schwedischen Jägerverbandes „Svensk Jakt" mehrfach über Vogeldiebstähle berichtet hatte, offenbar aus Deutschland einen unverhüllten Drohanruf bekommen hat.

Beim Hafttermin, zu dem die beiden Deutschen – ein 33jähriger Schuhmacher aus Drebber bei Diepholz und sein gleichaltriger Kumpan, ein arbeitsloser Schreiner, der eine Vogelfarm betreibt – getrennt vorgeführt wurden, kam es zu etlichen Widersprüchen, einer der verhängnisvollsten: Nach der einen Aussage stammten die Tiere aus Schweden, nach anderer aus Norwegen.

Der Landesankläger, dem der Fall so wichtig ist, daß er ihn vom Distriktsstaatsanwalt übernahm, stützt sich in seiner Anklage wegen schweren Warenschmuggels auf die Washingtoner Konvention, unter die sowohl die beiden gefundenen Rauhfußbussarde fallen, als auch die Blauen Habichte, die auch in Schweden sehr selten sind. *Lars G. Andersson* vertrat bereits 1978 die Anklage gegen einen Dortmunder Konservator, der von einem Schweden 200 tiefgefrorene Vögel gekauft hatte. Er mußte deswegen für vier Wochen ins Gefängnis.

Bis zur Prozeßeröffnung gegen die beiden Deutschen, die noch für diesen Monat geplant ist, hofft Andersson auf zusätzliches Belastungsmaterial. Über Interpol hat der schwedische Staatsanwalt um Amtshilfe gebeten. Die deutschen Dienststellen sollen bei den Verhafteten eine Hausdurchsuchung vornehmen. Beide Angeklagten sind der Diepholzer Polizei im übrigen wohlbekannt. Auf den einen wartet noch eine Haftstrafe wegen Wirtschaftsvergehens; frühere Delikte waren Raub und unerlaubter Waffenbesitz. Die Polizei ist auch skeptisch gegenüber der Behauptung des „Vogelzüchters" und seiner Verlobten, wonach sie sich bei ihrem Unternehmen stets an die gesetzlichen Bestimmungen gehalten hätten.

In schwedischen Jagdkreisen sowie bei Polizei und Zoll hegt man seit langem großes Mißtrauen gegen den Schuhmacher aus Drebber; zumindest in den vergangenen beiden Jahren ist er jährlich etwa viermal in Schweden gewesen. Er verfügt über ein weit verzweigtes Kontaktnetz und hat Zugang zu einer Jagdhütte in Nordschweden. Obwohl Polizei und *Zoll ihn mehrmals unter Bewachung* hatten und seinen Wagen durchsuchten, konnten sie ihn bisher nicht überführen.

Inzwischen haben auch unschuldige deutsche Touristen unter dem Wildereiverdacht, der auf den beiden Diepholzern lastet, zu leiden. Vor ein paar Tagen verließ in Nordschweden eine deutsche Familie mit ihrem Auto nur ein paar Meter die Hauptstraße, um in einer Waldschneise zu rasten. Einem Einheimischen fiel die deutsche Autonummer auf, er alarmierte sofort die Polizei, die ein eingehendes Verhör und eine genaue Wagenuntersuchung veranstaltete. Was die Familie nicht wissen konnte: Ihr Rastplatz lag nur 150 Meter vom Horst eines Königsadlers entfernt.

Am Wochenende wurde aus Lappland die Plünderung zwei weiterer Raubvogelnester gemeldet. In einem Fall wird wieder der Fahrer eines Pkw's mit deutschem Kennzeichen verdächtigt.

Höhenkoller: Mit der Euphorie kommt oft der Tod

Der Run auf die höchsten Berge der Welt birgt enorme Gefahren in sich. Hunderte haben ihr Leben schon in Schnee- und Eislawinen verloren, Dutzende sind an senkrechten und überhängenden Wänden abgestürzt, Tausende haben schwere Erfrierungen erlitten, die Amputationen von Zehen und/oder Fingern notwendig machten. Am gefährlichsten und tückischsten aber ist die Höhenkrankheit.

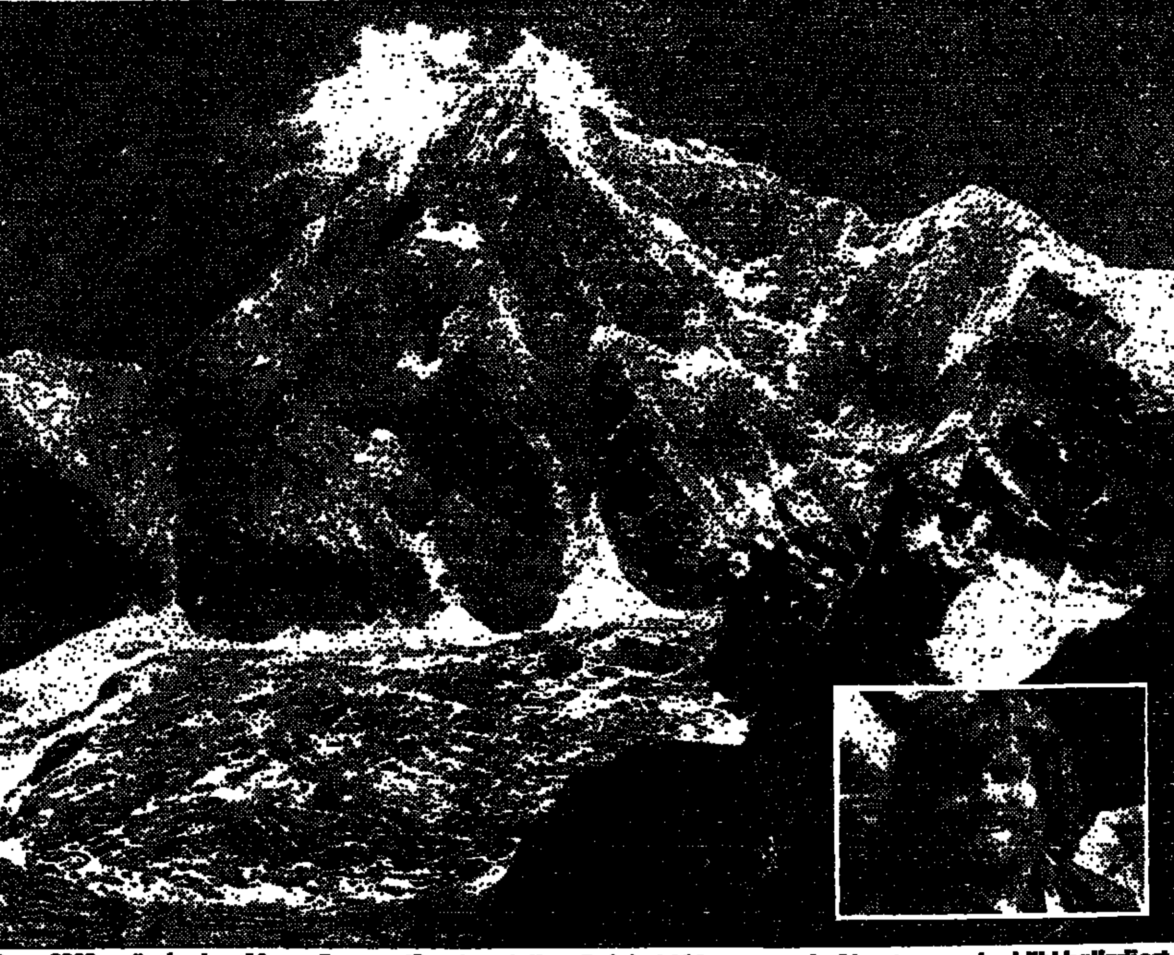
Sie fordert mehr Opfer als Lawinen, Steilwände, Eisklettereí und arktische Temperaturen, die auf Höhen über 7000 Meter selbst im Hochsommer Tiefen zwischen 30 und 50 Grad erreichen. Die Höhenkrankheit findet ihre Opfer schon auf hochgelegenen europäischen Bergbahnstationen. Zu schneller Aufstieg und fehlende Akklimatisation haben den gefürchteten Höhenkoller im Gefolge. Seine Merkmale sind rauschhafte Euphorie mit leichtsinniger Überschätzung der eigenen Fähigkeiten, andererseits auch Reizbarkeit und Angst. Mit dem Aufkommen des Trekkings in den Bergen Indiens, Nepals, Pakistans und Chinas schnellte die Zahl der Fälle von Höhenkrankheiten sprunghaft in die Höhe.

Höhenkrank wird der Mensch, dessen Organismus unfähig ist, sich schnell genug an den geringen Sauerstoffdruck in großen Höhen anzupassen. Untersuchungen am Fuße des Mount Everest, des mit 8848 Metern höchsten Berges der Welt, ergaben folgendes Ergebnis: 43 Prozent aller dort versammelten Gipfelstürmer wiesen bereits auf 5000 Metern Symptome dieser Krankheit auf. Sie litten unter Schlaf- und Bewußtseinsstörungen, Kopfweh, Schwindel, Schlappheit, Übelkeit, Erbrechen und Atemnot.

Unter Umständen verschwinden die Symptome wieder – jedoch nur nach ausreichender Ruhe- und Akklimatisationszeit. Nur wenige Menschen vermögen in großen Höhen ohne künstliche Sauerstoffzufuhr zu überleben, niemand aber ohne lange Adaptionszeit. Jüngere Menschen sind bei entsprechendem Training in der Lage, sich an die sauerstoffarme Höhenluft zu gewöhnen. Neben individuellen gibt es vor allem rassische Unterschiede. Berühmt sind diesbezüglich die Sherpas, die auch über 7000 Metern unvermindert leistungsfähig sind.

Wer die Alarmsignale des eigenen Körpers jedoch mißachtet, spielt mit dem Leben: Gehirn, Herzmuskel, Lunge und Niere reagieren auf anhaltenden Sauerstoffmangel sehr empfindlich. Der Blutdruck sinkt in gefährliche Bereiche ab, Schweiß- und Ohnmachtsanfälle treten auf – der gefürchtete Höhenkollaps ist da. Wer ein Herz- oder Lungenödem erleidet, muß unverzüglich in tiefere Regionen gebracht werden. Gelingt dies nicht, tritt der Tod unweigerlich ein.

WALTER H. RUEB



Den „8000ern" wie dem Mount Everest (Foto) verfallen: Reinhold Messner – ein Abenteurer, der kühl kalkuliert. FOTOS: DIE WELT

Ein Mann setzt sich ab

ANDREAS KUBIN, **Bozen**

Reinhold Messner hat das Sammeln von Achttausendern zu seinem Beruf gemacht: Am 13. Juli kehrte er aus Rawalpindi/Pakistan nach Europa zurück und, wie sollte es anders sein, wieder mit zwei Gipfeln dieser Kategorien im Gepäck. Vierzehnmal hat der drahtige, 1,78 Meter große Südtiroler nun bereits diese ominöse Barriere bewältigt. Vier dieser Giganten sogar schon zum zweiten Mal, so auch seine beiden neuesten Berge im pakistanischen Karakorum, den Gasherbrum I, auch Hidden Peak genannt (8068 Meter), und den Gasherbrum II (8035 Meter).

Doch für ein Novum ist Reinhold Messner immer gut: Zum ersten Mal überschritt er zusammen mit seinem Südtiroler Freund Hans Kammerlander die beiden Acht-Kilometer-Gipfel, ohne zwischendurch ins Tal abzusteigen. Im sogenannten „alpinen Stil", also ohne Hochträger und ohne ihren Weg mit Seilen zu versichern, waren die beiden Trendsetter fürs Himalaya-Bergsteigen fast eine Woche lang unterwegs, durch Neuschnee und Schneesturm behindert.

Wieder einmal setzte der Südtiroler, dessen Nationalflagge „sein eigenes Taschentuch ist", neue Maßstäbe im Höhenbergsteigen. In den späten 60er Jahren schon öffnete Messner das Tor zu neuen Dimensionen, damals im extremen Felsklettern in den heimischen Dolomiten, wo er als einer der ersten den siebten Schwierigkeitsgrad kletterte. Doch erst durch seine spektakulären Unternehmungen in den Weltbergen wurde er in der breiten Öffentlichkeit bekannt. Als erster stand er 1978 ohne die Hilfe von künstlichem Sauerstoff auf dem höchsten Gipfel der Erde, auf dem 8848 Meter hohen Mount Everest, damals zusammen mit Peter Habeler.

Im gleichen Jahr bewies er, daß Achttausender auch im Alleingang möglich sind (Nanga Parbat). Zwei Jahre später glückte ihm sein vielleicht größter bergsteigerischer Coup überhaupt: Er kletterte im Alleingang auf einer teilweise neuen Route von Norden (China) her auf den Mount Everest. 1982 glückten ihm gleich drei Achttausender, im vergangenen Jahr war er, zusammen mit dem Deutschen Michael Dacher und Hans Kammerlander, am Cho Oyu (8201 Meter) erfolgreich, den sie in der Rekordzeit von fünf Tagen (vom Tal bis zum Gipfel) bezwangen.

Messners Rekorde waren nie für das Guinness-Buch gedacht. Vielmehr setzen sie Trends für den immer populärer werdenden Sport des „Höhenbergsteigens". Seit fast 20 Jahren hat Messner das Schlagwort „by fair means" über seine Unternehmungen geschrieben, den konsequenten Verzicht von Technik und künstlichen Hilfsmitteln beim Bergsteigen. Und dieser von ihm vorexerzierte Stil ist heute zu einer festen sportlichen Regel geworden.

Der Sohn eines Dorfschullehrers, *zusammen mit acht Geschwistern in* ärmlichen Verhältnissen der Nachkriegszeit aufgewachsen: Heute ein alpiner Spitzensportler, der *seit Jahren* die Maßstäbe an den höchsten Bergen der Welt bestimmt. Nach seinem jüngsten Erfolg am Karakorum hat sich Messner noch weiter abgesetzt von den Mitbewerbern um den Titel des erfolgreichsten Höhenbergsteigers. Vierzehnmal extreme Höhenluft – das muß erst einmal nachgeholt werden. Sechs Gipfel über der magischen 8000-Meter-Marke haben bisher nur der Deutsche Michael Dacher aus Peiting, Messner-Freund und Träger des Goldenen Lorbeerblattes 1984, sowie der Pole Jerzy Kukuczka aufzuweisen.

„Ich muß meine Erfolge verkaufen, um neue Ziele verwirklichen zu können", *sagte Messner einmal.* Mehr als 30 Bücher bevölkern die Bestsellerlisten, seine Vorträge mit teilweise 10 000 Zuhörern sind ausverkauft. Lukrative Werbeverträge machen ihn zum bestverdienenden Bergsteiger der Welt. Doch was der ehemalige Realschullehrer aus Villnöß an Profit macht, steckt er wieder in neue Unternehmungen. Er ist unabhängig.

Reinhold Messner ist dem Sport mit hohem Risikofaktor verfallen, ein blinder Draufgänger ist er dennoch nicht. Er riskiert um eines Gipfels willen sein Leben nicht. Nicht ohne Grund kehrte er im Frühjahr am lawinengefährdeten Dhaulagiri I (8167 Meter) um. Was er bisher bewiesen *hat: Auch Extremklettern muß kein* Russisches Roulett sein.

Der Prinz von Borbon und die Mathearbeit

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Wieder seeklar meldet die „Piraten"-Goleta „Everi" im Hafen von Cartagena. Der phantasievolle Nachbau eines echten Piratenschiffes vergangener Zeiten war vor vier Monaten auf dem Wege von Cartagena nach Alicante vor der spanischen Mittelmeerküste in Seenot geraten. Ein Marineschlepper zog ihn in letzter Minute zurück nach Cartagena, wo das Schiff schließlich doch noch an der Pier sank. Das 20 Meter lange Schiff mit dem imposanten Achtercastell befand sich auf einer erfolgreichen Werbereise für die SOS-Kinderdörfer. Monatelang schuftete die junge Besatzung – Waisenkinder aus SOS-Kinderdörfern –, bis sie ihr Schiff mit eigener Kraft wieder seeklar melden konnten. In Spanien gibt es zwei SOS-Kinderdörfer, die mit deutschen Spenden gebaut wurden. Ehrenpräsident der Vereinigung SOS-Kinderdörfer ist in Spanien der 16 Jahre alte Deutsch-Spanier Kronprinz Felipe von Borbon und Schleswig-Holstein. Beim letzten Empfang an Bord der „Everi" wartete man vergeblich auf den Ehrenpräsidenten. Stattdessen kam aus dem Zarzuela-Palast bei Madrid lediglich ein Tonband: „Ich darf leider nicht kommen", hörte man eine schüchterne *jungenhafte* Stimme. „Meine Mutter sagt, ich muß mich für die Mathematik-Arbeit heute vorbereiten."

Wieder Stau-Wochenende

AP, **München**

Eine neue Geduldsprobe erwartet Autofahrer am kommenden Wochenende. In Berlin, Bremen, Niedersachsen und im Saarland beginnen die Schul- und bei VW in Wolfsburg die Werksferien.

Bildhübsche Geheimwaffe

dpa, **Manila**

Als neue „Geheimwaffe" gegen Straßendemonstranten wollen die Machthaber auf den Philippinen künftig auch kompanieweise bildschöne Polizistinnen einsetzen. Die schönsten Beamtinnen, die aus dem Frauenhilfskorps ausgewählt und in zwei Kompanien zusammengefaßt wurden, sollen lächelnd und mit „weiblichen Verführungskünsten" versuchen, die Demonstranten friedlich zu stimmen. Notfalls allerdings soll auch ein Handkantenschlag nachhelfen.

Vier alte Leute verbrannt

dpa, **Neuss**

Bei einem Verkehrsunfall sind am Montagnachmittag in Neuss vier alte Leute in einem Personenwagen verbrannt, ein 23jähriger Motorradfahrer wurde lebensgefährlich verletzt. Der Kradfahrer war dem Wagen, dessen Fahrer die Vorfahrt mißachtet hatte, vermutlich mit überhöhter Geschwindigkeit in die Seite gerast. Motorrad und Pkw fingen sofort Feuer. Die vier Autoinsassen im Alter zwischen 70 und 80 Jahren verbrannten.

Revolte und Ausbruch

AP, **Barcelona**

Im Zuge einer Häftlingsrevolte im Gefängnis von Barcelona sind gestern mehrere Strafgefangene entkommen. Eine Anzahl Gefangener hatte gegen Mittag revoltiert und mehrere Wachbeamte als Geiseln genommen. Dabei wurde ein Wachhabender der Guardia Civil niedergeschlagen und seiner Maschinenpistole beraubt. Ein Streifenwagen entdeckte die Flüchtenden und verwickelte sie in ein Gefecht. Dabei wurde einer der Ausbrecher lebensgefährlich verwundet und festgenommen. Die anderen entkamen.

Zwischenstation

dpa, **London**

Der texanische Öl-Millionär Bill Burford hat in Großbritannien die Rekordsumme von umgerechnet 100 000 Mark für eine Flasche Wein der Marke „Mouton Baron de Rothschild" aus dem Jahr 1870 bezahlt. Die Riesenflasche, deren Inhalt dem von acht üblichen Flaschen entspricht, soll morgen nach Dallas im amerikanischen Bundesstaat Texas gebracht und dort ebenfalls versteigert werden. Burford hofft, den Wein dort noch teurer losschlagen zu können.

Vom Podest gestoßen

Einbrecher zerschlägt 86 Büsten in der Villa Borghese

AP, **Rom**

Ein von der Polizei als offenbar geistig gestört bezeichneter obdachloser Mann hat Montag nacht in der römischen Villa Borghese 86 steinerne Büsten berühmter Italiener mit einem Pflasterstein schwer beschädigt. Eine Polizeistreife hatte den Mann gestern früh bei Sonnenaufgang in dem Park der Villa überrascht, als er mit einem großen Stein eine Statue vom Sockel stieß. Der Täter – ein Obdachloser, der bei seiner Verhaftung schmutzige Hosen und einen verschlissenen Umhang anhatte – trug einen Sack bei sich, in dem er die abgeschlagenen Nasen der 85 anderen Büsten gesammelt hatte.

Der Mann wurde in ein Gefängniskrankenhaus gebracht, wo er auf seinen Geisteszustand untersucht wird. Anklage wurde gegen ihn nach amtlichen Angaben zunächst nicht erhoben.

Der Mann gab der Polizei seinen Namen mit Jerzy Gumemiale an, wie die italienische Nachrichtenagentur ANSA schrieb, und erklärte, er stamme aus der polnischen Stadt Lublin. Unter Berufung auf Polizeibeamte schrieb die Agentur, der Obdachlose habe die Statuen zerstört, „um die Aufmerksamkeit auf Polen, mein Land, zu lenken". Außerdem sei er gegen den sowjetischen Geheimdienst KGB.

Über den Schaden, den der Mann in dem Park anrichtete, lagen zunächst keine Schätzungen vor. Die Büsten stammen aus dem frühen 19. Jahrhundert. Nach Mitteilung der Polizei wurden zehn Büsten in Stücke geschlagen, 15 Statuen wurden geköpft, und dem Rest wurden Nasen, Bärte oder Ohren abgeschlagen. Viele Standbilder wurden von dem Mann außerdem von den Podesten gestoßen. Zu den beschädigten Büsten gehören auch jene von Christoph Kolumbus, Lorenzo di Medici und Niccolo Macchiavelli. Die Wege und Pfade im 688 Hektar großen Park der Villa Borghese sind mit hunderten derartiger 65 Zentimeter hoher Marmorbüsten geschmückt.

Das Problem des Vandalismus ist *in Rom mit seinen Tausenden von* Kunstwerken nicht neu. Der schwerste Zwischenfall dieser Art hatte sich 1972 zugetragen, als ein mit einem Hammer bewaffneter Mann im Vatikan der Pietà von Michelangelo schwere Schäden zufügte. Die Statue wurde nach ihrer Restaurierung durch eine Glasscheibe aus Panzerglas geschützt.

LEUTE HEUTE

Geburt vermarktet

Noch hübscher als zuvor verließt **Nastassja Kinski** die römische „Clinica Ostetrica", wo sie vor wenigen Tagen einen Sohn gebar. Die Schauspielerin, die die Fotos ihres Neugeborenen für 136 000 Mark exklusiv verkaufte, verließ die Klinik in Begleitung des ägyptischen Filmproduzenten **Ibrahim Moussa**, des angeblichen Vaters des Kindes.

Liza in Suchtklinik

Der amerikanische Show-Star **Liza Minnelli** (Cabaret) unterzieht sich einer Entziehungskur. Wie die Tageszeitung „Daily News" meldete, wurde die 38jährige Sängerin und Schauspielerin in die berühmte Betty-Ford-Klinik eingeliefert, wo auch schon die Gattin des früheren US-Präsidenten **Gerald Ford** und **Liz Taylor** behandelt wurden. „Ich möchte nicht so enden wie meine Mutter" (Judy Garland), sagte Liza.

Geheime Träume

Prinz **Charles**, Englands Thronfolger, träumte schon als kleiner Junge davon, Heilkräfte zu besitzen. Am *liebsten wäre er deshalb Homoöpath* geworden, so gestand er gegenüber der Londoner Zeitung „The Standard". Besonders beeindruckt zeigte sich der Kronprinz, als die indische Regierungschefin **Indira Gandhi** bei einem offiziellen Bankett zu seinen Ehren nur Nüsse aß. Gelegentliche Diättage hält der Prinz für lebenswichtig.

Abgasarmer Bus erprobt

Forschungsministerium favorisiert neuen Dieselmotor

PETER ZERBE, **Hamburg**

Die Verunreinigung der Luft durch Abgase von Autobussen soll bald drastisch reduziert werden. Davon geht jedenfalls das Bundesministerium für Forschung und Technologie aus, das die Konstruktion eines neuen Busantriebs fördert. Die Starnberger Magnet-Motor GmbH und die Reinbeker Kroll GmbH haben einen neuen Antrieb für Nahverkehrs-Busse entwikkelt. Die Elektromotoren sitzen unmittelbar im Rad. Den Strom für die Radnabenmotoren erzeugt ein Generator, der von einem Dieselmotor im Fahrzeug angetrieben wird. Statt des herkömmlichen 250 PS-Motors genügt eine Version mit 170 PS.

Kroll-Geschäftsführer O. W. O. Schultz, einer der erfahrensten Buskonstrukteure der Bundesrepublik, sieht in dem neuen Fahrzeug erhebliche Vorteile nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes, sondern vor allem für die künftigen Betreiber. „Dadurch, daß der kleinere Dieselmotor konstant läuft, werden keine unnötigen Abgase, wie sie beim Anfahren herkömmlicher Busse anfallen, ausgestoßen. Der elektrische Antrieb erfolgt direkt und wird über Mikroprozessoren gesteuert. Dadurch entfallen zahlreiche mechanische Teile wie Kupplung, Getriebe und Antriebswellen."

Ein erster Nahverkehrsbus wurde schon im Raum Starnberg erprobt.

WETTER: Es bleibt kühl

Wetterlage: Zwischen einem Hoch über dem Ostatlantik und einem Tiefdruckgebiet über dem Baltikum fließt aus Nordwesten kühle und wolkenreiche Meeresluft nach Mitteleuropa.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16 °C. ● bedeckt. Nebel. Sprühregen. Regen. * Schneefall. ▼ Schauer. Gebiete: Regen. Schnee. Nebel. Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb–750mm)

Vorhersage für Mittwoch:

Gesamtes Bundesgebiet und Raum Berlin: Überwiegend starke Bewölkung und gebietsweise Regen. Die Höchsttemperaturen liegen zwischen *15 und 19 Grad, die nächtlichen* Tiefstwerte zwischen 9 und 13 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nordwest.

Weitere Aussichten:

Nachlassende Niederschlagsneigung und etwas ansteigende Temperaturen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	14°	Kairo	31°
Bonn	14°	Kopenh.	20°
Dresden	14°	Las Palmas	26°
Essen	13°	London	18°
Frankfurt	14°	Madrid	27°
Hamburg	15°	Mailand	25°
List/Sylt	14°	Mallorca	25°
München	12°	Moskau	25°
Stuttgart	13°	Nizza	27°
Algier	26°	Oslo	19°
Amsterdam	15°	Paris	18°
Athen	32°	Prag	12°
Barcelona	24°	Rom	25°
Brüssel	15°	Stockholm	19°
Budapest	30°	Tel Aviv	32°
Bukarest	26°	Tunis	29°
Helsinki	16°	Wien	17°
Istanbul	32°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 5.14 Uhr, Untergang: 21.34 Uhr; **Mondaufgang:** 0.04 Uhr, Untergang: 11.58 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Killt die Wissenschaft die zarte Tadsch-Legende?

dpa, **Neu-Delhi**

Das berühmte Tadsch Mahal, eines der zartesten Bauwerke der Welt, ist ins Gerede gekommen. Glaubt man der Überlieferung, dann wurde das als vollkommenster Bau der Erde gepriesene Gebäude in Agra am Ufer des Jamuna Mitte des 17. Jahrhunderts vom Mogulkaiser Shah Jehan als Mausoleum für seine Lieblingsfrau Mumtaz errichtet. Der trauernde Mogul, so wird berichtet, scheute keine Kosten und Mühen von 20 000 Arbeitern, um in 22 Jahren den Wunderbau zu schaffen. In dem Grabmal habe der Kaiser dann wahre Tränenströme über das Ableben seiner Geliebten vergossen. Das soll nun alles nicht mehr wahr sein.

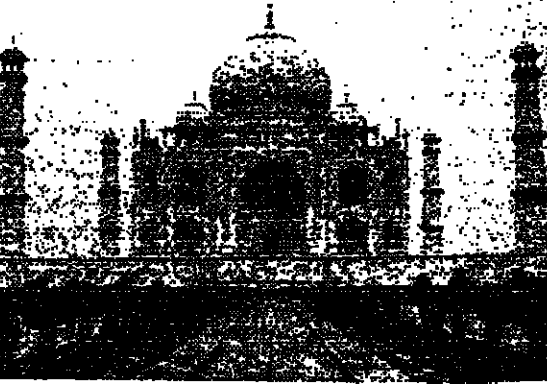
Amerikanische und indische Wissenschaftler sind überzeugt, daß die Geschichte dieses Mausoleums und damit die der großen Liebe des Moguls nicht mehr als ein Märchen ist, an dem nur die Namen stimmen. Nach einem Bericht der Tageszeitung „Indian Express" haben amerikanische Archäologen bereits nachgewiesen, daß die Tore des Tadsch Mahal bereits Mitte des 14. Jahrhunderts, also rund 300 Jahre früher als bisher angenommen, entstanden. Professor Marvin Mills vom Pratt Institute New York und David King, Experte für islamische Moscheen (Universität New York), glauben, daß der gesamte Bau aus dieser Zeit stammt und von Shah Jehan nur verschönert wurde. Ein reines Mausoleum sei der Bau nie gewesen, der vielmehr die Ausmaße eines befestigten Palastes aus der Vor-Mogulzeit gehabt habe. Die hohen Mauern seien so befestigt, wie es vor der Erfindung von Handfeuerwaffen und Artillerie üblich gewesen sei. Warum aber brauche ein Mausoleum überhaupt Wehrmauern, fragt Mills. Warum ließ Shah Jehan rund 300 Räume um die rechteckige Halle bauen, wenn es ein Mausoleum werden sollte? Eine solche Zahl von Räumen würde eher einem Herrscher anstehen, der Hof hält. Wozu schließlich braucht man in einem Mausoleum eine Küche?

Unabhängig von den archäologischen Untersuchungen gibt es anhand einer Reihe von Dokumenten viele Hinweise, daß auch das Rührstück von der großen Liebe Jehans und seiner Mumtaz nur ein Märchen ist. Es gibt dagegen keine Aufzeichnungen, die eine besonders innige Beziehung Jehans zu seiner zweiten Frau dokumentieren. Der Herrscher hielt es offenbar nicht einmal für nötig, den bei der Beisetzung seiner Frau dabei zu sein. Nach der Hof-Chronik nahmen daran lediglich ein paar Offizielle teil.

Mumtaz soll auch keineswegs die einzige Liebe des Moguls gewesen sein. Sein Harem umfaßte vielmehr rund 5000 Frauen. Schließlich sei Jehan 50 mal in den Krieg gezogen. Für eine rauschende Liebesbeziehung der beiden sei da wohl nicht genügend Zeit geblieben. Immerhin soll Mumtaz andererseits in 18 Jahren 14 mal schwanger gewesen sein.

Bisher beriefen sich Wissenschaftler auf Aussagen des französischen Juwelenhändlers Tavernier, der nach einem Besuch Agras schrieb: „Ich wurde Zeuge des Beginns und der Vollendung dieses großen Werkes, für das sie 22 Jahre brauchten." Tavernier, so meinen die indischen Gelehrten, konnte damit jedoch keinesfalls den Bau des Tadschs als solchen, sondern vielmehr nur den Ausbau zum Palast und Grabmal von heute gemeint haben.

CHRISTIAN FÜRST



Das Tadsch Mahal, für ungezählte Touristen die Verzauberung Indiens schlechthin, ist ins akademische Visier geraten: Es soll nie das steingewordene Sinnbild einer großen Liebe gewesen sein. FOTO: SS

Anzeige



ZU GUTER LETZT

„Das ist der, der immer sagt, wann samstags schulfrei ist und wann Ferien sind." Ein Hauptschüler beim Anblick eines Fotos von Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder. Aus der Stuttgarter Zeitung.